Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen

Band: 3/1917 (1917)

Rubrik: Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Regulative etc.)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Regulative etc.).

I. Kanton Zürich.

1. Volksschule (Primar- und Sekundarschule).

1. Lehrplan für den Handarbeitsunterricht der Mädchen an den Volksschulen des Kantons Zürich. (Vom 9. Mai 1916.)

A. Lehrziel und Unterricht.

Dem Handarbeitsunterrichte fällt die Aufgabe zu, die Mädchen in die Elemente des Strickens, Häkelns, Nähens, Flickens und Stickens einzuführen. Diese Arbeiten sind bis zu einer gewissen Fertigkeit an kleinen Gegenständen zum Gebrauch in der Schule oder im Haushalt zu üben.

Das Gestalten, Abformen, Maßnehmen und Zeichnen von Schnittmustern vermittelt den Schülerinnen das Verständnis und die Befähigung, einfache Gebrauchsgegenstände selbständig herzustellen; das Entwerfen und Ausführen einfacher Verzierungen bildet den Formen- und Schönheitssinn; beides weckt Freude an nützlicher Handarbeit.

Besonderes Gewicht ist auf die vielfache Übung im Flicken, sowie auf sorgfältiges, gewissenhaftes Arbeiten zu legen; dadurch wird der Sinn für Genauigkeit, Ordnung, Reinlichkeit und Sparsamkeit gestärkt.

Der Unterricht ist Klassenunterricht. Jede elementare Übung, jeder Teil eines Lehrgegenstandes ist von allen Schülerinnen einer Klasse, eventuell in Abteilungen, gleichzeitig zu beginnen und auszuführen. Durch kurze, auf Anschauung begründete Erklärungen sind die Mädchen über Zweck, Form und Material jedes Lehrgegenstandes aufzuklären und durch Vorzeigen und Vormachen an geeigneten Lehrmitteln in der Ausführung der Arbeit anzuleiten, wobei hinzuzielen ist, daß die Schülerinnen mit Verständnis arbeiten und zu möglichster Selbständigkeit gebracht werden.

Die zur Durchführung eines strikten Klassenunterrichtes notwendigen Ausgleicharbeiten sollen, der Stufe der Schülerinnen angepaßt, gleichartiger Natur sein, zu gegebener Zeit gemeinsam mit der Klasse behandelt und mit den in Frage kommenden Schülerinnen durchgeführt werden. Dabei ist den Mädchen Gelegenheit zu geben, das bereits Erlernte, wie die Fertigkeiten im Zeichnen, zu verwerten. Bei der Wahl und Anordnung der Ausgleicharbeiten ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Lehrerin genügend Zeit findet, sich der schwächern Schülerinnen anzunehmen.

Die Gebrauchsgegenstände für das Haus sind im Rahmen des Lehrplans den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Nachdem durch

Abformen des auszuführenden Lehrgegenstandes (an Schülerinnen oder Kinderbüsten oder Puppen) das Verständnis für die Formen geweckt worden ist, sind die Schnittmuster nach dem für die zürcherischen Arbeitsschulen obligatorischen Lehrmittel: „Arbeitsschulbuch", von Johanna Schärer, zu konstruieren.

B. Verteilung des Lehrstoffes.

a) Beginn mit der 4. Primarschulklasse.

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

a) Waschlappen. (Rechts gerippte, glatte und links gerippte Fläche.) Material: Grobes, ungebleichtes Baumwollgarn. Technik: Gestalten des Waschlappens aus Papier. Anschlagmasche, rechte, linke Maschen, Randmasche, Abketten.

b) Waschhandschuh. (Offene und geschlossene elastische und glatte geschlossene Fläche.) Material: Grobes, ungebleichtes Baumwollgarn. Technik: Gestalten des Waschhandschuhes aus Papier. Anschlagmasche, rechte, linke und Abnehmemasche in offener und geschlossener Strickerei.

c) Ein Paar Strümpfe oder Socken. Material: Farbiges Baumwollgarn. Technik: Anschlagmasche. Elastische und glatte Strickerei mit Nähtchen, Ferse, Käppchen (Vorübung: Puppenhäubchen), Abnehmen.

2. Nähen.

a) Lätzchen oder Täschchen in Rechteckform, durch eine Bordüre verziert und mit einem Hohlsaum (seitwärts) und einem gewöhnlichen Saum (oben) begrenzt. Am untern Rand des Lätzchens oder am Deckel des Täschchens Fransen. Material: Dichte rohe Etamine und farbiges Stickgarn. Technik: Gestalten des Gegenstandes aus Papier. Vor-, Stepp-, Hinter-, Überwindlings-, Saum-, Feston- und Hohlsaumstiche. Doppelter Hohlsaum und gewöhnlicher Saum.

b) Arbeitstasche. (Fertige Breite = 36 cm, Höhe = zirka 32 cm.) Material: Gebleichte Triplüre und hellblauer Faden. Technik: Gestalten der Tasche aus Papier. Breite Hohlsäume zum Abschluß und zur Verzierung der offenen Seiten. Gewöhnlicher, 12 mm breiter Saum seitwärts, Überwindlingsnaht zur Verbindung der gesäumten Seitenkanten. Einnähen des Namens. Schlußvorrichtung: Knöpfe und Knopflöcher.

Anmerkung: Wenn die Zeit nicht reicht, ist die Schlußvorrichtung in der folgenden Klasse anzubringen.

c) Vorratssäcklein oder Überärmel. Material: Feiner weißer oder farbiger Baumwollstoff. Technik: Einfache Steppstichnaht, Saum; am Vorratssäcklein: Annähen von Bindbändern.

3. Häkeln.

Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände. Material: Farbiges oder ungebleichtes Baumwollgarn. Technik: Luftmaschen und feste Maschen.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Waschlappen, Stößchen, Fausthandschuhe, einfache Mützen, Lätzchen etc. für Kinder oder Puppen.

2. Häkeln.

Topfanfasser, Ballnetz, Untersätzchen oder kleine Gegenstände für die Puppe.

Anmerkung. Bei weniger als 6 Stunden Unterrichtszeit in der Woche sollen nur Socken gestrickt werden.

b) Beginn mit der 3. Primarschulklasse.

Verteilung des Lehrstoffes der ersten Arbeitschulklasse auf zwei Schuljahre.

Erste Arbeitschulklasse (3. Primarschulklasse).

2—4 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

a) Waschlappen. (Rechts gerippte, glatte und links gerippte Fläche.) Material: Grobes, ungebleichtes Baumwollgarn. Technik: Gestalten des Waschlappens aus Papier. Rechte und linke Maschen. Randmasche, Abketten.

b) Waschhandschuh. (Offene und geschlossene elastische und glatte geschlossene Fläche.) Material: Grobes, ungebleichtes Baumwollgarn. Technik: Gestalten des Waschhandschuhes aus Papier. Anschlagmasche. Rechte, linke und Abnehmemaschen in der Runde gestrickt.

c) Täschchen mit abgeschrägtem Deckel zum Aufbewahren des Nähzeuges (offene glatte Fläche mit geripptem Rand). Material: Hellfarbiges Baumwollgarn. Technik: Gestalten des Täschchens aus Papier. Anschlagmasche; rechte, linke und Abnehmemasche. Abketten.

d) Ein Paar Kindersocken mit Einschluß einer Vorübung für Ferse und Käppchen an einem Puppenhäubchen oder mit einer Ferse in der Form des Schlußabnehmens. Material: Farbiges Baumwollgarn. Technik: Anschlagmasche, elastische Strickerei mit Nähtchen, Ferse, Käppchen, Ristabnehmen, glatte Strickerei, Schlußabnehmen.

2. Häkeln.

a) Begrenzen und Verzieren der gestrickten Gegenstände a, b, c. Material: Farbiges oder ungebleichtes Baumwollgarn. Technik: Luftmaschen und feste Maschen.

b) Staublappen oder Deckchen mit buntem Rand als Verzierung. Material: Hellfarbiges und buntes, doppelt gezwirntes Baumwollgarn. Technik: Luftmaschen, feste Maschen und Stäbchenmaschen.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Waschlappen, Stößchen, Fausthandschuhe, einfache Mützen, Lätzchen etc. für Kinder oder Puppen.

2. Häkeln.

Topfanfasser, Ballnetz, Untersätzchen oder kleine Gegenstände für die Puppe.

Anmerkung: Bei weniger als drei Stunden Unterrichtszeit in der Woche sind beim Stricken die Kindersocken und beim Häkeln der Staublappen oder das Deckchen wegzulassen.

Zweite Arbeitschulklasse (4. Primarschulklasse).

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Paar Socken oder Strümpfe. (Bei 4 Stunden in der Woche sind Socken zu stricken.) Material: Farbiges Baumwollgarn. Technik: Anschlagmasche, elastische und glatte Strickerei mit Nähtchen, Abnehmemaschen, Ferse und Käppchen. Wenn in der ersten Arbeitschulklasse noch keine Socken gestrickt wurden, sind Ferse und Käppchen vorzuüben (Puppenhäubchen).

2. Nähen.

a) Lätzchen oder Täschchen in Rechteckform, durch eine Bordüre verziert und mit einem doppelten Hohlsaum und einem gewöhnlichen Saum begrenzt. Am untern Rand des Lätzchens oder am Deckel des Täschchens Fransen. Material: Dichte rohe Etamine und farbiges Stickgarn. Technik: Gestalten des Gegenstandes aus Papier. Vor-, Stepp-, Hinter-, Überwindlings-, Saum-, Feston- und Hohlsaumstiche. Hohlsaum und gewöhnlicher Saum.

b) Arbeitstasche. (Fertige Breite = 36 cm, Höhe = zirka 32 cm.) Material: Gebleichte Triplüre und hellblauer Nähfaden. Technik: Gestalten der Tasche aus Papier. Breite Hohlsäume zum Abschluß und zur Verzierung der offenen Seiten. Gewöhnlicher, 12 mm breiter Saum (seitwärts). Überwindlingsnaht zur Ver-

bindung der gesäumten Seitenkanten, Einnähen des Namens, Schlußvorrichtung, bestehend aus Knopf oder Knopfloch.

Anmerkung: Wenn die Zeit nicht reicht, ist die Schlußvorrichtung in der folgenden Klasse anzubringen.

c) Vorratssäcklein oder Überärmel. Material: Feiner weißer oder farbiger Baumwollstoff. Technik: Einfache Steppstichnaht, Kehrnaht, Saum, Annähen von Bindbändern am Vorratssäcklein.

d) Znüni- oder Arbeitsbeutel mit einfacher Verzierung. Material: Grobfädiger Baumwoll- oder Leinenstoff und buntes Garn. Technik: Gestalten des Beutels aus Papier. Bereits erlernte Stich- und Nahtarten. Saum mit Zugvorrichtung.

II. Ausgleicharbeiten.

Stricken oder Häkeln.

Einfache kleine Gegenstände für Kinder oder Puppen mit Anwendung der im Stricken und Häkeln erlernten Techniken.

Anmerkung: Bei weniger als 6 Stunden Unterrichtszeit in der Woche ist der Znüni- oder Arbeitsbeutel wegzulassen; dafür sind Socken zu stricken.

Dritte Arbeitschulklasse (5. Primarschulklasse).

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

a) Ein Paar Socken oder Strümpfe. Wenn in der 4. Primarschulklasse Socken gestrickt wurden, sind in dieser Klasse Strümpfe anzufertigen oder umgekehrt. Material: Farbiges Baumwollgarn. Technik: Anschlagmasche. Elastische und glatte Strickerei, Ferse, Käppchen und Abnehmen. Beim Stricken von Socken: Entwerfen einer Randverzierung durch andersfarbige Maschenreihen.

b) Arbeitsbeutel. Material: Farbiges Garn. Technik: Einfache Piqué-, Patent- und Hohlmuster.

2. Nähen.

a) Mädchenhemd. (Glattes Achselschlußhemd oder Zughemd.) Material: Mittelfeiner Baumwollstoff. Technik: Abformen (durch die Lehrerin an einer Schülerin oder Kinderbüste). Maßnehmen. Herstellen des Musters. Zuschneiden, Steppnähte, Kappnähte, Saum, Besetzen des Halsausschnittes mit Litze und zugleich Annähen der Spitze, Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und Einnähen des Namens.

b) Untergestältchen. Material: Weißer oder farbiger Baumwollstoff. Technik: Abformen. Maßnehmen. Herstellen des Musters. Zu-

schneiden. Gewöhnliche Säume, Besatz mit Schrägstoff, Knopflöcher, Annähen der Knöpfe event. der Spitze. Einfache Verzierung.

c) Deckchen mit Randverzierung. (Größe: Zirka 30 cm : 20 cm.) Material: Weißer oder hellfarbiger Aïdastoff und passendes Stickgarn. Technik: Kreuzstich, Saum.

d) Nadelbüchlein. Material: Aïdastoff und Stickgarn (wie zum Deckchen) und Flanell. Technik: Gestalten des Nadelbüchleins aus Papier. Entwerfen einer schmalen Randverzierung ohne Eckbildung für Kreuzstich. Ausführen derselben und Einnähen des Namens mit einfachen, geraden Kreuzstichbuchstaben.

II. Ausgleicharbeiten.

I. Stricken.

Handschuhe, Schleifen, Hausschuhe, Bettsocken, Mützen, Lätzchen etc.

2. Häkeln.

Schmale Spitze für das Hemd (Anlernen in der Schule und Hausarbeit).

3. Nähen.

Einfache gewöhnliche Schürze oder Klammerschürze, oder ein Unterröckchen mit Kreuzstichverzierung.

Anmerkung. Bei weniger als 6 Stunden Unterrichtszeit in der Woche ist das Musterstricken abzukürzen und das Nadelbüchlein, eventuell auch das Untergestältchen, wegzulassen.

Vierte Arbeitschulklasse (6. Primarschulklasse).
4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Socken mit verschiedenen Maschenflächen, der später zum Flicken verwendet wird. Material: Ungebleichtes Baumwollgarn.

2. Nähen.

a) Mädchenhemd. (Mit Vorder- oder Achselschluß.) Material: Mittelfeiner Baumwollstoff. Technik: Maßnehmen und Herstellen des Schnittmusters nach den Maßen. Zuschneiden des Hemdes. Kappnähte, Saum, Bandbesatz oder Einreihen und Aufsetzen eines Bündchens, Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und der Spitze, Einnähen des Namens.

b) Einfache Schürze mit Verzierungsarbeit. Material: Weißer oder farbiger Baumwollstoff und Stickgarn für die Verzierung. Technik: Abformen und Zuschneiden der Schürze. Steppnaht, Säume und Besätze, Überwindlingsnaht, Knopflöcher. Verzierung mit Ausnützung des Stoffmusters.

3. Flicken.

a) Übungen im Einsetzeu und Aufsetzen von Stücken in weißem, mittelfeinem Baumwollstoff. Technik: Schmale und breite Kappnähte.

b) Anwendung an Gebrauchsgegenständen.

c) Überziehen von rechten, linken und Abnehmemaschen und Einstricken der Ferse am hiefür gestrickten Socken. Material: Farbiges, doppelt gezwirntes Baumwollgarn.

d) Anwendung dieser Flickarten an gestrickten Gegenständen.

II. Ausgleicharbeiten.

1. Stricken.

Anstricken von Strümpfen, oder Stricken von Socken, Strümpfchen oder Handschuhen.

2. Häkeln.

Häkeln der Spitze zum Hemd (Anlernen in der Schule und Hausarbeit).

3. Nähen.

Anfertigen eines einfachen Gegenstandes mit Ausnützung des Stoffmusters bei der Verzierung (Schürze, Lätzchen, Häubchen, Bettasche etc.).

Anmerkung: Bei weniger als 6 Stunden Unterrichtszeit in der Woche ist ein Achselschlußhemd zu machen und die Verzierung der Schürze zu vereinfachen.

Fünfte Arbeitschulklasse (7. Primar- oder I. Sekundarschulklasse).
4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Streifen mit drei glatten Flächen für die nachfolgenden Flickübungen im Maschenstich. Material: Ungebleichtes Baumwollgarn.

2. Hand- und Maschinennähen.

a) Küchenschürze mit angeschnittenem Latz und Trägern, oder Kissenanzug. Material für die Schürze: Leinen- oder Baumwollstoff, weiß oder farbig. Technik: Vorübungen im Maschinennähen an Papier. Abformen und Zuschneiden der Schürze. Maschinennähen: Nähte und Säume. Handnähen: Verzierung mit Ausnützung des Stoffmusters. Material für den Kissenanzug: Weißer oder farbiger Baumwollstoff. Technik: Maschinennähen: Nähte und Säume. Handnähen: Knopflöcher, Annähen der Knöpfe, Einnähen des Namens.

b) Mädchenhemd. (Achselschlußhemd mit Ärmeln und geradem Bündchen oder Bündchenhemd mit Vorderschluß, rundem Ärmel und Stockschweifung.) Vorübung für die Steppfalte,

wenn ein Hemd mit Vorderschluß gemacht wird. Material: Feiner Baumwollstoff. Technik: Maßnehmen. Herstelllen der Schnittmuster. Zuschneiden. Maschinennähen: Die Grundnähte der Stocknähte, das Einsteppen der Ärmel beim Achselschlußhemd, Absteppen der Bündchen, am Vorderschlußhemd die Steppreihen der obern Steppfalte. Handnähen: Alle übrigen Nähte und die Säume, Schlußvorrichtung und Name.

3. Übungen im Abformen an Schülerinnen oder Kinderbüsten oder Puppen.

a) Leibchen (Untergestältchen).

b) Röckchen.

c) Häubchen. Material: Gaze, Nessel oder Papier. Technik: Abformen, Zusammenheften der Teile und Aufzeichnen einer einfachen Verzierung.

4. Flicken.

a) Übungen im Flicken von kariertem Baumwollstoff. Technik: Ein- und Aufsetzen von Stücken mit einfachen Nähten und Kappnähten.

b) Übungen im Maschenstich an dem hiefür gestrickten Streifen. Material: Gebleichtes, gut gedrehtes Garn. Technik: Stopfen mit rechten, mit rechten und linken Maschenreihen und Einstricken eines glatten Stückes.

c) Übungen im Verweben und Stopfen. Material: Kongreßleinen und farbiger Stickfaden. Technik: Hauswifel, Verweben, Stopfen, Nachbilden von Leinen- und Drilchgewebe.

d) Flicken von Gebrauchsgegenständen mit Anwendung obiger Flickarten.

II. Ausgleicharbeiten.

a) Herstellen der Spitze zum Hemd (Schul- und Hausarbeit).

b) Eine kleine Verzierungsarbeit, z. B. Nadelkissen, Buchhülle etc., oder

c) Ausführung eines der abgeformten Gegenstände.

Anmerkung. Bei weniger als 6 Stunden wöchentlicher Unterrichtszeit empfiehlt es sich, den Kissenanzug und das Achselschlußhemd herstellen zu lassen.

Sechste Arbeitschulklasse (8. Primar- oder II. Sekundarschulklasse).

4—6 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Stricken.

Ein Streifen mit einer glatten, einer Abnehme- und zwei elastischen Flächen für die nachfolgenden Flickübungen für gestrickte Gegenstände. Material: Ungebleichtes Baumwollgarn.

2. Hand- und Maschinennähen.

a) Einfaches Frauen-Nachthemd oder ein farbiges Männerhemd.

b) Beinkleid. Material: Feiner Baumwollstoff für das Frauen-Nachthemd, für das Männerhemd farbiger Baumwollstoff, für das Beinkleid weißer Baumwollstoff oder farbiger Barchent. Technik: Maßnehmen. Herstellen der Muster nach den Maßen. Zuschneiden. Maschinennähen: Nähte und Säume. Handnähen: Einreihen, Niedernähen der Bündchen und Koller, Knopflöcher, Annähen der Knöpfe und Spitzen, Zeichnen der Wäschestücke.

3. Übungen im Abformen.

a) Leibchen oder Untertaille an einer Mitschülerin.

b) Beinkleid an einer Puppe (fakultativ). Material: Gaze, Nessel oder Papier. Technik: Abformen und Zusammenheften der Teile.

4. Flicken.

a) Übungen im Maschenstich an dem hiefür gestrickten Streifen. Material: Gebleichtes, gut gedrehtes Baumwollgarn. Technik: Stopfen mit rechten, linken und Abnehmemaschen. Einstricken einer elastischen Fläche, eventuell Verweben von Strickflächen.

b) Übungen im Einsetzen von Stücken mit der Nähmaschine. Material: Feiner, weißer Baumwollstoff. Technik: Schmale und breite Kappnähte.

c) Verwebübungen mit der Nähmaschine oder Übungen im Flicken von Tuch.

d) Flicken von Gebrauchsgegenständen mit Anwendung obiger Flickarten.

II. Ausgleicharbeiten.

Herstellen der Spitzen für das Frauen-Nachthemd (Schul- und Hausarbeit). Herstellen der Garnitur für das Beinkleid (Festons, Häkelarbeit oder Zierstiche). Ausführung eines der abgeformten Gegenstände. Kleine Verzierungsarbeit nach Entwurf der Schülerin.

Anmerkung. Bei weniger als 6 Stunden wöchentlicher Unterrichtszeit können die Beinkleider weggelassen werden.

Lehrplan der III. Sekundarklasse.

4—5 Stunden in der Woche.

I. Klassenarbeiten.

1. Sticken.

Übungen im Weißsticken. Festonieren, Hoch- und Lochstickerei, so angeordnet auf feinem Baumwollstoff oder auf Leinwand, daß daraus ein Serviettentäschchen hergestellt oder die kleine Arbeit als Untersätzchen oder Deckchen verwendet werden kann.

2. Maschinennähen.

a) Frauen-Taghemd mit Koller oder glattem Stock. Material: Feiner Baumwollstoff, schmale Stickerei oder Spitze. Technik:

Abformen des Kollers oder des obern Teiles des glatten Hemdes. Maßnehmen. Herstellen der Muster nach den Maßen. Maschinennähen: Nähte, Saum, Besetzen des obern Randes mit Stickerei oder Schrägstreifen. Handnähen: Annähen der Spitze, Sticken des Namens, wenn möglich nach selbst entworfener Zeichnung. Schlußvorrichtung.

b) Unterrock oder Bluse. Material: Waschstoff, weiß oder farbig Technik: Abformen. Maßnehmen. Herstellen des Musters nach den Maßen. Zuschneiden. Maschinen- und Handnäherei.

3. Flicken.

a) Übungen im Flicken von Tuch, wenn diese Arbeit in der II. Sekundarklasse nicht gemacht wurde. Material: Hellfarbiges Tuch und passende Seide, Litzen zum Besetzen und Einfassen. Technik: Einsetzen von eckigen und gerundeten Stücken mit Hinter- und Staffierstichen, Randerieren, Verweben. Besetzen und Einfassen von Kanten. Knopflöcher nach Schneiderart.

b) Anwendung der früher erlernten Flickarten an gewobenen und gestrickten Gegenständen.

II. Ausgleicharbeiten.

Verzierungsarbeiten, wie Kragen zur Bluse, Beutel oder Mappenhülle, Verzierung der Bluse (so viel als möglich nach Entwürfen der Schülerinnen).

C. Einführung.

I. Der Lehrplan für den Handarbeitsunterricht der Mädchen an den Volksschulen des Kantons Zürich wird im Sinne eines Versuches für die Dauer von drei Jahren in Kraft erklärt.

II. Die Durchführung erfolgt so, daß der Lehrplan im Schuljahr 1916/17 zunächst in den Primarklassen 3—6 eingeführt wird. Im Schuljahr 1917/18 erfolgt die Ausdehnung auf die Primarklassen 7 und 8 und die Sekundarschule. Im Schuljahr 1918/19 ist der Lehrplan nochmals in allen Arbeitschulklassen zu erproben.

---

2. Lehrplan für den hauswirtschaftlichen Unterricht der Volksschule des Kantons Zürich. (Vom 14. November 1916.)

(8. Primar- und 2. Sekundarschulklasse.)

I. Der Unterricht in Schulen mit Schulküchen.

4 Jahresstunden.

A. Lehrziel.

Der Unterricht ist grundlegend für alle häuslichen Arbeiten, die sich in einer Schulküche behandeln lassen. Er hat die Schülerinnen unter praktischer Anleitung in die Elemente der Ernährungslehre

einzuführen, in ihnen Lust und Liebe zur häuslichen Tätigkeit zu wecken und sie an Pünktlichkeit, Ordnung, Reinlichkeit und Sparsamkeit zu gewöhnen.

B. Unterricht.

1. Die Theorie wird mit der Praxis verbunden. Die Schülerinnen sollen ihre Arbeit denkend verrichten lernen. Die Belehrungen haben an die vorhandenen Vorstellungen anzuknüpfen. Neue Erfahrungen sollen die Mädchen dadurch gewinnen, daß sie zu eigenem Beobachten auf den verschiedenen Gebieten des Haushaltes angeleitet werden.

2. Im Kochen ist mehr auf möglichst gründliche und systematisch vorwärtsschreitende Behandlung einfacher Zubereitungsarten zu sehen als auf Mannigfaltigkeit der Gerichte.

3. Die Durchführung der praktischen Arbeiten soll, wenn immer möglich, paarweise geschehen, damit alle Mädchen gleichmäßig zu allen Arbeiten herangezogen und so durch vielseitige Übung und Erfahrung zu etwelcher Geschicklichkeit im Arbeiten gebracht werden.

4. Die vielseitige Übung fordert, daß die Klassen nicht zu groß seien. Mehr als 16 Schülerinnen sollen sie nur dann zählen, wenn genügend Herde und Geräte vorhanden sind. Das Maximum von 24 darf in keinem Falle überschritten werden.

5. Es ist der Lehrerin gestattet, in der Anordnung des Lehrstoffes zweckdienliche Verschiebungen vorzunehmen. So sind die Lektionen für Reinmachen und Wäsche den Umständen angepaßt einzuschalten; beide Gebiete sollen aber zu wiederholten Malen zur Behandlung gelangen. Ferner steht es den Lehrerinnen frei, örtlichen oder zeitlichen Verhältnissen Rechnung tragend, das eine oder andere der vorgezeichneten Gerichte durch gleichwertige zu ersetzen.

6. Die Aufräumungsarbeiten werden von den Schülerinnen in monatlicher Kehrordnung ausgeführt und bilden einen wichtigen Teil jeder einzelnen Lektion. Zu den Aufgaben jeder Lektion gehören ferner die Berechnung der zu kochenden Gerichte, sowie das Eintragen sämtlicher Ausgaben ins Haushaltungsbuch.

7. Die zubereiteten Gerichte werden von den Schülerinnen in Form einer Mahlzeit eingenommen, die dazu benützt wird, auch die Bedienung des Tisches in den Bereich der Belehrung zu ziehen.

C. Lehrstoff.

a) Umfang des Lehrstoffes.

1. Die Küche und ihre Einrichtungsgegenstände.
2. Kaltes und heißes Wasser in seinen Wirkungen in Küche und Haushalt.
3. Nahrungsmittel und Nährstoffe in ihrer Bedeutung für den Körper; Genußmittel.
4. Verdauungsorgane und Verdauung.

5. Anforderungen an die tägliche Kost und Zusammenstellen von Speisezetteln für den einfachen Tisch.
6. Die grundlegenden Kochvorgänge.
7. Hauswirtschaftliche Berechnungen.
8. Grundzüge der Zubereitung von Krankenspeisen.
9. Praktische Beschäftigung:
   a) Bedienung des Herdes und Instandstellung der Küche;
   b) Kochen einer Anzahl einfacher Gerichte;
   c) Bedienung des Tisches;
   d) Waschen und Strecken von Küchenwäsche;
   e) Führung des Haushaltungsbuches.

b) Verteilung des Lehrstoffes auf 40 Lektionen.

1. Einführung in die Schulküche. Anlage des Haushaltungsbuches. Einführung in die Ämter. Einüben derselben.
2. Herd, Kochgeschirr. Das Anfeuern. Wirkung des Feuers auf Wasser und Speisen. Tagesgericht: Eingerührte Suppe. Bedienung des Tisches; die Aufräumungsarbeiten.
3. Nahrung. Bedeutung und Zusammensetzung. Das Wasser im Dienste des Hauses und der Küche. Tagesgericht: Kartoffelsuppe. Aufräumungsarbeiten. Wiederholung.
4. Die Nährstoffe. Ihre Bedeutung unter Hinweis auf die Zusammensetzung der Milch. Milcharten. Das Kochen der Milch. Tagesgericht: Maisbrei oder Griesköpfchen mit Fruchtsaft oder gekochtem Obst.
5. Die Milch. Wiederholung und Fortsetzung. Prüfungsmittel, Preis, Aufbewahrung. Kindermilch. Darreichung. Behandlung von Saugflasche und Pfropfen. Tagesgericht: Reisbrei, Dörrobst (Papier oder Kochkiste).
6. Milchprodukte: Butter, Quark, Molken. Vergleichung von Nähr- und Geldwert. Bedeutung der Butter für die Krankenküche. Tagesgericht: Selbsthergestellte Quark, Butter, Molken und Schalenkartoffeln.
7. Milchprodukte. Der Käse. Bedeutung von Quark, Fett- und Magerkäse für die Ernährung. Tagesgericht: Käseküchlein und Salat.
8. Getreidefrüchte. Arten, Anbau, Ernte, unterscheidende Merkmale. Bedeutung als Nahrungsmittel. Hafer: Präparate und ihre Bedeutung in der Küche. Wert für Kinder und Erwachsene. Tagesgericht: Haferbrei und gekochte Zwetschgen unter Anwendung des Garkochens ohne Feuer (Papier oder Kochkiste).
9. Getreidefrüchte. Fortsetzung. Weizen: Merkmale, Mahlprodukte und ihre Bestandteile. Bedeutung von Kleber und Stärke. Veränderung des Mehls durch Einwirkung der Fetthitze (Dünsten, Rösten). Tagesgericht: Geröstete Mehlsuppe mit Käse.

10. Mehlpräparate und Teigwaren. Bedeutung und Herstellung des Brotes. Nährgehalt, Verdaulichkeit und Preiswürdigkeit der gebräuchlichsten Brotsorten. Wert der Teigwaren. Grundregeln zur Herstellung. Tagesgericht: Spätzlisuppe, Spätzli und gekochte Rhabarber.

11. Das Ei. Nährstoffe, Nährwert, Preiswürdigkeit. Bedeutung des Eies in der Krankenernährung, Prüfungsmittel. Aufbewahrung, das Weich- und Hartkochen. Tagesgericht: Flaumweiche Eier, Eierdünkli und Spinat.

12. Die Hülsenfrüchte. Arten, Merkmale, Gewinnung, Aufbewahrung. Nährstoffe, Zubereitungsregeln. Tagesgericht: Erbssuppe mit Sago (Kochkiste), Fruchtschnitten.

13. Hülsenfruchtpräparate. Arten, Preiswürdigkeit, Zubereitung. Tagesgericht: Hülsenfruchtkoteletten und gekochte Birnen.

14. Frische Gemüse. Nährwert und Preiswürdigkeit der verschiedenen Gemüsegruppen und Regeln der Vor- und Zubereitung. Tagesgericht: Gemüsesuppe.

15. Frische Gemüse. (Wiederholung und Ergänzung.) Aufbewahrung in frischem Zustande durch Dörren, Einlegen. Tagesbeschäftigung: Einlegen von Bohnen in Salzwasser und Vorbereiten solcher zum Dörren. Tagesgericht: Grünes Bohnengemüse und Salzkartoffeln.

16. Die Kartoffel. Anbau und Ernte, Arten, Nährstoffe, Nährwert, Regeln der Zubereitung. Tagesgericht: Kartoffeln nach Freiburger Art und Rüben- oder Bohnensalat.

17. Das Obst. Arten, Wert für Gesunde und Kranke, Preiswürdigkeit, Verwendung, Aufbewahrung. Tagesgericht: Gekochte Zwetschgen und Maispfluten.

18. Fette. Bedeutung des Fettes für den Körper und für die Küche. Aufbewahrung, Arten, Verhaltungsmaßregeln bei brennendem Fett. Tagesgericht: Röstkartoffeln und Wirsing- oder Kopfsalat. Herstellen einer Fettmischung auf Vorrat.

19. Das Fleisch. Nährstoffe, Wert als Nahrungsmittel, Einkauf und Behandlung in der Küche. Schweinefleisch. Nährwert, Verdaulichkeit, Verwendung. Das Dämpfen des Fleisches. Tagesgericht: Schweinefleisch mit Kohl und Kartoffeln, gedämpft als Eintopfgericht.

20. Das Fleisch. Wiederholung und Ergänzung. Rindfleisch. Nährwert, Verdaulichkeit, Einkauf. Regeln für das Sieden des Fleisches. Tagesgericht: Fleischbrühsuppe, gekochtes Rindfleisch mit Gemüseeinlagen.

21. Das Fleisch. Koch- und Bratstücke. Gehacktes Fleisch. Würste. Das Anbraten. Zuspeisen zu Fleischgerichten. Tagesgericht: Gehackte Fleischplätzchen und gedämpfter Wirsing.

22. Das Fleisch. Fortsetzung. Eingeweide. Nährwert, Preis, Preiswürdigkeit. Der menschliche Verdauungsapparat und die Verdauung. Tagesgericht: Voressen von Lunge und Herz mit gekochtem Reis, oder gebratene Leber mit Kartoffelsalat.
23. Knochen, Leim, Krankenspeisen. Regeln über die Zubereitung und Darreichung von Krankenkost. Tagesgericht: Gerstenschleimsuppe, Plattenmus. Krankenpflege. Die Besorgung des Krankenzimmers. Anlegen verschiedener Verbände. Armschlinge, Halswickel etc.
24. Genußmittel: a) Gewürze, b) Getränke. Wohltätige und schädigende Wirkungen. Surrogate. Einkauf und Verwendung. Tagesgericht: Schwarztee und Äpfelröste.
25. Zusammenstellung vollständiger Mahlzeiten. Notwendige Eigenschaften derselben. Tagesgericht: Wintergemüsesuppe, Brätkügeli in weißer Sauce, gedämpfte Rüben.
26. Festtage in der Familie. Vorbereitungsarbeiten und Überraschungen. Herstellung von Weihnachtsgebäck. Tagesgericht: Kakao mit Brot.
27. 28. Das Reinmachen. Ordnungsliebe und Reinlichkeit in ihrer Bedeutung für den Einzelnen, für die Familie und für das Haus. Allgemeine Regeln des Reinmachens. Tagesarbeit: Putzen von Küchenteilen und Küchengeräten. Tagesgericht: Nahrhafte Suppe (Linsensuppe oder Erbsensuppe).
29. 30. 31. Die Wäsche. Bedeutung reiner Wäsche für Körper und Haushalt. Waschmittel. Sortieren, Einzählen und (wenn möglich) Einlegen der Wäschestücke als Vorbereitungsarbeiten. Waschen der eingelegten Stücke und Aufhängen derselben. Aufräumungsarbeiten. Tagesgericht: Bohnen mit Speck, Kartoffeln.
32. Die Getreidekörner. Wiederholung und Ergänzung. Tagesgericht: Maisschnitten und gekochte dürre Birnen oder Zwetschgen.
33. Milch und Milchprodukte. Wiederholung. Tagesgericht: Milchkaffee und Ziegerkuchen oder Käsewähe.
34. Grüne Gemüse und Kartoffel. Wiederholung und Ergänzung. Winter- und Frühjahrsgemüse. Tagesgericht: Kartoffelküchlein und Krautsalat.
35. Das Ei. Wiederholung. Tagesgericht: Omeletten und Apfelmus.
36. Das Backen im Fett. Grundlegende Regeln. Tagesgericht: Eierröhrli und Milchkaffee.
37. Eingeweide und Fette. Wiederholung. Tagesgericht: Kutteln und Röstkartoffeln. Herstellung einer Fettmischung auf Vorrat.
38. Frühjahrsputzerei in der Küche. Einfaches Gericht.
39. Herstellung einer Sonntagsmahlzeit unter Wiederholung der einschlägigen Kochregeln.
40. Abschluß. Haushaltungsbuch und Küchenrevision. Tagesgericht: Rinds- oder Schweinsbraten mit Kartoffelstock.

II. Der Unterricht in Schulen ohne Schulküche.

1—2 Jahresstunden.

In der beschränkten Zeit, die diesem Unterricht eingeräumt ist, können Nahrungsmittellehre und Haushaltungskunde nicht zugleich behandelt werden. Es ist zwischen beiden zu wählen.

Die allgemeinen Bemerkungen zum Lehrplan für vier Jahresstunden gelten, soweit sie sich auf die methodische Behandlung des Lehrstoffes und die erzieherische Einwirkung auf die Schülerinnen beziehen, auch für diesen Unterricht.

A. Nahrungsmittellehre.

Die im Lehrplan für den Unterricht in der Schulküche erwähnten Lebensmittel sind zu behandeln, und zwar in der angegebenen Reihenfolge. Vom Lehrstoff der verschiedenen Lektionen fallen nur die praktischen Übungen weg, die anderswo als in der Küche nicht ausgeführt werden können. Der Unterricht ist durch geeignete Demonstrationen anschaulich zu gestalten.

B. Haushaltungskunde.

In der Haushaltungskunde sind die Mädchen in die Erfordernisse einer hygienischen Wohnungs- und Körperpflege einzuführen. Durch Anleitung und Übung sollen sie auch mit den verschiedenartigen häuslichen Arbeiten vertraut gemacht werden.

Die Belehrung ist so viel als durchführbar durch eigene Betätigung der Mädchen zu ergänzen. Zu diesem Zwecke sollen die notwendigen Geräte zur Verfügung stehen.

Der Lehrstoff umfaßt:

1. Ordnungsliebe, Reinlichkeit, Pünktlichkeit in ihrer Anwendung auf die Schülerinnen und den Schulraum.
2. Anforderungen an eine gesunde Wohnung. Zeichen und Nachteile feuchter Wohnungen.
3. Luft- und Lichtverhältnisse in der Wohnung. Bedeutung für Körper und Sinne. Entfernen des Staubes und anderer Verunreinigungen von Böden, Wänden, Möbeln auf trockenem und feuchtem Wege. Natürliche und künstliche Beleuchtung. Putzen der Fenster, Instandhaltung der Lampen.
4. Ausstattung und Ausschmückung einer einfachen Wohnung. Blumenpflege.
5. Die Wärmeregulierung. Heizstoffe, Heizeinrichtungen. Die Bekleidung, Reinigen von verschiedenartigen Stoffen, Kleidungsstücken, Schuhen, Teppichen.
6. Die Sorge des Menschen für Ruhe und Erholung. Das Bett und seine Bestandteile in hygienischer und ökonomischer Hinsicht. Seine Behandlung. Instandhaltung von Polstermöbeln.

7. Häusliche Krankenpflege. Das Krankenzimmer. Wickel und Kompressen; Verbände und Armschlinge.
8. Die Wartung kleiner Geschwister.

III. Inventar einer Schulküche.

A. Allgemeine Gegenstände.
(Für die ganze Klasse.)

2 Dtzd. Geschirrtücher, 1 Dtzd. Handtücher, 2 Dtzd. Staubtücher, 1 Dtzd. Abwaschlappen, 1/2 Dtzd. Bodenlappen, 1 Waschkessel, 1 Waschkorb mit Seil, 2 Dtzd. Klammern, 1 Wäscheständer, 1 Kochkiste mit 2 Töpfen, 1 Eierständer, 1 Servierbrett, 1 Milchkessel, 1 Kaffeemühle, 1 Dtzd. Gewürzbüchschen, 1 Wage mit Gewichten, 1 Tranchiermesser, 1 Messerstahl, 1 Fettsieb, 1 Marktkorb, 1 Papierkorb, 1 Kohlenkessel, 1 Kehrichtkessel.

B. Gruppen-Inventar.
(Für 4 Schülerinnen.)

2 Emailpfannen mit Deckel, 2 Gußpfannen, 2 eiserne Bratpfannen, 2 Messing- oder Aluminiumpfannen, 1 großer Wassertopf (Email), 1 Wasserkrug, 2 mittelgroße irdene Schüsseln, 2 kleine irdene Schüsseln, 1 Emailschüssel, 1 Emailsieb, 1 Schaum- und 1 Schüpflöffel, 2 Eisenschäufelchen, 4 Kochlöffel, 1 Reibeisen, 2 Halblitermaße, 2 Holzteller, 2 Spätzlibretter, 1 Kartoffelstößer, 2 Abfallkörbchen, 1 Spankorb mit Messer, 4 Tassen mit Untertassen, 4 Suppenteller, 4 flache Teller, 4 Dessertteller, 1 Suppenschüssel, 2 Gemüseschüsseln, 1 Fleischschüssel, 1 Salatschüssel, 1 Flasche, 4 Gläser, 1 Salzbüchschen, 1 Tischbrettchen, 1 Milch- und 1 Kaffeekrug, 1 Teekanne, 1 kleines irdenes Vorratstöpfchen, 1 Besteckkorb, 4 Tischmesser, 4 Gabeln und 4 Eßlöffel, 4 Teelöffel, 1 Suppenschöpflöffel, 4 Küchenmesser, 2 Fettlöffel, 1 Fettopf, 1 Salatbesteck, 1 Teigbrett, 2 Wallhölzer, 1 Kuchenblech, 1 Eierschwinger, 1 Kaffeesack, 1 Wiegemesser, 1 Muskatreiber, 1 Abwasch- und 1 Spülschüssel, 1 Handwaschschüssel, 1 Putzkessel, 1 Seifenschale, 2 kleine Schüsseln für Putzmaterial, 1 Messerputzbrett, 1 Wischer, 1 Schrupper, 1 kleiner Wischer mit Schaufel, 1 Kohlenschaufel.

IV. Einführung.

Der Lehrplan für den hauswirtschaftlichen Unterricht der Volksschule des Kantons Zürich wird im Sinne eines Versuches bis zum Schlusse des Schuljahres 1918/19 in Kraft erklärt.

---

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

3. Kant. Handelsschule. Lehrplanrevision. (Vom 23. März 1916.)

Der Erziehungsrat beschließt:

I. Im Lehrplan der V. Klasse der kantonalen Handelsschule vom 9. Februar 1910 treten vom Beginn des Schuljahres 1916/17

an versuchsweise folgende Änderungen ein: 1. In den Fächern Italienisch und Geschichte wird die wöchentliche Stundenzahl von 2 auf 3, im Deutschen von 3 auf 4 erhöht.

2. Im Übungskontor tritt eine Reduktion der Stundenzahl von 4 auf 2, in Geographie in französischer Sprache von 3 auf 2 ein.

II. Der Lehrstoff in den in Frage stehenden Fächern ist der veränderten Stundenzahl anzupassen.

III. Mitteilung an das Rektorat der kantonalen Handelsschule und mittelst Zuschrift an das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement.

---

4. Seminarordnung für das Lehrerseminar des Kantons Zürich in Küsnacht. (Vom 11. Juli 1916.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Unterricht am Seminar umfaßt vier Jahreskurse. Diese beginnen jeweilen Ende April, beziehungsweise anfangs Mai.

Zur Aufnahme in die erste Klasse ist das mit dem 30. April zurückgelegte 15. Altersjahr, zur Aufnahme in eine höhere Klasse das entsprechend höhere Alter erforderlich.

§ 2. Jährlich im Monat Januar ladet die Seminardirektion durch öffentliche Ausschreibung zur Anmeldung für den Eintritt ein.

Wer in das Seminar einzutreten wünscht, hat der Seminardirektion innerhalb der angesetzten Frist einzusenden:

1. Eine schriftliche Bewerbung um Aufnahme mit kurzer Angabe des bisherigen Schulbesuches;
2. einen amtlichen Altersausweis;
3. das Schulzeugnis;
4. ein verschlossenes Zeugnis der bisherigen Lehrer über Fähigkeiten, Fleiß und Betragen mit einem kurzen Verzeichnis des während der drei Sekundarschuljahre behandelten Lehrstoffes in Geschichte, Geographie und Naturkunde;
5. ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand;
6. im Falle der Bewerbung um ein Stipendium: die bezüglichen Ausweise (§ 17).

§ 3. Die Aufnahme neuer Zöglinge geschieht in der Regel nur zu Anfang des Schuljahres.

§ 4. Die Aufnahmeprüfung findet Ende Februar oder anfangs März statt. Sie setzt die Kenntnisse und Fertigkeiten voraus, die durch den dreijährigen Besuch einer zürcherischen Sekundarschule oder einer auf gleicher Stufe stehenden Anstalt erworben werden können. Für die Aufnahme in eine höhere Klasse werden die Leistungen verlangt, die den Anforderungen der vorhergehenden Seminarklassen entsprechen.

§ 5. Die Aufnahmeprüfung für die erste Klasse umfaßt folgende Fächer: 1. deutsche Sprache (Lesen, Verständnis); 2. deutsche Gram-

matik; 3. deutscher Aufsatz; 4. französische Sprache, mündlich; 5. französische Sprache, schriftlich; 6. Mathematik, mündlich; 7. Mathematik, schriftlich; ferner in der Meinng, daß gruppenweise in je einem Fache geprüft werde: 8. Geschichte; 9. Geographie; 10. Naturkunde.

§ 6. Die Aufnahmeprüfung hat bestanden, wer im Gesamtdurchschnitt die Note $3^1/_2$ („genügend") erreicht hat. Der definitiven Aufnahme geht eine vierteljährige Probezeit voran.

§ 7. Mit Bewilligung der Aufsichtskommission können auch Auditoren aufgenommen werden.

Die Auditoren haben keine Aufnahmeprüfung zu bestehen; dagegen haben sie die Erklärung abzugeben, daß sie sich durch den Besuch des Unterrichts auf die zürcherische Fähigkeitsprüfung für Primarlehrer vorbereiten wollen.

§ 8. Der Unterricht ist für Kantonsbürger und für solche Bürger anderer Kantone, die seit wenigstens 10 Jahren im Kanton niedergelassen sind, unentgeltlich. Nichtkantonsbürger und Auditoren bezahlen ein jährliches Schulgeld von 60 Franken, wovon die Hälfte zu Anfang jedes Schulhalbjahres an die Seminardirektion zu entrichten ist.

§ 9. Der Unterricht umfaßt:

a) Obligatorische Fächer: Pädagogik und Methodik, deutsche Sprache, französische Sprache, Geschichte, Geographie, Mathematik, Naturkunde mit Praktikum, Gesang, Violin- oder Klavierspiel, Zeichnen, Schreiben, Turnen;

b) fakultative Fächer: Religionsgeschichte, englische, italienische und lateinische Sprache.

Zöglinge, die sowohl im Singen, als im obligatorischen Instrumentalfach die Note $4^1/_2$ haben, können im zweiten Instrumentalfach fakultativen Unterricht nehmen.

Die Sprachkurse im Englischen, Italienischen und Lateinischen beginnen im Herbst und dauern drei Jahre. Ein Zögling kann nur einen dieser Kurse besuchen.

Der Lehrerkonvent entscheidet alljährlich in jedem einzelnen Falle darüber, ob ein Schüler auf Grund seiner Leistungen in den obligatorischen Fächern zu einem fakultativen Kurse zugelassen werden kann.

§ 10. Am Schlusse jedes Semesters erhalten die Zöglinge Zeugnisse über Fleiß und Leistungen in sämtlichen Fächern, sowie über das Betragen. Die Urteile werden in ganzen und halben Zahlen von 6—1 ausgedrückt, wobei 6 „sehr gut", 5 „gut", 4 „ziemlich gut", 3 „mittelmäßig", 2 „schwach", 1 „sehr schwach" bedeutet. Das Urteil „genügend" wird durch die Note $3^1/_2$ bezeichnet.

Das Zeugnis über Betragen wird in Worten ausgedrückt; die beste Note lautet „gut".

Das Zeugnis ist vom Vater oder Inhaber der vormundschaftlichen Gewalt zu unterzeichnen und vom Zögling am ersten Schultage der Direktion zurückzugeben.

§ 11. Wenn ein Zögling aus irgend einem Grunde von einem obligatorischen Fache dispensiert zu werden wünscht, so hat er sich mit Angabe der Gründe schriftlich an die Seminardirektion zu wenden, die das Gesuch mit ihrem Antrag und einem Gutachten des Lehrerkonvents der Aufsichtskommission unterbreitet.

Dispense von fakultativen Fächern können auf Beginn eines Semesters von der Seminardirektion erteilt werden. Zöglingen, die in obligatorischen Fächern nicht befriedigen, kann der Konvent die weitere Teilnahme an fakultativen Fächern untersagen.

§ 12. Jedes Frühjahr entscheidet die Aufsichtskommission auf Antrag des Lehrerkonventes über die Promotion. Wenn ein Zögling in drei Fächern, wovon zwei wissenschaftliche, oder in vier beliebigen Fächern in den Leistungen eine geringere Note als $3^1/_2$ hat, so wird er nicht promoviert. Nichtpromotion kann auch dann eintreten, wenn bei geringer Durchschnittsleistung nur zwei ungenügende Noten vorliegen. Die Note im geometrischen Zeichnen zählt zu den nichtwissenschaftlichen Fächern.

§ 13. Zur Förderung der Zöglinge in ihrer Ausbildung besteht eine Bibliothek, deren Bücher an die Zöglinge beziehungsweise Auditoren unentgeltlich abgegeben werden. Die Verwaltung wird von einem Seminarlehrer besorgt.

Bücher belletristischen Inhalts sind spätestens nach vier, solche wissenschaftlichen Inhalts spätestens nach acht Wochen zurückzugeben. Ausnahmen bedürfen der speziellen Bewilligung des Bibliothekars. Wer Bücher verliert oder beschädigt, hat den Schaden zu ersetzen.

§ 14. Zur Übung im Klavierspiel dienen mehrere in verschiedenen Räumen des Seminars aufgestellte Klaviere, deren Benutzung durch einen Übungsplan geregelt ist. Außerdem können an einzelne Kostorte Klaviere zu unentgeltlicher Benutzung abgegeben werden. Die Zöglinge sind für sorgfältige Behandlung der Instrumente verantwortlich.

§ 15. Für die Zöglinge des Seminars besteht Versicherung gegen Unfall; die jährlich zu entrichtenden Prämien werden vom Staate getragen.

Die Versicherung erstreckt sich auf Unfälle, die den Schülern zustoßen:

1. Solange sie sich in den Räumlichkeiten, Höfen und Gärten des Seminars aufhalten, mit Einschluß aller Unfälle, die sich bei den von einem Lehrer geleiteten Laboratoriumsversuchen, bei den vom Seminar oder von den Seminarvereinen abgehaltenen Übungen und Theatervorstellungen, während der Pausen, bei unbeaufsichtigter Benützung von Apparaten, Turngeräten ereignen;

2. außerhalb des Seminargebietes:

a) bei den unter Aufsicht eines Lehrers ausgeführten Arbeiten und Übungen;

b) bei den von Lehrern organisierten und geleiteten Exkursionen, Ausmärschen, Ausflügen und Reisen, mit Einschluß von Gebirgstouren;

c) bei Turnfahrten des Seminarturnvereins jedoch mit Ausschluß der Unfälle, die sich bei öffentlichen Turnfesten ereignen;

d) bei den Wanderungen anderer Seminarvereine.

Jeder Unfall, für den eine Entschädigungspflicht besteht, muß der Seminardirektion innert 4 Tagen mittelst eines bei ihr zu beziehenden Formulars zur Kenntnis gebracht werden.

§ 16. Zur Förderung der Gesundheitspflege besteht eine hygienische Aufsicht, die einem Arzt im Nebenamt übertragen wird.

Die Funktionen des Schularztes sind: Prüfung der ärztlichen Zeugnisse, eventuell Untersuchung der Schüler bei Anlaß der Anmeldungen zum Eintritt, hygienische Belehrung der eintretenden Zöglinge, Untersuchung des Gesichtes und Gehörs der Schüler beim Eintritt und beim Austritt, sowie Anleitung der Schüler der IV. Klasse in der Ausführung der Schüleruntersuchungen, Untersuchung der Schüler der Übungsschule nach den kantonalen Anordnungen, Abgabe von ärztlichen Gutachten an die Direktion.

Bei Erkrankungen der Schüler steht diesen die Wahl des Arztes frei.

§ 17. An ökonomisch bedürftige Zöglinge können Stipendien verabreicht werden, wenn und so lange sie sich über befriedigende Leistungen, guten Fleiß und untadelhaftes Betragen ausweisen; ebenso kann Auditoren, wenn sie Kantonsbürger sind, das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen werden.

Wer sich um ein Stipendium zu bewerben gedenkt, hat der Seminardirektion mit dem bezüglichen Gesuch ein amtliches Zeugnis über das vorhandene Bedürfnis einzureichen. Dieses Zeugnis ist nach einem Formular auszustellen, das bei der Seminardirektion oder der Kanzlei des Erziehungswesens bezogen werden kann.

Im Falle von Nichtpromotion wird die weitere Ausrichtung eines Stipendiums eingestellt.

§ 18. Zöglinge, die die Anstalt vor Vollendung der Kurse verlassen wollen, haben der Seminardirektion ein vom Vater bezw. Inhaber der vormundschaftlichen Gewalt ausgestelltes schriftliches Entlassungsgesuch einzureichen. Die Direktion übermacht das Gesuch der Aufsichtskommission mit einem Antrag des Lehrerkonventes sowohl betreffend die Entlassung selbst, als die allfällig zu leistende Rückvergütung empfangener Stipendien.

B. Besondere Bestimmungen.

§ 19. Schüler, die nicht bei ihren Eltern wohnen, haben für den von ihnen gewählten Kostort und vor dessen Bezug die Geneh-

migung der Direktion einzuholen. Diese Genehmigung kann ohne Angabe der Gründe verweigert werden.

Bei der Wahl von Kostorten wird die Direktion den Schülern mit gutem Rat behülflich sein.

§ 20. Jeder Zögling ist zum regelmäßigen Besuch aller Unterrichtsstunden verpflichtet. Ohne dringende Ursache darf keine Unterrichtsstunde versäumt werden.

Wer wegen Krankheit am Besuche des Unterrichts verhindert ist, hat für sofortige schriftliche Anzeige an die Direktion zu sorgen.

Für vorhergesehene Versäumnisse ist die Bewilligung der Direktion einzuholen; unvorhergesehene Versäumnisse sind nachträglich sofort bei der Direktion zu verantworten.

Die Direktion sorgt unter Mitwirkung der Lehrerschaft für regelmäßige Kontrolle der Absenzen.

§ 21. Der Aufenthalt in den Lehrzimmern außerhalb der Unterrichtszeit ist den Zöglingen nur zur Ausführung häuslicher Arbeiten bezw. für die in § 24, Schlußsatz, angegebenen Zwecke und nur mit Bewilligung der Direktion gestattet.

§ 22. Die Zöglinge haben sich innerhalb und außerhalb des Seminars eines achtungsvollen Benehmens gegen die Lehrerschaft und eines sittsamen und anständigen Betragens im allgemeinen zu befleißen.

§ 23. Beschädigungen des Eigentums der Anstalt durch die Zöglinge sind von letztern zu vergüten. Bei Beschädigungen mutwilliger Natur erfolgt außerdem Bestrafung auf dem Disziplinarwege (§ 26).

§ 24. Es ist den Zöglingen gestattet, unter sich selbst zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder praktischen Ausbildung Vereine zu bilden, vorbehalten die Disziplinarbestimmungen von § 26.

Diese Vereine haben Statuten aufzustellen; diese, sowie die Jahresrechnungen unterliegen der Genehmigung des Konventes.

Ein Zögling darf nur dann zwei Vereinen angehören, wenn der eine der Turnverein ist.

Die regelmäßigen Übungen der Vereine sind in den Lokalitäten des Seminargebäudes abzuhalten.

§ 25. Alle Zöglinge unterstehen sowohl in als außer der Schule der Disziplin der Anstalt.

Als Disziplinarvergehen sind im besondern anzusehen: Vernachlässigung der Studien; Verletzung des Anstandes; Ungehorsam gegen Schulbehörden und Lehrer, sowie Widersetzlichkeit gegen die Schulordnung; mutwillige Beschädigung des Eigentums der Anstalt; dauernde Ausübung eines nachteiligen Einflusses auf die Klasse; öfterer Wirtshausbesuch und damit im Zusammenhang stehender Unfug; Verletzung der Sittlichkeit.

§ 26. Zur Handhabung der Ordnung und Disziplin sind, soweit Zurechtweisungen und Strafen der einzelnen Lehrer oder des Direk-

tors nicht ausreichen, je nach der Natur des Falles, folgende Mittel anzuwenden:

1. Schriftliche Mitteilung durch den Seminardirektor an den Vater oder Vormund;
2. Verweis durch den Seminardirektor vor der Klasse;
3. Verbot der Teilnahme an Vereinen;
4. Verweis durch den Präsidenten der Aufsichtskommission;
5. Entzug des Stipendiums;
6. Androhung der Wegweisung;
7. Wegweisung aus der Anstalt.

§ 27. Die vorstehende Seminarordnung tritt an die Stelle der Seminarordnung vom 16. Dezember 1911.

---

5. Abänderung des Reglementes für die Kranken- und Unfallkasse am Technikum in Winterthur vom 12. März 1913. (Vom 18. April 1916.)

Der Erziehungsrat,

auf den Antrag der Aufsichtskommission des Technikums in Winterthur,

beschließt:

I. Im Reglement für die Kranken- und Unfallkasse am Technikum in Winterthur erhält § 8 folgende Fassung:

„Die regulären Schüler sind verpflichtet, der Kranken- und Unfallkasse beizutreten. Der Semesterbeitrag beträgt Fr. 4 für Schweizerbürger und Fr. 5 für Ausländer; er wird gleichzeitig mit dem Schulgeld erhoben."

II. Diese Bestimmung tritt auf Beginn des Sommerhalbjahres 1916 in Kraft.

---

6. Lehrplan der Schule für Eisenbahnbeamte am kantonalen Technikum in Winterthur. (Vom 10. Oktober 1916.)

4 Halbjahreskurse.)

1. Klasse (I^v, Sommerhalbjahr).

Deutsche Sprache (4 Std.). Mündliche und schriftliche Übungen zur Erlangung der Sicherheit und Gewandtheit im sprachlichen Ausdruck. Behandlung prosaischer und poetischer Lesestücke.

Französische Sprache (4 Std.). Leichte zusammenhängende Lektüre. Im Anschluß Repetition der grammatikalischen Formenlehre, Konversationsübungen und schriftliche Arbeiten. Aussprache- und Memorierübungen. Die Unterrichtssprache ist, soweit tunlich, das Französische.

Italienische Sprache (4 Std.). Anfängerkurs. Die Aussprache. Grammatikalische Formenlehre und Syntax. Lesestücke mit

anschließenden schriftlichen Arbeiten und Konversationsübungen. Memorieren einfacher Gespräche. Die Unterrichtssprache ist, soweit tunlich, das Italienische.

Rechnen (4 Std.). Flächenberechnungen. Münz-, Maß- und Gewichtsreduktionen. Warenrechnungen. Die Proportionen. Der Kettensatz. Prozent- und Zinsrechnungen. Wechseldiskontorechnungen. Übungen im Kopfrechnen.

Geographie (3 Std.). Die Schweiz. Besprechung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Urproduktion, Handel und Verkehr. Eingehende Behandlung des Eisenbahnnetzes mit Erstellung zahlreicher Kartenskizzen. Übungen im Fahrplanlesen.

Physik (3 Std.). Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Wellenlehre. Optik.

Warenkunde (2 Std.). Grundbegriffe der Chemie als Einführung in die Warenkunde.

Stenographie (2 Std.). Anfängerkurs in der Stenographie nach dem System Stolze-Schrey.

Expeditionsdienst und Tarifwesen (3 Std.). Allgemeines. Rechtliche Grundlagen der Personenbeförderung. Arten der Beförderung und Abfertigung.

Eisenbahngesetzgebung (2 Std.). Bundesgesetzgebung über Bau und Betrieb der Eisenbahnen. Beziehungen zu Post, Telegraph und Zoll. Expropriationsgesetz.

Telegraphie (2 Std.). Geschichtliches. Das Morse-Alphabet. Übungen im Geben und Abnehmen von Depeschen. Das Reglement über den Telegraphendienst.

Turnen (2 Std.). Ordnungs-, Frei-, Stab- und Gerätübungen.

Englische Sprache (fakultativ 3 Std.). Anfängerkurs. Aussprache und Betonung. Formenlehre. Übersetzungen. Lese-, Memorier- und Sprechübungen.

II. Klasse (II^{v}, Winterhalbjahr).

Deutsche Sprache (4 Std.). Lektüre und Behandlung. Lesestücke mit gesteigerten Anforderungen. Mündliche und schriftliche Schilderungen von Selbsterlebtem. Beschreibungen, Briefe.

Französische Sprache (4 Std.). Lektüre zusammenhängender Stücke. Im Anschluß Erklärung der wichtigsten Erscheinungen der Syntax. Extemporalien. Diktate und einfache Aufsätze.

Italienische Sprache (4 Std.). Grammatik: Fortsetzung der Formenlehre und Syntax; die unregelmäßigen Verben. Aufsätze und Gespräche.

Rechnen (4 Std.). Gesellschafts- und Mischungsrechnungen. Effektenrechnung, Warenrechnungen. Kopfrechnen.

Geographie (3 Std.). Fortführung des in der I. Klasse behandelten Lehrstoffes. Übersicht über die Dampfschiff- und Alpenpostrouten, das Telegraphen- und Telephonnetz der Schweiz.

Physik (3 Std.). Akustik. Wärmelehre. Magnetismus und Elektrizität.

Warenkunde (2 Std.). Warenkunde mit besonderer Berücksichtigung der nach dem Transportreglement ausgeschlossenen oder nur bedingungsweise zur Beförderung zugelassenen Gegenstände. Desinfektionsmittel.

Stenographie (1 Std.). Fortbildungskurs nach System Stolze-Schrey. Lese-, Korrekt- und Schnellschreibübungen.

Expeditionsdienst und Tarifwesen (3 Std.) Rechtliche Grundlagen der Gepäck-, Expreßgut- und Viehbeförderung. Arten der Beförderung und Abfertigung. Einführung in das Tarifwesen. Begriff, Art und Anlage der Tarife. Gesetzliche Bestimmungen über das Tarifwesen.

Eisenbahngesetzgebung (2 Std.) Rückkaufsgesetz nebst Vollziehungsverordnung. Organisation der Bundesbahnen.

Betriebsanlagen und Betriebsmittel (2 Std.). Bahnanlagen. Begriff, Entstehung und Einteilung der Eisenbahnen. Unterbau; Oberbau. Die Stationsanlagen. Exkursionen zur Besichtigung von Bahnhofanlagen.

Telegraphie (2 Std.). Fortsetzung der Übungen der I. Klasse. Die technische Einrichtung der Telegraphenstation; Leitungen, Stromlauf. Behandlung der Apparate und Batterien. Störungen im Betrieb. Telephon.

Turnen (1 Std.). Fortsetzung der Übungen der I. Klasse.

Englische Sprache (fakultativ, 2 Std.). Formenlehre, zweiter Teil. Mündliche und schriftliche Übersetzungen im Anschluß an die Grammatik. Diktate; Memorier- und Sprechübungen. Lektüre einfacher Prosastücke.

III. Klasse (III^{v}, Sommerhalbjahr).

Deutsche Sprache (4 Std.). Lektüre von Dichtungen; Übungen im freien Vortrage. Aufsätze und Briefe.

Dienstkorrespondenz (2 Std.). Übungen im Rapport- und Korrespondenzwesen. Ausfertigung von Rapport- und Bestellscheinen.

Französische Sprache (4 Std.). Lesen moderner Texte, mit besonderer Berücksichtigung der Terminologie des Verkehrswesens. Konversationsübungen und Aufsätze; Fortsetzung der Syntax. Geschäftsbriefe.

Italienische Sprache (3 Std.). Zusammenhängende Lektüre mit anschließenden Konversationsübungen und Aufsätzen. Briefe.

Rechnen (1 Std.). Kopfrechnen. Repetitionen.

Buchhaltung (2 Std.). Buchhaltung mit Anwendung auf den Geschäftsgang einer Speditionsfirma.

Geographie (3 Std.). Wirtschafts- und Verkehrsgeographie der europäischen Staaten mit besonderer Betonung unserer vier Grenzländer und deren Beziehungen zur Schweiz.

Expeditionsdienst und Tarifwesen (3 Std.). Rechtliche Grundlagen der Güterbeförderung. Beförderungsarten und Abfertigung. Die das Tarifwesen beschlagenden Bestimmungen der schweizerischen Normalkonzession und des Tarifgesetzes für die schweizerischen Bundesbahnen.

Erklärung des Fahrdienstreglementes (4 Std.).

Eisenbahngesetzgebung (1 Std.). Die Privatbahnen (Normalkonzession). Die Nebenbahnen. Verbindungsgeleise. Bundesstrafrecht.

Betriebsanlagen und Betriebsmittel (4 Std.). Signalwesen, Begriff, Zweck und Einteilung der Signale. Allgemeine Anwendungsvorschriften. Die Signale auf den Stationen und auf der Strecke. Übrige Signale. Die Weichen- und Signalstellwerke. Exkursionen zur Besichtigung von Bahnanlagen.

Volkswirtschaftslehre (2 Std.). Grundbegriffe. Die Güterproduktion. Die Produktionsfaktoren: Natur, Arbeit, Kapital. Die Arbeitsteilung. Die Unternehmungsformen. Der Patentschutz.

Anleitung zu Hilfeleistungen bei Verletzungen und Unfällen (2 Std.). Anatomie und Physiologie des menschlichen Körpers. Verletzungen, Unfälle und plötzliche krankhafte Zustände und erste Hilfeleistung. Verbandlehre und Transportlehre. Übungen.

Turnen (1 Std.). Fortsetzung der Übungen der II. Klasse. Bewegungsspiele.

Englische Sprache (fakultativ 2 Std.). Syntax, erster Teil. Lektüre leichter Prosa. Die Unterrichtssprache ist, soweit tunlich, das Englische.

IV. Klasse (IV^{v}, Winterhalbjahr).

Deutsche Sprache (4 Std.). Fortsetzung des Unterrichts der III. Klasse.

Dienstkorrespondenz (2 Std.). Besprechung und schriftliche Behandlung im praktischen Eisenbahndienst vorkommender Fragen und Fälle. Berichterstattungen über Unregelmäßigkeiten; Beantwortung von Anfragen aller Art. Persönliche Gesuche. Protokollarische Einvernahmen.

Französische Sprache (4 Std.). Lektüre und Konversationsübungen: Das Wichtigste über Land und Leute der französischen Schweiz und Frankreichs. Aufsätze.

Italienische Sprache (3 Std.). Lektüre und Konversationsübungen: Einiges über Land und Leute in der italienischen Schweiz und Italien. Hauptsächlichste Terminologie des Verkehrswesens. Aufsätze.

Rechnen (1 Std.). Kopfrechnen. Repetitionen.

Geographie (3 Std.). Wirtschaftskunde der wichtigsten außereuropäischen Länder. Wiederholungen aus dem Gebiete des schweizerischen Eisenbahnnetzes.

Expeditionsdienst und Tarifwesen (3 Std.). Der Gütertransport (Fortsetzung). Die allgemeinen Tarifvorschriften nebst Warenklassifikation. Ausnahmstarife. Nebengebührentarif. Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr.

Erklärung des Fahrdienstreglementes (4 Std.). Fortsetzung.

Eisenbahngesetzgebung (1 Std.). Vorschriften über die Anzeige und Behandlung der Eisenbahngefährdungen und Unfälle. Bahnpolizeigesetz. Haftpflichtgesetz.

Betriebsanlagen und Betriebsmittel (4 Std.). Allgemeines. Rollmaterial. Elektrischer Betrieb. Exkursionen zur Besichtigung von Bahnhofanlagen und von Elektrizitätswerken.

Volkswirtschaftslehre (2 Std.). Die Güterzirkulation: Preis, Maß und Gewicht, das Geld- und Münzwesen, Kredit- und Bankwesen, die internationale Handelsbilanz, das Transportwesen. Die Güterverteilung: Arbeitslohn, Kapitalzins, Unternehmergewinn und Bodenrente. Die Güterkonsumtion. Das Versicherungswesen.

Vaterlandskunde (2 Std.). Gemeinde, Bezirk, Kanton, Bund. Geschichtliche Entwicklung der Verfassung der Schweiz. Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Bundesverfassung. Grundlegende Darstellungen des wirtschaftlichen Lebens der Schweiz und ihrer Beziehungen zum Auslande.

Turnen (1 Std.). Fortsetzung der Übungen der III. Klasse.

Englische Sprache (fakultativ, 2 Std.). Syntax, zweiter Teil. Mündliche und schriftliche Übungen, mit besonderer Berücksichtigung der technischen Ausdrücke des Eisenbahndienstes. Leichtere Korrespondenz.

Stundenzahl der einzelnen Klassen und Fächer.

Fächer	Stundenzahl der Klassen I	II	III	IV	Total
Deutsche Sprache	4	4	4	4	16
Dienstkorrespondenz	—	—	2	2	4
Französische Sprache	4	4	4	4	16
Italienische Sprache	4	4	3	3	14
Rechnen	4	4	1	1	10
Buchhaltung	—	—	2	—	2
Geographie	3	3	3	3	12
Physik	3	3	—	—	6
Warenkunde	2	2	—	—	4
Stenographie	2	1	—	—	3
Übertrag	26	25	19	17	87

Fächer	Stundenzahl der Klassen I	II	III	IV	Total
Übertrag	26	25	19	17	87
Expeditionsdienst und Tarifwesen .	3	3	3	3	12
Erklärung des Fahrdienstreglementes	—	—	4	4	8
Eisenbahngesetzgebung	2	2	1	1	6
Betriebsanlagen und Betriebsmittel .	—	2	4	4	10
Telegraphie	2	2	—	—	4
Volkswirtschaftslehre	—	—	2	2	4
Vaterlandskunde	—	—	—	2	2
Anleitung zur Hilfeleistung bei Verletzungen etc.	—	—	2	—	2
Turnen	1-2	1	1	1	4
Total	34-35	35	36	34	139
Englische Sprache (fakultativ) . . .	3	2	2	2	9

7. Auszug aus dem Protokoll des Erziehungsrates des Kantons Zürich.

(Vom 10. Oktober 1916.)

Technikum, Regulativ.

Der Erziehungsrat,

auf den Antrag der Aufsichtskommission des Technikums in Winterthur,

beschließt:

I. Das Programm für die Fähigkeitsprüfungen der „Schule für Eisenbahnbeamte“ (Ende der IV. Klasse) wird in Revision des Regulativs betreffend die Anordnung und das Programm der Fähigkeitsprüfungen am kantonalen Technikum in Winterthur vom 14. August 1901, Abschnitt B, Ziffer IX, festgesetzt wie folgt:

1. Mündliche Prüfung.

a) Französische Sprache;
b) Italienische Sprache;
c) Englische Sprache (fakultativ);
d) Geographie;
e) Bahnanlagen und Betriebsmittel;
f) Expeditionsdienst, Tarifwesen und Eisenbahngesetzgebung;
g) Zugsbeförderungsdienst und Signalwesen.

2. Schriftliche Prüfung.

a) Deutscher Aufsatz;
b) Aufsätze in Französisch und Italienisch;
c) Prüfungsaufgabe aus dem Rapportwesen.

II. Die Aufsichtskommission wird eingeladen, zu prüfen und Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht nunmehr das in Frage stehende Regulativ in seiner Gesamtheit zu revidieren und den inzwischen erfolgten Beschlüssen anzupassen sei.

III. Mitteilung an die Direktion des Technikums.

8. Regulativ über die Benutzung und den Betrieb des Maschinenlaboratoriums des Technikums in Winterthur. (Vom 10. Oktober 1916.)

§ 1. Das Maschinenlaboratorium des Technikums in Winterthur dient im allgemeinen:

a) Dem Anschauungsunterricht in bezug auf Konstruktion und Bau von Maschinen und zugehörigen Einrichtungen;
b) Übungen im Maschinen- und Kesselbetriebe;
c) technischen Messungen und Versuchen.

§ 2. Im Laboratorium bestehen drei Gruppen von maschinellen Einrichtungen: die hydraulischen, die kalorischen und die elektrischen Einrichtungen. Außerdem finden Arbeitsmaschinen, Materialprüfungsmaschinen, Hebezeuge u. s. w. Aufnahme.

§ 3. Der Unterricht im Laboratorium ist in erster Linie für das dritte Studienjahr der Abteilung für Maschinentechniker bestimmt. Er ist gruppenweise zu erteilen, und zwar für jede Gruppe mit wöchentlich 2 bis 4 Stunden. Sind länger dauernde, zusammenhängende Arbeiten durchzuführen, so kann die Unterrichtszeit zweier Wochen auf einen Tag vereinigt werden. Danach hat sich der Stundenplan einzurichten.

§ 4. Die Leitung des ganzen Unterrichtsbetriebes besorgt der vom Erziehungsrat auf Vorschlag der Aufsichtskommission ernannte Vorstand des Maschinenlaboratoriums.

§ 5. Zur Aufstellung einheitlicher Arbeitsprogramme besammelt der Vorstand die übrigen, im Laboratorium unterrichtenden Lehrer so oft als nötig zu einer Konferenz. Die Beschlüsse dieser Konferenz, sowie die Versuchsergebnisse sind in besondern Protokollen niederzulegen.

§ 6. Der Maschinist und das allfällig weitere Hilfspersonal sind dem Vorstand unterstellt, der auch die Werkstattarbeiten anzuweisen und zu überwachen hat. Für den Maschinisten besteht eine besondere Dienstordnung.

Veränderungen an Maschinen, deren Zerlegung und Wiederzusammensetzung sind nur vom Maschinisten oder unter dessen Anleitung vorzunehmen.

§ 7. Der Vorstand übernimmt und verwaltet das Inventar des Laboratoriums. Er stellt zuhanden der Direktion beziehungsweise der Aufsichtsbehörde Antrag über Neuanschaffungen und größere Reparaturen, vollzieht nach Genehmigung der Kredite die Bestellungen und übernimmt die vollzogenen Lieferungen gemäß den Lieferungsverträgen.

§ 8. Die laufenden Betriebsausgaben (elektrische Energie, Brennstoff, Wasser, Schmieröl, Putz- und Packmaterial u. s. w.) unterliegen der Kontrolle des Vorstandes, der am Ende eines jeden Monats an die Direktion Bericht erstattet. Über dieses Verbrauchsmaterial, sowie über das dem Abgang unterworfene Werkzeug ist fortlaufend Buch zu führen.

§ 9. Die Anstalt übernimmt die Haftung für die Folgen von Arbeitsunfällen, die sich beim Unterrichte im Maschinenlaboratorium ergeben.

§ 10. In den im Stundenplan vorgesehenen Übungsstunden haben die betreffenden Schüler ohne weiteres Zutritt zum Maschinenlaboratorium. Das Betreten durch die Schüler zu andern Zeiten ist nur mit besonderer Bewilligung des Vorstandes gestattet.

§ 11. Für den V. und VI. Kurs der Schule für Elektrotechniker stehen die elektrischen Einrichtungen des Laboratoriums zu Übungszwecken zur Verfügung nach besonderer Vereinbarung zwischen den Vorständen beider Abteilungen. In diesen Fällen hat der Mechaniker für Elektrotechnik dem Maschinisten des Laboratoriums behilflich zu sein.

Zu Demonstrationszwecken, sowie zur Vornahme einiger grundlegender Versuche können auch die hydraulischen und kalorischen Einrichtungen von der Schule für Elektrotechniker benützt werden; über den Umfang und die Art dieser Versuche entscheidet der Vorstand. Dasselbe gilt für andere Abteilungen des Technikums, sofern sie in den Fall kommen, gewisse Einrichtungen zu benutzen.

§ 12. Die Schüler haben sich den Anordnungen und Befehlen des Vorstandes, der übrigen Lehrer und des Maschinisten zu unterziehen.

Das Rauchen ist in sämtlichen Räumen des Laboratoriums untersagt, sowohl während als auch außerhalb der Arbeitszeit.

§ 13. Die Besichtigung des Laboratoriums durch andere Abteilungen des Technikums, auswärtige Schulen, Vereine und Private ist mit Bewilligung der Direktion oder des Vorstandes gestattet.

§ 14. Alle Besucher sind gehalten, den Weisungen des Lehrpersonals und des Maschinisten Folge zu leisten. Die Berührung der Maschinen und Apparate ist untersagt. Eine Haftpflicht gegenüber den Besuchern übernimmt das Technikum nicht.

Der Maschinist ist verpflichtet, unberechtigte Besucher zum Verlassen des Lokals zu veranlassen.

§ 15. Das vorstehende Regulativ tritt mit der Eröffnung des Maschinenlaboratoriums in Kraft.

---

3. Universität.

9. Statuten für die Studierenden und Auditoren der Universität Zürich.

(Vom 25. Januar 1916.)

Erster Abschnitt.

Aufnahme der Studierenden. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Wer an der Universität Zürich studieren will, hat sich vom Rektor immatrikulieren zu lassen. Als Studierende der Universität gelten nur die Immatrikulierten.

§ 2. Zur Immatrikulation ist erforderlich, daß dem Rektor vorgelegt werde:

1. Ein amtlicher Ausweis über das mit dem Tag des offiziellen Semesterbeginns zurückgelegte 18. Altersjahr;
2. ein Ausweis über den Besitz der erforderlichen Vorkenntnisse (§ 4), beziehungsweise den bisherigen Bildungs- und Studiengang;
3. ein genügendes amtliches, bis auf die letzte Zeit reichendes Sittenzeugnis, sofern dieses nicht bereits in den Studienzeugnissen enthalten ist; falls die Behörden eines ausländischen Staates überhaupt keine Sittenzeugnisse ausstellen, kann der Auslandspaß an Stelle der letzteren treten;
4. der amtliche Nachweis über erfolgte Hinterlegung eines Heimatscheines oder Reisepasses beim städtischen Kontrollbureau. Dieser Pflicht enthoben sind die in Zürich verbürgerten Studierenden.

Die unter Ziffer 1—3 erwähnten Zeugnisse können durch ein einziges Aktenstück, z. B. das Abgangszeugnis eines Gymnasiums oder einer anderen Universität, ersetzt werden, falls dieses die Erfüllung der aufgestellten Forderungen nachweist.

§ 3. Studierende, die an einer andern Hochschule relegiert oder mit dem Consilium abeundi bestraft worden sind, werden in der Regel nicht immatrikuliert. Ausnahmen kann die Erziehungsdirektion bewilligen.

Die Aufnahme schriftenloser, aber tolerierter Ausländer kann nur mit Bewilligung der Erziehungsdirektion stattfinden.

§ 4. Als Ausweise zur Aufnahme werden anerkannt: Das eidgenössische Maturitätszeugnis, das Maturitätszeugnis eines zürcherischen Gymnasiums, einer zürcherischen Industrieschule, einer zürcherischen Handelsschule, das zürcherische Lehrerpatent, Zeugnisse anderer schweizerischer oder ausländischer Schulen von anerkannt gleichwertigen Anforderungen.

Von fremdsprachlichen Studierenden wird außerdem genügendes Verständnis der deutschen Sprache verlangt.

Das Nähere über die sonstigen Aufnahmebedingungen bestimmt das Reglement betreffend die Aufnahme von Studierenden.

§ 5. Über die Zulassung zur Immatrikulation entscheidet in erster Linie der Rektor. Gegen den Entscheid des Rektors kann an die Hochschulkommission und in letzter Instanz an den Esziehungsrat rekurriert werden.

§ 6. Die regulären Immatrikulationen finden in der ersten und zweiten Woche des Semesters statt. Der Rektor macht im Vorlesungsverzeichnis und am schwarzen Brett die Termine bekannt. Nach Ablauf dieser Termine wird nur immatrikuliert, wer für seine Verspätung triftige Gründe, wie Krankheit, Militärdienst, Examen,

beizubringen vermag. Nach dem 30. Mai und dem 30. November werden keine Immatrikulationen mehr vorgenommen.

§ 7. Die Bewerber haben spätestens einen Tag vor der Immatrikulation in der Universitätskanzlei ein Anmeldeformular auszufüllen und dieses mit den in § 2 verlangten Ausweisen der Kanzlei zuhanden des Rektors abzugeben. Ist die Immatrikulation vom Rektor bewilligt, so hat der Betreffende in der Kanzlei sich in das Matrikelbuch einzutragen und die Immatrikulationsgebühr zu entrichten. Diese beträgt bei erstmaliger Immatrikulation an der Universität Zürich:

a) Für Schweizer, sowie für Ausländer, die selbst oder deren Eltern seit mindestens zwei Jahren in der Schweiz niedergelassen und steuerpflichtig sind: Fr. 17, inbegriffen Fr. 5 Kanzleigebühr;

b) für die übrigen Ausländer: Fr. 62, inbegriffen Fr. 50 Kanzleigebühr.

Wer innerhalb der vorangegangenen fünf Jahre an der Züricher Universität immatrikuliert gewesen und eine hiesige Exmatrikel besitzt, oder wer infolge Absolvierung von 12 hiesigen Semestern die Immatrikulation zu erneuern hat, entrichtet eine Gebühr von Fr. 11, wenn er Schweizer, und von Fr. 25, wenn er Ausländer ist. Wer ein anerkanntes, innerhalb der letzten fünf Jahre ausgestelltes Abgangszeugnis einer andern Universität der Schweiz oder des deutschen Sprachgebietes oder der Eidgenössischen Technischen Hochschule beibringt, bezahlt ebenfalls Fr. 11, wenn er Schweizer, und Fr. 50, wenn er Ausländer ist.

Stipendiaten zürcherischen Staats wird das Einschreibegeld und die Hälfte der Kanzleigebühr zurückerstattet.

Die gleichen Gebühren wie die Inländer entrichten die Angehörigen jener Staaten, mit denen hierüber besondere Übereinkommen getroffen werden.

§ 8. Bei der Immatrikulation bezeugt der Studierende dem Rektor durch das Handgelübde, sich den Statuten der Universität und den Gesetzen des Landes in allem zu unterziehen, den Studien mit Ernst und Eifer obzuliegen und alles zu meiden, was der Universität zum Schaden oder zur Unehre gereichen könnte.

§ 9. Die vorgelegten Ausweise werden während der Dauer der Immatrikulation in der Kanzlei gegen Empfangschein aufbewahrt. Außerdem erhält der Studierende bei der Immatrikulation eine Matrikelurkunde und eine persönliche Ausweiskarte (Legitimationskarte), sowie ein Testatbuch (§ 17) und ein Exemplar der gegenwärtigen Statuten nebst Anhang.

§ 10. Bei der Meldung zur Immatrikulation hat der Studierende seine Wohnung der Universitätskanzlei anzuzeigen, die sie in eine Tabelle einträgt und auf der Legitimationskarte vormerkt. Jede

Wohnungsänderung ist binnen drei Tagen der Universitätskanzlei zum gleichen Zwecke anzumelden.

Unterlassung oder Verzögerung dieser Anzeige wird vom Rektor mit angemessener Disziplinarstrafe belegt.

§ 11. Durch die Immatrikulation erhalten die Studierenden das Anrecht auf:

1. Den Zutritt zu den von ihnen gewählten Vorlesungen unter Voraussetzung akademischer Lernfreiheit gemäß § 126 des Gesetzes über das Unterrichtswesen;
2. amtliche Bescheinigungen von den Dozenten, bei denen sie Kollegien gehört haben, und ein darauf begründetes Abgangszeugnis des Rektors;
3. die reglementarische Benutzung aller der Universität offenstehenden Bibliotheken, Sammlungen, Anstalten für den Unterricht, der Kranken- und Unfallkasse u. s. w.

§ 12. Jeder Studierende hat bei Anlaß der Einbezahlung des Kollegiengeldes (§ 17) einen Semesterbeitrag zu entrichten, und zwar Schweizerbürger (§ 7 a) im Betrage von Fr. 12, Ausländer im Betrage von Fr. 22. Hievon fallen Fr. 5, bei Ausländern Fr. 15 an die Kranken- und Unfallkasse, Fr. 2 an die Kasse der Studentenschaft (§ 39) und der Rest in die Staatskasse zugunsten der Bibliotheken und Sammlungen.

Zürcherische Staatsstipendiaten haben die Hälfte dieser Beträge zu entrichten.

§ 13. Ausweiskarten für die Benutzung der Bibliotheken sind in der Kanzlei zu beziehen.

§ 14. Die Studierenden sind verpflichtet, die Legitimationskarten im Laufe der ersten drei Wochen jedes Semesters in der Universitätskanzlei abstempeln zu lassen. Wer dies unterläßt, wird unter Verhängung einer Buße von Fr. 1 vorgeladen.

Verliert ein Studierender seine Legitimationskarte, so hat er dies binnen zwei Tagen dem Rektor anzuzeigen. Unterlassung oder Verzögerung dieser Anzeige zieht Disziplinarstrafe nach sich. Für die Ausstellung einer neuen Karte ist eine Gebühr von 50 Cts. zu entrichten.

§ 15. Der Rektor übermittelt halbjährlich der Eidgenössischen Technischen Hochschule, sowie den zuständigen kantonalen und städtischen Behörden das amtliche Verzeichnis der Studierenden.

§ 16. Gegen Vorweisung der Legitimationskarte wird der Studierende von den Polizeibehörden und deren Bediensteten in Beziehung auf Verhaftung und ähnliche Maßregeln gleich Personen mit festem Wohnsitz behandelt.

Zweiter Abschnitt.

Einschreibung der Kollegien. Testate.

§ 17. Alle Kollegien, die ein Studierender besuchen will, hat er möglichst bald, jedenfalls innerhalb der ersten drei Wochen nach

dem offiziellen Semesterbeginn in das Testatbuch einzutragen, letzteres dem Kassier der Universität vorzulegen und gleichzeitig das Kollegiengeld*) und die in § 12 genannten Semesterbeiträge zu bezahlen.

Die Anmeldung hat auch für unentgeltliche Vorlesungen beim Kassier zu erfolgen, ebenso wenn der Betrag an der Kasse der Eidgenössischen Technischen Hochschule entrichtet worden ist oder wenn der Studierende von der Entrichtung des Kollegiengeldes befreit wurde.

Nach Ablauf von drei Wochen bedarf es zur Eintragung der Kollegien durch den Kassier einer Bewilligung des Universitätssekretärs. Für diese ist eine Staatsgebühr von Fr. 1 zu entrichten.

Gesuche um Erlaß des Kollegiengeldes sind in der ersten Semesterwoche mit einem amtlichen Ausweis über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Eltern dem Dekan der Fakultät einzureichen.

§ 18. Nach erfolgter Einschreibung an der Kasse der Universität hat der Studierende sein Testatbuch dem betreffenden Dozenten persönlich zur Anmeldung vorzulegen.

§ 19. Sofern einzelne Vorlesungen das vorausgegangene Studium gewisser anderer Disziplinen erfordern, ist der Dozent berechtigt, zu verlangen, daß der Studierende sich über die nötigen Vorkenntnisse ausweise.

§ 20. Behufs Fernhaltung Unberechtigter vom Besuche der Vorlesungen wird den Fakultäten freigestellt, besondere, den Verhältnissen angemessene Bestimmungen, z. B. die Ausgabe von Platzkarten, anzuordnen.

Nicht eingeschriebene Zuhörer können auf Verlangen des Dekans oder eines Dozenten durch die Kanzleibeamten weggewiesen werden.

§ 21. Das Minimum der Semesterstunden, die von einem Studierenden zu belegen sind, beträgt, Gratiskollegien nicht gerechnet, sechs. Reduktion dieser Stundenzahl wird nur ausnahmsweise vom Rektorat erteilt.

Drei Wochen nach Semesterbeginn werden die Studierenden, die die Kollegiengelder und die Semesterbeiträge noch nicht einbezahlt haben, durch den Universitätssekretär gemahnt, unter gleichzeitiger Androhung der Streichung aus dem Verzeichnis der Studierenden (vergl. § 17). Nach Ablauf des in der Mahnung festgesetzten Termins werden die Säumigen aus dem Verzeichnis der Studierenden gestrichen, und zwar spätestens mit Ablauf der fünften Woche nach Beginn des Semesters.

---

*) Das zu bezahlende Kollegiengeld beträgt in der Regel Fr. 6, bei der theologischen Fakultät Fr. 5 für die Semesterstunde. Hiebei ist die Staatsgebühr von Fr. 1 für die Semesterstunde inbegriffen.

Zu demselben Zeitpunkt werden auch alle die Studierenden aus dem Verzeichnis gestrichen, die ohne Urlaub (§ 22) und ohne vorschriftsmäßige Abmeldung (§ 41) die Universität verlassen haben.

§ 22. Urlaub kann den Studierenden vom Rektor für die Dauer eines Semesters erteilt werden, und zwar nur in dringenden, durch Zeugnisse gerechtfertigten Fällen, insbesondere bei Verhinderung durch Krankheit oder durch Militärdienst.

§ 23. Die Abmeldungen bei den Dozenten am Schluß des Semesters müssen persönlich geschehen. Der Zeitpunkt der Erteilung der Vorlesungstestate für regelmäßigen Besuch wird am schwarzen Brett bekannt gegeben. Bewilligungen zur früheren Einholung der Testate werden vom Rektor nur erteilt bei Einberufung in den Militärdienst, bei Krankheit oder anderen nachweisbar dringenden Umständen. Nachträgliche Bescheinigungen über erfolgte Abmeldung dürfen nur ausnahmsweise ausgestellt werden. Später als zu Anfang des nächstfolgenden Semesters sind die Dozenten nicht verpflichtet, überhaupt noch Bescheinigungen auszustellen.

Dritter Abschnitt.

Disziplin. Vereinigungen.

§ 24. Die akademische Disziplin bezweckt, Ordnung, Sitte und Ehrenhaftigkeit unter den Studierenden zu wahren.

Die Aufsicht über die Disziplin wird durch den Rektor, in schweren Fällen unter Beiziehung des Universitätsrichters, vom Senatsausschuß und dem Senat der Universität ausgeübt.

§ 25. Die Studierenden stehen gleich jedem anderen Einwohner des Kantons unter den öffentlichen Gesetzen und den Behörden.

Sie haben keinen privilegierten Gerichtsstand.

§ 26. Als Disziplinarfehler (vorausgesetzt, daß sie nicht in das Gebiet der eidgenössischen oder zürcherischen Strafgesetzgebung fallen) werden, außer den in §§ 10, 14 und 27 angeführten, namentlich noch folgende betrachtet:

a) Vernachlässigung der Studien;
b) Verletzung der Achtung gegenüber den Behörden und Dozenten;
c) Verletzung der Sitte und des Anstandes.

§ 27. Die gerichtliche Beurteilung wegen Verbrechen, Vergehen oder Polizeiübertretungen hebt die Befugnis der akademischen Behörden zu disziplinarischem Einschreiten im Sinne von § 28 nicht auf.

§ 28. Zur Handhabung der Disziplin sind folgende Mittel anzuwenden:

1. Ermahnung oder Verweis durch den Rektor;
2. Ermahnung oder Verweis durch den Rektor vor versammeltem Senatsausschuß;
3. Geldbuße bis auf Fr. 25 (sie fällt der Krankenkasse zu);

4. Unterschrift des Consilium abeundi;
5. Consilium abeundi;
6. Relegation.

§ 29. Der Rektor hat die Kompetenz zur Erteilung von Mahnung und Verweisung, zur Verhängung von Bußen bis auf Fr. 15 und zu der Streichung aus dem Verzeichnis der Studierenden (§ 21).

Höhere Disziplinarstrafen sind Sache des Senatsausschusses, des Senats und des Erziehungsdirektors.

Der Beschuldigte hat das Recht, sich vor der erkennenden Instanz schriftlich oder mündlich zu verteidigen oder einen Dozenten oder Studierenden als Verteidiger zu bezeichnen. Er kann ferner innerhalb 10 Tagen nach Eröffnung des Entscheides bei der nächsthöhern Instanz Beschwerde erheben.

§ 30. Die Unterschrift des Consilium abeundi wird vom Senatsausschuß beschlossen. Sie besteht darin, daß der Fehlbare eigenhändig bezeugt, es sei ihm auf den Fall, daß er sich in der Folge wieder einen gleichen oder ähnlichen Fehler zuschulden kommen lasse, das wirkliche Consilium abeundi bereits angedroht worden.

§ 31. Die Entscheidung über Consilium abeundi und Relegation erfolgt auf Antrag des Senats durch den Erziehungsdirektor (§ 144 des Unterrichtsgesetzes).

Das Consilium abeundi ist eine nicht öffentliche Ausschließung von der Universität, für das laufende und für das folgende Semester.

Die Relegation ist eine öffentliche Ausschließung von der Universität, die sich wenigstens auf das laufende und die zwei folgenden Semester erstreckt, am schwarzen Brett angeschlagen, sowie den andern Universitäten der Schweiz, Deutschlands und Österreichs angezeigt wird und zur Verschärfung in den öffentlichen Blättern bekannt gemacht werden kann.

§ 32. Von den Strafen, die durch den Senatsausschuß oder eine höhere Instanz verhängt werden, ist durch den Rektor auch den Eltern oder dem Vormunde des Bestraften Kenntnis zu geben.

Von einem Consilium abeundi und einer Relegation gibt der Erziehungsdirektor der Polizeidirektion zuhanden der unteren Polizeistellen Kenntnis und kann, wenn die Strafe einen Ausländer betrifft, gleichzeitig den Antrag auf Wegweisung aus dem Kanton stellen.

§ 33. Über die Wiederaufnahme von Studierenden, die mit dem Consilium abeundi oder mit Relegation bestraft, sowie über die Aufnahme von Studierenden, die von anderen Universitäten relegiert worden sind, entscheidet der Erziehungsdirektor.

§ 34. Für jede Zitation oder Mahnung, die durch die Schuld eines Studierenden nötig geworden ist, erhebt die Kanzlei eine Gebühr von Fr. 1; wird eine erste Zitation nicht befolgt, so beträgt bei jeder Wiederholung (abgesehen von Disziplinarstrafe, siehe § 26 d) die Gebühr Fr. 1 mehr, als bei der vorangegangenen Zitation.

§ 35. Wenn Studierende der Universität, sei es für sich allein, sei es gemeinsam mit Studierenden der Eidgenössischen Technischen Hochschule, eine Vereinigung mit geselligen, wissenschaftlichen, sportlichen oder anderen Zwecken gründen, so ist dem Rektorat Anzeige zu machen, unter Einreichung der Statuten und eines Verzeichnisses des Vorstandes und der übrigen Mitglieder, soweit letztere der Universität angehören. Ein solches Verzeichnis haben auch sämtliche an der Universität schon bestehenden Vereine und Verbindungen zu Anfang eines jeden Semesters bis längstens vier Wochen nach Semesterbeginn dem Rektor zuzustellen.

Die Vereinigung gilt erst dann als anerkannt, wenn die Statuten die Genehmigung des Rektors erhalten haben; ebenso ist für jede Statutenrevision die Zustimmung des Rektors erforderlich.

§ 36. Der Rektor ist überdies befugt, jederzeit die Statuten aller an der Universität bestehenden Vereinigungen zur Einsicht einzufordern.

§ 37. Verbindungen, die dem Duell Vorschub leisten, sind untersagt.

§ 38. Feierliche Aufzüge und Fackelzüge der Studierenden bedürfen der Erlaubnis des Rektors.

§ 39. Die aus den Semesterbeiträgen gebildete Kasse der Studentenschaft wird von der Universitätskanzlei unter Aufsicht des Rektors verwaltet. Die Verwendung der Gelder erfolgt auf Beschluß der Delegiertenkonvente der Studierenden, steht unter der Kontrolle des Rektors und bedarf dessen Zustimmung.

Vierter Abschnitt.

Erlöschen der akademischen Rechte. Abgangszeugnis.

§ 40. Die durch die Immatrikulation erworbenen Rechte erlöschen für die Studierenden:

a) Nach einer Dauer von 12 Semestern, die an der Universität Zürich verbracht wurden;
b) durch Abgang von der Universität;
c) durch Fortsetzung des Studiums an einer andern Hochschule;
d) durch Verfügung des Rektors im Sinne von § 21;
e) infolge der Strafe des Consilium abeundi oder der Relegation;
f) im Falle polizeilicher oder gerichtlicher Ausweisung aus der Stadt oder dem Kanton Zürich oder der Eidgenossenschaft.

In bezug auf die Erneuerung der Immatrikulation vergl. die nähern Bestimmungen für die Fälle a—d in § 7, für den Fall e in § 33.

§ 41. Jeder Studierende, der von der Universität abgehen will, hat hievon der Kanzlei mündlich oder schriftlich Anzeige zu machen, die Legitimationskarte, bezogene Bibliothekkarten, den Empfangschein für hinterlegte Studienausweise, sowie die Quittung über erfolgte Abrechnung mit den Laboratoriumsvorständen abzuliefern. Darauf empfängt er die bei der Immatrikulation deponierten Schriften zurück.

§ 42. Wünscht der Studierende ein Abgangszeugnis (Exmatrikel), so hat er hiefür an die Kanzlei der Universität Fr. 5 (Fr. 3 für die Bibliotheken und Fr. 2 für die Staatskasse) zu bezahlen. Wird die Aufnahme der testierten Kollegien in das Abgangszeugnis verlangt, so ist ein Zuschlag von Fr. 1 zu entriehten.

Zürcherische Staatsstipendiaten haben nur den den Bibliotheken zufallenden Betrag von Fr. 3 zu entrichten.

§ 43. Während ein Studierender in eine Untersuchung verwickelt ist, erhält er ohne vorhergegangene Verhandlung mit der Untersuchungsbehörde kein Abgangszeugnis.

§ 44. Polizeiliche Wegweisung eines Studierenden findet, dringende Fälle ausgenommen, erst nach eingeholtem Bericht des Rektors statt; von der getroffenen Verfügung wird, wie überhaupt von allen polizeilichen oder gerichtlichen Strafen und eingeleiteten Untersuchungen, dem Rektor Kenntnis gegeben.

Fünfter Abschnitt.

Die Auditoren.

§ 45. Als Auditoren, die ohne Immatrikulation zum Besuche einzelner Kollegien berechtigt sind, werden nur Personen aufgenommen, die am Tage des offiziellen Semesterbeginns mindestens 18 Jahre alt sind.

§ 46. Unter „einzelnen Kollegien“ sind höchstens acht Stunden in der Woche, die Gratiskollegien inbegriffen, verstanden.

Für diese acht Stunden können sich die Auditoren ohne weiteres beim Universitätskassier einschreiben.

§ 47. Alle Auditoren, die mehr als acht wöchentliche Stunden zu besuchen wünschen, haben dazu die Erlaubnis des Rektors einzuholen. Diese Erlaubnis ist schweizerischen Auditoren zu erteilen, wenn sie sich entweder auf das Fachlehrerexamen in neueren Sprachen und Geschichte, auf das Notariatsexamen oder auf das Rechtsanwaltsexamen vorbereiten wollen.

Das Nähere über die Zulassungsbedingungen bestimmt das Reglement betreffend die Aufnahme der Studierenden.

Diese Auditoren haben ihre Ausweisschriften wie die immatrikulierten Studierenden auf der Universitätskanzlei zu deponieren; sie erhalten eine Ausweiskarte, die ihnen nach außen die gleichen Rechte wie die studentische Legitimationskarte einräumt. Für diesen Ausweis ist eine Gebühr von 50 Cts. zu entrichten; ebenso kommen in Betracht die Bestimmungen von § 14 dieser Statuten.

Die Universitätskanzlei führt ein Verzeichnis dieser Auditoren.

§ 48. Der Besuch von Laboratorien wird vom Rektor nur in Ausnahmefällen bewilligt und nur, wenn auch eine Empfehlung des Laboratoriumsvorstandes vorliegt.

§ 49. Der Rektor hat darüber zu wachen, daß durch die Bewilligung von „Überstunden“ die Immatrikulationspflicht nicht umgangen wird.

§ 50. Schweizerische Auditoren, die mehr als acht Stunden belegen, entrichten eine Einschreibgebühr von Fr. 5. Bei einer nachfolgenden Immatrikulation wird die vom Auditor bezahlte Gebühr angerechnet.

Die Auditoren haben die Kollegiengelder in gleicher Höhe und in der nämlichen Frist wie die Studierenden zu entrichten.

Ausländern, die sich über ein abgeschlossenes akademisches Studium ausweisen können und die zur weitern Ausbildung noch Kliniken, Vorlesungen oder Laboratorien besuchen wollen, kann der Rektor Überstunden bewilligen. Die Betreffenden haben eine Kanzleigebühr von Fr. 25 zu bezahlen.

§ 51. Die Auditoren mit Überstunden bezahlen einen Semesterbeitrag von Fr. 5 an die Bibliotheken und Sammlungen; sie erwerben sich damit das Recht zu deren Benutzung.

§ 52. Die Auditoren stehen während ihres Aufenthaltes in den Gebäuden der Universität und mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu den Dozenten unter akademischer Disziplin. Abgesehen von Wegweisung wegen unterlassener Einschreibung der von ihnen besuchten Kollegien können sie infolge von Übertretung der Disziplinarvorschriften durch Beschluß des Senatsausschusses für kürzere oder längere Zeit von der Erlaubnis, Vorlesungen zu besuchen, ausgeschlossen werden. Verfehlungen von Studierenden der Eidgenössischen Technischen Hochschule werden den Behörden dieser Anstalt mitgeteilt.

§ 53. Abgangszeugnisse werden den Auditoren nicht verabreicht. Es steht im Ermessen des Dozenten, einem Auditor über den Besuch von Kollegien ein Zeugnis auszustellen.

§ 54. Die Zahl der Auditoren wird vom Rektor, auf Grund der vom Kassier der Universität geführten Liste, in dem halbjährlich zu veröffentlichenden Personalverzeichnis der Universität besonders angegeben.

Sechster Abschnitt.

Schlußbestimmung.

§ 55. Diese Statuten, durch die die Statuten vom 3. August 1906 aufgehoben werden, treten auf 15. März 1916 in Kraft.

---

10. Promotionsordnung für die medizinische Fakultät der Universität Zürich. (Vom 14. November 1916.)

§ 1. Wer den Grad eines Doctor medicinæ erwerben will, hat sich beim Dekan mit einer schriftlichen Eingabe anzumelden.

Der Anmeldung sind beizulegen:

1. Eine Schilderung des Lebenslaufes und Bildungsganges.
2. Nachfolgende Ausweise:

A. Von approbierten Ärzten:

a) der Ausweis über die abgelegte eidgenössische ärztliche Fachprüfung;

b) oder ausnahmsweise: das in einem andern Staate nach abgelegter Staatsprüfung erworbene Arztdiplom, über dessen Anerkennung als Zulassungsausweis die Fakultät in jedem einzelnen Falle durch Mehrheitsbeschluß entscheidet.

B. Von Kandidaten ohne Staatsprüfung:

a) der Immatrikulationsausweis an der hiesigen medizinischen Fakultät für das Semester der Anmeldung und der Promotion;

b) von Schweizer Studierenden: ein eidgenössisches Maturitätszeugnis;

c) die Testate über ein vollständiges fünfjähriges naturwissenschaftlich-medizinisches Universitätsstudium. Darunter sind zu verstehen die Ausweise über den Besuch folgender Kollegien und Kurse:

Physik; anorganische Chemie; organische Chemie; chemisches Laboratorium; Botanik; Zoologie; vergleichende Anatomie; gesamte Anatomie [1]; Präparierübungen [1]; Histologie und histologisch-mikroskopischer Kurs; Entwicklungsgeschichte; Physiologie [1]; physiologische Chemie; allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie; spezielle pathologische Anatomie; Sektionskurs als Praktikant; pathologisch-histologischer Kurs; gesamte Hygiene; bakteriologischer Kurs; allgemeine Chirurgie; medizinische Klinik [2]; chirurgische Klinik [2]; gynäkologische Klinik [2]; ophthalmologische Klinik [3]; pädiatrische Klinik [3]; psychiatrische Klinik [1]; medizinische Poliklinik [4]; dermatologisch-venereologische Klinik [4]; Pharmakologie; gerichtliche Medizin; chirurgischer Operationskurs; geburtshilflicher Operationskurs.

3. Eine selbständig abgefaßte Abhandlung aus dem Gebiete der medizinischen Wissenschaften (Dissertation).

§ 2. Das Gesuch wird vom Dekan unter den Mitgliedern der Fakultät in Zirkulation gesetzt.

Ist der Dekan gegen die Zulassung, oder erklärt sich ein Mitglied der Fakultät ausdrücklich dagegen, so entscheidet die Fakultät in der nächsten Sitzung über Zulassung oder Abweisung.

---

[1]) 2 Semester. [2]) 3 Semester, davon 2 als Praktikant. [3]) 2 Semester, davon 1 als Praktikant. [4]) 1 Semester.

Die Entscheidung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gibt der Dekan den Stichentscheid.

§ 3. Die Dissertation wird, sofern sie auf Anregung oder unter Leitung eines Mitgliedes der Fakultät ausgearbeitet worden ist, diesem zur Prüfung und zum Referate übergeben.

Das Votum dieses Mitgliedes, begleitet von einem Referat, ist in der Regel entscheidend für Annahme oder Ablehnung der Dissertation; doch behält sich die Fakultät das Recht vor, auf Anregung des Dekans, oder auf Antrag eines andern Fakultätsmitgliedes über die Annahme oder Ablehnung der Arbeit durch Stimmenmehrheit zu entscheiden. Im Falle der Annahme wird der Name des Referenten auf dem Titel der gedruckten Dissertation vorgemerkt.

Ist die Dissertation nicht auf Anregung oder unter Leitung eines Fakultätsmitgliedes ausgearbeitet worden, so wird sie, mit einem Referate des Hauptlehrers des betreffenden Faches versehen, bei den Fakultätsmitgliedern in Zirkulation gesetzt. Die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung erfolgt auf schriftlichem Wege. Der Name des Referenten wird hier nicht auf das Titelblatt gesetzt. Die Dissertation gilt als abgelehnt, wenn mehr als drei Mitglieder der Fakultät sich gegen dieselbe erklären.

In jedem Fall kann noch ein Kolloquium über den Inhalt der Dissertation verlangt werden.

§ 4. Die als Dissertation eingereichte Abhandlung darf als solche erst nach Ablegung des mündlichen Examens gedruckt werden. Die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift bedarf der schriftlichen Genehmigung derjenigen Person, auf deren Anregung und unter deren Leitung die Dissertation verfaßt wurde.

Bereits früher gedruckte Arbeiten können von der Fakultät durch Mehrheitsbeschluß angenommen werden, falls sie größeren wissenschaftlichen Wert haben. Wird die Arbeit angenommen, so müssen innert der in § 11 bezeichneten Frist 200 Exemplare der Dissertation in vorschriftsmäßiger Ausführung an die Universitätskanzlei abgeliefert werden.

§ 5. Mit der Annahme der Dissertation ist der Kandidat zur Doktorprüfung zugelassen, die innerhalb der nächsten sechs Monate abgelegt werden muß.

Das Examen erstreckt sich auf folgende Fächer:

Anatomie, Physiologie, pathologische Anatomie, Pharmakologie, Hygiene, innere Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe und Gynäkologie, Pädiatrie, Augenheilkunde, Psychiatrie.

Die Prüfung wird in den klinischen Fächern theoretisch und praktisch abgehalten; in den andern Fächern ist es den Examinatoren anheimgestellt, nur theoretisch, oder auch praktisch zu prüfen.

§ 6. Wenn eine Prüfung in Anatomie und Physiologie an hiesiger Fakultät entsprechend den zurzeit bestehenden „Bestimmungen über Zulassung zum Besuche der Kliniken an der Universität Zürich“

mit Erfolg abgelegt ist, so fällt die nochmalige Prüfung in diesen Fächern weg.

§ 7. Für die mündliche Prüfung werden Noten erteilt; 6 ist die beste, 1 die geringste Note. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn eine Note unter 2, oder wenn zwei Noten unter 3, oder drei Noten unter 4 sind. Der Dekan teilt dem Kandidaten nur das Endergebnis der Prüfung, niemals die Einzelnoten mit.

§ 8. Ist die Prüfung nicht bestanden, so entscheidet die Fakultät über Zulässigkeit und Zeitpunkt einer Wiederholung. Eine solche ist nur einmal und zwar nicht vor Ablauf von drei Monaten gestattet. Die Wiederholung erstreckt sich nur auf diejenigen Fächer, in denen nicht die Note 4 erreicht worden ist. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn eine Note unter 3 oder zwei Noten unter 4 sind.

§ 9. Die Doktorprüfungen und Abstimmungen über dieselben finden nur während der Zeit des offiziellen Semesters statt.

§ 10. Denjenigen Kandidaten, die im Besitze des Ausweises über die abgelegte eidgenössische ärztliche Fachprüfung sind, kann die medizinische Doktorprüfung, nicht aber die Dissertation erlassen werden. Über die Erlassung entscheidet der Dekan auf Grundlage der vorgelegten Fachzensuren des schweizerischen Staatsexamens. In zweifelhaften Fällen entscheidet die Fakultät durch Mehrheitsbeschluß.

Ausnahmsweise kann auch Doktoranden, die in einem andern Staate das Arztdiplom erworben haben, durch Mehrheitsbeschluß der Fakultät die mündliche Prüfung erlassen werden.

§ 11. Nach bestandener Prüfung müssen 200 Exemplare der Dissertation an die Universitätskanzlei abgeliefert werden. Die Ablieferung hat im Verlauf der nächsten sechs Monate zu erfolgen, falls die Dissertation selbständig im Drucke erscheint, innerhalb eines Jahres, wenn die Arbeit in einer Zeitschrift veröffentlicht wird. Diese Frist kann von der Fakultät ausnahmsweise verlängert werden.

Der Text der Dissertation darf erst gedruckt werden, wenn der Referent die Korrektur genehmigt hat, das Titelblatt, wenn der Dekan die Korrektur desselben genehmigt hat, nachdem ihm das Imprimatur des Referenten vorgelegt wurde.

Nach der Annahme der Arbeit dürfen irgendwelche Änderungen in der Dissertation oder an dem Titelblatt nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Referenten vorgenommen werden.

Nach Erfüllung dieser Vorschriften wird dem Doktoranden ein von der Universität ausgefertigtes Diplom ausgehändigt. Ein Duplikat wird dem Senatsarchiv einverleibt.

Läßt der Kandidat die oben angegebene Frist, ohne eine Verlängerung nachgesucht zu haben, verstreichen, so verliert er den Anspruch auf Verleihung des Doktordiploms. Über Fristverlängerung entscheidet die Fakultät.

§ 12. Die Gebühren betragen Fr. 420; sie sind nach erfolgter Zulassung der Kanzlei zu bezahlen.

Den Kandidaten mit eidgenössischer ärztlicher Fachprüfung werden Fr. 120 erlassen.

Eine Wiederholung der Prüfung ist kostenfrei.

Eine Rückzahlung der Gebühren findet weder bei definitiver Abweisung, noch dann statt, wenn aus irgend einem Grunde der Kandidat das Examen nicht beendet.

§ 13. Die medizinische Fakultät kann hervorragenden Persönlichkeiten wegen ihrer Verdienste um die Medizin das Doktordiplom honoris causa verleihen. Der Antrag auf Ehrenpromotion muß als Traktandum den Mitgliedern vorher bekannt gegeben werden. Beschlußfassung darf nur erfolgen, wenn mindestens $^2/_3$ aller Fakultätsmitglieder in der Sitzung anwesend sind. Die Abstimmung geschieht in der Regel offen, und der Antrag gilt als angenommen, wenn nicht mehr als zwei Mitglieder dagegen stimmen.

Der Staat übernimmt die Kosten der Ehrendiplome.

§ 14. Für die Studierenden der Zahnheilkunde an der Universität besteht eine besondere Promotionsordnung.

§ 15. Diese Promotionsordnung tritt am 15. November 1916 in Kraft. Durch dieselbe wird die Promotionsordnung vom 25. März 1908 aufgehoben.

Diejenigen Studierenden, welche während der Gültigkeit der bisherigen Promotionsordnung immatrikuliert worden sind, haben bis zum 1. Januar 1918 die Wahl, das Examen nach der vorliegenden oder nach der bisherigen Promotionsordnung aufzunehmen.

II. Regulativ über die Verwendung des Meyer-Keyser-Legates. (Vom 16. November 1916.)

§ 1. Das Legat des am 7. Juli 1896 gestorbenen Dr. Arnold Meyer-Keyser, gewesenen Professors an der Universität Zürich, laut Staatsrechnung von 1896, im Betrage von Fr. 63,101. 65, wird auf 1. Januar 1917 aus dem Hochschulfonds ausgeschieden und unter der Bezeichnung „Meyer-Keyser-Legat“ von der Finanzdirektion besonders verwaltet.

§ 2. Das Kapital soll unvermindert bleiben. Die Zinsen dürfen zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden nach den Vorschlägen der mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektion, jetzt philosophischen Fakultät II, der Universität Zürich (Art. 1 des Testamentes von Prof. Dr. Meyer-Keyser vom 17. April 1888).

§ 3. Bei der Verwendung der Zinsen für die in Frage kommenden Zwecke handelt es sich im besondern um jene Fälle, wo die Beitragspflicht des Staates oder die Mittel der Stiftung für wissenschaftliche Forschung nicht ohne weiteres in Anspruch genommen werden können.

§ 4. Die jährlich zur Verteilung gelangenden Zinsbetreffnisse sollen nicht unter dem Gesamtbetrag von Fr. 2000 bleiben. Zum Bezug von Beiträgen sind die ordentlichen und die außerordentlichen Professoren der Fakultät berechtigt. Die Zuweisung erfolgt nach einer von der Fakultät unter Genehmigung der Hochschulkommission festgestellten Kehrordnung.

§ 5. Bei der Verwendung kommen in Betracht:

a) Die Anschaffung von Naturobjekten, Apparaten, wissenschaftlichen Werken, Gebrauchsutensilien und Verbrauchsmaterialien für Versuchszwecke;

b) die Herstellung von Demonstrationsmaterialien (Zeichnungen, Modellen etc.);

c) die Ausführung von Studienreisen und Exkursionen;

d) die Ausrichtung von Beiträgen an Assistenten oder Studierende für besonders wertvolle Mitarbeit;

e) die Publikation der Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen, mit Ausnahme von Dissertationen.

§ 6. Falls die Stärke des Fonds es ermöglicht, bleibt die Zuweisung von Beiträgen außerhalb der Kehrordnung für solche wissenschaftliche Zwecke, die außergewöhnliche Anforderungen stellen, sowie die Zuwendung von Beiträgen zu Forschungszwecken an Privatdozenten vorbehalten. Solche Beschlüsse sind mit Mehrheit der anwesenden Fakultätsmitglieder zu fassen.

Außerdem können aus den Zinserträgnissen, mit Ausschluß des zur Verteilung gelangenden Betrages von Fr. 2000 (§ 4), durch Beschluß des Regierungsrates, nach Anhörung der Fakultät, Personalzulagen gewährt werden zur Gewinnung oder Erhaltung vorzüglich qualifizierter Lehrkräfte der Fakultät.

§ 7. Die Vorschläge über die Verwendung der Zinserträgnisse und die Rechnungen über die Verwendung (§ 5, lit. a—e) unterliegen der Genehmung der Hochschulkommission.

§ 8. Die Dozenten, denen nach der Kehrordnung der Zinsanteil eines Jahres zukommt, reichen bis anfangs Januar dem Dekan ihre motivierten Vorschläge über die Verwendung ein. Nach Behandlung durch die Fakultät werden die Anträge bis spätestens Ende Januar an die Erziehungsdirektion weitergeleitet.

Die Anweisung der Beträge geschieht, nachdem die Anträge der Fakultät durch die Hochschulkommission genehmigt sind.

§ 9. Über die Verwendung ist der Erziehungsdirektion bis Ende Dezember Bericht zu erstatten unter Beigabe der Rechnungsbelege.

Die Übertragung eines Teiles des einem Dozenten zugesprochenen Betrages auf ein zweites Jahr ist zulässig, ebenso die Zuwendung eines allfälligen Restbetrages an die Institutskasse.

§ 10. Die Anschaffungen dauernden Charakters, die aus den Zinsen des Legates gemacht wurden, verbleiben Eigentum der Universität Zürich. Sie sind als „Erwerbung aus dem Meyer-Keyser-Legat“ zu bezeichnen und im Inventar fortzuführen.

§ 11. Der Fonds wird geäufnet:

a) Aus den Überschüssen der Zinsen, die nicht zur Verteilung kommen;
b) aus Beträgen, auf deren Verwendung von den beitragsberechtigten Dozenten verzichtet worden ist;
c) aus Schenkungen.

§ 12. Dieses Regulativ tritt auf 1. Januar 1917 in Kraft.

---

4. Lehrerschaft aller Stufen.

12. Beschluß des Regierungsrates betreffend Abänderung von § 38 der Verordnung betreffend die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen. (Vom 16. November 1916.)

Der Regierungsrat,

nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates,

beschließt:

I. Von einer allgemeinen Revision der Ruhegehaltsansätze der Primar- und Sekundarlehrer wird zurzeit abgesehen.

II. § 38 der Verordnung betreffend die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen vom 28. November 1913 wird in Revision gezogen und abgeändert wie folgt:

Die Festsetzung des Ruhegehaltes erfolgt durch den Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates innerhalb folgender Grenzen:

Zahl der Dienstjahre	Primarlehrer Fr.	Sekundarlehrer Fr.
30—35	1250—1500	1600—1900
36—40	1500—1700	1900—2150
41—45	1700—1900	2150—2400
46—50	1900—2000	2400—2560

Diese Ansätze gelten bis 30. April 1919. Sie finden nachträglich Anwendung auf die Lehrer, die auf 1. Mai 1916 und seither in den Ruhestand getreten sind.

Der Ruhegehalt der patentierten Arbeitslehrerinnen richtet sich nach der Höhe der zuletzt bezogenen staatlichen Besoldung.

III. Mitteilung an die Direktion der Finanzen und der Erziehung, an die letztere für sich und die Mitglieder des Erziehungsrates, sowie zur weiteren Bekanntgabe, ferner Publikation in Amtsblatt und Gesetzessammlung.

---

5. Diverses.

13. Reglement für die kantonale Blinden- und Taubstummenanstalt in Zürich. (Vom 27. Januar 1916.)

I. Zweck der Anstalt.

§ 1. Die kantonale Blinden- und Taubstummenanstalt hat die Aufgabe, bildungsfähige blinde und taubstumme Kinder, vornehmlich aus dem Kanton Zürich, zu erziehen und zu guten und tüchtigen Menschen heranzubilden.

II. Aufnahmebedingungen.

§ 2. Die Aufnahme neuer Schüler findet in der Regel nur auf Beginn eines Schuljahres statt.

§ 3. Der Anmeldung zur Aufnahme sind folgende Ausweise beizulegen:

a) Ausweis über das zurückgelegte siebente Altersjahr;
b) ein ärztliches Zeugnis, das auf Grund eines von der Anstaltsleitung zu beziehenden Formulares ausgestellt sein muß;
c) ein Ausweis über die Vermögensverhältnisse;
d) ein Garantieschein für die Bezahlung des Kostgeldes;
e) eine schriftliche Verpflichtung der Eltern oder des Vormundes, das Kind der Anstalt bis zur Erfüllung der obligatorischen Schulpflicht oder bis zur Konfirmation zu überlassen.

§ 4. Die Aufnahme neuer Schüler erfolgt auf eine Probezeit von fünf Wochen, sofern sie nicht schon bei der ersten persönlichen Vorstellung durch die Eltern von der Prüfungskommission (bestehend aus dem Anstaltsarzt, der Anstaltsleitung und einem Mitglied der Aufsichtskommission) aus irgendwelchen Gründen abgewiesen werden.

§ 5. Nach Ablauf der Probezeit entscheidet die Aufsichtskommission auf Antrag des Lehrerkonventes entgültig über die Aufnahme.

III. Kost- und Schulgeld, Stipendien.

§ 6. Die Anstalt ist ein Internat; doch können am Unterricht auch externe Schüler teilnehmen.

§ 7. Für interne Zöglinge beträgt das jährliche Kostgeld:

a) Sofern deren Eltern Schweizerbürger und im Kanton Zürich niedergelassen sind . . . . . Fr. 400—800
b) sofern deren Eltern Schweizerbürger, aber nicht im Kanton Zürich niedergelassen sind . . . „ 450—800
c) sofern deren Eltern Ausländer sind . . . . „ 500—800

§ 8. Jeder interne Zögling hat beim Eintritt in die Anstalt eine nach besonderem Verzeichnis angefertigte Ausstattung in Kleidern mitzubringen.

§ 9. Werden die während des Jahres notwendigen Kleider von der Anstalt geliefert, so sind hiefür jährlich 100 Fr. zu entrichten.

§ 10. In Krankheitsfällen ist die Behandlung durch den Anstaltsarzt frei; dagegen kann für die zahnärztliche Behandlung besondere Rechnung gestellt werden.

§ 11. Für externe Zöglinge, die in der Anstalt Mittagstisch und Abendbrot erhalten, beträgt das jährliche Kostgeld:

a) Für Zöglinge, deren Eltern Schweizerbürger und im Kanton Zürich niedergelassen sind . . Fr. 150—300
b) für Zöglinge, deren Eltern Schweizerbürger aber nicht im Kanton Zürich niedergelassen sind . „ 200—300
c) für Zöglinge, deren Eltern Ausländer sind . . „ 250—300

§ 12. Der Unterricht ist für Kinder von Kantonsbürgern und im Kanton Zürich niedergelassenen Bürgern anderer Kantone unentgeltlich; für Kinder nicht im Kanton Zürich niedergelassener Schweizerbürger wird ein Schulgeld von Fr. 50, für Kinder von Ausländern von Fr. 100 im Jahr erhoben. Die Lehrmittel und Schulmaterialien werden den Schülern unentgeltlich verabfolgt.

§ 13. Die Kost- und Schulgelder sind vierteljährlich an die Kantonsschulverwaltung voraus zu entrichten.

§ 14. An bedürftige Zöglinge, die im Kanton Zürich verbürgert oder deren Eltern Schweizerbürger und seit mindestens zehn Jahren im Kanton Zürich niedergelassen sind, können staatliche Stipendien verabreicht werden.

§ 15. Zöglinge, deren Familien almosengenössig oder Ausländer sind, erhalten keine staatlichen Stipendien.

IV. Unterricht.

§ 16. Für den Unterricht der Blinden und der Taubstummen besteht ein vom Erziehungsrate genehmigter Lehrplan, der für jede Klasse Lehrstoff und Lehrziel bestimmt.

§ 17. Im Unterricht der Blinden soll der Anleitung zum Lesen und Schreiben der Blindenschrift, wenn möglich auch der Maschinenschrift und der Übung in den Blindenarbeiten, im Unterricht der Taubstummen der Übung in der Lautsprache und im Absehen der gesprochenen Worte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

§ 18. In beiden Abteilungen der Anstalt hat der Unterricht die Beziehungen zum praktischen Leben sorgfältig zu pflegen; die Knaben und Mädchen sind in den Handarbeiten gründlich zu unterrichten und in den Gartenarbeiten angemessen zu betätigen.

§ 19. Neben Unterricht und Handarbeit sind Leibesübungen, Spaziergänge und Spiele angemessen zu berücksichtigen.

§ 20. Eine Blindenklasse soll in der Regel nicht mehr als acht, eine Taubstummenklasse nicht mehr als zehn Schüler zählen.

§ 21. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden der Schüler soll für die drei untersten Klassen 24, für die obern 34 nicht übersteigen (inklusive Handarbeits- und Turnunterricht).

§ 22. Die Schulzeit dauert mindestens acht Jahre; sie endigt frühestens mit dem Schuljahre, in welchem das 15. Altersjahr zurückgelegt wird, für protestantische Zöglinge gewöhnlich mit der Konfirmation.

§ 23. Die Ferien dauern im ganzen neun Wochen. Anfang und Ende werden durch die Aufsichtskommission festgesetzt.

§ 24. Die Zöglinge verbringen die Ferien außerhalb der Anstalt, sofern sie bei Angehörigen untergebracht werden können.

§ 25. Den Schülern sind halbjährlich Zeugnisse über Fleiß, Leistungen und Betragen auszustellen.

§ 26. Am Schlusse jedes Schuljahres findet eine öffentliche Prüfung der Schüler statt.

V. Die Lehrerschaft.

a) Allgemeine Bestimmungen.

§ 27. Die Lehrerschaft der Blinden- und Taubstummenanstalt setzt sich zusammen aus den Klassenlehrern, den Arbeitslehrerinnen, den Fachlehrern und den aufsichtführenden Hilfskräften.

Die Bestimmungen dieses Abschnittes, die von den Lehrern handeln, finden auf die von der Anstalt betätigten Lehrerinnen ebenfalls Anwendung, vorbehalten § 49.

§ 28. Die Klassenlehrer müssen das zürcherische Primarlehrerpatent, die Arbeitslehrerinnen das zürcherische Arbeitslehrerinnenpatent besitzen. Der Erziehungsrat entscheidet in jedem einzelnen Falle, ob andere Ausweise über pädagogische Vorbildung als gleichwertig anerkannt werden können.

§ 29. Die Klassenlehrer sind zur Erteilung von 32 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet; außerdem haben sie in regelmäßiger Reihenfolge die Aufsicht an Sonntagen zu übernehmen.

§ 30. Nach dem zurückgelegten 55. Altersjahre hat jeder Klassenlehrer Anspruch auf Entlastung um zwei, nach zurückgelegtem 60. Altersjahr um weitere zwei wöchentliche Unterrichtsstunden.

§ 31. Sämtliche Klassenlehrer sind extern.

§ 32. Die Arbeitslehrerinnen haben 28 wöchentliche Unterrichtsstunden zu erteilen. Sie sind intern und zur Mithilfe bei der Beaufsichtigung der Zöglinge verpflichtet.

§ 33. Für den Zeichen-, Musik- und Religionsunterricht, sowie für den Handarbeitsunterricht der Knaben können besondere Fachlehrer ernannt werden.

§ 34. Die Aufsicht über die Schüler in der schulfreien Zeit wird besondern, pädagogisch vorgebildeten Hilfskräften übertragen.

§ 35. Die definitiv angestellten, vollbeschäftigten Lehrer der Blinden- und Taubstummenanstalt werden vom Regierungsrate auf den Antrag des Erziehungsrates auf eine Amtsdauer von sechs Jahren gewählt, die mit der Amtsdauer der Primarlehrer an den Volks-

schulen zusammenfällt. In einzelnen Fällen kann provisorische Wahl auf einen kürzern Zeitraum stattfinden.

§ 36. Die Fachlehrer, sowie die Hilfskräfte für die Beaufsichtigung der Zöglinge werden auf den Vorschlag der Aufsichtskommission durch die Erziehungsdirektion in der Regel auf eine Amtsdauer von drei Jahren ernannt.

§ 37. Für definitiv angestellte Lehrer beträgt die gegenseitige Kündigungsfrist drei Monate, für provisorisch angestellte einen Monat; doch kann der Rücktritt gewöhnlich nur auf Schluß des Winter- oder Sommerhalbjahres erfolgen.

§ 38. In Fällen grober Pflichtverletzung kann ein Lehrer sofort entlassen werden.

§ 39. Die Lehrer sind verpflichtet, ohne Entgelt vorübergehend und bis auf die Dauer von vier Wochen Stellvertretung für einen andern Lehrer im Falle von Krankheit, Militärdienst oder Urlaub zu übernehmen.

§ 40. Bei längerer Dauer eines Vikariates finden die Bestimmungen über die Vikariate im Gesetz betreffend die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer (vom 29. September 1912) und der Verordnung (vom 28. November 1913) analoge Anwendung.

§ 41. Urlaubsgesuche von mehr als zwei Tagen unterliegen der Genehmigung der Erziehungsdirektion.

§ 42. Die Lehrerschaft der Blinden- und Taubstummenanstalt bildet einen Konvent, in welchem die Klassenlehrer und Arbeitslehrerinnen stimmberechtigt sind. Die Fachlehrer und die aufsichtführenden Hilfskräfte wohnen dem Konvent mit beratender Stimme bei.

§ 43. Der Direktor der Anstalt ist von Amtes wegen Vorsitzender des Konventes. Bei Verhinderung des Direktors geht die Leitung des Konventes an dessen Stellvertreter über. Das Protokoll führt ein vom Konvent gewählter Aktuar.

§ 44. Der Konvent tritt mindestens alle drei Monate zusammen, um über Erziehungs- und Unterrichtsfragen zu beraten. In der Zwischenzeit muß der Konvent einberufen werden, wenn eine Besprechung dringender Traktanden vom Direktor oder mindestens zwei Klassenlehrern verlangt wird. Über die zu behandelnden Traktanden entscheidet der Konvent mit Stimmenmehrheit. Der Konvent hat das Recht, in allen die Anstalt betreffenden Unterrichts- und Organisationsfragen Antrag an die Aufsichtskommission zu stellen.

§ 45. Die Verhandlungen des Konventes dürfen nicht in die Schulzeit fallen. Die Klassenlehrer wohnen den Versammlungen der Schulsynode und des Schulkapitels bei. Zu diesem Zweck wird an dem betreffenden Tag der Unterricht eingestellt.

b) Besoldungen.

§ 46. Die Besoldung der Lehrerschaft der Blinden- und Taubstummenanstalt setzt sich zusammen aus Grundgehalt, Dienstalterszulagen und allfälligen außerordentlichen Zulagen.

§ 47. Für vollbeschäftigte Klassenlehrer und -lehrerinnen, die das zürcherische Primarlehrerpatent oder vom Erziehungsrat als gleichwertig anerkannte Ausweise besitzen, beträgt der Grundgehalt:

Vom 1. Mai 1916 an:	vom 1. Mai 1919 an:	vom 1. Mai 1922 an:
Fr. 3400	Fr. 3500	Fr. 3600

§ 48. Die Besoldungen der Lehrkräfte, die den in § 47 vorgesehenen Anforderungen nicht entsprechen, werden vom Regierungsrate auf Antrag des Erziehungsrates besonders festgesetzt.

§ 49. Die definitiv gewählten, vollbeschäftigten Klassenlehrer erhalten folgende, nach dem Dienstalter abgestufte Besoldungszulagen:

	Lehrer	Lehrerinnen
1.— 3. Dienstjahr . . .	Fr. 400	Fr. 200
4.— 6. „	„ 620	„ 360
7.— 9. „	„ 840	„ 520
10.—12. „	„ 1060	„ 680
13.—15. „	„ 1280	„ 840
16.—18. „	„ 1500	„ 1000
Mehr als 18 Dienstjahre . .	„ 1800	„ 1200

§ 50. Bei Berechnung der Dienstalterszulagen werden vollständig in Anrechnung gebracht:

Die Dienstjahre, die an einer öffentlichen Schule des Kantons Zürich oder an einer der Volksschule entsprechenden, vom Kanton unterstützten zürcherischen Erziehungsanstalt, oder an einer zürcherischen Gemeindewaisenanstalt erfüllt worden sind.

Zur Hälfte werden angerechnet:

Die Dienstjahre, die an einer Freien Schule des Kantons Zürich, oder an einer öffentlichen Schule eines andern Kantons oder einer außerkantonalen Blinden- oder Taubstummenanstalt erfüllt worden sind.

Ausnahmsweise können durch Beschluß des Regierungsrates auch Dienstjahre, die an einer nichtschweizerischen Blinden- oder Taubstummenanstalt verbracht wurden, teilweise angerechnet werden.

§ 51. Die bei Ausrichtung der Alterszulagen in Betracht fallenden Dienstjahre werden vom 1. Mai oder 1. November an gerechnet. Verweser- oder Vikariatsdienste von mehr als drei Monaten werden als halbes Dienstjahr in Anrechnung gebracht.

§ 52. Zur Gewinnung oder Erhaltung besonders tüchtiger Lehrkräfte können die vorstehenden Besoldungsansätze durch Beschluß des Regierungsrates durch außerordentliche Zulagen bis zum Betrage von Fr. 400 erhöht werden.

§ 53. Provisorisch angestellte Klassenlehrer (Verweser) mit den in § 47 erwähnten Ausweisen beziehen den Grundgehalt.

§ 54. Der Grundgehalt für vollbeschäftigte Arbeitslehrerinnen mit Zürcher Patent beträgt:

Vom 1. Mai 1916 an:	vom 1. Mai 1919 an:	vom 1. Mai 1922 an:
Fr. 2000	Fr. 2100	Fr. 2200

§ 55. Die Dienstalterszulagen für definitiv gewählte Arbeitslehrerinnen betragen:

1.— 3.	Dienstjahr	Fr. 200
4.— 6.	„	„ 300
7.— 9.	„	„ 400
10.—12.	„	„ 500
13.—15.	„	„ 600
16.—18.	„	„ 700
Mehr als 18	Dienstjahre . .	„ 800

§ 56. Bei der Berechnung der Dienstalterszulagen der Arbeitslehrerinnen finden die Bestimmungen der §§ 50 und 51 analoge Anwendung.

Die Arbeitslehrerinnen sind zur Mithilfe in der Beaufsichtigung der Zöglinge verpflichtet.

§ 57. Provisorisch angestellte Arbeitslehrerinnen (Verweserinnen) beziehen den Grundgehalt.

§ 58. Die Fachlehrer werden für die Jahresstunde honoriert. Die Besoldung wird in jedem Fall durch den Erziehungsrat festgesetzt.

§ 59. Die aufsichtführenden Hilfskräfte mit pädagogischer Vorbildung beziehen eine jährliche Besoldung von Fr. 2000 bis Fr. 2600 mit Steigerung um Fr. 100 alle drei Jahre bis zur Erreichung des Maximums.

§ 60. Für Kost und Logis werden den Lehr- und Hilfskräften Fr. 800 jährlich von der Besoldung in Abzug gebracht, für Mittagstisch und Abendbrot allein Fr. 1.30 für den Tag.

c) Ruhegehalte.

§ 61. Ein Lehrer, der nach mindestens 30 Dienstjahren aus Alters- oder Gesundheitsrücksichten mit Bewilligung des Erziehungsrates von seiner Lehrstelle zurücktritt, hat Anspruch auf einen lebenslänglichen staatlichen Ruhegehalt. Ausnahmsweise kann auch bei einer geringern Zahl von Dienstjahren ein Ruhegehalt gewährt werden.

§ 62. Die Höhe des Ruhegehaltes richtet sich nach dem Dienstalter, den Vermögensverhältnissen und den Leistungen des Lehrers.

§ 63. Die Festsetzung des Ruhegehaltes erfolgt auf Antrag des Erziehungsrates durch den Regierungsrat nach folgender Skala:

Der Ruhegehalt beträgt

bei	30—35	Dienstjahren	44—49 %	der	zuletzt	bezogenen	Besoldung
„	36—40	„	50—55 %	„	„	„	„
„	41—45	„	56—61 %	„	„	„	„
„	46 und mehr	„	62—66 %	„	„	„	„

§ 64. Die in § 63 aufgestellten Normen finden Anwendung auf die Ruhegehalte der Klassenlehrer, der Arbeitslehrerinnen und der Hilfskräfte für die Aufsicht.

§ 65. Jedem Gesuche um Gewährung eines Ruhegehaltes ist beizulegen:

1. Ein vom Zivilstandsbeamten ausgestellter Familienschein;
2. ein amtlicher Ausweis über das steuerpflichtige Vermögen und Einkommen.

Wenn der Gesuchsteller weniger als 40 Jahre im Schuldienste stand, hat er ein amtsärztliches Zeugnis über seinen Gesundheitszustand einzureichen.

§ 66. Erfolgt die Versetzung eines Lehrers in den Ruhestand, bevor er gesetzlichen Anspruch auf einen Ruhegehalt hat, so entscheidet der Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsrates über die Höhe der Pension.

§ 67. Bei der Ausrichtung eines Ruhegehaltes für in § 66 genannte Lehrer ist der Pensionsfonds der Blinden- und Taubstummenanstalt zur Beitragsleistung heranzuziehen.

§ 68. Die §§ 17, 18 und 21 des Gesetzes betreffend die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer (vom 29. September 1912) finden auch Anwendung auf die Lehrerschaft der Blinden- und Taubstummenanstalt.

VI. Die Anstaltsleitung.

§ 69. Die Leitung und Verwaltung der Blinden- und Taubstummenanstalt wird einem Direktor übertragen, der vom Regierungsrate auf eine Amtsdauer von drei Jahren gewählt wird.

§ 70. Der Direktor erteilt wöchentlich 12—15 Unterrichtsstunden, führt die neueintretenden Lehrer in die Methodik des Blinden- und Taubstummenunterrichtes ein und überwacht den gesamten Unterricht nach einem vom Erziehungsrat genehmigten Lehr- und Stundenplan; er ist für die Aufrechterhaltung der Disziplin und des ungestörten Unterrichtsbetriebes verantwortlich.

§ 71. Gegen die Verfügungen des Direktors kann Rekurs bei der Aufsichtskommission eingereicht werden; letztinstanzlich entscheidet der Erziehungsrat.

§ 72. Der Regierungsrat bestellt für Schulangelegenheiten aus dem Schoße der Lehrerschaft jeweilen auf eine Amtsdauer von drei Jahren einen Stellvertreter des Direktors.

§ 73. Der Direktor leitet mit seiner Frau das Internat. Er hat das ganze Hauswesen, die Erziehung und Pflege der Zöglinge, die Instandhaltung der Kleider, Wäsche und Vorräte zu überwachen und für eine weise Ökonomie in der Verwendung der verfügbaren Mittel zu sorgen.

Wenn die Frau des Direktors aus zwingenden Gründen nicht im Falle ist, die Verwaltung richtig zu besorgen, oder wenn der Direktor Witwer oder Junggeselle ist, so wird vom Regierungsrat auf Antrag der Erziehungsdirektion eine Hilfskraft (Verwalterin) gewählt, deren Gehalt ganz oder teilweise vom Gehalt des Direktors in Abzug gebracht werden kann.

§ 74. Der Direktor besorgt die Buch- und Rechnungsführung, sowie die Korrespondenz der Anstalt und den Verkehr mit den Aufsichtsbehörden. Er hat eine Amtskaution von Fr. 2000 zu leisten.

§ 75. Auf Ende jedes Jahres legt der Direktor der Aufsichtskommission zuhanden der Oberbehörden Rechnung ab und verfaßt den Jahresbericht über Gang und Stand der Anstalt.

§ 76. Der Direktor hat seine ganze Zeit und Kraft der Anstalt zu widmen; jede Nebenbeschäftigung ist ihm untersagt.

§ 77. Der Direktor bezieht eine jährliche Besoldung von Fr. 5000—7000 mit Steigerung um Fr. 400 alle drei Jahre bis zur Erreichung des Maximums. Für Wohnung und Beköstigung für ihn selbst und seine Familie werden ihm im Jahr Fr. 2500 an der Barbesoldung abgerechnet.

§ 78. Die Bestimmungen über die Ruhegehalte der Lehrerschaft finden in analoger Weise Anwendung auf den Ruhegehalt des Direktors.

VII. Die Aufsicht.

§ 79. Die unmittelbare Aufsicht über die Blinden- und Taubstummenanstalt wird durch eine vom Regierungsrat gewählte Kommission von sieben Mitgliedern ausgeübt. Wählbar sind Männer und Frauen.

§ 80. Der Erziehungsdirektor ist von Amtes wegen Präsident der Aufsichtskommission; ein Sekretär der Erziehungsdirektion führt das Protokoll.

§ 81. Den Sitzungen der Aufsichtskommission wohnt der Direktor und sein Stellvertreter mit beratender Stimme bei.

§ 82. Die Aufsichtskommission überwacht den Gang der Anstalt; ihre Mitglieder besuchen in regelmäßiger Kehrordnung den Unterricht und überwachen die Verpflegung der Zöglinge in der Weise, daß jedes Mitglied die Anstalt mindestens zweimal im Jahre besucht.

§ 83. Die Aufsichtskommission begutachtet zuhanden der Erziehungsdirektion beziehungsweise des Erziehungsrates alle Maßnahmen, die diese im Interesse der Anstalt zu treffen haben: An-

stellung und Entlassung von Lehrern, Beschwerden über die Lehrerschaft und die Anstaltsleitung, Änderungen der Organisation, Anträge des Lehrerkonventes, Vorschläge des Anstaltsarztes, Erteilung von Stipendien, Abnahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung, Bauarbeiten.

§ 84. Die Aufsichtskommission beschließt über die Höhe des Kostgeldes in Fällen, die nicht durch das Reglement festgelegt sind, über Anschaffung von Bibliothek- und Sammlungsgegenständen, Lehrmitteln, Schreib- und Zeichenmaterialien, über Beginn und Ende der Ferien, über Aufnahme und Entlassung von Schülern, über kleinere Disziplinarvergehen.

§ 85. Der Handarbeitsunterricht für Mädchen untersteht der Aufsicht der kantonalen Arbeitsschulinspektorin, sowie einer Frauenkommission von fünf Mitgliedern, die vom Regierungsrate gewählt werden. Die Kommission konstituiert sich selbst. Ihrer Aufsicht unterstehen außerdem die Besorgung der Kleider, Wäsche und Betten, die Verpflegung der Zöglinge, die Instandhaltung der Wohn- und Schlafzimmer, die Lebensmittel und Vorräte der Anstalt.

§ 86. Der Regierungsrat wählt einen Anstaltsarzt. Diesem ist die ärztliche Untersuchung neu eintretender, die Behandlung kranker Zöglinge und die Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse der Anstalt anvertraut. Er ordnet alle erforderlichen sanitarischen Maßnahmen an, erstattet der Aufsichtskommission Bericht über seine Beobachtungen und unterbreitet ihr Vorschläge zur Hebung von Übelständen.

VIII. Schlußbestimmung.

§ 87. Der Regierungsrat setzt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen über die Besoldungen fest; im übrigen tritt das Reglement sofort in Kraft.

§ 88. Durch dieses Reglement wird das Reglement für die kantonale Blinden- und Taubstummenanstalt vom 7. September 1909 aufgehoben.

II. Kanton Bern.

1. Universität.

1. Reglement über die Erteilung der Hallermedaille. (Vom 29. August 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern, in Vollziehung des Stiftungsaktes vom 1. Januar 1809 und der Schenkung vom 4. November 1889,

beschließt:

§ 1. Dem Wortlaut der Stiftung gemäß können für die Erteilung der Hallermedaille nur solche ehemalige Studierende vorge-

schlagen werden, „welche in Durchgehung der bernischen Schulen und Akademien sich durch Aufführung, Fleiß und Talente am meisten ausgezeichnet und ihre hiesigen Studien vollendet haben".

§ 2. Demnach werden folgende Anforderungen gestellt, deren Vorhandensein durch Schul- und Prüfungszeugnisse zu belegen ist:

1. Eintritt in die Hochschule nach Durchgehung derjenigen Schulen des Kantons Bern, welche auf Universitätsstudien vorbereiten, mit erhaltenem Zeugnis der Reife;
2. Vollendung der Studien nach wenigstens dreijährigem Besuch der Universität Bern;
3. Ausweis über das in Bern bestandene Doktor- oder Staatsexamen. Wissenschaftliche Leistungen sollen berücksichtigt werden.

§ 3. Auf den 1. Juli jedes Jahres reichen die Fakultäten ihre Vorschläge dem Rektorate ein. Der Senatausschuß wird der Direktion des Unterrichtswesens einen Einervorschlag unterbreiten.

§ 4. Die Erteilung der Hallermedaille findet jährlich an der Stiftungsfeier der Universität statt. Vor der Verkündigung des Namens soll der Rektor die Bedeutung und den Ursprung der Stiftung zur Kenntnis bringen. Ist der Preisgekrönte anwesend, so wird er von seinem Platze aus durch den Pedell zum Rektor begleitet, der ihm namens der Universität seine Glückwünsche ausspricht und ihm die Medaille überreicht.

§ 5. Das revidierte Reglement über die Erteilung der Hallerschen Preismedaille vom 28. Januar 1869 samt Zusatz vom 9. Januar 1886 sind aufgehoben.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Dekret betreffend die Errichtung einer Invalidenpensionskasse für die Arbeitslehrerinnen des Kantons Bern. (Vom 27. November 1916.)

Der Große Rat des Kantons Bern,

in Ausführung des Artikels 5 des Gesetzes betreffend die Besoldung der Primarlehrer vom 31. Oktober 1909,

auf den Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

§ 1. Es wird eine Invalidenpensionskasse errichtet für die Arbeitslehrerinnen, die nicht zugleich Primar- oder Sekundarlehrerinnen sind. Sie bildet eine neue, vierte Abteilung der bernischen Lehrerversicherungskasse, jedoch mit besonderer Verwaltung, Vermögens- und Betriebsrechnung. Die Kasse hat den Zweck, in ihrem Beruf arbeitsunfähig gewordenen Mitgliedern eine jährliche Invalidenpension auszurichten.

§ 2. Der Beitritt zu dieser Kasse ist für alle im Kanton Bern nach dem Gesetz über die Mädchenarbeitsschulen an öffentlichen Schulen definitiv angestellten Arbeitslehrerinnen obligatorisch.

Als Zeitpunkt des Eintrittes gilt der Tag der definitiven Anstellung.

§ 3. Außerdem können auf ihr Ansuchen als Mitglieder der Kasse aufgenommen werden:

a) Arbeitslehrerinnen mit staatlichem Patent, die an Privatschulen angestellt sind;

b) Lehrerinnen an Haushaltungsschulen, weiblichen Fachschulen und andern derartigen Anstalten, die nicht zugleich Primar- oder Sekundarlehrerinnen sind, und die einen staatlichen Ausweis für ihren Beruf besitzen;

c) Weibliche Personen, denen die staatliche Aufsicht über die Arbeitsschulen, Haushaltungsschulen oder andere derartigen Fachschulen als Hauptbeschäftigung obliegt.

Über die Aufnahme solcher Mitglieder entscheidet die Verwaltungskommission der Kasse endgültig.

Auch für diese Mitglieder werden die Dienstjahre vom Zeitpunkt der definitiven Anstellung im Kanton Bern an gerechnet.

§ 4. Dem Staat ist eine angemessene, von der Direktion des Unterrichtswesens zu bezeichnende Vertretung in der Verwaltung der Kasse einzuräumen.

§ 5. Die verfügbaren Gelder der Kasse sind nach den Verfügungen des Regierungsrates der Hypothekarkasse oder der Kantonalbank zu überweisen und durch diese Institute zu mindestens $3^1/_2$ % zu verzinsen.

§ 6. Die Statuten der Pensionskasse unterliegen der Genehmigung des Regierungerates.

Der Regierungsrat ist befugt, jederzeit über den Stand der Kasse versicherungstechnische Untersuchungen vornehmen zu lassen.

§ 7. Der Staat beteiligt sich an der Invalidenpensionskasse mit einem jährlichen Beitrag, der für vorläufig fünf Jahre auf Fr. 21,000 festgesetzt wird. Nachher soll dieser Beitrag von fünf zu fünf Jahren nach den Grundsätzen der Versicherungstechnik durch Beschluß des Großen Rates neu festgestellt werden.

§ 8. Die jährlichen Leistungen der Kassenmitglieder werden durch die Statuten bestimmt. Sie sollen wenigstens die Höhe des jährlichen Staatsbeitrages erreichen.

§ 9. Dieses Dekret tritt auf 1. Januar 1917 in Kraft und ist in die Gesetzessammlung aufzunehmen.

---

3. Règlement relatif aux traitements des maîtres de l'Ecole cantonale de Porrentruy. (Du 9 décembre 1916.)

Le Conseil exécutif du canton de Berne,

Vu les art. 2 et 9 de la loi portant suppression de l'Ecole cantonale de Berne, du 27 mai 1877, ainsi que l'art. 11 de la loi sur les écoles cantonales et l'art. 20 de celle sur les écoles secondaires, toutes deux du 26 juin 1856;

Sur la proposition de la Direction de l'instruction publique,

arrête :

Article premier. Les maîtres ordinaires de l'Ecole cantonale de Porrentruy touchent:

a) ceux qui enseignent au gymnase, pour 20 à 28 heures de leçons par semaine, un traitement initial de fr. 4600, et

b) ceux qui enseignent au progymnase, pour 25 à 31 heures de leçons par semaine, un traitement initial de fr. 4300.

Au traitement initial s'ajoutent quatre augmentations quadriennales pour années de service, de fr. 250 chacune.

Art. 2. Outre leur traitement de maître ordinaire, le recteur et le proviseur ont droit, pour leurs fenctions spéciales, à un supplément de fr. 800 le premier et de fr. 300 le second.

Art. 3. Le maître de religion catholique reçoit, pour 15 à 18 heures de leçons par semaine, un traitement initial de fr. 2500, auquel s'ajoutent quatre augmentations quadriennales pour années de service, de fr. 75 chacune.

Le maître de religion protestante reçoit, pour 6 à 8 heures de leçons par semaine, un traitement initial de fr. 800, auquel s'ajoutent quatre augmentations quadriennales pour années de service, de fr. 25 chacune.

Art. 4. Dans les cas exceptionnels où le nombre maximum d'heures fixé à l'art. 1er ci-dessus est dépassé, les leçons supplémentaires seront rétribuées, par heure hebdomadaire, à raison de fr. 200 au gymnase et de fr. 150 au progymnase.

Art. 5. Leurs années de service dans l'établissement seront comptées aux maîtres actuellement en charge. Celles qu'ils auraient passées dans d'autres écoles publiques pourront, selon décision du Conseil-exécutif, également leur être comptées en tout ou en partie.

Art. 6. Le présent règlement entrera en vigueur le 1er janvier 1917. Il abroge l'arrêté du Conseil-exécutif du 15 avril 1908 relatif au même objet.

Art. 7. Les relèvements de traitement prévus ci-dessus seront répartis sur deux années, c'est-à-dire qu'ils seront acquis pour la moitié dès le 1er janvier 1917 et intégralement dès le 1er janvier 1918.

Art. 8. Les maîtres qui touchent actuellement un traitement supérieur à celui auquel ils auraient droit aux termes du présent règlement, continueront d'en jouir.

III. Kanton Luzern.

I. Fortbildungsschulen.

1. Verfügung betreffend die Bürgerschule und gewerbliche Fortbildungsschule. (Vom 17. Oktober 1916.)

Der Erziehungsrat des Kantons Luzern,

in der Absicht, die aus der gleichzeitigen Inanspruchnahme von Schülern durch die Bürgerschule und die gewerbliche Fortbildungsschule sich ergebenden Schwierigkeiten möglichst zu reduzieren;

in Hinsicht auf die §§ 18 und 34 des Erziehungsgesetzes,

verfügt:

1. Die bürgerschulpflichtigen Gewerbeschüler können unter folgenden Bedingungen vom Besuche des I. Kurses der Bürgerschule dispensiert werden:
   a) Daß die Schüler sich über den ordentlichen Besuch der Gewerbeschule ausweisen;
   b) daß dieselben den Ausweis über das Bestehen eines schriftlichen Lehrvertrages leisten;
   c) daß der Lehrplan der gewerblichen Fortbildungsschule die Fächer der Bürgerschule inkl. Turnen entsprechend berücksichtigt;
   d) daß die Kontrolle über Disziplin und Präsenzen, bezw. Absenzen in der Gewerbeschule konform derjenigen der Bürgerschule gehandhabt wird (§§ 7 und 8 der Verordnung betreffend die Bürgerschule). Absenzen in der Gewerbeschule sind in der Bürgerschule nachzuholen.
2. Das Verzeichnis der Gewerbeschüler, welche zum Besuche des I. Kurses der Bürgerschule verpflichtet sind, ist rechtzeitig vom Vorsteher der Gewerbeschule nach Maßgabe von Ziff. 1, Lit. b, oben, anzufertigen und dem Schulpflegepräsidenten einzureichen, welcher im Einverständnis mit dem Bezirksinspektor die Dispens erteilt. Von der daherigen Verfügung ist dem Bürgerschullehrer und dem Vorsteher der Gewerbeschule sofort Kenntnis zu geben.
3. Die Herren Inspektoren sind angewiesen, sich über den Vollzug der in Ziff. 1, Lit. c, oben, gestellten Bedingung zu überzeugen und eventuell das Nötige anzuordnen.
4. Dieser Beschluß ist den Herren Bezirksinspektoren und Schulpflegepräsidenten, sowie den Vorständen der gewerblichen Fortbildungsschulen und den Herren Bürgerschullehrern mitzuteilen und im Kantonsblatte bekannt zu machen.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Reglement für die Sprachenprüfung. (Vom 1. Februar 1916.)

Der Erziehungsrat des Kantons Luzern,

in Revision des Sprachenprüfungsreglementes vom 7. Februar 1912;

mit Hinsicht auf § 84, Al. 5, des Erziehungsgesetzes,

beschließt:

§ 1. Alljährlich, an einem vom Erziehungsrate festzusetzenden Termine, findet an der Kantonsschule in Luzern eine Prüfung mit Lehramtskandidaten und -kandidatinnen statt, welche sich ein Patent für den Unterricht im Deutschen, Französischen, Italienischen oder Englischen erwerben wollen.

§ 2. Wer sich einer solchen Prüfung unterziehen will, hat jeweilen bis spätestens Ende Juni dem Erziehungsrate unter Vorlage der Studienausweise und unter genauer Angabe der Personalien ein Gesuch um Zulassung zu derselben einzureichen.

§ 3. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Ist der Erfolg der schriftlichen Prüfung ein ganz ungenügender, wird der Kandidat bezw. die Kandidatin nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen.

§ 4. Für die einzelnen Sprachen werden folgende Forderungen aufgestellt:

A. Deutsche Sprache.

1. Schriftliche Prüfung.

a) Ein Aufsatz. Dem Prüfling werden drei Themen zur freien Auswahl vorgelegt.

b) Beantwortung von zwei leichtern Fragen aus der deutschen Literatur.

Die schriftlichen Arbeiten sollen nicht nur inhaltlich, sondern auch grammatikalisch-stilistisch richtig sein, ohne wesentliche Verstöße gegen die Formen- und Satzlehre.

2. Mündliche Prüfung.

a) Phonetisch richtiges Lesen und fließendes Nacherzählen eines Gedichtes und Prosastückes; letzteres verbunden mit grammatikalisch-stilistischen Übungen.

b) Übersichtliche Kenntnis der Geschichte der deutschen Literatur mit besonderer Berücksichtigung der ersten und zweiten Blüteperiode. Genauere Kenntnis einiger Hauptwerke der deutschen Dichtung: Nibelungenlied, Gudrun, Parzival; Lessing, Minna von Barnhelm; Goethe, Iphigenie, Tasso, Hermann und Dorothea, Dichtung und Wahrheit; Schiller, Romanzen und Balladen, das Lied von der Glocke, Maria Stuart, die Jungfrau von Orleans, Wilhelm Tell; Gottfried Keller, Der grüne Heinrich.

Die Kenntnis der Werke der neuern Literatur soll nicht durch bloße Inhaltsangaben der Literaturbücher gewonnen werden, sondern durch die Lektüre der Dichtungen selbst.

Prüflinge, deren Muttersprache das Deutsche ist, sollen sich nicht nur über eine eingehendere Kenntnis der deutschen Literatur ausweisen, sondern auch über die Geschichte der deutschen Sprache einigermaßen Aufschluß wissen.

B. Französische, italienische und englische Sprache.

1. Schriftliche Prüfung.

a) Die Übersetzung (in die Fremdsprache) eines nicht allzu schwierigen, zusammenhängenden Prosastückes oder die Anfertigung eines leichtern Aufsatzes (Brief, Biographie, Erzählung etc.).

b) Ein Diktat eines Prosastückes oder eines Gedichtes, das nach kürzester nachheriger Durchsicht gleich abzugeben ist.

Die schriftlichen Arbeiten sollen mit einiger Sprachgewandtheit, ohne wesentliche Verstöße gegen die Formen- und Satzlehre und möglichst idiomatisch richtig abgefaßt sein.

2. Mündliche Prüfung.

a) Die Übersetzung der unter d angegebenen Dichterwerke oder eines schwierigen prosaischen Lesestückes aus der Fremdsprache mit nachheriger freier Wiedergabe des Inhaltes.

b) Die Übersetzung eines leichtern Lesestückes in die Fremdsprache.

c) Die Beantwortung und Erklärung von grammatikalischen Fragen in der Eigenschaft eines Lehrers vor den Schülern.

d) Kenntnis der wichtigsten Momente und Gestalten der Literatur, und zwar:

aa) Französische Sprache: Besondere Berücksichtigung des 17., 18. und 19. Jahrhunderts. Genauere Kenntnis einiger Hauptwerke der französischen Dichtung: Corneille, le Cid, Polyeucte; Racine, Andromaque, Athalie; Molière, le Misanthrope, l'Avare, le Bourgeois gentilhomme; La Fontaine, les Fables.

bb) Italienische Sprache: Alfieri, Ariosto, Boccaccio, Cantù, Dante, Goldoni, Macchiavelli, Manzoni, Monti, Parini, Petrarca, Tasso.

cc) Englische Sprache: Bulwer, Burns, Byron, Chaucer, Defoe, Dickens, Goldsmith, Macaulay, Milton, Moore, W. Scott, Shakespeare, Spencer, Swift, Tennyson.

Die Kenntnis der Literaturwerke soll nicht durch bloße Inhaltsangabe der Literaturbücher gewonnen werden, sondern durch die Lektüre einer Anthologie.

Fremdsprachliche Kandidaten können von a und b dispensiert werden, dafür werden in der schriftlichen Prüfung höhere Anforderungen gestellt und wird eine eingehendere Kenntnis der Literatur verlangt.

§ 5. Die Benützung jeglicher Hilfsmittel — mit Ausnahme eines Wörterbuches zu den schriftlichen Arbeiten — sowie jede andere Unredlichkeit oder Betrugsversuch bei der mündlichen oder schriftlichen Prüfung, kann mit Zurückweisung von der Prüfung resp. mit Verweigerung des Patentes bestraft werden.

§ 6. Über das Ergebnis der Prüfung, an welcher der Erziehungsrat durch einen Delegierten vertreten wird, hat der bestellte Examinator unter Beischluß der schriftlichen Arbeiten und mit einem Antrage betreffend die zu erteilende Patentnote einen schriftlichen Bericht zu erstatten.

§ 7. Die Patentnoten werden durch die Ziffern I—III (I = sehr gut; II = gut; III = genügend) ausgedrückt.

Wer nicht zum mindesten die Note III erhält, wird nicht patentiert.

§ 8. Die Prüfungsgebühr beträgt für Schweizerbürger pro Fach Fr. 20, für Ausländer pro Fach Fr. 40; außerdem ist für Ausfertigung des Patentes eine Kanzleigebühr von Fr. 5 zu bezahlen.

Für eine außerordentliche Prüfung ist nebst der Kanzleigebühr von Fr. 5 ein Betrag von Fr. 50 zu bezahlen.

IV. Kanton Uri.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1916.

V. Kanton Schwyz.

Verordnung betreffend Bekämpfung ansteckender Krankheiten. (Vom 11. März 1916.)

Der Regierungsrat,

in der Absicht, die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten, hauptsächlich durch die Schuljugend, zu verhindern,

auf den Antrag des Sanitätskollegiums vom 26. Februar 1916,

beschließt:

§ 1. Kinder, welche an einer ansteckenden Krankheit (Scharlach, Röteln, Masern, Varizellen (Wasserpocken), Keuchhusten, Mumps, Diphtherie und Unterleibstyphus (Nervenfieber) leiden, sind für so lange vom Schul- und Kirchenbesuch auszuschließen, bis jede Ansteckungsgefahr als beseitigt zu betrachten ist. Ebenso ist ihnen untersagt, sich in andere Häuser, auf die Gasse und Spielplätze zu begeben.

Bei Diphtherie und Scharlach soll ein ärztliches Zeugnis über die Erlaubnis zum Wiederbesuch der Schule, Kirche etc. beigebracht werden. Wo ein solches nicht beigebracht werden kann, sollen die

Kinder bei Scharlach während 6—8 Wochen, bei Diphtherie während 4 Wochen, vom Beginn der Krankheit an gerechnet, der Schule, Kirche etc. fern bleiben. Bei Keuchhusten ist der Wiederbesuch erst beim Aufhören der krampfhaften Hustenanfälle zulässig, bei Masern frühestens zwei Wochen nach Beginn der Krankheit.

§ 2. Geschwister von scharlach- oder diphtheriekranken Kindern dürfen Schule, Kirche etc. nur besuchen, wenn der Kranke vollständig isoliert ist und sie in keinerlei Berührung mit demselben kommen. Wenn zwei oder mehrere Haushaltungen in einem Hause so enge beieinander wohnen, daß eine Gefahr der Übertragung befürchtet werden muß, so kann die gleiche Maßregel auf sämtliche Kinder des Hauses oder auf einen betreffenden Teil derselben Anwendung finden.

§ 3. Bei sehr verbreitetem oder bösartigem Auftreten der Diphtherie, Scharlach, Masern oder Keuchhusten sind auf Anordnung des Bezirksarztes durch den Schulrat die Schulen zu schließen und so lange geschlossen zu halten, als der Bezirksarzt es für notwendig erachtet. Die Wiedereröffnung ist erst nach gründlicher Desinfektion zulässig. In dringenden Fällen hat der Schulrat vorläufig von sich aus die Schule zu schließen. Von einem solchen Schulschluß ist dem Schulinspektorat und dem Erziehungsdepartement Anzeige zu machen.

§ 4. Bricht eine ansteckende Krankheit in der Familie eines Lehrers aus, so kann, sofern dieselbe im Schulhause selbst wohnt, die Schule so lange geschlossen bleiben, bis der Kranke auslogiert und die von ihm benutzten Räume desinfiziert sind. Die Desinfektion und Auslogierung hat möglichst bald stattzufinden. Diese Maßregeln haben auch mit Bezug auf andere im Schulhause wohnende Familien sachgemäße Anwendung zu finden. In jedem Falle hat der behandelnde Arzt dem Schulrate Bericht und Antrag zu erstatten.

Wohnt der Lehrer nicht im Schulhause, so darf er erst dann wieder Schule halten, wenn der Kranke isoliert und jede Ansteckungsgefahr beseitigt ist.

§ 5. Besuche bei Kranken, die an einer ansteckenden Krankheit leiden und der Verkehr mit den dieselben Verpflegenden sind seitens der Erwachsenen auf das Notwendigste zu beschränken und seitens schulpflichtiger Kinder nicht gestattet.

Die öffentliche Aufbahrung von an Scharlach, Diphtherie oder andern ansteckenden Krankheiten verstorbenen Personen ist ohne ärztliche Erlaubnis nicht gestattet.

§ 6. Die Desinfektion hat gemäß dem Reglement betreffend die Desinfektion bei gemeingefährlichen Epidemien vom 4. Dezember 1899 zu geschehen.

§ 7. Die Gemeindepräsidenten haben für die richtige Handhabung dieser Vorschriften zu sorgen.

Eltern, Schulräte, Lehrerschaft, Geistlichkeit und Ärzte sind unter eigener Verantwortlichkeit verpflichtet, von den ihnen zur Kenntnis gelangenden Übertretungen Anzeige zu machen.

§ 8. Übertretungen dieser Verordnung werden gegenüber allen Fehlbaren mit Fr. 5 bis Fr. 100 vom Gemeindepräsidium gebüßt nach Maßgabe der Verordnung über die Verhängung von Geldbußen vom 15. März 1857. (Rev. G. S. I., S. 520.)

§ 9. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

VI. Kanton Obwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1916.

VII. Kanton Nidwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1916.

VIII. Kanton Glarus.

Lehrerschaft aller Stufen.

Beschluß betreffend Wählbarkeit der Frauen zum Lehrerberuf. (Erlassen von der Landsgemeinde am 7. Mai 1916.)

§ 19 des Schulgesetzes wird durch folgenden Schlußsatz ergänzt:

„Für die Unterrichtserteilung an den vier untersten Klassen der Primarschule sind ledige weibliche Lehrkräfte mit gleichen Rechten und Pflichten wie die männlichen Lehrkräfte wählbar."

IX. Kanton Zug.

Keine schulgesetzlichen Erlasse für 1916.

X. Kanton Freiburg.

1. Mittelschulen.

1. Règlement concernant le baccalauréat ès sciences commerciales pour les jeunes gens. (Du 25 avril 1916.)

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg,

Vu les art. 69 et 70 de la loi du 18 juillet 1882 sur l'enseignement littéraire, industriel et supérieur;

Les préavis du jury des examens et de la commission des études;

Sur la proposition de la direction de l'Instruction publique,

arrête:

Les dispositions suivantes sont adoptées et entreront en vigueur sous le titre de „Règlement concernant le baccalauréat ès sciences commerciales pour les jeunes gens".

Dispositions générales.

Article premier. L'examen en obtention du diplôme de bachelier ès sciences commerciales est dirigé par un jury de 5 membres désignés, chaque année, par la direction de l'Instruction publique.

Art. 2. L'examen a lieu, ordinairement, à la clôture de l'année scolaire. Il est annoncé dans la *Feuille officielle* par les soins de la direction de l'Instruction publique.

Une session extraordinaire peut aussi être organisée en vertu d'une décision de la même direction.

Art. 3. Pour être admis à subir l'examen, le candidat doit déposer au bureau de la direction de l'Instruction publique les pièces suivantes:

a) Une demande d'admission à l'examen;
b) Son acte de naissance ou une pièce équivalente;
c) Un certificat constatant qu'il a fait, avec succès, au collège Saint-Michel de Fribourg ou ailleurs, au moins deux ans d'études secondaires générales et, ensuite, trois ans d'études spécialement commerciales.

Ces pièces doivent être remises, avant la session, dans les délais fixés.

Art. 4. En déposant sa demande, le candidat paye un droit d'inscription de fr. 20. Toutefois, le candidat qui sollicite une session extraordinaire doit verser le montant intégral de la dépense, dont le chiffre est fixé par la direction de l'Instruction publique.

Art. 5. Le programme des examens comprend les branches suivantes:

1. La langue maternelle (une des trois langues nationales de la Suisse);
2. Une deuxième langue nationale;
3. La troisième langue nationale, ou l'anglais ou l'espagnol;
4. La correspondance commerciale;
5. Les mathématiques (algèbre et géométrie pratique);
6. L'arithmétique commerciale;
7. La comptabilité;
8. L'économie politique et l'histoire du commerce;
9. La géographie économique;
10. Le droit commercial;
11. L'étude des marchandises (notions générales de physique et de chimie).

Le candidat peut, en outre, demander à subir soit un examen de sténographie et de dactylographie, soit un examen dans une

troisième langue étrangère; dans ce cas, il devra exprimer ce désir dans sa demande d'admission.

Les notes de ces branches facultatives seront prises en considération pour l'établissement de la moyenne générale, mais ne pourront en aucun cas abaisser cette moyenne.

L'examen porte principalement sur le programme de la classe supérieure et l'on attache plus d'importance au degré de maturité intellectuelle qu'à l'étendue des connaissances.

Art. 6. L'examen comprend des épreuves écrites et des épreuves orales.

Art. 7. Chaque épreuve distincte, écrite ou orale, est appréciée par une des notes suivantes:

6 signifiant: très bien; 5 signifiant: bien; 4 signifiant: suffisant; 3 signifiant: insuffisant; 2 signifiant: mal; 1 signifiant: très mal; 0 signifiant: nul.

Les notes de comptabilité et de calcul commercial sont multipliées par deux dans le calcul de la moyenne générale de l'examen.

Les notes pour chaque épreuve distincte peuvent être fractionnées en $^1/_4$.

Epreuves écrites.

Art. 8. Les sujets des compositions sont choisis et fixés par le jury.

Art. 9. Les épreuves écrites comprennent:

a) Une composition en langue maternelle;
b) Un sujet de correspondance commerciale, à traiter, sans dictionnaire, dans la deuxième langue nationale;
c) Une version, sans dictionnaire, de la troisième langue nationale, ou de l'anglais ou de l'espagnol;
d) Une composition de mathématiques;
e) Une composition de calcul commercial;
f) Un exercice pratique de comptabilité;
g) Une composition sur un sujet général d'économie politique, d'histoire du commerce ou de géographie économique.

Art. 10. Il est accordé au candidat:

a) 2 heures pour la composition en langue maternelle;
b) 1 heure pour la correspondance commerciale;
c) 1 heure pour la version;
d) 1 heure pour les mathématiques;
e) 1 heure pour le calcul commercial;
f) 3 heures pour l'exercice de comptabilité;
g) 2 heures pour la composition sur un sujet tiré indistinctement de l'économie politique, de l'histoire ou de la géographie économiques.

Art. 11. Les candidats se servent, pour les travaux écrits, de feuilles portant le sceau du rectorat du Collège Saint-Michel.

Art. 12. Les candidats sont placés sous la surveillance constante d'un membre du jury, qui leur remet les sujets, sans explications ni commentaires.

Art. 13. Les candidats ne peuvent avoir aucune communication entre eux ni avec le dehors pendant la durée de chaque composition. Il leur est interdit d'apporter avec eux n'importe quel livre ou manuscrit, comme aussi de sortir de la salle d'examen avant d'avoir livré leur travail.

Art. 14. Les candidats signent leur composition et la déposent eux-mêmes entre les mains de l'examinateur surveillant, qui la paraphe.

Art. 15. Les compositions, corrigées chacune par un membre du jury, sont appréciées par le jury tout entier.

Le jury donne une note à chacune des compositions.

Art. 16. L'ajournement pour insuffisance de notes ne peut être prononcé qu'après les épreuves orales.

Epreuves orales.

Art. 17. Les épreuves orales sont publiques.

Art. 18. Elles portent sur les matières suivantes:

a) Langue maternelle: notions de littérature; éléments d'histoire littéraire; style commercial;
b) Deuxième langue nationale: explication d'un texte à livre ouvert; conversation dans cette langue;
c) Troisième langue nationale ou anglaise ou espagnole: traduction d'un auteur; questions sur la grammaire et les particularités de la langue;
d) Algèbre pure et appliquée; géometrie appliquée;
e) Calcul commercial: questions théoriques et pratiques;
f) Comptabilité: théorie et pratique;
g) Géographie économique; produits importants et ressources actuelles du monde; principales voies et principaux moyens de relations;
h) Economie politique et histoire du commerce: la production, le crédit, les échanges; théorie du commerce; aperçu historique;
i) Droit commercial: notions générales de législation commerciale, usuelle et industrielle;
j) Sciences appliquées: notions générales de physique et de chimie; étude des marchandises; altérations et falsifications; vérifications.

Art. 19. Les questions sont posées, en présence du jury, par un examinateur spécialement désigné pour chaque branche.

Octroi du diplôme. Ajournement.

Art. 20. Les notes ayant été fixées et, là où il y a lieu, combinées avec celles des épreuves écrites, le jury établit pour chaque branche la note moyenne. Pour les candidats ayant fait leurs études dans un établissement officiel du canton, cette note est combinée

dans la proportion de 1 à 1, avec la note scolaire qu'ils ont obtenue pour cette branche à la clôture de la dernière année où elle a été enseignée.

Le jury prend la moyenne générale des branches spécifiées à l'art. 5.

Art. 21. Le diplôme de bachelier ès sciences commerciales est délivré par la direction de l'Instruction publique, sur un rapport du président du jury, au candidat qui a obtenu au moins la note moyenne 4 pour l'ensemble de l'examen.

Cependant, ce diplôme est refusé au candidat qui a obtenu une note inférieure à 4 pour la comptabilité, ou dans quatre autres branches, ou encore la note 2 dans deux branches.

Art. 22. Le candidat qui n'a pas obtenu les notes requises est ajourné. Il ne peut se présenter à une session subséquente avant un délai de 2 mois. Dans ce cas, il est dispensé des épreuves pour lesquelles il a obtenu la note 5 au minimum.

Art. 23. Toute fraude constatée par le jury entraîne aussi l'ajournement. Lorsqu'il n'y a que des indices de fraude, le candidat est soumis, dans la même session, à une nouvelle épreuve partielle.

Art. 24. Après 3 ajournements, le candidat n'est plus admis aux examens du baccalauréat.

Art. 25. Le diplôme ne contient pas le détail des notes de l'examen.

Il est délivré:

a) Un diplôme avec la mention très distingué, lorsque la note moyenne atteint 5;
b) Un diplôme avec la mention distingué, lorsque cette moyenne atteint $4^1/_2$;
c) Un diplôme avec la mention satisfaisant, lorsque cette moyenne est inférieure à $4^1/_2$.

Le candidat ajourné qui subit une nouvelle épreuve partielle ne peut obtenir qu'un diplôme avec la mention „satisfaisant".

Art. 26. Le présent règlement, qui abroge les règlements antérieurs, entre immédiatement en vigueur.

Il sera publié par la voie de la *Feuille officielle,* imprimé en livrets et inséré au *Bulletin des lois.*

---

2. Programme du Baccalauréat ès sciences commerciales. (1916.)

a) Langue maternelle.

(L'une des trois langues nationales.)

I. Composition écrite

sur un sujet littéraire.

II. Epreuves orales.

Grammaire: connaissances pratiques et règles principales; syntaxe; orthographe.

Notions de littérature: éléments et qualités du style; règles de la composition; principaux auteurs classiques et contemporains.

Correspondance commerciale: règles générales; principaux genres; exercices pratiques.

b) Deuxième langue nationale.

I. Composition écrite.

Exercices de correspondance (lettre et réponse), sans dictionnaire.

II. Epreuves orales.

Lecture et explication d'un texte, à livre ouvert.

Questions sur la grammaire et les particularités de la langue.

Orthographe.

Conversation sur un sujet commercial.

c) Troisième langue nationale ou anglaise ou espagnole.

I. Epreuve écrite.

Version d'un texte de difficulté moyenne, sans dictionnaire.

II. Epreuves orales.

Orthographe usuelle.

Questions sur la grammaire.

Lecture et traduction d'un auteur étudié en classe.

d) Algèbre et géométrie.

I. Algèbre théorique et pratique.

Equations du premier degré à une et à plusieurs inconnues. Equations du second degré à une inconnue. Problèmes.

Progressions; logarithmes. Intérêts composés. Annuités.

Notions sur la caisse d'épargne. Notions sommaires sur l'organisation et les principales opérations des grands établissements de crédit. Crédit foncier.

Rentes viagères immédiates, différées, temporaires. Rente différée à prime, annuelle. Formule de Baily.

Méthode graphique pour déterminer le taux.

II. Géométrie appliquée.

Notions générales: lignes, angles, triangles, quadrilatères; polygones irréguliers. — Figures semblables, équivalentes, égales.

Surface des triangles et des quadrilatères. Propriétés du triangle rectangle.

Polygones réguliers. Longueur de la circonférence. Surface du cercle et de ses parties.

Parallélipipèdes et prismes: surface, équivalence, volume.

Pyramide; cône.

Surface et volume du prisme, de la pyramide et du cône tronqués.

Volume des fossés, des digues, des tranchées, etc.

Cubage des bois. Jaugeage des tonneaux.

La sphère et ses parties. Les polyèdres.

e) Calcul commercial.

Règle de trois simple et composée. Règle conjointe. Calcul du tant $^0/_0$ et du tant $^0/_{00}$. Règle de société.

Calcul des intérêts par les méthodes du commerce.

Escompte en dehors, escompte en dedans. Bordereau d'escompte. Echéance commune, moyenne.

Comptes courants par les trois méthodes, à intérêts réciproques et non réciproques, constants et variables.

Nombres complexes. Règles d'alliage et de mélange.

Etoffe monétaire.

Union latine et principaux systèmes étrangers (particulièrement anglais). Réductions. Change. Arbitrages. Cotes chiffrées. Fonds publics. Spéculation.

Prix de revient et de vente: a) des valeurs étrangères; b) des fonds publics; c) des matières métalliques.

Ordres de banque. Opérations de bourse.

Du budget. Service de la dette publique.

Intérêts composés, annuités, amortissement. Assurances. Rentes viagères. (Solutions par logarithmes ou par les tables.)

f) Comptabilité et théorie commerciale. [1])

Principes de la tenue des livres en partie simple et en partie double. Les comptes et leurs subdivisions.

Ouverture et clôture des livres. Inventaire, bilan, liquidation.

Comptabilité des sociétés.

Comptabilité industrielle.

Rendement, prix moyen, prix de revient.

Comptes en commission et en participation du commerce. Partie mixte.

Comptabilité des banquiers. Comptes en commission et en participation de la banque. Système américain.

Notions générales de commerce. — Les grandes divisions. — Intermédiaires du commerce.

Echanges et leurs règlements; effets et documents de commerce.

Transports, douanes, entrepôts, bourses.

Moyens d'information et de propagande.

Organisation de la banque.

Représentation des intérêts économiques: consuls, agents commerciaux et commissaires officiels.

Chambres de commerce; sociétés commerciales, industrielles et agricoles.

g) Géographie économique.

I. Composition écrite

sur un sujet tiré indistinctement de l'économie politique, de l'histoire ou de la géographie économique.

---

[1]) Les questions écrites de comptabilité portent sur des sujets tirés de la pratique des affaires, les questions de théorie restant réservées à l'examen oral.

II. Epreuves orales.

Répartition géographique des principales ressources et richesses naturelles.

Les produits minéraux, notamment la houille et le fer, l'or et l'argent; le sel.

Les grandes zones de végétation et les plantes cultivées. Les produits végétaux, notamment le blé et le riz, la vigne, la pomme de terre, la betterave. Les textiles.

Le règne animal: les principaux animaux domestiques; les laines.

Les grands pays commerçants et les grandes métropoles commerciales du monde.

Etudier spécialement au point de vue commercial: la Suisse, les Iles Britanniques et l'empire colonial anglais, la France et les colonies françaises, l'Allemagne, la Russie et les autres Etats européens; les Etats-Unis de l'Amérique du Nord.

Les principales voies du commerce. Les grands services postaux internationaux. Les moyens de transport.

h) Economie politique et histoire du commerce.

I. Economie politique.

La production. Besoins de l'homme et moyens de les satisfaire. Utilité, valeur, richesse. Industrie. Classifiation des industries. Solidarité des industries.

Instruments de production. Le capital, sa formation, sa fonction, son importance. Le travail, sa liberté, sa division.

La question des machines.

L'association. Les sociétés. Caisses d'épargne. Assurances. Caisses de retraite.

Echanges de débouchés.

Offre et demande.

Revenus. Le salaire, son inégalité. L'intérêt: sa légitimité, sa variabilité, sa limitation.

Bénéfices. — Concurrence.

Liberté commerciale. Prohibition et protection.

Politique commerciale; les traités de commerce.

De la propriété.

Monnaies. Crédit: principaux instruments de crédit; avantages du crédit.

Eléments de statistique.

II. Histoire du commerce.

Antiquité. Aperçu de l'histoire commerciale des Chinois, des Indiens, des Egyptiens et des Israélites. Les Arabes. Les Phéniciens. Les Grecs. Les Etrusques. Les Carthaginois. Les Romains.

Moyen âge. Exposé sommaire de la situation de l'Europe jusqu'aux Croisades.

Perses. Byzantins. Arabes.

L'Europe à l'époque des Croisades. Les Croisades: leurs résultats économiques.

Venise, Gênes et Florence du XIIIme siècle au XVIme siècle.

La France, l'Espagne, les Pays-Bas, l'Allemagne et l'Angleterre jusqu'au XVIme siècle. La Hanse.

Les Portugais. Les Espagnols. Découverte de l'Amérique.

Temps modernes. La Renaissance et la Réforme.

Le XVIIme siècle. Hollande et Angleterre. Les Compagnies de commerce. L'acte de navigation. La France.

Les colonies au XVIIIme siècle. Nouvelles doctrines économiques. Huskisson et Canning.

Le Zollverein. Protectionnisme et libre échange.

Découverte des mines d'or.

Développement du commerce depuis 1870.

Développement commercial de la Suisse à travers les âges.

i) Droit commercial et usuel.

Le droit: sa raison d'être, son origine. Le droit dans ses relations avec la morale, l'économie politique et la politique.

Droit naturel et positif. La loi.

Les biens et les droits réels: propriété, servitudes, usufruit, usage et habitation. Gage et hypothèque. Acquisition, inscription, transfert des droits réels.

Les contrats: leur conclusion; leurs effets.

Obligations: leurs éléments; leurs espèces.

Exécution des contrats et accomplissement des obligations. Inexécution et extinction des obligations.

Les contrats nommés: vente, bail, louage de services, entreprise, prêt de consommation, prêt à usage, dépôt, mandat, cautionnement, sociétés (simple, en nom collectif, en commandite, anonyme); les associations; le transport, la commission, l'assurance; la lettre de change, les autres effets de commerce; la donation; le jeu et le pari.

Droits d'auteur (brevets).

Poursuite pour dettes: saisie, faillite.

Eléments du droit maritime: Termes d'armement; des navires, personnel, classification, louage; contrat à la grosse; avaries; assurances maritimes.

j) Sciences appliquées.

I. Physique.

Mécanique: Forces; composition et décomposition. Dynamomètre.

Pesanteur. Balances.

Hydrostatique et pneumatique: Principe de Pascal; presse hydraulique. Aréomètres; baromètres; manomètres; machine pneumatique.

Chaleur. Thermomètres; hygromètres. Calorimétrie. Appareils de chauffage. Machines à vapeur.

Acoustique. Propagation du son. Phonographe.

Optique. Miroirs et lentilles. Instruments d'optique.
Magnétisme. Aimants. La boussole.
Electricité statique: phénomènes électriques; influence électrique; machines électriques. Paratonnerre.
Electricité dynamique: pile électrique galvanoplastie; électro-aimants. Machines magnéto et dynamo-électriques.

II. Chimie générale.

Nomenclature chimique. Théorie atomique.
Les principaux métalloïdes et leurs principales combinaisons.
Le soufre; acide sulfureux, acide sulfurique.
Azote; ammoniaque; acide azotique.
Chlore; acide chlorhydrique. Acide fluorhydrique.
Phosphore.
Arsenic; acide arsénieux.
Carbone; combinaisons oxygénées.
Les métaux et leurs principales combinaisons. Alliages.
Potassium: chlorure, iodure, chlorate, azotate, carbonate.
Sodium: chlorure; carbonate; sulfate.
Calcium: oxyde; hydrate; carbonate; sulfate.
Zinc: sulfate.
Mercure: chlorures.
Cuivre: sulfate; carbonate.
Plomb: oxydes.
Etain.
Argent: chlorure; nitrate.
Nickel. Or. Platine. Fer; fonte; acier.
Eléments de chimie organique.

III. Etude des marchandises.

a) *Règne minéral.* Pétrole et dérivés. Les soudes; les savons. Falsifications et moyens de les reconnaître.

b) *Règne végétal.* Les céréales; espèces. — Cacao. Café. Sucre. — Matières textiles. — Matières tinctoriales. — Altérations, falsifications; moyens de les reconnaître.

c) *Règne animal.* Lait et ses produits. Huiles. Graines. — Peaux et cuirs. — Matières textiles. — Ivoire. Eponges. — Altérations, falsifications; moyens de les reconnaître.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Loi modifiant les dispositions de la loi du 17 mai 1884 relatives au minimum des traitements du personnel enseignant des écoles primaires. (Du 11 mai 1916.)

Le Grand Conseil du canton de Fribourg,

Vu la loi du 17 mai 1884 sur l'instruction primaire;

Voulant améliorer la position des instituteurs et des institutrices des écoles primaires et réunir en une même loi les dispositions fixant le chiffre de leur traitement; sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète:

Article premier. Dans les communes urbaines de 4000 âmes et au-dessus, le minimum du traitement est de fr. 2400 pour les instituteurs et de fr. 1600 pour les institutrices.

Dans les communes urbaines de moins de 4000 âmes, ce minimum du traitement est de fr. 1800 pour les instituteurs et de fr. 1300 pour les institutrices.

Les traitements sont fixés sans préjudice des avantages en nature qui pourraient être accordés. Toutefois, le logement et l'affouage peuvent, selon les localités, entrer en ligne de compte pour former le minimum.

Art. 2. Le minimum des traitements des instituteurs dans les communes rurales est établi comme suit:

Instituteurs:

Dans les écoles de 30 élèves et au-dessous	fr.	1200
Dans les écoles de 31 à 50 élèves	„	1300
Dans les écoles de 51 élèves et au-dessus	„	1400

Institutrices:

Dans les écoles de 30 élèves et au-dessous	fr.	1000
Dans les écoles de 31 à 50 élèves	„	1100
Dans les écoles de 51 élèves et au-dessus	„	1200

Lorsque plusieurs institutrices vivent ensemble, le minimum légal peut être réduit:

Pour 2 institutrices, à	fr.	1300
„ 3 „ à	„	1500
„ 4 „ à	„	1800
„ 5 „ à	„	2100

Le nombre des élèves est déterminé par la moyenne des cinq années antérieures.

Art. 3. Le minimum du traitement des maîtresses d'ouvrage est fixé à fr. 110 par an et par classe.

Art. 4. Après quatre années d'enseignement, les traitements annuels sont augmentés de fr. 300 pour les instituteurs, de fr. 200 pour les institutrices et de fr. 40 pour les maîtresses d'ouvrage.

Art. 5. Sont abrogés les art. 95, 96 et 100 de la loi du 17 mai 1884 sur l'instruction primaire, ainsi que les lois du 3 décembre 1892, du 29 novembre 1900 et du 17 novembre 1908 sur l'augmentation des traitements du personnel enseignant primaire.

Art. 6. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de la présente loi, qui entre en vigueur le 1er juillet 1916.

XI. Kanton Solothurn.

1. Mittel- und Berufsschulen.

1. Abänderung des Reglementes für die Maturitätsprüfungen am Gymnasium und an der Gewerbschule der Solothurnischen Kantonsschule vom 21. März 1907. (Vom 21. März 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

gestützt auf § 29 des Kantonsschulgesetzes vom 29. August 1909 und in Abänderung des Maturitätsprüfungs-Reglementes vom 21. März 1907,

mit Rücksicht auf die Wiedereinführung des Obligatoriums der italienischen Sprache am Gymnasium und an der Realschule der Kantonsschule durch Regierungsratsbeschluß vom 17. April 1915,

auf Vorschlag der Professorenkonferenz und nach Antrag des Erziehungsdepartementes,

beschließt:

I. Das „Reglement für die Maturitätsprüfungen am Gymnasium und an der Gewerbschule der Solothurnischen Kantonsschule" vom 21. März 1907 wird in seinem Abschnitt V: „Gegenstand der Prüfung" bezüglich der Aufführung der Maturitätsfächer dahin abgeändert, daß sowohl in § 6, Abs. 1 (Gymnasial-Maturität), als in § 7, Abs. 1 (Realschul-Maturität), eingeschaltet wird: „2bis. Italienische Sprache."

II. Der Abschnitt VI: Beurteilung und Feststellung der Prüfungsergebnisse" des genannten Reglementes wird in der Weise abgeändert, daß:

1. die Notenskala von § 9, Abs. 1 folgende Umschreibung erhält: „6 sehr gut, 5 gut, 4 genügend, 3 mangelhaft, 2 schwach, 1 sehr schwach";
2. zur Umgrenzung der Minimalresultate in § 10, Abs. 1 bestimmt wird, das Maturitätszeugnis sei zu verweigern: „a) wenn der Durchschnitt der Maturitätsnoten in sämtlichen Fächern weniger als 4 beträgt; b) wenn sich unter den Maturitätsnoten vorfinden: eine Note 1, oder zwei Noten 2, oder drei Noten unter 4." (§ 10, Abs. 2 bleibt unverändert.)

III. Ziff. I dieses Beschlusses ist erstmals zur Anwendung zu bringen bei der Maturitätsprüfung des Gymnasiums vom Frühjahr 1917 und bei derjenigen der Realschule vom Sommer 1917.

Ziff. II dieses Beschlusses tritt sofort in Kraft.

IV. Bei einem Neudruck des gesamten, durch vorliegenden Beschluß bereinigten Maturitätsprüfungs-Reglementes vom 21. März 1907 ist, entsprechend der in § 1 des Kantonsschulgesetzes vom 29. August 1909 niedergelegten Terminologie, der zweiten Schulabteilung durchwegs die Bezeichnung „Realschule" (statt „Gewerbschule") zu geben.

2. Errichtung und Betrieb eines staatlichen Schülerinnen-Kosthauses der Kantonsschule. (Regierungsratsbeschluß vom 18. April 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

in der Absicht, außerhalb der Stadt Solothurn wohnenden Eltern den Besuch der Kantonsschule durch ihre Töchter zu erleichtern,

auf Antrag des Erziehungsdepartementes,

beschließt:

1. Der Staat gewährt Schülerinnen sämtlicher vier Abteilungen der Kantonsschule (Gymnasium, Realschule, Lehrerbildungsanstalt und Handelsschule) gegen billige Vergütung Kost und Wohnung im „Schülerinnen-Kosthaus der Kantonsschule".

2. Das Schülerinnen-Heim wird für das Sommerschulhalbjahr 1916 im Gebäude der Landwirtschaftlichen Winterschule (in der Steingrube) in Solothurn eingerichtet.

Vom Wintersemester 1916/1917 ab wird als Schülerinnen-Kosthaus das in jenem Zeitpunkte durch die projektierte Vereinigung des „Studenten-Pensionates" (an der Aare) mit dem Seminar-Kosthaus (neben der Kantonsschule) zu einem einheitlichen „Schüler-Kosthaus der Kantonsschule" disponibel werdende Gebäude des bisherigen Studenten-Pensionates in Aussicht genommen.

3. Der Preis der Pension (mit Inbegriff der Beleuchtung und Heizung) beträgt für die Schülerinnen des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule:

a) Fr. 2. — pro Tag, wenn die Eltern, Versorger oder Vormünder im Kanton Solothurn Wohnsitz haben;

b) Fr. 2. 50 pro Tag, sofern die Schülerinnen nicht im Kanton Solothurn wohnen.

4. Die Schülerinnen der Lehrerbildungsanstalt, welche Pension im Schülerinnen-Kosthaus beziehen, haben für dieselbe während ihrer Seminarzeit keine Zahlungen zu leisten. Sie werden dem Staat für jede Woche der Verpflegung Fr. 15. — schuldig. Die Feststellung der Schuldsumme erfolgt durch den Regierungsrat, wenn die Schülerin das Kosthaus verläßt.

20 % der Schuldsumme sind von der Schülerin beziehungsweise der spätern Lehrerin durch Abzahlung zu tilgen, während von den übrigen 80 % mit jedem Jahre kantonalen Schuldienstes ein Fünfzehntel erlischt. Im übrigen regelt sich das Erlöschen und die Fälligkeit der Schuld, sowie das Rückforderungsrecht der Lehrerinnen nach den Bestimmungen der §§ 3, 7, 8, 9 und 10 der Verordnung betreffend Gewährung von Kost und Logis und von Staatsbeiträgen an Schüler und Schülerinnen der Lehrerbildungsanstalt der Kantonsschule vom 25. Februar 1910.

Im internen Verrechnungsverhältnis der Kantonsschul-Kosthäuser ist das Schüler-Kosthaus der Lehrerbildungsanstalt für die Schülerinnen der Lehrerbildungsanstalt mit einem Pensionspreis von Fr. 2.— pro Tag zu belasten.

5. Schülerinnen aller Abteilungen, welche nur ihren Mittagstisch im Kosthaus nehmen, bezahlen für jedes Mittagessen 90 Cts.

6. Hausordnung und Disziplin des Schülerinnen-Kosthauses der Kantonsschule richten sich, soweit das Erziehungsdepartement und der Vorsteher des Kosthauses für die Zeit des Provisoriums keine speziellen Verfügungen treffen, nach den für das Schüler-Kosthaus der Lehrerbildungsanstalt bestehenden Vorschriften.

Der Vorsteher der Landwirtschaftlichen Winterschule besitzt als Vorsteher und Ökonomieverwalter des Schülerinnen-Kosthauses die Rechte und Pflichten der Vorsteher der bisherigen Kantonsschul-Kosthäuser.

7. Soweit aus dem „Stipendienfonds der Kantonsschule und der Landwirtschaftlichen Winterschule" an unbemittelte und tüchtige Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums, der Realschule und der Handelsschule Stipendien gewährt werden können (§ 11 ff. der Vollziehungsverordnung vom 5. Oktober 1909), wird die Bewerbung um solche durch den Besuch der staatlichen Kosthäuser nicht ausgeschlossen.

8. Dieser Beschluß, durch welchen versuchsweise das Bedürfnis nach einem staatlichen Schülerinnen-Heim der Kantonsschule festgestellt werden soll, tritt mit Beginn des Schuljahres 1916/17, das ist am 25. April 1916, in Kraft.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Verordnung betreffend die III. Klassifikation der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden für die Staatsbeiträge an die Besoldungen der Primarlehrer, Primarlehrerinnen und Arbeitslehrerinnen, sowie für die Gemeindebeiträge an die staatlichen Altersgehaltszulagen des Lehrpersonals der Primarschule. (Vom 19. Januar 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

in Ausführung von § 3 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909,[1])

[1]) § 3 des Gesetzes bestimmt in Abs. 4, 5 und 6:

Die Staatsleistung, die der Berechnung zu Grunde gelegt wird, ist auf die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden und deren Schulen zu verteilen wie folgt: Jeder Schule wird zunächst eine fixe Grundtaxe zugewiesen; bei der Repartierung des Restes soll die Steuerkraft und die Steuerlast der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden angemessen berücksichtigt werden.

Nach der Höhe des so für die einzelne Schule festgestellten Staatsbeitrages werden die Einwohner-, beziehungsweise Schulgemeinden in die hievor aufgeführten 9 Klassen eingeordnet.

Diese Klassifikation erfolgt alle drei Jahre durch den Regierungsrat."

auf Grund der vom Finanzdepartement und vom Departement des Innern vorgenommenen Feststellungen über die Steuerkraft und die Steuerlast der Gemeinden im Jahre 1914, sowie der gestützt hierauf durch das Erziehungsdepartement nach Anleitung des Gesetzes durchgeführten Berechnung, entsprechend der sich daraus automatisch ergebenden Reihenfolge der Gemeinden,

beschließt:

§ 1. Die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden des Kantons Solothurn werden für die Bemessung der Beiträge des Staates an die Besoldungen der Primarlehrer und -lehrerinnen und der Arbeitslehrerinnen einerseits, sowie für die Berechnung der Beiträge der Gemeinden an die staatlichen Altersgehaltszulagen des Lehrpersonals der Primarschule anderseits in die durch § 3 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909 vorgesehenen neun Klassen[1]) wie folgt eingeordnet:

I. Klasse: Gemeinde Winistorf.

II. Klasse: Gemeinden Steinhof, Rohr, Heinrichswil.

III. Klasse: Gemeinden Brunnenthal, Obergösgen, Herbetswil.

IV. Klasse: Gemeinden Bibern, Ökingen, Hersiwil, Horriwil, Holderbank, Kienberg, Recherswil, Ätigkofen, Hubersdorf-Kammersrohr.

V. Klasse: Gemeinden Walterswil-Rothacher, Matzendorf, Däniken, Niederwil, Obererlinsbach, Starrkirch-Wil, Gunzgen, Gäns-

---

[1]) Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 21. März 1909 erhalten die Gemeinden je nach der Klasseneinteilung folgende Staatsbeiträge an ihre Besoldungsauslagen für die Lehrkräfte der Primar- und Arbeitsschule:

Gemeinden	für jede Primarschule für Lehrer	für jede Primarschule für Lehrerinnen	für jede Arbeitsschule	
I. Klasse	Fr. 1100	Fr. 963	Fr. 120	als Beiträge an das Grundgehaltsminimum von Fr. 1600 für Primarlehrer und Fr. 1400 für Primarlehrerinnen (§ 2, Abs. 1) und an das Besoldungsminimum der Arbeitslehrerinnen von Fr. 180 pro Arbeitschule (§ 6, Abs. 1), gemäß § 3, Abs. 2, beziehungsweise § 7, Abs. 2, des Gesetzes,
II. „	„ 1000	„ 875	„ 110	
III. „	„ 900	„ 788	„ 100	
IV. „	„ 800	„ 700	„ 90	
V. „	„ 700	„ 613	„ 80	
VI. „	„ 600	„ 525	„ 70	
VII. „	„ 500	„ 438	„ 60	
VIII. „	„ 400	„ 350	„ 50	
IX. „	„ 300	„ 263	„ 40	

außerdem einen weitern Beitrag an die das gesetzliche Minimum übersteigenden Grundgehaltsbeträge des Lehrpersonals der Primarschule und Gehaltsbeträge der Arbeitslehrerinnen in dem Verhältnis, welches für den Beitrag an das Minimum vorgesehen ist, gemäß § 4, beziehungsweise § 8 des Gesetzes.

Anderseits haben die Gemeinden laut § 5, Abs. 2, des Gesetzes vom 21. März 1909 an die staatliche Altersgehaltszulage des Lehrpersonals der Primarschule nach § 2 des Gesetzes betreffend die Altersgehaltszulagen vom 23. April 1899 für jede Schule folgende Beiträge an den Staat zu leisten:

I. Klasse	Fr. 10	IV. Klasse	Fr. 40	VII. Klasse	Fr. 70
II. „	„ 20	V. „	„ 50	VIII. „	„ 80
III. „	„ 30	VI. „	„ 60	IX. „	„ 90

brunnen, Günsberg-Balm, Bolken, Niedergösgen, Obergerlafingen, Dulliken, Trimbach, Grindel, Äschi-Burgäschi, Flumenthal, Witterswil, Lostorf-Mahren, Wolfwil, Welschenrohr, Mühledorf, Oberbuchsiten, Lohn-Ammannsegg.

VI. Klasse: Gemeinden Gretzenbach-Grod, Laupersdorf, Hofstetten, Stüßlingen, Brügglen, Kriegstetten-Halten, Lommiswil, Egerkingen, Tscheppach, Winznau, Kappel, Nuglar-St. Pantaleon, Meltingen, Mümliswil-Ramiswil, Rüttenen, Büren, Goßliwil, Eppenberg-Wöschnau, Subingen, Himmelried, Metzerlen, Etziken-Hüniken, Oberramsern, Biezwil, Kleinlützel-Huggerwald, Härkingen, Wangen, Zullwil, Boningen, Wisen, Zuchwil, Fulenbach, Lüßlingen, Oberdorf, Küttigkofen-Kyburg-Buchegg, Ädermannsdorf, Nennigkofen.

VII. Klasse: Gemeinden Deitingen, Kestenholz, Gempen, Niedererlinsbach, Hägendorf, Unterramsern, Fehren, Bättwil, Derendingen, Beinwil, Niederbuchsiten, Bettlach, Selzach, Önsingen, Hauenstein-Ifenthal, Schnottwil, Solothurn, Messen, Hochwald, Seewen, Gächliwil, Nunningen, Bellach, Lüterkofen-Ichertswil, Erschwil, Neuendorf, Grenchen, Biberist, Rickenbach.

VIII. Klasse: Gemeinden Feldbrunnen-St. Niklaus, Langendorf, Riedholz, Bärschwil, Rodersdorf, Hessigkofen, Ätingen, Olten, Büsserach, Breitenbach, Dornach, Lüterswil, Balsthal-Klus, Schönenwerd, Niedergerlafingen, Luterbach, Balm bei Messen.

IX. Klasse: Keine Gemeinde.

§ 2. Durch diese Verordnung wird die Verordnung betreffend die Revision der Klassifikation der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden für die Bemessung der Beiträge des Staates an die Besoldungen der Primarlehrer und Arbeitslehrerinnen, sowie der Beiträge der Gemeinden an die Altersgehaltszulagen des Lehrpersonals der Primarschulen vom 18. April 1913, welche die erste Klassifikation vom 20. April 1909 ersetzt hatte, aufgehoben.

§ 3. Diese Klassifikation der Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden tritt am 20. Januar 1916 auf die gesetzliche Dauer von drei Jahren in Kraft.

---

4. Verordnung betreffend die Stellvertretung von Lehrern und Lehrerinnen der Primar-, Arbeits- und Bezirksschulen. (Vom 2. September 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

in Abänderung der Verordnung betreffend die Kosten der Stellvertretung von Lehrern und Lehrerinnen an den Primar- und Bezirksschulen vom 25. Februar 1910,

in Ausführung seines grundsätzlichen Beschlusses vom 18. Juli 1916 betreffend Erhöhung des Stellvertretungshonorars,

auf Antrag des Erziehungsdepartementes,

beschließt:

I. Honorierung der Stellvertreter.

a) Primarschulen.

§ 1. Lehrer und Lehrerinnen, die an Stelle durch Krankheit verhinderter Primarlehrer oder Primarlehrerinnen oder im Militärdienst stehender Primarlehrer als eigentliche Stellvertreter deren Schule (ohne Verschmelzung dieser mit einer andern und in vollem Umfange) führen, beziehen ein Honorar von Fr. 6.— für jeden nicht in die gesetzliche Ferienzeit fallenden Tag (mit Einschluß der Sonntage und staatlich anerkannten Feiertage) oder ein Wochenhonorar von Fr. 42.—.

Die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde ist berechtigt, diesen Honoraransatz unter Anzeige an das Erziehungsdepartement zu erhöhen. Soweit die Ausübung dieser Befugnis nicht durch die Gemeindeversammlung in Anspruch genommen wird, steht sie dem Gemeinderat zu.

§ 2. Das Honorar für Primarschulstellvertretungen ist auszuzahlen:

a) in Fällen von Krankheit oder von militärischem Instruktionsdienst, soweit er nicht in Art. 15 der Militärorganisation vorgesehen ist, oder von aktivem Militärdienst, direkt durch die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde;
b) wenn der vertretene Lehrer als Offizier oder Unteroffizier in den Instruktionsdienst einberufen worden ist (Art. 15 M.-O.), auf Anweisung des Erziehungsdepartementes durch die Staatskasse.

§ 3. Für das Primarschul-Stellvertretungshonorar hat in den Fällen von Krankheit oder von nicht in Art. 15 der Militärorganisation vorgesehenem Instruktionsdienst oder von aktivem Militärdienst die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde aufzukommen.

Der Staat unterstützt die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden in der Erfüllung dieser Pflicht, indem er ihnen folgende Beiträge an die Kosten der Stellvertretung leistet:

a) an das Minimum des Honorars nach § 1, Abs. 1, einen Beitrag, der sich nach der Stelle bemißt, welche die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde in der in § 3 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule vom 21. März 1909 vorgesehenen, alle drei Jahre zu revidierenden Klassenordnung[1]) einnimmt, so daß für den Tag erhalten die Gemeinden:

I.	Klasse	Fr.	4. 10	VI.	Klasse	Fr.	2. 25
II.	„	„	3. 75	VII.	„	„	1. 90
III.	„	„	3. 40	VIII.	„	„	1. 50
IV.	„	„	3. —	IX.	„	„	1. 15
V.	„	„	2. 65				

[1]) Siehe Seite 82 ff.

b) an das Honorar, welches die Gemeinden, soweit eine Erhöhung der Ansätze gemäß § 1, Abs. 2, zulässig ist, über das in § 1, Abs. 1, festgesetzte Minimum hinaus bewilligen und ausrichten, einen weiteren Beitrag in dem Verhältnis, welches in Lit. a für das Minimum des Honorars bestimmt ist.

§ 4. Für die Honorierung der Stellvertretung eines sich im Militärdienst befindenden Lehrers, der als Offizier oder Unteroffizier in den Instruktionsdienst einberufen ist (Art. 15 des Bundesgesetzes betreffend die Militärorganisation vom 12. April 1907),[1]) sowie Art. 1 und 2 der Verordnung des Bundesrates betreffend die Kosten der Stellvertretung von Lehrern im Militärdienst vom 14. Januar 1910, hat der Staat aufzukommen.

Das Honorar wird getragen:

zu $^1/_8$ vom Staat und — auf Grund des diesem zustehenden Rückgriffsrechtes — zu $^3/_4$ vom Bund, zu $^1/_8$ vom vertretenen Lehrer, soweit es sich um das im § 1, Abs. 1, festgesetzte Honorarminimum handelt,

dagegen in dem durch § 3 bestimmten Verhältnis vom Staat und der Gemeinde hinsichtlich allfälliger von dieser nach § 1, Abs. 2, bewilligter Mehrbeträge.

b) Arbeitsschulen.

§ 5. Eine Arbeitslehrerin, die an Stelle einer durch Krankheit verhinderten Arbeitslehrerin als eigentliche Stellvertreterin die Schule führt, bezieht Fr. 2.— für den Arbeitsschulhalbtag.

Dieser Honoraransatz kann durch die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde unter Anzeige an das Erziehungsdepartement erhöht werden.

§ 6. Die Auszahlung des Honorars an die Stellvertreterin einer Arbeitslehrerin erfolgt durch die Einwohnergemeinde.

§ 7. Für das Honorar der Stellvertreterin einer Arbeitslehrerin hat die Einwohnergemeinde aufzukommen.

Der Staat unterstützt die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden in der Erfüllung dieser Pflicht, indem er ihnen folgende Beiträge an die Kosten der Stellvertretung leistet:

a) an das Minimum des Honorars nach § 5, Abs. 1, einen Beitrag, der sich nach der Stelle bemißt, welche die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde in der in § 3 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und

[1]) Art. 15 der Militärorganisation der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 12. April 1907 lautet: „Der Bund vergütet den Kantonen drei Vierteile der Kosten für Stellvertretung der als Unteroffiziere oder Offiziere in den Instruktionsdienst einberufenen Lehrer der öffentlichen Schulen. Ausgenommen sind die ordentlichen Wiederholungskurse."

Arbeitsschule vom 21. März 1909 vorgesehenen Klassenordnung einnimmt, so daß für den Arbeitsschulhalbtag erhalten die Gemeinden:

I. Klasse	Fr.	1. 35	VI. Klasse	Fr.	—. 75
II. „	„	1. 20	VII. „	„	—. 65
III. „	„	1. 10	VIII. „	„	—. 55
IV. „	„	1. —	IX. „	„	—. 45
V. „	„	—. 90			

b) an das Honorar, welches die Gemeinden in Anwendung von § 5, Abs. 2, über das in § 5, Abs. 1, festgesetzte Minimum hinaus bewilligen und ausrichten, einen weiteren Beitrag in dem Verhältnis, welches in Lit. a für das Minimum des Honorars bestimmt ist.

c) Bezirksschulen.

§ 8. Lehrer und Lehrerinnen, die an Stelle durch Krankheit verhinderter Bezirkslehrer oder Bezirkslehrerinnen oder im Militärdienst stehender Bezirkslehrer deren Stunden als eigentliche Stellvertreter (ohne Verschmelzung der Klassen und in vollem Umfange) erteilen, beziehen ein Honorar von Fr. 8. — für jeden nicht in die gesetzliche Ferienzeit fallenden Tag (mit Einschluß der Sonn- und gesetzlichen Feiertage) oder ein Wochenhonorar von Fr. 56. —.

Die Bezirksschulpflegen sind berechtigt, diese Honoraransätze unter Anzeige an das Erziehungsdepartement zu erhöhen.

§ 9. Die Auszahlung des Honorars für Bezirksschul-Stellvertretungen erfolgt:

a) in Fällen von Krankheit oder von militärischem Instruktionsdienst, soweit er nicht in Art. 15 der Militärorganisation vorgesehen ist, oder von aktivem Militärdienst durch das zuständige Oberamt, beziehungsweise für die Bezirksschule Mariastein durch die Staatskasse als Verwaltungsstellen der Bezirksschulfonds;

b) wenn der vertretene Lehrer als Offizier oder Unteroffizier in den militärischen Instruktionsdienst einberufen worden ist (Art. 15 M.-O.), auf Anweisung des Erziehungsdepartementes durch die Staatskasse.

§ 10. Das Honorar für Bezirkschul-Stellvertretungen wird getragen:

a) in Fällen von Krankheit oder nicht durch Art. 15 der Militärorganisation vorgesehenem Instruktionsdienst oder aktivem Militärdienst zu $^5/_8$ vom Staat und zu $^3/_8$ vom betreffenden Bezirksschulfonds;

b) wenn der vertretene Lehrer als Offizier oder Unteroffizier in den militärischen Instruktionsdienst einberufen worden ist (Art. 15 M.-O.):

zu $^3/_{14}$ vom Staat und — auf Grund des dem Staate zustehenden Rückgriffsrechtes — zu $^9/_{14}$ vom Bund, zu $^1/_7$ vom vertretenen Lehrer, soweit es sich um das in § 8, Abs. 1, bestimmte Honorarminimum handelt,

dagegen zu $^5/_8$ vom Staat und $^3/_8$ vom Bezirksschulfonds hinsichtlich allfälliger von den Bezirksschulpflegen nach § 8, Abs. 2, bewilligter Mehrbeträge.

d) Allgemeine Bestimmungen.

§ 11. Ist der Grund der Stellvertretung an Primar-, Arbeits- oder Bezirksschulen ein anderer als Krankheit oder Militärdienst, oder wird die aus irgend einem Grunde verwaiste Schule oder Lehrstelle nicht einem eigentlichen Stellvertreter zugewiesen, sondern z. B. mit einer andern Schule verschmolzen oder von einem amtierenden Lehrer in der freien Zeit geführt, so wird vom Regierungsrat im einzelnen Fall bestimmt, welches Honorar dem in die Lücke tretenden Lehrer auszurichten ist und wer es auszubezahlen und zu tragen hat.

§ 12. Sollten Stellvertreter oder Stellvertreterinnen ausnahmsweise nicht im Besitze des für die betreffende Schulstufe erforderlichen Lehrpatentes (Primarlehrer-, Arbeitslehrerin- und Bezirkslehrerpatent) oder eines gleichwertigen Studien- oder Befähigungsausweises sein, so bleibt eine von dieser Verordnung abweichende Bestimmung des Stellvertretungshonorars durch den Regierungsrat vorbehalten.

§ 13. Sofern die Dauer der Stellvertretung an Primar- oder Bezirkschulen 14 Tage nicht übersteigt und die damit betraute Lehrkraft mehr als 50 Kilometer vom Schulort entfernt wohnt, sind ihr mit dem Honorar für die Hin- und Heimreise die Kosten je eines einfachen Billets III. Klasse zu Lasten der Honorarträger auszurichten.

§ 14. Die Auszahlung des Honorars an die Primar-, Arbeits- oder Bezirksschul-Stellvertreter oder -Stellvertreterinnen erfolgt in der Regel nach Beendigung der Stellvertretung, bei länger als einmonatiger Dauer jedoch spätestens alle vier Wochen.

§ 15. Soweit für Primarschulen den Gemeinden und für Bezirksschulen den Oberämtern die Auszahlung von Stellvertretungsentschädigungen obliegt, sind dem Erziehungsdepartement zur Feststellung und Anweisung des den Gemeinden beziehungsweise den Bezirksschulfonds zukommenden Staatsbeitrages die Honorarquittungen sofort nach Beendigung der Stellvertretung einzusenden. In gleicher Weise haben die Gemeinden für sämtliche Arbeitsschul-Stellvertretungen die Rückvergütung des Staatsanteils auszuwirken.

In den Fällen, in welchen die Staatskasse Primar- und Bezirksschul-Stellvertretern das Honorar auf Anweisung des Erziehungsdepartementes direkt auszahlt, haben die Gemeinden beziehungsweise die Bezirksschulpflegen die für die Feststellung des Honoraranspruchs nötigen Angaben (anrechenbare Tage) sofort nach Beendigung der

Stellvertretung, eventuell (§ 14) bereits vorher dem Departement zur Kenntnis zu bringen.

II. Anordnung der Stellvertretungen.

§ 16. Die Wahl der Stellvertreter an Primar- und Bezirksschulen erfolgt durch den Regierungsrat auf Antrag des Erziehungsdepartementes. (§ 40 des Primarschulgesetzes.)

Soweit Ortsschulkommissionen für Schulaussetzungen von kürzerer Dauer Stellvertretungen an Primarschulen auf Grund von Ausnahmebestimmungen (§ 69 des Primarschulgesetzes) selbst anordnen, sind die getroffenen Verfügungen dem Erziehungsdepartement unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Die Ernennung von Stellvertreterinnen für Arbeitsschulen geschieht durch den Regierungsrat auf Vorschlag der Ortsschulkommissionen und nach Antrag des Erziehungsdepartementes; die vorsorgliche Regelung der Stellvertretung ist Sache der Ortsschulkommissionen. (§ 4 der Vollziehungsverordnung vom 5. Juni 1882 zum Primarschulgesetz.)

§ 17. Bedürfen Lehrer oder Lehrerinnen der Primar- oder Bezirksschulen infolge von Krankheit einer Stellvertretung, so haben sie dies ohne Verzögerung, soweit möglich mit ärztlichen Zeugnissen belegt, dem Erziehungsdepartement schriftlich zu melden unter gleichzeitiger Mitteilung an die Schulkommission. Arbeitslehrerinnen sind gehalten, mehrtägige Verhinderungen sofort der Schulkommission für sich und zuhanden des Erziehungsdepartementes mitzuteilen. (§§ 66 und 51 der Verordnung vom 26. Mai 1877 zum Primarschulgesetz.)

Lehrer, welche zum Militärdienst aufgeboten werden, sind verpflichtet, nach Empfang des Aufgebotes ohne Verzug dem Erziehungsdepartement Mitteilung zu machen unter Angabe der aufbietenden Stelle, des Einrückungstages, der Art des Militärdienstes, ihrer militärischen Einteilung und ihres Grades, sowie des Entlassungstages, sofern dieser aber nicht feststeht, der voraussichtlichen Dauer des Dienstes. Sie haben gleichzeitig die Schulkommission von dem bevorstehenden Militärdienst in Kenntnis zu setzen.

Erweist sich die Anordnung einer Stellvertretung aus andern Gründen als nötig, so haben sich die Lehrer oder Lehrerinnen rechtzeitig schriftlich mit dem Erziehungsdepartement in Verbindung zu setzen und die Schulkommission zu begrüßen.

§ 18. Wenn die Dauer der Stellvertretung nicht zum voraus feststand und im Ernennungsbeschluß nicht mit genauem Datum bezeichnet war, hat die vertretene Lehrkraft, sobald die Beendigung der Stellvertretung infolge Wegfalles der Verhinderung bevorsteht, beziehungsweise sobald das Datum des Wegfalles bekannt ist, hievon ohne Verzug dem Erziehungsdepartement, der Schulkommission und dem Inhaber der Stellvertretung Kenntnis zu geben.

In gleicher Weise ist den genannten Behörden und dem Inhaber der Stellvertretung Mitteilung zu machen, wenn eine Verlängerung

der Stellvertretungsdauer über die festgesetzte Zeit hinaus notwendig wird, oder wenn die Stellvertretung früher, als bei der Ernennung des Vertreters bestimmt wurde, dahinfallen kann.

§ 19. Wenn Inhaber von Stellvertretungen infolge Erkrankung eines Ersatzes bedürfen oder wegen Krankheit oder Militärdienst oder aus andern stichhaltigen Gründen ihre Funktionen gänzlich beendigen müssen, sind sie gehalten, hievon nach den Bestimmungen des § 17 Meldung zu erstatten, damit rechtzeitig zur Verhütung vermeidbaren Unterrichtsausfalles die Stellvertretung vorübergehend oder bis zum Schluß der Stellvertretungszeit in anderer Weise geordnet werden kann.

§ 20. Durch vorstehende Ordnung wird in bezug auf vorübergehende ein- oder mehrtägige Schulaussetzungen an Primar- und Bezirksschulen, für welche nach Art und Dauer der Verhinderung keine Stellvertretung anzuordnen ist, beziehungsweise keine Abänderung der bestehenden Stellvertretung stattzufinden hat, die Pflicht des ordentlichen Inhabers der Lehrstelle, respektive des Stellvertreters nicht berührt, jeden Unterrichtsausfall sowohl dem Erziehungsdepartement und der Ortsschulkommission beziehungsweise der Bezirksschulpflege, als auch dem ordentlichen Inspektor der Schule und dem Kantonal-Schulinspektor mittelst Formular, soweit möglich zum voraus, zur Kenntnis zu bringen. (§ 66 der Vollziehungsverordnung zum Primarschulgesetz vom 26. Mai 1877.)

Soweit bei vorauszusehender Verhinderung ein Ausfall von Turnstunden bevorsteht, ist dies auch dem Turninspektor mitzuteilen.

Arbeitslehrerinnen haben von bevorstehenden Schulaussetzungen rechtzeitig die Schulkommission und die Arbeitsschulinspektorin zu benachrichtigen.

§ 21. Den Schulkommissionen liegt ob, dem Erziehungsdepartement die Notwendigkeit der Anordnung oder Abänderung einer Stellvertretung für einen Lehrer oder eine Lehrerin unverzüglich zur Kenntnis zu bringen, wenn der Inhaber der Lehrstelle oder der Stellvertretung hiezu nicht in der Lage ist, oder sofern sich ergibt, daß derselbe die Meldung unterlassen hat.

Die Schulkommission hat dem Departement Mitteilung zu machen, wenn eine Stellvertretung durch Erledigung der Lehrstelle selbst (Rücktritt, Tod des Lehrers oder der Lehrerin) dahinfällt und infolgedessen bis zur Wiederbesetzung der Stelle die Schule durch einen vom Regierungsrat zu ernennenden Verweser, welcher den Lehrergehalt bezieht, zu führen ist.

III. Pflichten der Stellvertreter.

§ 22. Den Stellvertretern und Stellvertreterinnen an Primar-, Arbeits- und Bezirksschulen liegt die Erfüllung aller derjenigen Pflichten ob, die laut kantonalen Gesetzen und Verordnungen, sowie

nach den Reglementen und Beschlüssen der Gemeinden für die ordentlichen Inhaber der Lehrstellen bestehen.

§ 23. Insbesondere sind die Stellvertreter und Stellvertreterinnen an Primarschulen (mit Einschluß der Fortbildungsschulen) gehalten, das in § 65 der Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1877 zum Primarschulgesetz vorgesehene Tagebuch zu führen, in welchem sie kurz den Stoff, den sie in den verschiedenen Unterrichtsfächern behandeln wollen, sowie Bemerkungen und Beobachtungen einzutragen haben.

Das Tagebuch ist nach Beendigung der Stellvertretung dem Erziehungsdepartement einzusenden.

IV. Schlußbestimmungen.

§ 24. Durch diese Verordnung werden alle ihr widersprechenden, vom Regierungsrat oder vom Erziehungsdepartement erlassenen Vorschriften, insbesondere die Verordnung betreffend die Kosten der Stellvertretung von Lehrern und Lehrerinnen an den Primar- und Bezirksschulen vom 25. Februar 1910, aufgehoben.

§ 25. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Die Bestimmungen betreffend die Honorierung (§§ 1—15) sind rückwirkend vom 1. Juli 1916 an in Anwendung zu bringen.

Die Verordnung ist den Gemeinderäten und Schulkommissionen sämtlicher Einwohnergemeinden, den Bezirksschulpflegen, sowie sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen der Primar-, Arbeits- und Bezirksschulen zuzustellen und den mit Stellvertretungen betrauten Lehrkräften in einem Exemplar abzugeben.

---

3. Diverses.

5. Regulativ betreffend das Honorar und die Reiseentschädigung der Mitglieder der kantonalen Lehrmittelkommission. (Vom 26. Januar 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

in der Absicht, das Honorar und die Reiseentschädigung der kantonalen Lehrmittelkommission (§ 68, Abs. 1, Lit. b, des Primarschulgesetzes vom 27. April 1873) dem Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme der einzelnen Mitglieder im Sinne des Regierungsratsbeschlusses vom 19. Januar 1915 tunlichst anzupassen,

auf Antrag des Erziehungsdepartementes,

beschließt:

§ 1. Als Honorar für die Beteiligung an den Sitzungen, einschließlich der Erledigung der damit verbundenen Aufgaben, erhalten die Mitglieder der kantonalen Lehrmittelkommission ein Taggeld von Fr. 6.

Zum Ersatz der Auslagen bei Sitzungen außerhalb ihres Wohnortes ist den Mitgliedern zudem eine Reiseentschädigung von 10 Rp. für den einfachen Kilometer auszurichten.

Die Bestimmungen des Abs. 1 und Abs. 2 sind auch auf die Sitzungen allfälliger Subkommissionen und Delegationen anzuwenden.

§ 2. Der Präsident der Lehrmittelkommission bezieht für seine besonderen Bemühungen zur Vorbereitung der Kommissionsgeschäfte und zur Ausführung der Beschlüsse neben den in § 1 bestimmten Ansätzen ein Jahreshonorar von Fr. 100, der Aktuar ein solches von Fr. 50.

Bei länger dauernder Verhinderung des Präsidenten oder des Aktuars sind die von der Kommission vertretungsweise mit diesen Funktionen betrauten Mitglieder pro rata der Zeit an den genannten Vergütungen zu beteiligen.

§ 3. Die im wesentlichen außerhalb der Verhandlungen zu erledigende Arbeit der Lehrmittelkommission zur Ausübung der ihr obliegenden Berichterstattung über das solothurnische Volksschulwesen zuhanden des Erziehungsdepartementes für den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates ist in der Weise besonders zu vergüten, daß denjenigen Mitgliedern, welchen die Kommission Unterrichtszweige zur Bearbeitung zuweist, je nach ihrem Zeit- und Arbeitsaufwand durch das Departement Spezialhonorare von je Fr. 20 bis Fr. 30 ausgerichtet werden.

§ 4. Die Auszahlung der Honorare und Reiseentschädigungen an die Mitglieder der Lehrmittelkommission (§§ 1—3) erfolgt auf Grund des dem Erziehungsdepartement von der Kommission zu erstattenden Tätigkeitsberichtes bei Jahresschluß auf Anweisung des Departementes durch die Staatskasse aus dem für die Lehrmittelkommission vorgesehenen Spezialkredit.

§ 5. Für die Bemühungen der Lehrmittelkommission bei der Ausarbeitung und Drucklegung neuer Lesebücher oder anderer umfangreicher Lehrmittel wird der Kommission eine außerordentliche Vergütung in der Form geleistet, daß der Staat die mit dem Lehrmittelverlag betraute Firma vertraglich zur direkten Ausrichtung eines angemessenen Betrages an die Kommission auf Rechnung der Verlagsfirma verpflichtet.

Die Kommission bestimmt jeweilen nach Abschluß einer Publikation, unter Kenntnisgabe an das Departement, die Verteilung dieses Honorars unter die einzelnen Mitglieder im Verhältnis ihrer Mitarbeit bei der Ausführung der betreffenden Aufgabe.

§ 6. Durch dieses Regulativ wird § 1, Lit. d, des Regierungsratsbeschlusses betreffend Taggelder und Reiseentschädigungen staatlicher Kommissionen vom 4. August 1905 dahin abgeändert, daß das Wort „Lehrmittelkommission“ wegfällt.

§ 7. Dieses Regulativ tritt mit Rückwirkung auf 1. Januar 1915 sofort in Kraft.

XII. Kanton Baselstadt.

Lehrerschaft aller Stufen.

Ordnung für die Vikariatskassen. (Vom Regierungsrat genehmigt den 19. April 1916.)

Der Erziehungsrat des Kantons Baselstadt hat in Ausführung von § 85 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880, von § 44 des Gesetzes betreffend die Allgemeine Gewerbeschule vom 9. April 1908, von § 10 des Gesetzes betreffend die Errichtung einer Frauenarbeitsschule vom 11. Oktober 1894 und von § 9 des Gesetzes betreffend Kleinkinderanstalten vom 18. April 1895 folgende Ordnung für die Vikariatskassen festgesetzt:

§ 1. Es soll für die folgenden Schulen je eine Vikariatskasse bestehen, aus deren Einnahmen das Vikariat für die bis auf vier Wochen an der Erteilung des Unterrichts verhinderten Lehrer und Lehrerinnen bestritten wird:

1. Für die Primarschulen, 2. für die Knabensekundarschulen, 3. für die Mädchensekundarschulen, 4. für das untere und das obere Gymnasium, 5. für die untere Realschule, 6. für die obere Realschule, 7. für die Töchterschule, 8. für die Schulen in den Landgemeinden, 9. für die Allgemeine Gewerbeschule, 10. für die Frauenarbeitsschule, 11. für die Kleinkinderanstalten.

Bei länger als vier Wochen dauernden Absenzen übernimmt der Staat die Gesamtkosten der Stellvertretung.

§ 2. Die Rektoren, sofern sie regelmäßigen Unterricht erteilen, und alle festangestellten und provisorisch angestellten Lehrer und Lehrerinnen, sowie die Vikare mit festem Pensum sind verpflichtet, der Vikariatskasse ihrer Anstalt beizutreten, ebenso Lehrer und Lehrerinnen, denen an der Allgemeinen Gewerbeschule oder an der Frauenarbeitsschule für wenigstens ein Semester ein Pensum zugeteilt worden ist.

§ 3. Der jährliche Beitrag der Mitglieder beträgt $^1/_2$ % ihrer Jahresbesoldung, inbegriffen allfällige Entschädigungen aus Überstunden. Schulvorsteher entrichten $^1/_2$ % der für ihre Unterrichtstätigkeit bezogenen Besoldung.

§ 4. Der Staat bezahlt jährlich an jede Vikariatskasse ebensoviel, als die Gesamtheit der an ihr beteiligten Mitglieder. Beträgt das Vermögen einer Vikariatskasse pro Mitglied mehr als Fr. 50.—, so kann das Erziehungsdepartement anordnen, daß der überschießende Teil des Vermögens zur Übernahme von länger als vier Wochen dauernden Vikariaten verwendet wird.

§ 5. Das Rechnungsjahr beginnt und schließt mit dem Schuljahr. Die Allgemeine Gewerbeschule und die Frauenarbeitsschule können semesterweise Rechnung führen.

Die Jahresbeiträge werden jeweilen im Mai vorausbezahlt. Für Mitglieder, die im Laufe eines Schuljahres eintreten, wird für das erste Mal der Beitrag nur vom Tage ihres Amtsantritts an gerechnet.

§ 6. Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen, welche ihre Stelle aufgeben oder entlassen werden, haben keinen Anspruch mehr an die Kasse.

§ 7. Die Vikariatskasse kann in folgenden Fällen in Anspruch genommen werden:

a) Bei Krankheit der Lehrer oder Lehrerinnen, und bei durch Unfälle verursachten gesundheitlichen Schädigungen;
b) bei ansteckenden Krankheiten, infolge deren einem Mitglied ärztlich der Schulbesuch untersagt wird;
c) bei Todesfällen von Eltern, Kindern, Ehegatten oder Geschwistern;
d) bei der Bestattung sonstiger naher Personen;
e) bei der eigenen Hochzeit;
f) bei der Niederkunft der Gattin eines Lehrers;
g) bei einer Taufe, Konfirmation oder Hochzeit, welcher man als Vater, Vormund oder Pate, Mutter oder Patin beiwohnt;
h) bei obligatorischem Militärdienst;
i) bei notwendigem Erscheinen vor Behörden und Teilnahme an Sitzungen von staatlichen Kommissionen u. drgl., sofern der Lehrer dafür keine Entschädigung erhält; außerdem bei der Teilnahme an den Sitzungen des Großen Rates;
k) bei Wohnungsveränderung;
l) bei Besuch von Kursen u. drgl., der mit Zustimmung des Erziehungsdepartements erfolgt und sofern nicht etwas anderes verfügt worden ist;
m) in andern Fällen, über deren Gültigkeit die Konferenz zu entscheiden hat.

Für Fälle von langer Krankheit und für Beurlaubungen werden die besondern Beschlüsse des Erziehungsrates und allenfalls des Regierungsrates vorbehalten.

§ 8. Das Vikariatsgeld beträgt:

Schule und Lehrer	Für Vikare ohne Patent für die betr. Schulstufe Fr.	Für Vikare mit Patent für die betr. Schulstufe Fr.
Primarlehrer	1. 30	1. 50
Primarlehrerinnen	1. 20	1. 40
Mittellehrer	1. 60	2. —
Mittellehrerinnen	1. 50	1. 80
Lehrer an obern Schulen	2. 50	3. —
Lehrerinnen an obern Schulen	2. 30	2. 80
Primararbeitslehrerinnen	—. 70	1. —
Mittelarbeitslehrerinnen	—. 80	1. 20
Koch- und Haushaltungslehrerinnen . .	—. 90	1. 30
Kleinkinderlehrerinnen	—. 80	1. 20
Lehrer an der Allgemeinen Gewerbeschule	1. 60 bis 2. 50	2.— bis 3.—
Frauenarbeitsschule, Lehrer	1. 60 bis 2. 50	2.— bis 3.—
Frauenarbeitsschule, Lehrerinnen . . .	1. 50 bis 2. 30	1.80 bis 2.80

In Ausnahmefällen kann der Stundenansatz mit Zustimmung des Vorstehers des Erziehungsdepartements an obern Schulen erhöht werden.

Die Auszahlung für längere Vikariate soll wenn immer möglich monatlich erfolgen nach Genehmigung des Schulvorstehers und des Erziehungsdepartements.

§ 9. 1. Die Verwaltung der Vikariatskaase ist Sache der Lehrerkonferenz, doch wird das Erziehungsdepartement zur Erreichung einer einheitlichen Verwaltung die erforderlichen Weisungen erlassen.

2. Die Lehrerkonferenz wählt durch geheimes absolutes Stimmenmehr auf zwei Jahre einen Verwalter. Seine Tätigkeit ist ehrenamtlich.

3. Der Verwalter legt spätestens vier Wochen nach Schluß des Schuljahres oder des Schulsemesters Rechnung ab.

§ 10. Die Lehrerkonferenz wählt jeweilen auf ein Jahr zwei Rechnungsrevisoren. Diese haben die Pflicht, die Wertschriften der Kasse einzusehen, die Rechnung genau zu prüfen und sie bei richtigem Befunde zu unterzeichnen.

§ 11. Die Rechnung der Vikariatskasse wird, nachdem sie in jedem Lehrerzimmer der betreffenden Schule während eines Tages mit den Belegen aufgelegen hat, im Mai — bei der Allgemeinen Gewerbeschule und Frauenarbeitsschule auch im Oktober — der Lehrerkonferenz zur Genehmigung vorgelegt, vom Schulvorsteher unterschrieben und von diesem dem Erziehungsdepartement zugestellt.

§ 12. Durch diese Ordnung wird die Vikariatskassenordnung vom 15. September 1881 aufgehoben. Die neue Ordnung tritt mit dem 25. April 1916 in Kraft.

XIII. Kanton Baselland.

Gesetz betreffend das Lehrlingswesen. (Vom 17. April 1916.)

Der Landrat des Kantons Baselland beschließt als Gesetz was folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Als Lehrling im Sinne dieses Gesetzes gilt jede männliche oder weibliche minderjährige Person, welche in einem Betriebe des Handwerks und der Industrie (inbegriffen Heimarbeit und Hausindustrie), des Handels und Verkehrs, oder der öffentlichen Verwaltungen, in einer beruflichen Bildungs- oder einer Erziehungsanstalt einen bestimmten Beruf erlernen will und zu diesem Zwecke in ein Lehrverhältnis eintritt. Im Zweifelsfalle entscheidet die Aufsichtskommission (§ 17). Gegen diese Entscheide kann seitens der Parteien innert Monatsfrist der Rekurs an den Regierungsrat ergriffen werden. Die gesetzlichen Pflichten, z. B. Besuch der Fortbildungsschulen und

der Lehrlingsprüfungen etc., müssen auch von solchen bis zum Schlusse der Lehrzeit erfüllt werden, welche während der Lehrzeit die Mehrjährigkeit erlangen.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung, insbesondere der Fabrik- und Haftpflichtgesetze für die denselben unterstellten Gewerbe, sowie des Obligationenrechtes.

§ 2. Jeder Lehrling muß beim Eintritt in die Lehre aus der Schulpflicht (§ 2 des kantonalen Schulgesetzes) entlassen sein. Er muß das 14. Altersjahr und für den Eintritt in die kaufmännische Berufsart das 15. Altersjahr zurückgelegt haben.

§ 3. Geschäftsinhaber oder Lehrmeister, welche infolge strafrichterlicher Verurteilung nicht im Besitze des Aktivbürgerrechtes sind, dürfen während der Dauer der Einstellung keine Lehrlinge halten.

§ 4. Einem Geschäftsinhaber oder Lehrmeister kann auf Antrag des Inhabers der elterlichen Gewalt oder der Aufsichtskommission aus gewichtigen Gründen, insbesondere wegen Nichterfüllung der in den §§ 9 und 12 dieses Gesetzes enthaltenen Verpflichtungen, auf eine bestimmte Dauer durch den Regierungsrat das Recht entzogen werden, Lehrlinge zu halten.

§ 5. Die effektive Arbeitszeit des Lehrlings, inbegriffen Tagesschulbesuch, darf in der Regel 10 Stunden täglich betragen, keinesfalls aber 62 Stunden in der Woche überschreiten.

Ausnahmen für gewisse Berufe und Verhältnisse, speziell bei der Posamenterindustrie, kann der Regierungsrat auf Antrag der Aufsichtskommission und nach Anhörung des betreffenden Berufsverbandes und der betreffenden Gewerkschaft gestatten.

II. Lehrvertrag.

§ 6. Für jedes Lehrlingsverhältnis ist ein schriftlicher Lehrvertrag aufzustellen. Als Normalien gelten die von den schweizerischen Zentralverbänden aufgestellten Vertragsformulare. Jeder Vertrag ist in drei Exemplaren auszufertigen. Von diesen Exemplaren ist je eines zuhanden der beiden Kontrahenten bestimmt, das dritte ist vom Lehrmeister sofort nach Ablauf der Probezeit (siehe § 7, Ziff. 4, bezw. § 8) dem kantonalen Arbeitsamte einzusenden, das hierüber eine genaue Kontrolle führen soll.

Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf den Lehrling, welcher beim Inhaber der elterlichen Gewalt in der Berufslehre steht. In diesem Falle bedarf es keines Lehrvertrages; es genügt, wenn der Lehrmeister dem kantonalen Arbeitsamt innert vier Wochen nach Beginn des Lehrverhältnisses hievon schriftlich Kenntnis gibt.

Verträge, welche den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechen, sind vom Arbeitsamt der vom Regierungsrat bezeichneten Direktion (§ 17) vorzulegen und von dieser zur Berichtigung zurückzuweisen.

§ 7. Der Lehrvertrag soll mindestens enthalten:

1. Namen und Geburtsdatum des Lehrlings;
2. Namen und Wohnsitz des Inhabers der elterlichen Gewalt und des Lehrmeisters;
3. genaue Angabe des zu erlernenden Berufes oder eines Zweiges desselben;
4. Dauer der Lehr- und Probezeit;
5. die gegenseitigen Pflichten und Leistungen, inbegriffen betreffend den Besuch der beruflichen Fortbildungsschulen und allfälliges Nachholen längerer Versäumnisse infolge Krankheit, Militärdienst u. s. w.;
6. die Bedingungen und Folgen einer allfälligen Vertragsauflösung.

§ 8. Sofern der Lehrvertrag nichts anderes bestimmt, sollen die ersten vier Wochen der Lehrzeit in dem Sinne als Probezeit betrachtet werden, daß es bis zum Ablauf derselben jedem Teil freisteht, das Lehrverhältnis unter Innehaltung einer mindestens dreitägigen Kündigungsfrist aufzulösen.

§ 9. Der Lehrmeister hat den Lehrling nach besten Kräften in der durch den Zweck der Ausbildung gebotenen Reihenfolge möglichst in allen Kenntnissen und Fertigkeiten seines Geschäftsbetriebes heranzubilden. Er muß entweder selbst oder durch einen geeigneten Stellvertreter die Ausbildung des Lehrlings leiten. Beide sind zu humaner Behandlung des Lehrlings und Schutz vor bösen Einflüssen seitens des übrigen Personals verpflichtet. Sofern der Meister Kost- und Logisgeber des Lehrlings ist, soll er diesen auch außerhalb der Arbeit überwachen.

§ 10. Der Lehrling ist zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet und hat seinem Lehrmeister, sowie dessen Stellvertreter Gehorsam zu leisten.

§ 11. Für eine dem Lehrvertrag gemäß bestandene Lehrzeit hat der Lehrmeister dem Lehrling eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Lehre auszustellen.

III. Berufliche Fortbildungsschulen.

§ 12. Wenn am Wohnorte des Meisters oder in erreichbarer Entfernung davon berufliche Fortbildungsschulen bestehen, ist der Lehrling, insofern er nicht eine andere gleichwertige Anstalt besucht, zum Besuche der Schule oder der reglementarischen Fachkurse, welche seiner beruflichen Ausbildung förderlich sind, verpflichtet. Wenn Meinungsverschiedenheit darüber entsteht, ob eine Fortbildungsschule in erreichbarer Entfernung liegt, oder nicht, entscheidet hierüber die in § 17 vorgesehene Aufsichtskommission.

Der Lehrmeister hat dem Lehrling die für den Unterricht nötige Zeit einzuräumen; für denjenigen, welcher in die Tageszeit fällt, soll sie wenigstens vier Stunden wöchentlich betragen. Diese Unterrichtsstunden sind in der zulässigen Arbeitszeit inbegriffen und dürfen nicht etwa nachgeholt werden.

Ebenso ist dem Lehrling die nötige Zeit für den Religionsunterricht frei zu gehen; im fernern bleiben die Vorschriften der §§ 27 und 28 des kantonalen Schulgesetzes vorbehalten.

§ 13. Als herwärtige berufliche Fortbildungsschule im Sinne dieses Gesetzes gelten die von den basellandschaftlichen beruflichen Verbänden unterhaltenen beruflichen Schulen und Kurse, welche die Unterstützung des Bundes und Kantons genießen. Sofern sich das Bedürfnis hiefür geltend macht, sollen diese Schulen entsprechend vermehrt werden.

Der Landrat ist befugt, an die kantonalen Subventionen erforderlichenfalls Bedingungen betreffend Unterrichtsgegenstände (z. B. staatsbürgerlicher Unterricht) und Unterrichtszeit (z. B. Werktagsunterricht) zu knüpfen.

IV. Lehrlingsprüfungen.

§ 14. Jeder Lehrling ist verpflichtet, sich nach Abschluß der Lehrzeit bezw. im letzten Sechstel derselben der Prüfung zu unterziehen und zwar auch dann, wenn er während der Lehrzeit die Mehrjährigkeit erlangt hat. Der Lehrmeister hat ihn zur Teilnahme anzumelden.

§ 15. Die Lehrlingsprüfungen finden jährlich auf Anordnung der vom Regierungsrat bezeichneten Direktion (§ 17) und unter der Leitung der Aufsichtskommission und der für die einzelnen Berufsverbände nach Bedarf einzusetzenden Prüfungskommissionen nach den Programmen der schweizerischen Zentralverbände (§ 6) statt; das Nähere bestimmt ein Reglement.

Jedem Teilnehmer, welcher die Lehrlingsprüfung mit Erfolg bestanden hat, ist nach beendigter Lehrzeit ein Prüfungsausweis (Lehrbrief, Diplom) auszustellen.

Lehrlinge, welche die Prüfung nicht mit Erfolg bestanden haben, können sich einer Nachprüfung in denjenigen Fächern unterziehen, in welchen die erste Prüfung ungenügende Resultate ergeben hatte.

Sämtliche Lehrlingsprüfungen sind für die diesem Gesetze unterstellten Teilnehmer unentgeltlich.

V. Verfahren bei Streitigkeiten.

§ 16. Wenn während des Vertragsverhältnisses von Lehrling und Lehrmeister oder bei vorzeitiger Trennung oder über die Auslegung von Vertragsbestimmungen Streitigkeiten entstehen und eine gütliche Vereinbarung nicht herbeigeführt werden kann, greift das beschleunigte Verfahren gemäß § 264 des Gesetzes betreffend die Gerichts- und Prozeßordnung (vom 20. Februar 1905) Platz.

VI. Aufsicht und staatliche Leistungen.

§ 17. Der Regierungsrat führt die Oberaufsicht über das gesamte Lehrlingswesen und unterstellt es im besondern je nach Bedürfnis entweder der Erziehungsdirektion, oder der Direktion des Innern. Die beauftragte Direktion übt die Aufsicht aus durch eine

durch den Regierungsrat auf die Dauer von drei Jahren zu wählende Aufsichtskommission, bestehend aus fünf bis sieben Mitgliedern, denen der Verwalter des kantonalen Arbeitsamtes von Amts wegen angehört. Dem letztern kommen im besondern außer den in § 6 aufgeführten Obliegenheiten zu das Aktuariat in der Aufsichtskommission und die Vermittlung der Lehrstellen und Lehrlinge, sowie die Mitwirkung und Beratung bei der Berufswahl.

§ 18. Der Staat unterstützt die beruflichen Fortbildungsschulen im Sinne von § 75, Lit. n, des Schulgesetzes vom 8. Mai 1911, übernimmt die Kosten für die Durchführung der Lehrlingsprüfungen, soweit sie nicht aus andern Mitteln bestritten werden, und entschädigt die Mitglieder der Aufsichtskommission durch Ausrichtung von Taggeldern nach den Ansätzen der Bestimmungen über die Beamtenbesoldungen.

VII. Straf- und Vollzugsbestimmungen.

§ 19. Übertretungen der §§ 2, 3, 5, 6, 8, 9, 12 und 14 werden mit Buße von Fr. 2 bis Fr. 100 belegt.

Für die Behandlung solcher Übertretungen gilt das Verfahren in Polizeifällen (§§ 269 und 270 P. O.).

§ 20. Die Bestimmung von § 12 findet auch auf die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes schon bestehenden Lehrlingsverhältnisse Anwendung.

§ 21. Dieses Gesetz ist der Volksabstimmung zu unterstellen. Den Zeitpunkt des Inkrafttretens bestimmt der Landrat.

XIV. Kanton Schaffhausen.

1. Obligatorische Fortbildungsschulen.

1. Weisung des Erziehungsrates an die Schulbehörden des Kantons Schaffhausen. (Vom 3. Februar 1916.)

1. Festsetzung des Schülermaximums pro Klasse.

Im Interesse eines rationellen Betriebes der Fortbildungsschule wird das Schülermaximum einer Klasse auf 20 festgesetzt. Wird diese Zahl überschritten, so ist die Klasse zu trennen, und zwar in der Weise, daß der jüngere Jahrgang und der ältere Jahrgang je eine Abteilung bilden.

2. Vorzeitige Rekrutierung und Schulpflicht.

Vorzeitige Rekrutierung befreit nicht von der gesetzlichen Verpflichtung zum Besuche der obligatorischen Fortbildungsschule, wie sie in Art. 56 Sch. G. beziehungsweise in Art. 4 der „Verordnung für die Fortbildungsschule des Kantons Schaffhausen“ vom 27. Oktober 1893 festgelegt ist.

3. Freiwillige Teilnehmer,

die sich zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten, haben dem Unterricht bis zum Schlusse des Kurses beizuwohnen. Art. 7 der Verordnung ist auf dieselben strikte anzuwenden.

---

2. Diverses.

2. Verordnung des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen betreffend die Einschränkung des Besuches von Kinematographen durch Jugendliche. (Vom 20. Dezember 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen,

in der Absicht, die Gefahren und Schädigungen zu verhüten, welche für jugendliche Personen in dem Besuch von kinematographischen Vorstellungen bestehen,

verordnet was folgt:

§ 1. Personen, welche das 16. Altersjahr noch nicht erreicht haben, ist der Besuch der kinematographischen Vorstellungen, auch in Begleitung der Eltern oder anderer Erwachsener, verboten.

§ 2. Das Verbot erstreckt sich nicht auf Vorstellungen, welche für den Besuch der Jugend geeignet sind. Die Jugendvorstellungen sind als solche besonders zu kennzeichnen und dürfen nur abgehalten werden, nachdem ihr Inhalt von der zuständigen Ortsschulbehörde vorgeprüft, und die Erlaubnis zur Aufführung erteilt worden ist.

§ 3. Die Kinobesitzer sind verpflichtet, den Polizeiorganen, und bei Jugendvorstellungen den legitimierten Vertretern der Ortsschulbehörden, zur Durchführung der Kontrolle jederzeit freien Eintritt zu gewähren.

§ 4. Übertretungen dieser Verordnung werden von den Gemeinderäten mit Bußen bis auf Fr. 50 geahndet.

Bußenfällig sind:

1. Die Geschäftsinhaber, welche Jugendliche zum Kinobesuche zulassen;
2. Eltern und deren Stellvertreter, wenn sie Kinder bis zu 16 Jahren zu allgemeinen Vorstellungen mitnehmen, ferner dann, wenn Kinder unter 14 Jahren allein die Vorstellungen besuchen;
3. Jugendliche über 14 Jahren, die allein die Vorstellungen besuchen.

Fehlbare schulpflichtige Jugendliche unterliegen der disziplinarischen Bestrafung durch die zuständigen Schulbehörden.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft, ist im Amtsblatt zu publizieren und in die kantonale Gesetzessammlung aufzunehmen.

XV. Kanton Appenzell A.-Rh.

1. Fortbildungsschulen.

1. Reglement über die staatliche Unterstützung der Fortbildungsschulen im Kanton Appenzell A.-Rh. (Vom Kantonsrat erlassen am 2. Juni 1916.)

In Anwendung von Art. 28, Abs. 2, der Kantonsverfassung und in Ausführung von § 39 der Schulverordnung wird über die Verteilung von Staatsbeiträgen an die Fortbildungsschulen folgendes festgesetzt:

§ 1. Der Staat unterstützt die obligatorischen Fortbildungsschulen für Jünglinge, die gewerblichen Fortbildungs- und Zeichnungsschulen, die kaufmännischen Fortbildungsschulen, die Fortbildungsschulen für Töchter und die übrigen hauswirtschaftlichen Bildungsanstalten, sofern nachstehenden Bestimmungen Genüge geleistet wird.

A. Obligatorische Fortbildungsschulen für Jünglinge.

§ 2. Anspruch auf Staatsunterstützung haben diejenigen Schulen, welche

a) unter Aufsicht und Leitung der Gemeindeschulkommission oder einer von ihr bestellten Spezialkommission stehen;
b) wenigstens zwei Jahrgänge umfassen, deren Unterrichtszeit per Schüler jährlich im Minimum 70 Stunden beträgt, oder
c) drei Jahrgänge mit jährlich im Minimum 60 Stunden vorsehen.

Von der obligatorischen Fortbildungsschule können von der Gemeindeschulkommission dispensiert werden:

a) Schüler höherer Lehranstalten;
b) Jünglinge, die wenigstens drei Jahre mit Erfolg die Sekundarschule besucht haben, immerhin in dem Sinne, daß sie in dem der Rekrutenprüfung vorausgehenden Winter den Kurs in Vaterlandskunde mitzumachen haben;
c) Schüler der gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulen, sofern sie in diesen Anstalten die gleichen Fächer in gleicher Stundenzahl nach Maßgabe von § 2 und § 4 dieses Reglementes besuchen;
d) Schwachsinnige höheren Grades und gebrechliche Jünglinge.

Wiederholungskurse, die unmittelbar vor der Rekrutierung während mindestens vier Wochen mit wenigstens 20 Unterrichtsstunden durchgeführt werden, erhalten die nämliche Staatsunterstützung wie die obligatorischen Fortbildungsschulen.

§ 3. Der Unterricht darf in den Winterkursen nicht über 8 Uhr abends ausgedehnt werden. Er ist auf mindestens zwei Abende in der Woche zu verteilen, sofern er nicht auf einen Nachmittag verlegt wird.

§ 4. Das Unterrichtsprogramm soll sich für jeden Kurs erstrecken auf die Fächer:

Deutsch: Lesen und Aufsatz; Rechnen: Mündliches und schriftliches Rechnen; Vaterlandskunde: Geschichte, Geographie (Wirtschaftslehre inbegriffen), Verfassungskunde.

Der Lehrstoff in der Vaterlandskunde ist planmäßig auf wenigstens zwei Unterrichtsjahre zu verteilen.

An Fortbildungsschulen, deren Unterricht sich auf drei Jahrgänge erstreckt, soll während mindestens eines Kurses den Schülern Anleitung in einfacher Buchführung gegeben werden. Für die übrigen Fortbildungsschulen ist dieses Fach fakultativ.

§ 5. In jeder Abteilung und von jedem Lehrer sind Absenzentabellen zu führen. Die Formulare stellt die Landesschulkommission zur Verfügung.

§ 6. Wenn ein Schüler im Zeitraum eines Kurses zwei unentschuldigte Absenzen aufweist, so hat durch den Schulpräsidenten sofortige schriftliche Warnung an die Eltern oder deren Stellvertreter zu erfolgen.

Zwei unentschuldigte Verspätungen gelten als eine Absenz.

Nach vier unentschuldigten Absenzen hat Strafeinleitung durch das Schulpräsidium beim Gemeindegericht zu erfolgen; ebenso bei Nichtbeachtung der Aufforderung zur Einschreibung, sofern seit Schulbeginn vier Absenzen zu verzeichnen sind.

Im übrigen haben die Bestimmungen in den §§ 4, 16, Abs. 2, und 18, Abs. 2, der kantonalen Instruktion zur Führung der Absenzentabellen sinngemäß Anwendung zu finden.

§ 7. Als Entschuldigungsgründe gelten:

Eigene Krankheit, dringend nötige Hilfeleistung bei Krankheit der nächsten Angehörigen im Hause oder bei Krankheit des Dienstherrn und Trauerfälle in der eigenen Familie oder in der des Dienstherrn.

§ 8. Die Gemeindeschulkommissionen haben dem Aktuariat der Landesschulkommission innerhalb eines Monats nach Schluß der Kurse nach aufgestelltem Formular Bericht und Rechnung mit Belegen, sowie die Absenzentabellen einzusenden.

§ 9. Der Staatsbeitrag richtet sich nach der Höhe der eigentlichen Unterrichtskosten in der Weise, daß derselbe

bei 3—15 Schülern einer Abteilung 50 %,
bei 16—25 Schülern einer Abteilung 40 %

der Unterrichtskosten beträgt.

Abteilungen von mehr als 25 und solche von weniger als drei Schülern haben keinen Anspruch auf Staatsunterstützung.

Als Unterrichtskosten fallen in Rechnung: Lehrergehalte, Lehrmittel und Schulmaterialien.

B. Gewerbliche Fortbildungs- und Zeichnungsschulen.

§ 10. Anspruch auf Staatsunterstützung haben diejenigen Schulen, welche

a) unter Leitung und Aufsicht der Schulkommission oder einer von derselben gewählten Spezialkommission stehen;

b) durch Anstellung geeigneter Lehrkräfte Gewähr für Erteilung eines sachlich und pädagogisch richtigen Unterrichtes bieten;

c) so organisiert sind, daß sie den bezüglichen Anforderungen des Bundes entsprechen und damit Anspruch auf Bundessubvention haben (vergl. den Bundesbeschluß betr. gewerbliche und industrielle Berufsbildung vom 27. Juni 1884, die zudienende Vollziehungsverordnung vom 17. November 1900, den Bundesratsbeschluß vom 2. Dezember 1901 betr. Interpretation der Bundesbeschlüsse über Berufsbildung und die Anleitung für die gewerblichen Fortbildungsschulen vom Januar 1915); über Ausnahmen hinsichtlich der gewerblichen Fortbildungs- und Zeichnungsschulen entscheidet auf Vorschlag der Landesschulkommission der Regierungsrat.

§ 11. Das Absenzenwesen ist entsprechend den Bestimmungen für die obligatorischen Fortbildungsschulen zu ordnen (siehe §§ 5, 6 und 7), immerhin in dem Sinne, daß in Schulen, welche für die theoretischen Fächer eine längere Unterrichtszeit festgesetzt haben, die Zahl der Absenzen, nach denen Warnung oder Strafeinleitung zu erfolgen hat, erhöht werden kann.

§ 12. Die betreffenden Schulen haben dem Aktuariate der Landesschulkommission einzusenden:

a) Bis zum 6. Januar die Rechnung samt Belegen über das abgelaufene Jahr, sowie den Inventarnachtrag, je in drei Exemplaren;

b) bis zum 31. Mai den Jahresbericht in einem Exemplar;

c) bis zum 30. Juni das Budget für das nächste Rechnungsjahr in zwei Exemplaren.

Die Landesschulkommission stellt hiefür die nötigen Formulare zur Verfügung und besorgt die Vermittlung des Bundesbeitrages.

§ 13. Der Staat leistet an Schulen, deren Lehrplan den Unterrichtsstoff auf das ganze Jahr verteilt, einen Beitrag bis auf 30 % der Auslagen für Lehrergehalte, Lehrmittel und Schulmaterialien, bei den übrigen Schulen bis auf 25 %.

C. Kaufmännische Fortbildungsschulen.

§ 14. Staatsunterstützung erhalten diejenigen kaufmännischen Fortbildungsschulen, welche den unter § 10, Lit. a und b, genannten Bedingungen entsprechen und so organisiert sind, daß sie den bezüglichen Anforderungen des Bundes genügen und damit Anspruch auf Bundessubvention haben (Art. 1 des Bundesbeschlusses betr. Förderung der kommerziellen Bildung vom 15. April 1891 und zudienende Vollziehungsverordnung vom 22. Januar 1909).

Kaufmännische Fortbildungsschulen, welche von kaufmännischen Vereinen geleitet werden und nach den oben genannten Bundesvorschriften Bundessubvention erhalten, haben ebenfalls Anspruch auf Staatsunterstützung.

§ 15. Die Ordnung über das Absenzenwesen ist der Landesschulkommission zur Genehmigung vorzulegen.

§ 16. Dem Aktuariat der Landesschulkommission sind einzureichen:

a) Bis zum 6. Januar bezw. 30. Juni die Rechnung samt Belegen über das abgelaufene Jahr in zwei Exemplaren;
b) bis zum 31. Mai der Jahresbericht in einem Exemplar;
c) bis zum 30. Juni das Budget für das nächste Rechnungsjahr in zwei Exemplaren, sofern es nicht durch das Zentralkomitee des schweizerischen kaufmännischen Vereins dem eidgenössischen Handelsdepartement zugestellt wird.

§ 17. Der Staat leistet einen Beitrag bis auf 30 % der Unterrichtskosten (Lehrerbesoldungen, Lehrmittel und Schulmaterialien).

D. Fortbildungsschulen für Töchter und andere hauswirtschaftliche Bildungsanstalten.

§ 18. Anspruch auf Staatsunterstützung haben diejenigen Schulen oder Kurse, welche den in § 10 für die gewerblichen Fortbildungsschulen aufgestellten Bedingungen entsprechen; ebenso die hauswirtschaftlichen Kurse für das achte und neunte Schuljahr und an Sekundarschulen.

§ 19. Obligatorische Fortbildungsschulen unterstehen bezüglich des Absenzenwesens den Bestimmungen in §§ 5—7 und 11 dieses Reglementes.

Für die freiwilligen Töchterfortbildungsschulen sollen die Gemeinden entsprechende Bestimmungen über das Absenzenwesen aufstellen.

§ 20. Dem Aktuariat der Landesschulkommission sind einzureichen:

a) Bis zum 6. Januar alle auf Ende Dezember abgeschlossenen Rechnungen in drei Exemplaren;
b) bei kurzfristigen Kursen (inbegriffen Haushaltungs-, Koch-, Glättekurse u. s. w.), sofort nach Schluß derselben, bei Jahreskursen innert einem Monat nach deren Beendigung, der Bericht in einem Exemplar;
c) bis zum 30. Juni die Budgets sämtlicher Schulen und Kurse in zwei Exemplaren und alle auf Ende April abgeschlossenen Rechnungen in drei Exemplaren.

§ 21. Der Staatsbeitrag wird wie folgt bemessen:

a) Für Schulen und Kurse mit obligatorischem Schulbesuch bis auf einen Drittel;

b) für alle andern Schulen und Kurse bis auf 25 % der Gesamtauslagen.

E. Allgemeines.

§ 22. Der Staat behält sich die Inspektion sämtlicher von ihm unterstützten Fortbildungsschulen und hauswirtschaftlichen Bildungsanstalten (§ 1) vor. Bei ungenügenden Leistungen können die betreffenden Staatsbeiträge reduziert oder entzogen werden.

§ 23. Sämtliche Staatsbeiträge werden auf Vorschlag der Landesschulkommission vom Regierungsrate festgesetzt.

F. Übergangsbestimmungen.

§ 24. Die nach vorstehendem Reglement vorgesehenen Subventionen werden geleistet:

a) An die obligatorischen Fortbildungsschulen für Jünglinge für die seit dem 1. Juni 1916 organisierten Kurse (Wiederholungskurse inbegriffen);

b) an alle andern Bildungsanstalten gemäß den seit dem 1. Juni 1916 eingegebenen Budgets.

§ 25. Im übrigen tritt dieses Reglement mit der Annahme durch den Kantonsrat in Kraft. Damit ist dasjenige vom 29. November 1904 aufgehoben.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Vertrag zwischen den Kantonen Thurgau und Appenzell A.-Rh. betreffend Aufnahme von appenzell-außerrhodischen Lehramtsschülern in das Seminar Kreuzlingen und Patentierung derselben. (Vom Regierungsrat des Kantons Thurgau genehmigt den 4. August 1916, vom Kantonsrat des Kantons Appenzell A.-Rh. angenommen den 30. November 1916.)

§ 1. Der thurgauische Regierungsrat verpflichtet sich, in das Lehrerseminar in Kreuzlingen appenzell-außerrhodische Lehramtsschüler aufzunehmen bis auf die Zahl von vier in jeder der vier Jahresklassen.

Diese Lehramtsschüler müssen mit den thurgauischen Seminaraspiranten die Aufnahmeprüfung für das Seminar bestanden haben.

Die appenzell-außerrhodischen Zöglinge bezahlen wie bis anhin das für nicht thurgauische Seminaristen bestimmte Unterrichtsgeld, sollen aber im übrigen in jeder Hinsicht gehalten werden wie thurgauische Seminarschüler.

§ 2. Der Kanton Appenzell A.-Rh. wird der Seminarkasse an die aus dieser Verpflichtung erwachsenden Mehrausgaben einen jährlichen Beitrag von Fr. 3000 leisten. Dieser Betrag ist jeweilen für das laufende Schuljahr auf den 1. Juli zu bezahlen.

§ 3. Bei Anlaß der Dienstprüfung für thurgauische Primarlehramtskandidaten werden auch diejenigen des Kantons Appenzell A.-Rh. geprüft, zum Zwecke der Erlangung eines Primarlehrerpatentes für ihren Heimatkanton. Das letztere stellt die Landesschulkommission des Kantons Appenzell A.-Rh. aus, welche sich durch eine Abordnung an der Dienstprüfung im Seminar vertreten läßt. Diese wohnt dem Patentexamen bei und setzt auf die Vorschläge der beteiligten Examinatoren hin die Fachnoten für die Kandidaten ihres Kantons fest.

Im übrigen gelten für die Abnahme des Examens die Bestimmungen des thurgauischen Reglements betreffend Dienstprüfung der Primarlehrer.

§ 4. Diese Übereinkunft gilt zunächst für die Dauer von fünf Jahren. Sie kann gegenseitig mit Beobachtung einer Kündigungsfrist von einem Jahr, erstmals auf Ende des Schuljahres 1921/22, gekündigt werden und ist von da ab jeweilen auf Ende eines Schuljahres kündbar mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr.

Sie tritt an Stelle der am 25. April 1913 über den gleichen Gegenstand getroffenen Vereinbarung und tritt sofort nach beidseitiger Annahme in Kraft.

---

3. Statuten der Pensionskasse für die Lehrer der Kantonsschule von Appenzell A.-Rh. (Vom Kantonsrat angenommen den 2. Juni 1916.)

I. Zweck.

§ 1. Die Pensionskasse hat den Zweck, Lehrern der appenzell-außerrhodischen Kantonsschule, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen oder altershalber den Schuldienst aufgeben, oder aus solchen Gründen in den Ruhestand versetzt werden, sowie den Hinterlassenen verstorbener Lehrer Jahrespensionen zu sichern.

II. Bestand.

§ 2. Mitglieder der Kasse sind die Hauptlehrer und der Konviktführer. Sie sind zum Beitritte verpflichtet.

Über die allfällige Aufnahme von Hilfslehrern entscheidet der Regierungsrat auf Gutachten der Kantonsschulkommission.

§ 3. Wer vor erlangter Pensionsberechtigung seine Stelle an der Kantonsschule aufgibt, oder dieselbe durch Selbstverschulden verliert, kann nicht mehr Mitglied sein, hat aber Anspruch auf eine Rückvergütung von 75 % seiner persönlichen Leistungen an die Kasse, sowohl an Nachzahlungen, als auch an Prämien, jedoch ohne Zinsen.

§ 4. Mitgliedern, welche ohne eigenes Verschulden ihre Stelle vor ihrer Pensionsberechtigung verlieren, werden alle persönlichen Leistungen an die Kasse ohne Zinsen zurückerstattet.

§ 5. Wenn ein ausgetretenes Mitglied wieder an die Kantonsschule gewählt wird, so hat es die erhaltenen Rückzahlungen und

die inzwischen verfallenen Jahresprämien mit Zins und Zinseszins zu 4 % an die Kasse zu entrichten, wodurch es in die früheren Rechte eintritt.

III. Bildung der Kasse.

§ 6. Die Pensionskasse besteht aus einem Reservefonds und einer laufenden Kasse.

§ 7. Der Reservefonds wird gebildet aus Vermächtnissen, Geschenken und allfälligen sonstigen Einnahmen. Er dient insbesondere zur Deckung allfälliger Defizite der laufenden Kasse.

§ 8. In die laufende Kasse fallen:

a) Die Zinsen des Reservefonds und der laufenden Kasse;
b) die Jahresprämien des Staates und der Mitglieder;
c) die Nachzahlungen nach § 12.

§ 9. Die Jahresprämie pro verpflichtete Lehrstelle beträgt 200 Franken und ist vom Staate und dem einzelnen Lehrer zu gleichen Teilen zu tragen.

§ 10. Die Einzahlungen des Staates erfolgen am Anfang des Kalenderjahres, diejenigen der Mitglieder in vier Quartalraten pränumerando.

Neueintretende Lehrer sind verpflichtet, ihren ersten Beitrag für das ganze laufende Quartal zu entrichten.

§ 11. Die persönliche Beitragsleistung eines Mitgliedes hört mit dem zurückgelegten sechzigsten Altersjahre, für Invalide mit dem Eintritt in den Pensionsgenuß auf.

§ 12. Ist ein Lehrer beim Antritt einer Stelle älter als 27 Jahre, so hat er alle Prämien nachzuzahlen, die er persönlich hätte leisten müssen, wenn er mit 27 Jahren an die Kantonsschule gewählt worden wäre; dabei wird kein Zins berechnet.

Wird an der Kantonsschule eine neue Lehrstelle geschaffen und durch einen Lehrer besetzt, der älter als 27 Jahre ist, so hat nicht nur der betreffende Lehrer Nachzahlungen nach § 12, Absatz 1, zu leisten, sondern auch der Staat übernimmt die Nachzahlung der entsprechenden staatlichen Prämienanteile.

Zur Erleichterung der Nachzahlungen kann den Mitgliedern auf ihren Wunsch die nötige Summe durch Beschluß der Aufsichtskommission der Kantonsschule gestundet werden. Die Schuld muß alljährlich zu 4 % verzinst und längstens innert drei Jahren in halbjährlichen Raten abbezahlt werden.

IV. Leistungen der Kasse.

§ 13. Die Pensionskasse zahlt folgende Renten aus:

1. Eine Altersrente von 1000 Franken an solche Lehrer, die nach zurückgelegtem fünfundsechzigsten Altersjahr in den Ruhestand treten. Wenn ein Lehrer vom Schuldienste zurücktritt, ohne dienstunfähig zu sein, so erhält er für die ganze Dauer seiner Rentengenössigkeit

75 %	der	Altersrente,	wenn	er	beim	Rücktritte	60 jährig	war
80 %	„	„	„	„	„	„	61 „	„
85 %	„	„	„	„	„	„	62 „	„
90 %	„	„	„	„	„	„	63 „	„
95 %	„	„	„	„	„	„	64 „	„

100 %, also die volle Altersrente, wenn er beim Rücktritte 65 jährig war.

2. Invalidenrenten. Eine solche beträgt im Maximum so viel wie die maximale Altersrente. Sie ist abgestuft nach folgendem Schema:

Eintritt der Invalidität mit dem Alter:	Invalidenrente in Prozenten der maximalen Altersrente:
30 Jahre	40 %
31 „	42 %
32 „	44 %
u. s. w.	u. s. w.
60 Jahre	100 %

Die Invalidenrente wird nicht ausbezahlt, wenn dem Mitglied in anderer Stellung die Möglichkeit eines Erwerbes bleibt, der mindestens dem zuletzt bezogenen Jahresgehalte gleichkommt.

Kann das Mitglied dagegen später den Nachweis leisten, daß es nicht mehr so viel erwerben kann, so erfolgt Pensionierung nach vorstehender Skala, wobei dasjenige Altersjahr, in welchem das Mitglied den Schuldienst verlassen hat, maßgebend ist.

3. Hinterlassenenrenten: 300 Franken an die Witwe eines Mitgliedes, gleichviel, ob dieses zur Zeit des Todes im aktiven Schuldienst oder bereits im Genusse der Pension stand.

Hinterläßt das verstorbene Mitglied außer der Witwe Kinder, so wird die Witwenrente um 20 % erhöht, bis das jüngste Kind achtzehnjährig ist.

Ganzwaisen erhalten gemeinsam eine einfache Witwenrente, bis die jüngste Waise das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt hat.

Wenn ein Lehrer, der sechs oder mehr Jahre an der Kantonsschule gewirkt hat, ledig oder als Witwer ohne bezugsberechtigte Kinder stirbt und Eltern oder erwerbsunfähige Geschwister hinterläßt, die auf seine Unterstützung angewiesen waren, so erhalten diese je nach dem Grade ihrer Bedürftigkeit einen Teil, im Maximum 50 % derjenigen Invalidenpension, welche seinem Alter entsprochen hätte. Diese Pension wird ausgerichtet so lange die Bedürftigkeit dauert; an Geschwister, bis das jüngste derselben das achtzehnte Altersjahr zurückgelegt hat.

Über die Höhe dieser Pension entscheidet der Regierungsrat auf Antrag der Landesschulkommission.

§ 14. Wenn ein Mitglied vor dem dreißigsten Altersjahr und nach weniger als dreijähriger Zugehörigkeit zur Kasse stirbt oder dienstunfähig wird, so werden seine persönlich geleisteten Einzahlungen mit Zins und Zinseszins zu 4 % zurückerstattet. Renten werden in diesem Falle keine ausbezahlt.

Ist aber der betreffende Lehrer vor dem dreißigsten Altersjahre schon drei volle Jahre Mitglied der Kasse gewesen, so tritt für ihn Pensionsberechtigung wie für einen dreißigjährigen Lehrer nach § 13, Ziffer 2 und 3, ein.

Ist die Frau zehn oder mehr Jahre jünger als der Mann, so tritt eine Reduktion der Witwenrente nach folgendem Schema ein:

Altersdifferenz	10—14	Jahre,	Herabsetzung	der	Rente	um	10 %
„	15—19	„	„	„	„	„	17½ %
„	20—24	„	„	„	„	„	25 %
	u. s. w.						

Gerichtlich geschiedene Frauen, sowie Stiefkinder von Mitgliedern sind nicht pensionsberechtigt.

Eine erst nach eingetretener Pensionsberechtigung geschlossene Ehe berechtigt nicht zu einer Witwenpension.

Im Falle der Wiederverehelichung bezieht eine pensionsberechtigte Witwe ihren Pensionsanteil für dasjenige Semester zum letzten Male, in welchem die Wiederverehelichung stattfindet. Die Kinder derselben bleiben wie mutterlose Waisen bis zum vollendeten achtzehnten Altersjahre pensionsberechtigt (§ 13, Ziffer 3).

§ 15. Der Pensionsbezug beginnt für alle Nutznießer mit dem Zeitpunkte, in welchem die Gehaltszahlung, beziehungsweise der bisherige Rentengenuß aufhört. Für das laufende Rechnungshalbjahr ist die Pension pro rata temporis zu berechnen. Die weiteren Renten sind am Anfang eines jeden Semesters fällig.

Der Kassier ist berechtigt, vor der Auszahlung der Renten die nötigen amtlichen Ausweise zu verlangen.

§ 16. Die Pensionen sind an die Personen der Bezugsberechtigten geknüpft und können daher weder veräußert, noch verpfändet werden.

§ 17. Anmeldungen zum Eintritt in den Pensionsgenuß sind an das Rektorat der Kantonsschule zuhanden der Aufsichtskommission der Kantonsschule zu richten, bei Invalidenpensionen unter Beilegung eines verschlossenen ärztlichen Zeugnisses über Dienstunfähigkeit.

Todesfälle oder andere Personaländerungen, die mit der Kasse in Beziehung stehen, müssen dem Rektorat zuhanden der Aufsichtskommission der Kantonsschule unter Beilegung von zivilstandsamtlichen Ausweisen sofort angezeigt werden.

Wechsel im Lehrkörper meldet der Rektor dem Kassier.

§ 18. Auf Antrag der Landesschulkommission, nach schriftlichem Gutachten der Aufsichtskommission der Kantonsschule, kann der Regierungsrat einen Lehrer auch ohne Gesuch gemäß den Bestimmungen dieser Statuten in den Ruhestand versetzen.

V. Verwaltung der Pensionskasse.

§ 19. Die Verwaltung der Pensionskasse ist Sache der Aufsichtskommission der Kantonsschule. Die Kassaführung wird von der Landesbuchhaltung besorgt.

Die Aufsichtskommission der Kantonsschule prüft die Personallisten und stellt Antrag betreffend Pensionierung an die Landesschulkommission zuhanden des Regierungsrates.

Die Jahresrechnung ist alljährlich durch zwei Revisoren zu prüfen, von denen der eine durch die Landesschulkommission, der andere durch den Lehrkörper der Kantonsschule bezeichnet wird. Über den Befund ist der Aufsichtskommission der Kantonsschule und der Landesschulkommission schriftlicher Bericht zu erstatten.

§ 20. Gegen Beschlüsse der Aufsichtskommission der Kantonsschule über die Ansprüche aus diesen Statuten steht innert 14 Tagen der Rekurs an die Landesschulkommission und innert gleicher Frist an den Regierungsrat offen, dessen Entscheide endgültig sind.

§ 21. Je nach zehn Jahren, oder wenn die Aufsichtskommission der Kantonsschule es für nötig erachtet, ist der Stand der Kasse durch einen Fachmann zu prüfen.

Dahinzielende Anträge gehen an die Landesschulkommission zuhanden des Regierungsrates.

§ 22. Als Rechnungsjahr gilt das Kalenderjahr.

§ 23. Statutenrevisionen kann der Kantonsrat vornehmen nach eingeholter Begutachtung durch die Landesschulkommission und die Lehrerschaft. Eine derartige Revision darf aber an der Bestimmung der Fonds nichts ändern.

VI. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 24. Die gegenwärtigen Lehrer der Kantonsschule verpflichten sich, einen Teil des Eintrittsdefizites persönlich zu decken. Die von jedem Lehrer zu leistende Summe ist proportional zum Deckungskapital berechnet. Der Hauptteil des Eintrittsdefizites wird aus der Sammlung der Freunde der Kantonsschule und ehemaliger Schüler derselben gedeckt. Der verbleibende Rest der Sammlung wird dem Reservefonds zugewiesen.

Die Lehrerschaft hat bis zum 1. Januar 1917 ein Deckungskapital von Fr. 5878. 10, sowie einen Gründungsbeitrag von Fr. 3000 zu bezahlen; der Staat seinerseits übernimmt einen entsprechenden einmaligen Gründungsbeitrag von Fr. 3000 auf den gleichen Termin.

§ 25. Vorstehende Statuten treten mit dem 1. Januar 1917 in Kraft. Renten können erst von diesem Zeitpunkt an ausbezahlt werden.

XVI. Kanton Appenzell I.-Rh.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1916.

XVII. Kanton St. Gallen.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1916.

XVIII. Kanton Graubünden.

1. Fortbildungsschulen (hauswirtschaftliche).

1. Verordnung des Großen Rates über die Unterstützung der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen. (Vom 29. November 1916.)

Art. 1. Zur Förderung der Bildung der weiblichen Jugend in Handarbeit und Haushaltungskunde unterstützt der Kanton die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen in den Gemeinden auf Grund folgender Bestimmungen.

Art. 2. Die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen sind öffentliche Schulen. Sie stehen unter der Oberaufsicht des Kleinen Rates. Anwendbar sind die für alle öffentlichen Schulen geltenden Verfassungsbestimmungen und, soweit sie in Betracht kommen können, die Vorschriften der kantonalen Schulordnung.

Der Kleine Rat kann die Inspektion der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen durch Fachleute anordnen.

Art. 3. Die unmittelbare Aufsicht über diese Schulen steht dem Gemeindeschulrat zu. Er ist der Oberaufsichtsbehörde für zweckmäßige Verwendung der Staatsbeiträge und für richtige Rechnungsführung verantwortlich.

Er ist jedoch befugt, die Leitung der Schule einer besonderen Fachbehörde oder einem organisierten Frauenverein zu übertragen.

Art. 4. Die Schuldauer beträgt in der Regel 20 Wochen mit sechs wöchentlichen Unterrichtsstunden. Es ist jedoch statthaft, die Zahl von 120 Unterrichtsstunden auf eine kleinere Zahl von Wochen zu verlegen.

Art. 5. Die Lehrerin ist für die Minimalstundenzahl von 120 Unterrichtsstunden mit mindestens Fr. 150 zu entschädigen. Bei Vermehrung der Unterrichtszeit ist der Gehalt entsprechend zu erhöhen.

Art. 6. Die Organisation der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen ist den Vorschriften des Bundes über die hauswirtschaftliche und berufliche Bildung des weiblichen Geschlechtes anzupassen. Die Erlangung des Bundesbeitrages ist durch rechtzeitige Anmeldung beim Erziehungsdepartement zu ermöglichen.

Art. 7. Der Kanton bezahlt an Schulen, die mindestens fünf Schülerinnen zählen, nach Vollendung der vorgesehenen Unterrichtskurse ein Drittel der ausgewiesenen Auslagen, wobei Lokalmiete und Mobiliaranschaffungen nicht in Berechnung gezogen werden dürfen.

Art. 8. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Sie ersetzt die kantonale Verordnung für die freiwilligen Fortbildungsschulen für Mädchen vom 29. Mai 1901, die damit erlischt.

---

2. Mittel- und Berufsschulen.

2. Beschluß des Kleinen Rates über den Unterricht in der Instrumentalmusik an der Kantonsschule. (Vom 15. September 1916.)

Bei Einführung des Unterrichts in der Instrumentalmusik an der Kantonsschule für Schüler der Gymnasial-, Techniker- und kaufmännischen Abteilung wurde die Festsetzung eines besonderen Beitrages von seiten der Schüler, die zu diesem Unterricht zugelassen werden, in Aussicht genommen. Dieser Beitrag sollte in eine besondere Kasse fallen und zur Ausgestaltung dieses Unterrichts und zur Anschaffung von Instrumenten verwendet werden, die zur Ermöglichung eines bescheidenen Orchesters nötig erscheinen. Nachdem sich der erwähnte Unterricht in der Instrumentalmusik bewährt und eingelebt hat,

beschließt der Kleine Rat:

Der Unterricht in der Instrumentalmusik für Schüler der Gymnasial-, Techniker- und kaufmännischen Abteilung ist fakultativ und beträgt 1—2 Wochenstunden. Ältere Schüler haben den Vortritt vor jüngern.

Der Unterricht darf in der Regel nicht mehr als fünf Jahre besucht werden.

Schüler, die den Anforderungen in den ordentlichen Schulfächern nicht genügend nachkommen, sind vom Unterricht in der Musik auszuschließen.

Die Musikschüler der Gymnasial-, Techniker- und Handelsabteilung zahlen für den Musikunterricht pro Jahr Fr. 15. Unbemittelten ist dieser Beitrag nach Maßgabe von § 6 der Disziplinarordnung zu erlassen.

Über die Musikbeiträge ist von der Finanzverwaltung gesonderte Rechnung zu führen. Sie haben für Ausgestaltung des Musikunterrichts an der Kantonsschule und für entsprechende Anschaffungen auf diesem Gebiete zu dienen.

Mitteilung an das Rektorat der Kantonsschule, an das Erziehungsdepartement und an die Finanzverwaltung.

---

3. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Verordnung des Kleinen Rates betreffend Lehrerstellvertretung. (Vom 6. Oktober 1916.)

1. Der Schulrat ist pflichtig, dem Erziehungsdepartement von jeder außerordentlichen Einstellung der Schule unverzüglich Anzeige zu machen.

2. Liegt die Ursache der Einstellung in der Erkrankung des Lehrers, so hat der Schulrat für ausreichende Stellvertretung zu sorgen, wenn nach Ansicht des Arztes keine Aussicht besteht, daß der Lehrer den Schuldienst innert drei Wochen wieder aufnehmen kann.

Ausfallende Schulwochen sind am Ende des Schuljahres nachzuholen.

3. Der Schulrat hat für angemessene Besoldung des Stellvertreters nach klarer Vereinbarung, die in jedem einzelnen Fall zu treffen ist, zu sorgen. Es ist nicht statthaft, denselben einfach auf den vertretenen Lehrer zu verweisen.

4. Der Kanton bezahlt an die durch Krankheit eines Lehrers verursachten Stellvertretungskosten einen Drittel, wenn die Schulgemeinde sich darüber ausweist, daß sie mindestens den gleichen Betrag aus ihrer Kasse leistet.

XIX. Kanton Aargau.

Verordnung betreffend die Maßnahmen gegen Verbreitung ansteckender Krankheiten in der Schule. (Vom 10. November 1916.)

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf Art. 39, lit. b, der Staatsverfassung und § 9, lit. b, der Verordnung über die Organisation und Geschäftsführung des Regierungsrates und seiner Direktionen vom 27. November 1885, sowie das Gesetz betreffend die Organisation des Sanitätswesens vom 15. Christmonat 1836, § 14, lit. c und d, und §§ 31 und 53; das Gesetz über die Organisation der Gemeinden und Gemeinderäte vom 26. Wintermonat 1841, §§ 63, 64, 75, 81, lit. l, und 82, und das Schulgesetz vom 1. Brachmonat 1865, § 71,

beschließt:

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für alle öffentlichen und privaten Schulen, für Kleinkinder- und Sonntagsschulen, sowie für den kirchlichen Unterricht.

§ 1. Die Ärzte und, wenn kein Arzt gerufen worden, die Haushaltungsvorstände sind verpflichtet, außer den durch Bundesgesetz betreffend Maßnahmen gegen gemeingefährliche Epidemien vom 2. Juli 1886, sowie durch die Beschlüsse des Regierungsrates vom 23. September 1895 und 28. Juli 1906 vorgeschriebenen Meldungen an die Sanitätsdirektion, die folgenden unter Schulkindern auftretenden Krankheitsfälle dem Gemeindeammann anzuzeigen:

1. Scharlach. 2. Diphtherie und Krupp. 3. Masern. 4. Röteln. 5. Windpocken. 6. Keuchhusten. 7. Mumps. 8. Epidemische Genickstarre (Meningitis cerebrospinalis epidemica). 9. Epidemische Kinderlähmung (Poliomyelitis acuta). 10. Abdominaltyphus. 11. Offene Tuberkulose.

§ 2. Den amtlichen Verfügungen vorgängig haben die Ärzte sofort von sich aus das Nötige anzuordnen, um der Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen.

§ 3. Sofort nach Eingang der ärztlichen Meldung läßt der Gemeindeammann Namen und Alter der die gleiche Wohnung mit dem Kranken benützenden Kinder, wie die Schule und Klasse ermitteln und verfügt den erforderlichen Schulausschluß unter Anzeige an die betreffenden Lehrer und Geistlichen. Kinder, die nicht selbst erkrankt waren, in deren Familienwohnung aber eine der genannten Krankheiten aufgetreten ist, dürfen die Schule ebensolange nicht besuchen, wie krank gewesene Kinder. Ausnahmen hievon sind gestattet, wenn der behandelnde Arzt die schriftliche Erklärung abgibt, daß infolge der von ihm getroffenen Maßregeln keine weitere Ansteckungsgefahr bestehe. Immerhin dauert auch in einem solchen Falle der Schulausschluß wenigstens 14 Tage.

§ 4. Die vom Schulbesuche dispensierten Kinder sind auch außerhalb der Schulstunden von Spielplätzen und von dem Verkehr mit andern Kindern fern zu halten. Anderseits sind Besuche in den infizierten Wohnungen bis nach stattgefundener Desinfektion strengstens zu meiden. Die Teilnahme an Leichenbegängnissen von Personen, die an einer der in § 1 genannten Krankheiten gestorben sind, ist Schulkindern untersagt.

§ 5. Der Schulausschluß dauert für die Erkrankten selbst bei:
Typhus bis nach Verschwinden der Typhusbazillen im Stuhl und Urin;
Scharlach bis nach vollständig erfolgter Abschuppung;
Diphtherie bis nach Feststellung der bakteriologischen Heilung;
Masern bis nach Verschwinden der katarrhalischen Erscheinungen;
Windpocken (wilde Blattern) bis nach Verschwinden aller Borken;
Keuchhusten bis nach Verschwinden der Hustenanfälle;
Mumps bis nach Verschwinden der Drüsenschwellungen.

§ 6. Tritt bei einer das Schulhaus bewohnenden Familie Scharlach, Diphtherie (Krupp), epidemische Genickstarre oder epidemische Kinderlähmung auf, so ist der Kranke sofort zu evakuieren und die Desinfektion der Wohnung vorzunehmen.

Die Schule bleibt so lange geschlossen, bis die Desinfektion beendigt ist.

§ 7. Lehrer oder Lehrerinnen, in deren Familie jemand an Scharlach, Diphtherie, epidemischer Genickstarre oder epidemischer Kinderlähmung erkrankt ist, dürfen nur dann weiter Unterricht erteilen, wenn sie eine andere Wohnung beziehen und jeden Verkehr in der bisherigen Wohnung vermeiden, oder wenn der Erkrankte sofort aus der Wohnung entfernt und diese gründlich desinfiziert worden ist. Betreffend Keuchhusten, Masern, Röteln, Windpocken und Mumps gelten hier die Vorschriften des § 3.

§ 8. Die Schließung einzelner Schulabteilungen oder ganzer Schulen wird auf Antrag des Schularztes resp. Bezirksarztes nach Anhörung der Schulpflege vom Gemeinderat angeordnet, wenn eine Weiterverbreitung der Epidemie auf anderm Wege nicht zu verhindern ist.

§ 9. Krankheitsverdächtige Schulkinder werden von der Lehrerschaft nach Hause geschickt mit der schriftlichen Weisung an den Haushaltungsvorstand, sie ärztlich untersuchen zu lassen. Findet der Arzt keine ansteckende Krankheit, so stellt er ein Zeugnis zuhanden des Lehrers aus, das beim Wiedereintritt des Schülers in die Schule vorzuweisen ist.

Dieser Vorschrift Zuwiderhandelnde werden vom Lehrer dem Gemeindeammann verzeigt, der befugt ist, die ärztliche Untersuchung des Kindes auf Kosten der Eltern oder Pflegeeltern anzuordnen.

§ 10. Gemeinden mit höhern Schulen (Bezirksschule, Kantonsschule, Seminar) sind berechtigt, Schüler aus andern Gemeinden, in denen eine der in § 1 genannten Krankheiten epidemisch auftritt, vom Schulbesuch bis nach Erlöschen der Epidemie auszuschließen.

§ 11. Für Kleinkinderschulen gelten überdies noch folgende Bestimmungen:

Die betreffende Schule wird geschlossen, sobald mehrere rasch aufeinanderfolgende, aus verschiedenen Haushaltungen stammende Fälle von Scharlach, Diphtherie, Masern, Keuchhusten, Mumps, Windpocken und Röteln konstatiert werden. Vom Schulbesuche ausgeschlossen sind auch diejenigen Kinder, welche mit dem betreffenden Patienten die gleiche Wohnung oder dasselbe Haus benutzen.

§ 12. In allen Fällen, wo eine wirkliche Isolierung der Kranken zu Hause unmöglich ist, möge der behandelnde Arzt auf Spitalbehandlung dringen.

§ 13. Sobald der Grund des Schulausschlusses weggefallen ist, hat der behandelnde Arzt dem Gemeindeammann hievon Kenntnis zu geben oder dem Kinde ein Gesundheitszeugnis auszustellen.

§ 14. Vor Wiederzulassung eines Kindes zum Besuche des Unterrichts muß es gründlich gebadet und abgeseift werden. Seine Kleider sind zu reinigen und womöglich zu desinfizieren.

§ 15. Die Desinfektion soll jeweilen auf Anordnung des behandelnden Arztes stattfinden, und zwar wenn immer möglich durch geschultes Desinfektionspersonal (vide Kreisschreiben des Schweiz. Volkswirtschaftsdepartements vom 1. Juli 1915 betreffend Verbreitung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und des Schweiz. Gesundheitsamtes über Veranstaltung von Desinfektorenkursen).

§ 16. Auf Übertretung dieser Verordnung, sowie im Einzelfalle auf Widerhandlung gegen erteilte Weisungen des Gemeindeammanns oder des Gemeinderates, ist von den Gemeinderäten eine Buße bis zum Betrage von Fr. 15 anzudrohen und eintretendenfalls auch auszusprechen. § 82 G. O. G. Insofern die Übertretung einen gemeingefährlichen Charakter an sich trägt, kann im Sinne des § 33 Z. P. Ges. eine Überweisung an das Bezirksamt erfolgen.

§ 17. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

XX. Kanton Thurgau.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1916.

XXI. Kanton Tessin.

Sekundarschulen.

Legge sulle Scuole tecniche di grado inferiore. (Del 3 luglio 1916.)

Il Gran Consiglio

della Repubblica e Cantone del Ticino,

Sulla proposta del Consiglio di Stato,

decreta:

La seguente legge sulle Scuole tecniche di grado inferiore.

*Capitolo I. — **Scuole tecniche inferiori.***

Art. 1. Nelle Scuole tecniche di grado inferiore è impartito l'insegnamento secondario inferiore.

La licenza di Scuola tecnica inferiore abilita all'ammissione al 4º corso di Scuola tecnica, alla Normale, alla Scuola cantonale di Commercio.

Art. 2. Gli studi nelle Scuole tecniche inferiori si compiono in tre classi di un anno ciascuna.

Art. 3. Le Scuole tecniche di grado inferiore possono essere maschili, femminili o miste.

Art. 4. Per essere inscritto alla prima classe di una Scuola tecnica inferiore, l'allievo deve presentare la licenza della Scuola elementare di grado inferiore o superare un esame d'ammissione.

La tassa annua di ammissione è fissata in fr. 25 salvo dispensa in conformità dell'art. 2 del decreto legislativo 23 novembre 1915, sulle tasse scolastiche.

Art. 5. Le Scuole tecniche di grado inferiore sono istituite su domanda di un Comune o Consorzio di Comuni, nelle località sprovviste di Scuole secondarie pubbliche e in condizioni di non poter profittare, senza disagio, dell'istituto scolastico cantonale più vicino.

Art. 6. Nessuna domanda può essere presa in considerazione se non si può seriamente presumere che la scuola avrà, nel termine di tre anni, le tre classi regolarmente costituite, con un minimo di 10 allievi ciascuna e con un totale di almeno 40.

Art. 7. Quando una classe conta più di 40 allievi, dev'essere sdoppiata in due sezioni parallele.

Art. 8. Per essere nominato docente di una Scuola tecnica di grado inferiore, il candidato deve presentare il diploma della Scuola pedagogica annessa al Liceo cantonale od altro titolo equipollente.

Capitolo II. — Disposizioni generali.

Art. 9. La direzione e vigilanza delle Scuole tecniche di grado inferiore spetta allo Stato, il quale emana i programmi degli studi e i regolamenti; provvede alla nomina dei direttori e degli insegnanti; assume a suo carico l'onorario dei medesimi, come pure le spese per la somministrazione degli strumenti didattici: collezioni scientifiche, libri, carte murali ed altri oggetti d'insegnamento d'uso collettivo delle scolaresche.

Art. 10. Il Comune o Consorzio di Comuni che intende avere nella rispettiva località una Scuola tecnica di grado inferiore, deve farne domanda al Consiglio di Stato, entro il mese di luglio.

Se la domanda è fatta da un Consorzio di Comuni, dev'essere accompagnata dalla convenzione, mediante la quale il Consorzio stesso viene istituito, ritenuta l'approvazione del Consiglio di Stato.

Art. 11. Sono a carico del Comune o del Consorzio:

a) le aule necessarie per allogarvi convenientemente la scuola e le singole classi;
b) la mobilia;
c) l'illuminazione e il riscaldamento;
d) i lavori e le spese per la manutenzione dei locali e della mobilia;
e) il servizio di pulizia e d'igiene.

Oltre i locali necessari alla scolaresca, si richiede pure una sala per la direzione e una stanza di sufficiente capacità e luce, per disporvi il materiale didattico e servire nel tempo stesso da sala dei professori; l'una e l'altra convenientemente ammobigliate.

Art. 12. I Comuni e Consorzi hanno verso le Scuole tecniche di grado inferiore, gli stessi obblighi di vigilanza che loro incombono rispetto alle Scuole elementari.

Art. 13. Una Scuola tecnica, il cui procedimento non fosse stato, durante un sessennio, conforme ai dispositivi della presente legge, sarà soppressa.

Capitolo III. — Disposizioni transitorie ed abrogative.

Art. 14. Le attuali Scuole maggiori che non venissero trasformate o sostituite da altre scuole previste dalla presente legge o da quella 28 settembre 1914, sull'insegnamento professionale, non potranno essere soppresse prima della scadenza del sessennio in corso.

Art. 15. In attesa di una legge che stabilisca definitivamente l'onorario dei docenti delle scuole pubbliche, gl'insegnanti delle Scuole tecniche inferiori riceveranno un onorario annuo da fr. 2300 a fr. 2500 e le insegnanti un onorario da fr. 1900 a fr. 2100.

Gl'insegnanti muniti del diploma della Scuola pedagogica annessa al Liceo cantonale od in possesso di un diploma per l'insegnamento delle lingue, rilasciato da un istituto superiore, percepiranno l'onorario assegnato dallo stesso decreto ai professori del Ginnasio e delle Scuole tecniche letterarie.

Art. 16. Gli art. 145 a 164 della legge 14 maggio 1879, 4 maggio 1882 sul riordinamento generale degli studi, come pure ogni altra disposizione contraria alla presente legge, sono abrogati.

Art. 17. La presente legge, trascorsi i termini del referendum, entrerà in vigore coll'anno scolastico 1916—1917.

Il Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone del Ticino,

Visto essere trascorso il termine prescritto dall'art. 31 della riforma costituzionale 2 luglio 1892 e dell'art. 1 della relativa legge 25 novembre successivo, senza che sia stata fatta domanda di referendum,

ordina

che la presente legge venga stampata sul Bollettino officiale delle leggi ed atti esecutivi del Cantone, pubblicata ed eseguita.

XXII. Kanton Waadt.

1. Universität.

1. Loi sur l'enseignement supérieur à l'Université de Lausanne. (Du 15 mai 1916.)

Le Grand Conseil du Canton de Vaud,

Vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat,

décrète:

Chapitre premier. — Dispositions générales. — Objets d'études. Enseignement.

Article premier. L'Université a pour but de préparer aux carrières qui exigent une instruction supérieure, d'entretenir dans le pays une culture scientifique, littéraire et artistique, et de concourir au développement général de la science, des lettres et des arts.

Art. 2. L'Université est placée au chef-lieu du Canton. Elle est à la charge de l'Etat.

Art. 3. L'Université comprend:

1. Une faculté de théologie protestante;
2. „ „ „ droit;
3. „ „ „ médecine;
4. „ „ des lettres;
5. „ „ „ sciences.

A la faculté de droit se rattachent:

a) Une Ecole des sciences sociales et politiques;
b) Une Ecole des hautes études commerciales;
c) Un Institut de police scientifique.

La faculté des sciences se divise en:

a) Section des sciences mathématiques, physiques et naturelles;
b) Ecole de pharmacie;
c) Ecole d'ingénieurs.

Art. 4. Les objets d'enseignement sont fixés par le règlement général de l'Université. Ce règlement est élaboré par l'Université et soumis, par l'intermédiaire du Département de l'instruction publique, à l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 5. L'enseignement universitaire comprend:

a) Des cours théoriques;
b) Des conférences, des travaux pratiques, des excursions scientifiques, etc.

Art. 6. Il y a trois sortes de cours:

a) Les cours universitaires proprement dits (Collegia privata);
b) Les cours publics (Collegia publica);
c) Des cours particuliers (Collegia privatissima), réservés aux étudiants, à l'exclusion des auditeurs.

Art. 7. Le nombre des heures consacrées aux divers cours est fixé par un programme. Ce programme est semestriel; il est discuté par les conseils de facultés ou d'écoles, établi par l'Université et soumis à l'approbation du Département de l'instruction publique.

Chapitre II. — Des professeurs.

Art. 8. L'enseignement universitaire est donné par des professeurs ordinaires, des professeurs extraordinaires, des privat-docents, des lecteurs et des chefs de travaux.

La matière sur laquelle chaque professeur est chargé d'enseigner, ainsi que le nombre d'heures de cours exigées, sont déterminés lors de sa nomination.

Le Conseil d'Etat peut, en dehors des cadres universitaires, charger temporairement de cours spéciaux des hommes qualifiés.

Art. 9. Les professeurs ordinaires ne peuvent, sans l'autorisation du Département, remplir aucune autre fonction publique rétribuée.

Art. 10. Les professeurs ordinaires sont nommés pour une période de dix ans. Leur traitement est fixé par le Conseil d'Etat; le maximum en est arrêté à 6000 fr.; exceptionnellement, le Conseil d'Etat peut le porter à 8000 fr.

Il leur est alloué une part de la finance de leurs cours.

Art. 11. Lorsqu'une chaire de professeur est vacante, le Conseil d'Etat y pourvoit en s'adressant aux hommes avantageusement connus par des travaux ou des cours sur la matière à enseigner; l'avis préalable de l'Université est requis, ainsi que, s'il s'agit d'une chaire de théologie, l'avis de la commission synodale.

Art. 12. Pour la nomination d'un professeur ordinaire, le Conseil d'Etat peut aussi procéder par voie de concours. Dans ce cas,

le Département de l'instruction publique annonce la vacance de la chaire trois mois avant l'époque où la nomination doit avoir lieu.

Art. 13. Un jury choisi par le Conseil d'Etat, qui en désigne le président, examine les titres des candidats. Il décide s'il y a lieu ou non de leur faire subir des examens publics, dont le règlement général détermine les conditions.

L'Université désigne deux membres de ce jury; lorsqu'il s'agit de la nomination d'un professeur de la faculté de théologie, deux membres du jury sont désignés par la commission synodale.

Art. 14. Le jury fait un rapport detaillé sur les titres des candidats et éventuellement sur les épreuves subies par eux.

Ce rapport comporte des propositions au Département de l'instruction publique.

Art. 15. Le Conseil d'Etat procède à la nomination en faisant un choix parmi les candidats déclarés qualifiés par le jury.

Si le Conseil d'Etat, d'accord avec le jury, juge qu'il n'y a pas lieu de procéder à une nomination, il provoque un nouveau concours ou assure provisoirement l'enseignement vacant.

Art. 16. Les professeurs extraordinaires sont nommés pour un terme de deux ans. Lors de leur nomination, le Conseil d'Etat fixe le nombre de leurs heures de cours ainsi que le chiffre de leur traitement.

Il leur est alloué une part de la finance de leurs cours.

Art. 17. L'enseignement pratique de langues vivantes est confié à des lecteurs nommés par le Conseil d'Etat pour le terme de deux ans.

Les chefs de travaux sont nommés dans les mêmes conditions que les lecteurs.

Pour toutes ces nominations, l'avis préable de l'Université est requis.

Art. 18. Sur le préavis de l'Université, le Département de l'instruction publique peut autoriser à enseigner, en qualité de privat-docent, des personnes qui sont au bénéfice de titres scientifiques suffisants.

Les privat-docents ne reçoivent aucun traitement. Ils bénéficient de la finance totale de leurs cours.

Art. 19. Lorsqu'un professeur est momentanément empêché de remplir ses fonctions, il en avise, par l'intermédiaire du recteur, le Département de l'instruction publique.

S'il s'agit d'une maladie ou d'une autre cause majeure, indépendante de sa volonté, il peut être pourvu à son remplacement aux frais de l'Etat.

Si l'empêchement est de nature à se prolonger, l'art. 22 peut être appliqué.

Art. 20. Toute réclamation ou plainte contre un professeur doit être portée par écrit au recteur. Celui-ci entend les intéressés

et, s'il ne peut mettre fin au conflit, en réfère au Département, en lui transmettant l'avis de l'Université. Le Département prononce sauf recours au Conseil d'Etat.

Art. 21. Le Conseil d'Etat, après avoir pris l'avis de l'Université, peut prononcer la suspension ou la destitution d'un professeur, pour cause d'insubordination, d'immoralité ou pour toute autre faute grave portant atteinte aux intérêts ou à l'honneur de l'Université.

Le professeur inculpé doit être entendu par le Conseil d'Etat ou son délégué.

Art. 22. Lorsqu'un professeur ne remplit plus utilement ses fonctions, le Conseil d'Etat peut, après avoir entendu l'intéressé et consulté la faculté à laquelle il appartient, le déclarer hors d'activité.

Il peut allouer une indemnité.

Art. 23. Les assistants et les préparateurs sont nommés par le Conseil d'Etat, sur préavis des professeurs intéressés.

Le Conseil d'Etat fixe leur traitement ainsi que la durée de leurs fonctions.

Art. 24. Le titre de professeur honoraire peut être accordé par le Conseil d'Etat à des hommes qui ont fait preuve de connaissances supérieures dans le domaine de la science, de l'art ou des lettres, ou à des professeurs émérites.

L'avis du Sénat universitaire est requis.

Art. 25. Les dispositions prévues par la loi du 1er septembre 1882, allouant des pensions de retraite aux professeurs de l'Académie et aux maîtres des établissements secondaires, s'appliquent aux professeurs de l'Université.

Pour le professeur ordinaire, la pension peut être remplacée, sur décision du Conseil d'Etat, par un traitement de retraite pouvant atteindre le 50 % du traitement qu'il touchait au moment de sa démission.

A cet effet, il sera tenu compte des services rendus, de la situation de fortune et des charges de famille de l'intéressé.

Cette situation prend fin au décès, et les ayants droit sont mis au bénéfice de la loi du 1er septembre 1882, concernant les pensions de retraite.

Chapitre III. — Etudiants.

Art. 26. Les cours de l'Université sont suivis:

1. Par les étudiants immatriculés;
2. Par les auditeurs.

Art. 27. Pour être immatriculé, le candidat doit être porteur d'un baccalauréat, d'un certificat de maturité ou, à ce défaut, satisfaire aux dispositions réglementaires de l'Université.

Art. 28. Les étudiants ex-matriculés d'une autre Université sont admis de droit dans celle de Lausanne.

Art. 29. L'immatriculation ne confère pas par elle-même le droit de se présenter aux examens de grades.

Art. 30. Les auditeurs sont dispensés de toutes formalités spéciales autres que leur inscription au secrétariat de l'Université. Sont réservées les dispositions réglementaires des diverses facultés.

Art. 31. Les finances d'immatriculation, d'ex-matriculation, d'inscription à titre d'auditeur, ainsi que celles des cours, sont fixées par le règlement général de l'Université.

Art. 32. Le Conseil d'Etat peut dispenser de tout ou partie des finances de cours les étudiants et auditeurs méritants, de nationalité suisse, qui en font la demande et dont les circonstances de famille justifient cette faveur.

Art. 33. Il est porté chaque année au budget une somme destinée à récompenser les lauréats des concours universitaires et à accorder des bourses à des étudiants immatriculés de nationalité suisse. Ces bourses sont accordées, sur le préavis de l'Université, par le Conseil d'Etat, qui tient compte de l'âge de l'étudiant, de ses aptitudes et de sa situation de fortune.

Chapitre IV. — Grades universitaires.

Art. 34. Les grades et diplômes conférés par l'Université sont indiqués dans le règlement général.

Art. 35. Les programmes pour l'obtention des grades universitaires sont élaborés par l'Université et approuvés par le Département de l'instruction publique.

Art. 36. Les grades universitaires sont conférés à la suite d'examens déterminés par les règlements des facultés. Les émoluments à percevoir à l'occasion de la collation des divers grades universitaires sont également fixés par ces règlements.

Art. 37. Sur le préavis d'une des facultés, l'Université peut conférer le grade de docteur „honoris causa" à des hommes distingués qui ont rendu des services à la science, aux lettres ou aux arts, et dont elle veut honorer le mérite.

Chapitre V. — Administration.

Art. 38. L'assemblée des professeurs ordinaires et extraordinaires forme le Sénat universitaire.

Art. 39. La commission universitaire est chargée d'expédier les affaires courantes. Elle se compose du Recteur qui la préside, du chancelier de l'Université, des doyens des Facultés, et des directeurs des divers Ecoles.

Seuls ont voix délibérative le Recteur et les doyens.

Art. 40. Le recteur de l'Université est nommé pour deux ans, par le Sénat universitaire. Il est choisi, autant que possible, successivement dans les diverses facultés. Il n'est pas immédiatement rééligible.

Le recteur préside le Sénat universitaire; il représente l'Université auprès du Département de l'instruction publique et auprès des Universités suisses et étrangères.

En sortant de charge, il devient pro-recteur de l'Université.

Le pro-recteur remplace le recteur empêché.

Art. 41. Les professeurs ordinaires et extraordinaires d'une faculté forment le conseil de cette faculté. Les professeurs d'une section forment le conseil de cette section.

Art. 42. Dans chaque conseil de faculté, il y a un président qui porte le titre de doyen; il est nommé par le conseil pour le terme de deux ans.

L'Ecole d'ingénieurs, l'Ecole de pharmacie et l'Ecole des hautes études commerciales sont dirigées chacune par un professeur qui porte le titre de directeur. Ces directeurs sont nommés par le Conseil d'Etat pour le terme de deux ans.

L'Ecole des sciences sociales est dirigée par un président élu dans les mêmes conditions que les doyens.

Art. 43. Le recteur et les directeurs d'Ecoles reçoivent une indemnité annuelle de 500 fr.

Art. 44. L'Université a un chancelier choisi, autant que possible, parmi les membres du Sénat universitaire et nommé par le Conseil d'Etat, sur présentation de la commission universitaire, pour deux ans. Il est rééligible. Le chancelier veille à la bonne marche de l'Université, à l'application des règlements qui la concernent, à l'expédition des affaires et au bon ordre dans le bureau du secrétariat et dans les archives universitaires.

Le secrétaire-caissier est également nommé par le Conseil d'Etat, sur préavis de l'Université. La situation du chancelier et celle du secrétaire-caissier sont réglées par un arrêté du Conseil d'Etat.

Art. 45. L'Université a un huissier, nommé sur préavis de la commission universitaire, par le Conseil d'Etat, qui fixe son traitement et la durée de ses fonctions.

Art. 46. La surveillance et la discipline de l'Université appartiennent au Département de l'instruction publique, au Sénat, à la commission universitaire, aux conseils de facultés et d'écoles, au recteur, aux doyens et aux directeurs, conformément aux règlements.

Art. 47. Les rapports de l'Université et de la Bibliothèque cantonale et universitaire sont établis par le règlement général de l'Université.

Chapitre VI. — Constitution de l'Université en personne morale.

Art. 48. L'Université constitue une personne morale. Elle a en conséquence la capacité civile et entre autres le droit de posséder, d'aliéner, d'ester en droit, d'acquérir par donations entre vifs et par dispositions à cause de mort.

Toutefois, sans l'autorisation du Conseil d'Etat, elle ne pourra ni ester en droit, ni accepter de succession, de donation ou de legs modaux, ni faire aucune acquisition ou aliénation excédant 1000 fr.

Art. 49. Le Sénat administre, par l'intermédiaire d'une commission, la fortune de l'Université, ainsi que les fondations spéciales ayant un but universitaire.

Le recteur et, à son défaut, le pro-recteur, représentent l'Université.

Art. 50. Chaque année, le Sénat dresse l'état des sommes dont l'Université peut disposer en dehors du budget cantonal. Il en détermine l'emploi, sous réserve de l'approbation du Conseil d'Etat.

Art. 51. Les titres et les valeurs dont l'Université a la propriété ou l'administration sont déposés au Département des finances.

Art. 52. Les payements sont effectués par les soins du service de la comptabilité de l'Etat.

Art. 53. Les comptes sont soumis chaque année au contrôle et à l'approbation du Conseil d'Etat.

Chapitre VII. — Dispositions transitoires et finales.

Art. 54. L'entrée en vigueur de la présente loi implique la confirmation des professeurs de l'Université en fonctions.

Les professeurs ordinaires de l'Université nommés avant l'année 1908 (1er octobre) ne seront pas soumis à la confirmation décennale.

Art. 55. Sont et demeurent abrogées:

1. La loi du 10 mai 1890 et celles, qui la modifient: du 12 février 1898, du 17 mai 1902, du 1er septembre 1909 et du 15 mai 1911.

2. Toutes autres dispositions contraires à la présente loi.

Art. 56. Le Conseil d'Etat est chargé de la publication et de l'exécution de la présente loi, qui entrera en vigueur le 1er octobre 1916.

Donné, sous le grand sceau de l'Etat, à Lausanne, le 15 mai 1916.

Le Conseil d'Etat ordonne l'impression et la publication de la présente loi pour être exécutée dans tout son contenu dès et y compris le 1er octobre 1916.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Règlement concernant le Brevet de maîtresse secondaire. (Du 18 août 1916.)

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique,

Vu les art. 82 et 83 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire,

arrête:

Article premier. Tous les trois ans au moins un jury désigné par le Département de l'Instruction publique examine les candidates au brevet de maîtresse secondaire.

Art. 2. La date des examens est annoncée par la *Feuille des avis officiels*.

Art. 3. Un programme détaillé détermine la matière des examens.

Art. 4. Pour être admises à l'examen pour le brevet de maîtresse secondaire, les candidates doivent produire les pièces suivantes:

a) Un acte de naissance ou d'origine;
b) Un diplôme de sortie du gymnase des jeunes filles de la ville de Lausanne ou tout autre titre jugé équivalent;
c) Un curriculum vitæ.

Art. 5. L'examen se compose d'épreuves écrites, d'épreuves orales et d'épreuves pratiques.

Art. 6. Les candidates peuvent subir les épreuves en une seule fois ou en deux sessions. Dans ce dernier cas, l'examen porte, pour la première session, sur les épreuves écrites et, pour la seconde, sur les épreuves orales et pratiques.

Art. 7. Les épreuves écrites comprennent:

a) Une composition sur un sujet de pédagogie;
b) Une composition sur un sujet de littérature française ou de littérature générale;
c) Un travail d'allemand (thème, version ou composition littéraire);
d) Un travail d'anglais (thème, version ou composition littéraire);
e) Un travail sur une question d'histoire, de géographie ou d'économie domestique.

Art. 8. Les épreuves orales consistent en interrogations portant sur les programmes de littérature générale, de français, d'allemand, d'anglais, de mathématiques, d'histoire, de géographie, de sciences physiques et naturelles, d'économie domestique et d'hygiène.

Art. 9. Les épreuves pratiques comprennent:

a) Une leçon de grammaire française ou de lecture expliquée;
b) Une leçon d'histoire, de géographie ou d'arithmétique;
c) Une leçon d'allemand ou d'anglais.

Art. 10. Les candidates pourront en outre être appelées à subir un examen pratique et théorique portant sur le programme des travaux féminins.

Art. 11. Il est accordé deux heures au moins pour chaque travail écrit.

Art. 12. Les épreuves écrites sont arrêtées par le jury dans une délibération qui précède immédiatement la dictée du sujet.

Art. 13. Les leçons sont d'une demi-heure. Les sujets en sont donnés une demi-heure à l'avance.

Art. 14. Les interrogations sont d'un quart d'heure au plus pour chaque branche.

Art. 15. Les épreuves écrites se font à huis-clos, sans secours aucun et sous une surveillance spéciale.

Art. 16. Les interrogations et les épreuves pratiques sont publiques.

Art. 17. Les épreuves écrites sont éliminatoires. Toute candidate qui n'a pas obtenu une moyenne de 6 aux examens écrits n'est pas admise aux épreuves orales.

Art. 18. Le jury apprécie séance tenante les résultats des examens. L'échelle d'appréciation est la suivante: 10 (très bien), 9 et 8 (bien), 7 (assez bien), 6 (passable), 5 et 4 (médiocre), 3 et 2 (mal), 1 et 0 (très mal).

Art. 19. Pour qu'un brevet puisse être délivré, la candidate doit avoir obtenu:

1. Un minimum de 6 pour la moyenne des épreuves écrites.

2. Un minimum de 7 pour la moyenne des épreuves écrites et orales, sans que la candidate puisse avoir dans les épreuves orales plus de deux notes au-dessous de 6.

3. Une moyenne de 7 pour la langue étrangère spécialement étudiée par elle.

4. Une moyenne de 7 dans les épreuves pratiques.

Il ne sera pas toléré dans les épreuves de cet ordre plus d'une note inférieure à six.

Art. 20. Ne seront admises à subir ces épreuves pratiques que les candidates qui parlent couramment l'allemand ou l'anglais et sont à même de rendre compte d'environ 700 pages empruntées à des écrivains allemands ou anglais des XIXe ou XXe siècles.

Art. 21. Les candidates en possession du Diplôme pédagogique du Gymnase des jeunes filles de la ville de Lausane sont dispensées des épreuves mentionnées aux articles 7 et 8 du Règlement. Par contre, les articles 19 (§§ 3 et 4) et 20 leur sont applicables.

Art. 22. La moyenne de 7 exigée pour l'obtention du brevet est formée:

a) Par la moyenne obtenue aux examens du Gymnase;
b) La note reçue à l'examen spécial de langue étrangère;
c) Et la moyenne des notes assignées aux leçons pratiques.

Art. 23. Mention sera faite dans le brevet de la langue étrangère spécialement étudiée par la candidate. Celle-ci a le droit de s'inscrire pour l'allemand et pour l'anglais.

Art. 24. Les candidates au brevet de maîtresse secondaire qui sont en possession du brevet spécial d'anglais, de travaux fémi-

nins ou d'économie domestique et d'hygiène n'ont aucune nouvelle épreuve à subir sur l'une ou l'autre de ces branches.

Art. 25. Les candidates au brevet de maîtresse secondaire seront tenues de verser avec leur inscription une somme de 30 fr. La moitié de cette somme leur est restituée en cas d'échec.

Art. 26. Restent au bénefice des dispositions du Règlement de 1910 les candidates qui étaient en fonctions dans l'enseignement secondaire à la date du 1er janvier 1916 et auxquelles a été imposée l'obligation de passer les examens du brevet de maîtresse secondaire dans un délai fixé.

Art. 27. Le Département de l'Instruction publique est chargé de l'exécution du présent règlement, qui entre immédiatement en vigueur.

Donné sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 18 août 1916.

---

3. Règlement concernant les brevets pour enseignements spéciaux. (Du 18 août 1916.)

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique,

Vu les art. 82 et 83 de la loi du 25 février 1908 sur l'instruction publique secondaire,

arrête:

Article premier: Tous les trois ans au moins un jury désigné par le Département de l'Instruction publique examine les candidates et candidats aux brevets pour enseignements spéciaux.

Art. 2. La date des examens est annoncée par la *Feuille des avis officiels.*

Art. 3. Un programme détaillé détermine la matière de chaque examen.

Art. 4. Les brevets pour enseignements spéciaux sont les suivants:

1. Brevet pour l'enseignement d'une langue moderne, soit l'anglais ou l'italien.
2. Brevet de comptabilité.
3. Brevet des sciences commerciales.
4. Brevet de dessin artistique et décoratif.
5. Brevet de dessin technique.
6. Brevet de musique vocale.
7. Brevet de calligraphie.
8. Brevet de gymnastique.
9. Brevet de travaux féminins.
10. Brevet d'économie domestique et d'hygiène.
11. Brevet de sténo-dactylographie.

Art. 5. Pour être admis aux examens en obtention d'un brevet spécial, les candidats doivent produire les pièces suivantes:

a) Un acte de naissance ou d'origine;

b) Un curriculum vitæ.

Art. 6. Les candidats au brevet pour l'enseignement de l'anglais ou de l'italien doivent en outre être porteurs du baccalauréat ès lettres du Gymnase classique, du baccalauréat sciences-langues modernes du Gymnase scientifique, du diplôme de sortie du Gymnase des jeunes filles de la ville de Lausanne ou de tout autre titre jugé équivalent.

Art. 7. Les candidats aux autres brevets spéciaux doivent produire leurs titres ou certificats d'études. Le Département décide dans chaque cas si les titres ou certificats sont suffisants pour l'admission à l'examen.

Art. 8. Les examens en obtention d'un brevet pour l'enseignement spécial comprennent:

1. Une composition française se rapportant à l'une des branches du programme des examees.

2. Un examen oral sur chacune des branches du programme.

3. Une leçon pratique sur l'une des branches du programme.

Art. 9. Les candidats au brevet pour l'enseignement de l'anglais ou de l'italien ont en outre à faire une composition, ainsi qu'un thème ou une version.

Art. 10. Les candidats au brevet pour l'enseignement des sciences commerciales ont aussi à subir une épreuve orale portant sur l'allemand, l'anglais ou l'italien.

Art. 11. Il est accordé deux heures au moins pour chaque travail écrit.

Art. 12. Les épreuves écrites sont arrêtées par le jury dans une délibération qui précède immédiatement la dictée du sujet.

Art. 13. Les leçons sont d'une demi-heure. Les sujets en sont donnés une demi-heure à l'avance.

Art. 14. Les interrogations sont d'un quart d'heure au plus pour chaque branche.

Art. 15. Les épreuves écrites se font à huis-clos, sans secours aucun et sous une surveillance spéciale.

Art. 16. Les interrogations et les épreuves pratiques sont publiques.

Art. 17. Les épreuves écrites sont éliminatoires.

Art. 18. Le jury apprécie séance tenante les résultats des examens. L'échelle d'appréciation est la suivante: 10 (très bien), 9 et 8 (bien), 7 (assez bien), 6 (passable), 5 et 4 (médiocre), 3 et 2 (mal), 1 et 0 (très mal).

Art. 19. Pour que les épreuves écrites soient considérées comme suffisantes ou qu'un brevet puisse être délivré, le candidat doit avoir obtenu les 0,70 de la somme des notes maximum assignables aux épreuves subies. Il ne doit pas non plus avoir de note inférieure à 6 dans une épreuve écrite, ni de note inférieure à 5 dans plus d'une épreuve orale ou pratique.

Art. 20. Le jury peut, d'accord avec le Département, dispenser des épreuves écrites et orales les candidates à des brevets spéciaux si elles sont en possession du diplôme de sortie du Gymnase des jeunes filles de la ville de Lausanne (section préparatoire à l'enseignement).

Art. 21. Le brevet spécial pour l'enseignement des travaux à l'aiguille délivré par les Ecoles normales vaut comme brevet pour l'enseignement dans les établissements secondaires.

Art. 22. Les candidats aux brevets spéciaux seront tenus de verser avec leur inscription une somme de 30 fr. La moitié de cette somme leur est restituée en cas d'échec.

Art. 23. Le Département de l'Instruction publique est chargé de l'exécution du présent règlement, qui entre immédiatement en vigueur.

Donné, sous le sceau du Conseil d'Etat, à Lausanne, le 18 août 1916.

XXIII. Kanton Wallis.

1. Primarschule.

1. Lehrplan für die Haushaltungskunde in der Primarschule. (Vom 2. November 1916. — Ergänzung des Lehrplanes von 1913.)

I. Verteilung des Unterrichtsstoffes.

1. Sechstes Schuljahr.

Das Mädchen als Hilfe der Mutter. Seine ersten Dienstleistungen.

Die häuslichen Tugenden: Ordnung, Reinlichkeit, Arbeitsamkeit.

Tägliche Reinhaltung des Wohn- und Schlafzimmers. Die gewöhnlichen Reinigungsarbeiten in der Küche. Zubereitung der Gemüse.

Reinigung der Kleider. Aufbewahrung der Wäsche.

2. Siebentes Schuljahr.

Allgemeines über die Ausbildung des Mädchens durch gründlichen Unterricht und Übung in den häuslichen Arbeiten.

Häusliche Tugenden: Sparsamkeit, echte Religiosität, Höflichkeit.

Gründliche Reinigung im Hause:

a) Jede Woche;

b) im Frühling und Herbst.

Das Heizen. Besorgung der Lampen. Zeitweilige Umschau in Küche, Keller, Wasserleitung und Beleuchtung.

Praktische Auswahl und Behandlung der Stoffe. Reinigung der Flecken aus Wäsche und Kleidern.

3. Achtes Schuljahr.

Das Waschen, Stärken und Bügeln.

Allgemeines über Ernährung. Nahrungsmittel und Nährstoffe. Etwas über die Zubereitung der Speisen.

Die wichtigsten Gesundheitsregeln bezüglich Ernährung und Atmung. Pflege der Sinnesorgane und der Haut. Hausmittel, Anwendung bekannter Heilkräuter.

II. Bemerkungen.

1. Als Lehrmittel für den Unterricht in der Haushaltungskunde sollen die Schülerinnen die „Kurze Anleitung zur Hauswirtschaft" von Winiſtörfer gebrauchen. Den Lehrerinnen seien empfohlen: 1. „Martha." Kurzer Leitfaden für Haushaltungskunde. Von Winiſtörfer-Ruepp. — 2. Grundzüge der Haushaltungslehre. Von Elise Kühn. — 3. Mein Haus meine Welt. 2 Bände. Von E. Führer und M. Gauß.

2. Dem Unterricht in der Handarbeit und in der erweiterten Haushaltungskunde dürfen drei Nachmittage gewidmet werden. Demgemäß darf die für die Übung im Aufsatz, im Rechnen und in der Geographie bestimmte Zeit verkürzt werden.

3. Für die ersten fünf Schuljahre bleibt der Lehrplan unverändert. Daher wird die Lehrerin in einklassigen Schulen die Schülerinnen dieser Abteilungen während des Haushaltungsunterrichtes mit Schönschreiben, Aufsatz, Zeichnen u. s. w. beschäftigen.

---

2. Fortbildungsschulen.

2. Lehrplan für die Fortbildungsschulen des Kantons Wallis. (Vom 2. November 1916.)

I. Religion.

20 Stunden. Nach dem vom Bischöflichen Ordinariat bestimmten Lehrplan. Dieser Unterricht wird von den Pfarrgeistlichen erteilt.

II. Lesen und Aufsatz.

25 Stunden. 1. Übung im lautrichtigen, verständigen Lesen. Die freie mündliche Wiedergabe des Gelesenen ist viel zu üben.

2. Übung im Lesen schriftlicher Lesestücke. Der Lehrer wird zu diesem Zweck eine Sammlung von Briefen verschiedener Schriftart anlegen.

3. Der Lesestoff ist zum größten Teil aus der Vaterlands- und Naturkunde zu nehmen.

4. Aufsätze im Anschluß an den Lesestoff. Darstellung von Selbsterlebtem zur Übung, die eigenen Gedanken genau und folgerichtig auszudrücken.

5. Geschäftsbriefe, Geschäftsaufsätze, Post- und Eisenbahn-Formularlehre mit kurzer Erläuterung der gesetzlichen Bestimmungen nach dem gleichnamigen Buche von Carl Führer.

III. Rechnen und Buchhaltung.

24 Stunden. 1. Mündliches und schriftliches Rechnen nach dem Rechenbuch für das achte Schuljahr von A. Baumgartner mit besonderer Berücksichtigung des Stoffes aus

a) der Geometrie (Feldmessen);
b) dem Handels-, Verkehrs- und Steuerwesen;
c) dem landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieb.

2. Einführung in die einfache Buchhaltung. Abfassung von Rechnungen, Voranschlägen, Vereinsrechnungen etc.

3. Buchung eines einfachen Geschäftsganges. Inventar, Kassa-, Tage- und Hauptbuch nach dem System von Ferd. Jakob (Kaiser & Cie., Bern).

IV. Vaterlands- und Naturkunde.

37 Stunden. 1. Die Schweiz im allgemeinen: Lage, Grenzen, Landstriche, Gewässer, Klima, Naturerzeugnisse, Ein- und Ausfuhr, Verkehrsmittel, Bevölkerung nach Sprache, Religion und Beschäftigung. — Kurze Übersicht der Kantone.

2. Schweizergeschichte mit besonderer Berücksichtigung der politischen Entwicklung der Schweiz und der neuern Geschichte.

3. Verfassungs- und Gesetzeskunde. — Der Unterricht in Geographie, Geschichte und Bürgerrecht wird nach dem „Übungsstoff für Fortbildungsschulen von Franz Nager“ erteilt.

4. Nicht vorgeschrieben, aber für bessere Schulen sehr empfohlen ist ein kurzer Unterricht über die europäischen Staaten und die fünf Weltteile.

5. Naturkunde:

a) Der menschliche Körper. Gesundheitslehre.
b) Die einheimische Pflanzen- und Tierwelt. Schutz derselben.
c) Landwirtschaftliche Bodenkunde, Tiernutzung und Betriebslehre.

Für den Unterricht in der Naturkunde werden die Beilagen zum „Fortbildungsschüler“ verwendet.

V. Zeichnen, Gesang und Turnen.

14 Stunden. 1. Skizzen, freihändig und nach Maßstab. Linearzeichnen.

2. Gesangunterricht und Übungen nach dem „Liederbüchlein“.

3. Turnen nach der 3. Kursstufe der eidgenössischen Turnschule.

Verteilung des Lehrstoffes in den Fortbildungsschulen.

Damit der Lehrstoff in allen Schulen einheitlich durchgenommen werde, soll er in folgender Weise auf die Schuljahre verteilt werden.

I. Religion.

1. Schuljahr: 1. Hauptstück des Katechismus.
2. Schuljahr: 2. Hauptstück des Katechismus.
3. Schuljahr: 3. Hauptstück des Katechismus.
4. Schuljahr: Kirchengeschichte.

II. Aufsatz.

1. Schuljahr: Geschäftsbriefe (Führer).
2. Schuljahr: Geschäftsaufsätze (Führer).
3. Schuljahr: Postformularlehre (Führer).
4. Schuljahr: Eisenbahnformularlehre und Protokolle (Führer).

III. Rechnen.

1. Schuljahr: Rechnungen über Zins, Kapital und Prozent; Gewinn und Verlust; Ankauf und Verkauf; Rabatt und Skonto; Brutto, Netto und Tara; Promille.
2. Schuljahr: Münzen, Versicherungen, Steuern, Gesellschafts- und Mischungsrechnungen, Fracht und Zoll.
3. Schuljahr: Raumberechnungen, verjüngter Maßstab.
4. Schuljahr: Rechnungen aus dem Haushalt, der Landwirtschaft und den verschiedenen Gewerben.

IV. Vaterlandskunde und Naturlehre.

1. Schuljahr: Aus der Geographie (Nager). Landwirtschaftliche Natur- und Bodenkunde (Beilage zum „Fortbildungsschüler").
2. Schuljahr: Aus der Geschichte (Nager). Landwirtschaftliche Betriebslehre (Beilage z. F.).
3. Schuljahr: Verfassungskunde, Behörden und staatliche Einrichtungen (Nager). Gesundheitslehre (Beilage z. F. — Der junge Botanist).
4. Schuljahr: Gesetzeskunde (Nager). Landwirtschaftliche Tiernutzung (Beilage z. F.).

Bemerkungen.

1. Die Verteilung des Lehrstoffes für den Religionsunterricht stimmt mit dem vom Bischöflichen Ordinariat gegebenen Lehrplan überein. Die Kirchengeschichte ist darin zwar nicht ausdrücklich genannt; sie dürfte aber inbegriffen sein in der Bemerkung, daß der Unterricht für die schulentlassene Jugend einen „stark apologetischen Einschlag" haben soll.

2. Bei der Auswahl der Lesestücke (Nager, I. Teil) ist Rücksicht zu nehmen auf die Verteilung des Lehrstoffes der Vaterlands- und Naturkunde. — Der freie Aufsatz ist jedes Jahr zu üben.

3. Im Rechenunterricht müssen gewisse allgemeine Begriffe (Metrisches System, Brüche und ganze Zahlen, Dreisatz u. s. w.) alljährlich, so weit es notwendig ist, erklärt werden. — Die Buch-

haltung wird besonders in dem Jahre betrieben, in dem Rechnungen aus dem Haushalt, der Landwirtschaft und dem Gewerbe gemacht werden.

4. Für den Unterricht in der Vaterlands- und Naturkunde ist dringend zu empfehlen, daß der Lehrer unter Mitwirkung der Schüler Sammlungen von Gegenständen anlege, die zur Veranschaulichung des Unterrichtes dienen.

5. Das Zeichnen soll sich, so weit als möglich, an den Unterricht der übrigen Fächer anlehnen. — Die Theorie des Gesanges ist an die praktischen Übungen zu knüpfen. — Für das Turnen ist die III. Kursstufe der eidgenössischen Turnschule maßgebend.

6. Wo mehr als ein Lehrer den Unterricht erteilt, kann die Verteilung des Lehrstoffes entsprechend abgeändert werden.

VI. Lehrmittel.

a) Allgemeine Lehrmittel: Große Wandtafel mit Lineal und Zirkel; Sammlung geometrischer Körper; Meßband, Meßstangen und Kreuzscheibe; Schweizer- und Europakarte und Globus; Bilder oder wirkliche Gegenstände aus dem Mineral-, Pflanzen- und Tierreich.

b) Besondere Lehrmittel für den Lehrer: Duden, Rechtschreibung der deutschen Sprache; Leitfaden für Rechnungs- und Buchführung von Ferd. Jakob; Illustrierte Schweizer Geographie von M. Waser; Schweizer Geschichte von L. Suter; Der Staatsbürger. Ein Leitfaden für den staatskundlichen Unterricht von Th. Brändle; Beilagen zum „Fortbildungsschüler“ a—h und l—v; Chrut und Uchrut mit Bilderatlas von J. Künzle.

c) Besondere Lehrmittel für die Schüler: Katechismus Nr. 3 von Linden; Übungsstoff für Fortbildungsschulen von Fr. Nager; Geschäftsbriefe, Geschäftsaufsätze, Post- und Eisenbahn-Formularlehre von C. Führer; Rechenbuch für das 8. Schuljahr von A. Baumgartner; Buchhaltungshefte nach dem System von F. Jakob; Beilagen zum „Fortbildungsschüler“ f (Volksgesundheitslehre), q (Landw. Naturlehre und Bodenkunde), u (Landw. Tiernutzung), l (Landw. Betriebslehre); Der junge Botanist von J. Künzle.

XXIV. Kanton Neuenburg.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1916.

XXV. Kanton Genf.

1. Allgemeines.

1. Loi réglant les compétences et l'organisation du service médical des écoles. (Du 19 février 1916.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

Le Grand Conseil,

sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète ce qui suit:

Article premier. Le service médical des écoles est placé sous la surveillance du Conseil d'Etat et rattaché au Département de l'Instruction publique.

Art. 2. Il est chargé de l'inspection et de la surveillance médicale de toutes les écoles publiques et privées du canton de Genève.

Art. 3. Le service médical des écoles s'occupe de toutes les questions se rattachant à l'hygiène scolaire et à la santé des élèves. Ses attributions sont notamment les suivantes:

Il surveille les conditions hygiéniques de tous les locaux servant de salles d'école. Il prend toutes les mesures nécessaires pour combattre la propagation des maladies transmissibles dans les écoles. Il veille sur la santé des élèves des écoles en procédant à des inspections individuelles et en s'assurant que les élèves reçoivent les soins nécessités par leur état.

Art. 4. Le personnel du service médical des écoles se compose:

1. D'un médecin-chef; 2. de médecins-inspecteurs, auxquels sont attribués les arrondissements d'inspection créés par le Conseil d'Etat, et de médecins spécialistes; 3. des infirmières scolaires; 4. des commis nécessaires au travail de l'office central.

Art. 5. Les médecins sont nommés par le Conseil d'Etat pour une période de trois ans. L'indemnité qui leur est allouée est fixée par le budget.

Les infirmières scolaires reçoivent le traitement prévu à la classe X (1850—2250) de la loi du 31 mai 1911; les commis reçoivent le traitement prévu à la classe VIII (2450—2950).

Art. 6. Un règlement élaboré par le Département de l'Instruction publique et approuvé par le Conseil d'Etat fixera les détails de l'organisation du service médical des écoles, ses rapports avec les autorités communales ainsi qu'avec le service cantonal d'hygiène.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le 19 février 1916, sous le sceau de la République et les signatures du Président et du Secrétaire du Grand Conseil.

---

2. Primarschule.

2. Loi portant adjonction à l'article 81 de la loi sur l'instruction publique codifiée le 20 décembre 1913. (1916.)

Le Grand Conseil,

Sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète ce qui suit:

Article unique. — L'article 81 de la loi sur l'instruction publique, codifiée le 20 décembre 1913, est complété par l'alinéa suivant: „Dans la règle, un enfant qui suit l'école enfantine ou primaire publique, doit être inscrit à l'école de sa commune. Toutefois s'il habite à une distance de cette école de plus d'un kilomètre et demi (compté sur la route), il peut suivre une école plus rapprochée dans une autre commune. Dans ce cas, la commune de domicile paie a l'autre une indemnité annuelle de 25 frans."

Cette indemnité de 25 francs est à la charge de l'Etat lorsque la commune de domicile appartient à la deuxième ou à la troisième catégorie et qu'elle a 2 francs ou plus de centimes additionnels.

---

3. Berufsschulen.

3. École des Arts et Métiers de Genève. Règlement général et Règlements spéciaux. (Approuvés par arrêté du Conseil d'Etat du 14 avril 1916.)

Règlement général.

Chapitre premier. — But et organisation.

Article premier. L'Ecole des Arts et Métiers est une Ecole d'apprentissage pour les Métiers, les Arts industriels, la Construction et le Génie civil, les Industries de la Mécanique et de l'Electrotechnique. (Loi, art. 124.)

Art. 2. Elle comprend cinq sections:

a) Section des Métiers;
b) Section des Arts industriels;
c) Section de Construction et Génie civil (pour techniciens);
d) Section de Mécanique (pour apprentis mécaniciens);
e) Section de Mécanique appliquée et électrotechnique (pour techniciens). (Loi, art. 125.)

Le programme de la section A s'étend sur trois années pour les professions suivantes: charpente et menuiserie, ébénisterie, menuiserie en voitures, serrurerie, ferblanterie et plomberie.

Le programme de la section B s'étend sur cinq années pour les professions suivantes: peinture décorative, ciselure, gravure, bijouterie, joaillerie, peinture sur émail et émaillerie, et sur 4 années pour la sculpture sur pierre et sur bois, l'ébénisterie d'art, le moulage, le fer forgé et le dessin de broderie d'art.

Le programme de la section C, pour techniciens du bâtiment et du génie civil, s'étend sur trois années.

Le programme de la section D, pour mécaniciens, s'étend sur trois années.

Le programme de la section E, pour techniciens de la mécanique appliquée et de l'électrotechnique, s'étend sur trois années.

Chapitre II. — Direction et Administration.

Art. 3. La direction générale et l'administration de l'Ecole sont confiées à un directeur au courant des besoins des industries locales et possédant des connaissances générales techniques et artistiques. Il est assisté d'un secrétaire-comptable. (Loi, art. 140.)

Art. 4. Dans chaque section, la direction pédagogique est exercée par un doyen chargé de la discipline et de la surveillance de l'enseignement.

Les doyens sont choisis, autant que possible, parmi les professeurs ou les chefs d'atelier. (Loi, art. 141.)

Art. 5. Si le Département le juge nécessaire, il peut charger un professeur ou un chef d'atelier des fonctions de maître de classe.

Pour chaque cas, ses attributions sont fixées par le Département.

Art. 6. Le directeur et les doyens forment le Conseil de l'Ecole. Ce Conseil se réunit au moins une fois par mois, sous la présidence du Conseiller d'Etat chargé du Département de l'Instruction publique ou, en son absence, sous celle du directeur.

Le procès-verbal des séances est tenu par le secrétaire-comptable. (Loi, art. 143.)

Chapitre III. — Commission de surveillance.

Art. 7. L'Ecole est placée sous la surveillance d'une Commission, chargée de donner son préavis sur toutes les questions générales intéressant cet établissement qui pourraient lui être soumises par le Département ou par l'un de ses membres, notamment sur les règlements, les programmes, les méthodes d'enseignement, l'organisation et le fonctionnement des ateliers, le champ des examens, etc.

Ce préavis n'est obligatoire ni pour le Conseil d'Etat, ni pour le Département de l'Instruction publique. (Loi, art. 148.)

Art. 8. La Commission de surveillance doit comprendre des industriels, des artisans, des artistes et des ouvriers.

Elle est nommée pour trois ans et se compose de 30 membres, dont 10 sont désignés par le Grand Conseil, 10 par le Conseil d'Etat et 10 par la Commission centrale des Conseils de Prud'hommes. (Loi, art. 149.)

Art. 9. Le Conseiller d'Etat chargé du Département de l'Instruction publique préside la Commission. Celle-ci choisit elle-même son vice-président et son secrétaire.

La Commission est convoquée au moins une fois par trimestre et chaque fois que le président le juge nécessaire ou que cinq membres le demandent. (Loi, art. 150.)

Art. 10. La Commission se subdivise en cinq sous-commissions, chargées chacune de la surveillance spéciale d'une des sections de l'Ecole.

Chaque sous-commission désigne son président et son secrétaire, contrôle l'enseignement et, en particulier, les travaux effectués dans les ateliers. (Loi, art. 151.)

Art. 11. Le directeur, les doyens, les professeurs et les chefs d'atelier peuvent être appelés, par décision de la Commission ou des sous-commissions, à assister à leurs séances à titre consultatif.

D'autre part, ils peuvent demander à être entendus par la Commission de surveillance et les sous-commissions. (Loi, art. 152.)

Art. 12. Les membres de la Commission peuvent visiter en tout temps les classes et les ateliers, contrôler la marche de l'enseignement, assister aux examens. (Loi, art. 153.)

Chapitre IV. — Corps enseignant.

Art. 13. L'enseignement est donné par des professeurs et par des chefs d'atelier. (Loi, art. 139.)

Art. 14. Les professeurs et les chefs d'atelier de chaque section se réunissent périodiquement en conférence sous la présidence du directeur, assisté du doyen de la section. Leur présence est obligatoire. Le procès-verbal de chaque séance est transmis au Département dans le plus bref délai possible. (Loi, art. 147.)

Art. 15. La conférence est convoquée par le directeur quand il le juge à propos ou sur la demande, soit du doyen, soit du tiers au moins du corps enseignant de la section intéressée.

Dans chaque section, le maître le plus récemment nommé est chargé des fonctions de secrétaire. Si plusieurs maîtres ont été nommés en même temps, ces fonctions sont dévolues au plus jeune d'entre eux.

L'ordre du jour de chaque séance doit être indiqué sur la carte de convocation.

Art. 16. Les membres du corps enseignant réunis en conférence discutent les questions qui leur sont soumises par le Département, le directeur, le doyen ou par l'un d'entre eux.

Ils formulent un préavis sur les programmes et les règlements. D'autre part, les maîtres intéressés sont appelés a émettre un préavis sur les décisions à prendre concernant l'admission provisoire et l'admission définitive des élèves réguliers et leur promotion dans l'année supérieure.

Art. 17. Lorsqu'un fonctionnaire est empêché de donner son enseignement, le Département pourvoit à son remplacement.

Les frais de ce remplacement sont, dans la règle, à la charge du fonctionnaire. (Loi, art. 19.)

Art. 18. Les frais de remplacement des fonctionnaires de l'instruction publique sont à la charge de l'Etat:

a) Si le fonctionnaire est empêché par un service public obligatoire;
b) s'il est chargé d'une mission par le Département ou par le Conseil d'Etat.

Art. 19. Dans le cas d'une maladie dûment constatée ou dans un autre cas de force majeure reconnu tel par le Département, celui-ci, sur la demande du fonctionnaire, peut accorder jusqu'à trois mois de remplacement, aux frais de l'Etat, en tout ou en partie.

Art. 20. Lorsqu'une maladie dure plus de trois mois, le Conseil d'Etat, sur la demande directe faite par le fonctionnaire ou en son nom, peut prolonger le remplacemeut aux frais de l'Etat, en tout ou en partie.

Art. 21. Si le fonctionnaire absent n'avise pas immédiatement le directeur et s'il ne fait pas constater l'indisposition qui l'oblige à interrompre son enseignement, une somme proportionnelle aux heures d'absence est déduite de son traitement.

Chapitre V. — Conditions d'admission.

Art. 22. L'Ecole reçoit des élèves des deux sexes, réguliers ou externes.

Est élève régulier celui qui suit tous les cours d'une classe dans la même section et dans l'ordre où ils sont prévus au programme, ceci afin d'obtenir la moyenne finale nécessaire au passage dans la classe supérieure.

Est élève externe celui qui suit les cours de son choix dans une ou plusieurs sections.

Il n'est pas admis d'externes suivant tous les cours.

Les élèves externes sont astreints aux mêmes obligations que les élèves réguliers.

Dans la règle, ils ne peuvent être admis que pour l'enseignement théorique et pour autant qu'il y a des places disponibles.

A la demande d'un professeur, approuvée par le doyen, le directeur peut exclure des leçons un élève externe qui est pour la classe une cause de désordre.

Le règlement de chaque section fixe les programmes des examens d'admission pour les élèves réguliers et externes.

Les élèves doivent être âgés de 14 ans révolus pour être admis dans les sections des Métiers, des Arts industriels et de Mécanique; et de 15 ans révolus pour les sections de Construction et de Génie civil, de Mécanique appliquée et Electrotechnique.

Art. 23. L'Ecole peut aussi accepter comme élèves réguliers des élèves faisant leur apprentissage dans l'industrie et qui, ne pouvant

consacrer à leur instruction qu'un temps limité, doivent étendre leurs études sur un plus grand nombre d'années. (Loi, art. 132.)

Ils doivent remettre à la direction une lettre de la personne chez laquelle ils sont en apprentissage et indiquant le temps mis à leur disposition pour suivre des cours à l'Ecole. Tout élève inscrit pour suivre un ou plusieurs cours est tenu d'en subir les épreuves et les examens.

Art. 24. Un formulaire d'admission est remis par la direction à tout élève qui se présente pour entrer à l'Ecole.

La signature de ce formulaire par l'élève lui-même s'il est majeur, et par ses parents, son tuteur, répondant ou patron, s'il est mineur, implique l'engagement de se soumettre à la discipline et aux règlements de l'institution.

Lors de l'inscription, l'élève, s'il est mineur, doit être accompagné de ses parents ou de leur représentant. Il devra présenter son acte de naissance et ses certificats d'études antérieures.

Les élèves qui présentent des certificats d'études antérieures datant de plus de deux années, peuvent être astreints à subir des examens d'admission.

Art. 25. Aucun élève ne peut être considéré comme admis définitivement avant une période d'essai de deux mois au moins et de cinq mois au plus.

Jusqu'à ce moment-là, la Direction se réserve entière liberté pour demander aux parents ou répondants le retrait d'un élève ne remplissant pas les conditions prévues au règlement ou ne possédant pas les aptitudes nécessaires pour la profession qu'il a choisie.

Art. 26. La qualité d'élève régulier peut être refusée ou retirée à tout élève qui, pour quelque raison que ce soit, ne peut suivre l'enseignement complet de la profession pour l'apprentissage de laquelle il est inscrit.

Cependant, le Département peut accorder une dispense temporaire à des élèves qui présentent une demande accompagnée d'un certificat médical, à condition qu'il ne s'agisse que d'une période de courte durée.

Chapitre VI. — Enseignement.

Art. 27. Les modes et moyens d'enseignement sont:

a) Les leçons ou cours oraux;
b) les exercices de dessin et de modelage, d'application et de construction;
c) les travaux de laboratoire et d'atelier, les travaux sur le terrain ou d'après nature;
d) la bibliothèque de chacune des sections;
e) les collections de modèles, d'appareils, de matériaux et d'échantillons;
f) les visites d'usines, de fabriques, de chantiers, de musées, etc.;
g) les conférences techniques, artistiques, industrielles ou d'intérêt général.

Chapitre VII. — Durée du travail scolaire.

Art. 28. L'horaire d'été entre en vigueur le premier lundi d'avril et l'horaire d'hiver le premier lundi d'octobre.

Art. 29. L'enseignement se donne:

1° Pour les sections A et D: En été, de 7 h. à 11 h. 55 et de 2 h. à 6 h. En hiver, de 8 h. à 11 h. 55 et de 2 h. à 6 h.

Les élèves ont, chaque jour à 10 heures et à 4 heures, une interruption de travail de dix minutes.

En outre, deux leçons de théorie qui se succèdent immédiatement sont séparées par une interruption de travail de dix minutes. Toutefois, à 11 heures, cette interruption n'est que de cinq minutes.

2° Pour la section B: Toute l'année, de 8 h. à 11 h. 55 et de 2 h. à 6 h. Les élèves ont chaque jour, a 10 h. ét à 4 h., une interruption de travail de dix minutes.

3° Pour les sections C et E: Toute l'année, de 8 h. 10 à 11 h. 55 et de 2 h. 10 à 6 h.

Une récréation de dix minutes sépare les heures de cours, sauf à 11 h., où cette récréation n'est que de cinq minutes.

Dans toutes les sections, la sortie a lieu à 4 heures le samedi après-midi.

Dans les sections C et E, le samedi après-midi est consacré à la consultation de la bibliothèque.

Art. 30. Un horaire établi par la direction et approuvé par le Département fixe la répartition des leçons.

Art. 31. Les vacances d'été sont de six semaines pour les sections A, B et D et de huit semaines pour les sections C et E, à partir, dans les deux cas, du lendemain des promotions.

Les vacances du Nouvel-An vont du 24 décembre au 3 janvier inclusivement.

Les vacances de Pâques s'étendent, pour les sections A, B et D, du Vendredi-Saint au jeudi après Pâques inclusivement et, pour les sections C et E, du lundi précédant Pâques au jeudi qui le suit inclusivement.

Les cours sont suspendus les jours fériés officiels.

Chapitre VIII. — Discipline.

Art. 32. Tout élève est tenu d'observer les dispositions des règlements, des horaires et des avis affichés dans les divers locaux, et doit se conformer aux recommandations du directeur, des doyens et du personnel enseignant.

Dans la règle, les classes sont ouvertes et fermées par MM. les professeurs avant et après chaque cours; les élèves ne doivent pas entrer en classe avant le professeur, ni rester seuls dans les locaux. Le directeur peut toutefois, s'il le juge convenable, prendre des dispositions spéciales.

Art. 33. Les élèves sont tenus à une stricte ponctualité.

Les heures d'entrée et de sortie sont annoncées par une sonnerie.

Il sera pris note des arrivées tardives et des absences; aucun élève ne peut s'absenter de l'Ecole, pendant les heures de travail, sans autorisation spéciale; l'élève qui arrive en retard s'expose à n'être pas reçu à la leçon. Les arrivées tardives et les absences doivent être motivées par une excuse écrite des parents; toutefois, en cas de fréquentation irrégulière des cours, il peut être adressé à l'élève un avertissement dont les parents ou leur répondant sont avisés. Au deuxième avertissement, il peut être prononcé un renvoi temporaire. En cas de récidive, le renvoi définitif pourra être prononcé par le Département, sur préavis de la direction.

Art. 34. En cas de dégâts occasionnés aux locaux, mobilier, instruments, outils, modèles, livres, etc., par malveillance, désobéissance ou négligence, la classe entière est rendue responsable, à moins que le ou les auteurs ne se fassent connaître.

Les élèves de la classe pourront, outre les frais à payer, avoir à subir une punition générale.

Art. 35. Il est interdit de fumer, de cracher et de lancer des projectiles quelconques dans les bâtiments scolaires ou leurs abords immédiats.

En ce qui concerne la discipline extérieure, l'autorité du personnel enseignant s'exerce indistinctement sur tous les élèves de l'Ecole.

Art. 36. Chaque professeur ou chef d'atelier est chargé de la discipline intérieure de sa classe; il a le droit de renvoyer un élève pour la durée d'une leçon. Il doit alors en aviser tout de suite le doyen.

Les moyens disciplinaires sont:

1. Le renvoi pour une leçon, par le professeur;
2. les consignes infligées par le doyen, avec devoir supplémentaire;
3. les renvois temporaires prononcés par le doyen et ne pouvant excéder une semaine. Le doyen notifiera ces pénalités par écrit au directeur et aux parents. L'élève ne sera reçu de nouveau qu'avec une autorisation signée du doyen;
4. la comparution devant le directeur;
5. l'expulsion prononcée par le Département, sur la proposition du directeur.

Art. 37. Les élèves doivent se présenter dans une tenue convenable et se comporter d'une manière respectueuse envers les maîtres.

Art. 38. Toute société dite „d'étudiants“ ou portant couleurs est interdite à l'Ecole.

Art. 39. Les élèves qui, sans autorisation, quitteraient les cours avant les vacances ou ne les reprendraient pas aux dates prescrites ne seraient de nouveau admis qu'après décision du Département.

Chapitre IX. Travaux des élèves.

Art. 40. Les travaux des élèves sont contrôlés par le corps enseignant, les doyens, le directeur et les membres de la Commission de surveillance.

Dans la règle, chaque mois et pour chacune des branches d'enseignement, les élèves obtiennent, soit par une épreuve orale, écrite, dessinée ou manuelle, soit par le travail du mois (tenue des cahiers, etc.), des notes représentées par les chiffres suivants:

6, Très bien; 5, Bien; 4, Suffisant; 3, Médiocre; 2, Mauvais; 1, Très mauvais; 0, Nul.

La note 0 sera attribuée dans les deux cas suivants: épreuve nulle et épreuve annulée pour fraude constatée.

En cas d'absence excusée, l'élève doit faire, dans le plus bref délai, l'épreuve manquée.

Dans la règle, il n'est donné ni travaux écrits, ni dessins à faire à domicile; toutefois, l'élvèe qui s'est mis en retard dans ses travaux de théorie, qui s'est absenté ou qui a été renvoyé, doit se mettre à jour dans le délai qui lui est fixé par le professeur.

Les épreuves écrites sont rendues aux élèves après correction et les dessins leur seront remis en communication.

Art. 41. Les élèves reçoivent du doyen ou éventuellement du maître de classe, au commencement de chaque mois, un carnet mentionnant les notes de travail obtenues dans le mois écoulé et les observations auxquelles leur travail ou leur conduite a donné lieu.

Les heures d'absence et les arrivées tardives sont inscrites dans le carnet.

Le carnet doit être rapporté, signé par les parents ou leur répondant, dans les deux jours qui suivent sa remise.

Art. 42. A la fin de chaque année, les élèves obtiennent une note générale pour chacune des branches d'enseignement. Cette note est formée par la combinaison des chiffres de travail et des chiffres d'examens.

Pour l'établissement de la moyenne générale des branches théoriques, le travail de l'année compte pour trois quarts et les examens pour un quart.

Pour les travaux d'atelier, ainsi que pour les branches sur lesquelles il n'est pas fait d'examen, cette note générale est déterminée par la moyenne des notes de l'année.

Art. 43. Le règlement spécial détermine pour chaque section les conditions dans lesquelles les travaux des élèves peuvent soit leur être remis, soit être conservés à l'Ecole, soit être vendus sans faire de concurrence directe à l'industrie privée.

Il fixe également quelle peut être la participation des élèves aux bénéfices résultant de la vente.

La fabrication dans les ateliers doit être restreinte aux objets directement utiles à l'enseignement et susceptibles d'être exécutés par les élèves.

Le Département, sur le préavis de la Commission de surveillance, décide de l'exécution des commandes pour les administrations publiques, ou, exceptionnellement, pour des particuliers. (Loi, art. 138.)

Aucun projet ne sera mis à exécution et aucun travail ne pourra être reproduit ou photographié sans l'autorisation du directeur, donnée sur préavis du doyen.

Chapitre X. — Examens.

Art. 44. Les examens d'admission et les examens à refaire ont lieu au commencement de l'année scolaire.

Ils sont écrits ou dessinés. Le professeur chargé d'enseigner la branche sur laquelle l'examen a lieu, le surveille.

Les épreuves sont corrigées par le maître.

L'admission ou la promotion est prononcée par un jury composé du directeur, du doyen et des professeurs intéressés. Il peut être complété par des personnes prises en dehors de l'école et choisies par le Département de l'Instruction publique.

Les décisions du jury sont soumises au Département et ratifiées par lui.

Art. 45. A la fin de l'année scolaire ont lieu des examens de promotion conformément à une tabelle approuvée par le Département.

Ils sont écrits, dessinés ou oraux selon les branches.

Le Département désigne un jury pour chaque branche ou plusieurs branches réunies.

Le professeur chargé de l'enseignement de la branche dans la classe dont il s'agit fait de droit partie du jury nommé pour cette branche.

Le directeur et le doyen font aussi partie de droit du jury.

Art. 46. Pour les examens écrits, le jury arrête les questions proposées par MM. les professeurs d'accord avec eux et sous la présidence du directeur.

Chaque professeur corrige les épreuves de ses élèves; ces épreuves corrigées sont soumises au jury qui les transmet ensuite au directeur.

Le chiffre définitif est déterminé par la moyenne établie entre les appréciations du maître et celles des jurés.

Pour les examens oraux, les questions doivent porter sur la totalité du programme traité dans l'année. Le jury, d'accord avec le professeur, peut les modifier ou en ajouter d'autres.

Dans la règle, le maître chargé de l'enseignement dirige les interrogations.

MM. les jurés ont le droit de poser des questions par l'intermédiaire du maître.

Les questions sont tirées au sort. Avant d'être interrogé, un élève peut demander qu'une seconde question soit tirée, mais il perd ainsi le tiers du chiffre auquel il aurait droit pour sa réponse.

Les maîtres ne sont pas autorisés à communiquer d'avance aux élèves une liste des questions sur lesquelles ceux-ci pourraient être interrogés.

Art. 47. En troisième année, pour les sections C et E, le travail de fin d'études tient lieu d'examen final pour les branches que ce travail comporte.

Art. 48. Les épreuves d'examen ne sont pas rendues aux élèves après correction. Elles restent la propriété de l'Ecole.

Art. 49. Dans les sections C et E, les épreuves de fin janvier tiennent lieu d'examens semestriels. Dans ce but, les élèves sont interrogés sur le champ d'études complet parcouru dans le semestre.

Art. 50. Le règlement de chacune des sections détermine les cas dans lesquels un examen insuffisant peut être refait.

Le directeur peut, pour des motifs graves et sur le préavis des maîtres intéressés et du doyen de la section, ajourner les examens d'un élève.

Toute fraude ou tentative de fraude dûment constatée dans un examen, tout usage de documents ou d'annotations sur un livre servant à l'examen, entraîne l'annulation de tous les examens.

Toute communication verbale dans un examen entraîne l'annulation de cet examen.

Art. 51. Tout élève qui, pour cause de santé, ne s'est pas présenté à un examen, doit, pour être autorisé à le subir après ses camarades, justifier son absence par un certificat médical.

Chapitre XI. — Dispositions financières.

Art. 52. Le règlement spécial de chaque section fixe le montant de la finance d'inscription à payer par les élèves.

Les élèves suisses sont dispensés de cette finance.

Le Département de l'Instruction publique peut, dans certains cas, en dispenser en partie ou totalement les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton.

Le règlement de chaque section détermine aussi les finances spéciales à payer pour l'usage des appareils et outils, substances et matières mis à la disposition des élèves par l'Ecole, soit pour les leçons, soit pour les travaux pratiques dans les laboratoires et ateliers.

Le Département peut, dans certains cas, dispenser de tout ou partie de ces finances spéciales les élèves suisses, ainsi que les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton. (Loi, art. 136.)

Les finances scolaires sont payables par moitiés au commencement de chaque semestre d'études.

Art. 53. Des bourses peuvent être délivrées aux élèves méritants, de nationalité suisse, pour les aider dans leurs études. (Loi, art. 137.)

Chapitre XII. — ***Mentions, certificats, diplômes.***

Art. 54. A la fin de l'année scolaire, des mentions sont délivrées aux élèves réguliers ayant obtenu une moyenne générale d'au moins 4,5 sur 6.

Il en est de même pour les élèves externes qui ont suivi l'enseignement régulièrement et passé avec succès les examens de fin d'année.

Art. 55. Les élèves réguliers peuvent obtenir, à la fin de leur apprentissage, les récompenses suivantes:

Dans les sections A et D, le certificat et le diplôme.

Dans la section B, le certificat de capacité et le diplôme.

Dans les sections C et E, le certificat de fin d'études et le diplôme.

Le règlement de chaque section fixe les conditions dans lesquelles ces récompenses peuvent être obtenues.

Les élèves réguliers ainsi que les élèves externes qui n'obtiennent pas une des pièces ci-dessus, reçoivent un bulletin constatant qu'ils ont suivi l'école et indiquant les aptitudes dont ils ont fait preuve.

Art. 56. Les élèves de l'Ecole des Arts et Métiers sont assimilés aux apprentis quant à leur admission aux examens de fin d'apprentissage organisés par le Département du commerce et de l'industrie.

Chapitre XIII. — ***Sortie.***

Art. 57. Aucun élève régulier ne peut quitter l'école avant la fin de son apprentissage sans avoir obtenu l'autorisation du directeur.

La demande doit être écrite et signée par les parents ou le répondant. Elle doit indiquer les motifs à l'appui de la requête.

La demande est transmise au Département qui, s'il considère comme valables les motifs indiqués, peut autoriser le départ de l'élève.

Tout élève régulier quittant l'Ecole sans autorisation du Département sera considéré comme exclu et inscrit comme tel dans les registres de l'Ecole.

Les élèves externes qui désirent quitter les cours doivent aussi adresser au directeur une demande écrite.

L'élève quittant l'Ecole doit restituer, en bon état, le matériel qui lui a été confié et dont le détail figure dans le livret scolaire. Son compte de dépôt doit être mis à jour et visé par le doyen dans le livret scolaire. Il doit enfin retirer lui-même, avant de partir, tous les objets, dessins ou pièces quelconques qu'il aurait pu déposer à l'Ecole, et en donner décharge.

Une fois ces conditions remplies, le dépôt de garantie est restitué aux parents.

Aucune réclamation ne peut être admise après le départ définitif de l'élève.

Chapitre XIV. — Dispositions spéciales à chaque section.

Art. 58. Le règlement spécial de chaque section détermine:

a) Les branches d'enseignement de la section;
b) Les conditions d'admission dans la section;
c) La durée de l'apprentissage pour chaque métier;
d) Les conditions des stages chez les patrons;
e) Les conditions de promotion d'une classe dans une autre;
f) Le montant des finances à payer pour l'inscription, les laboratoires et les ateliers, et le montant du dépôt de garantie;
g) Les conditions dans lesquelles les travaux des élèves peuvent leur être remis ou être conservés, ainsi que la participation aux bénéfices résultant de la vente;
h) L'organisation et le fonctionnement des classes ou ateliers et le contrôle des travaux;
i) Les heures d'ouverture et le fonctionnement des bibliothéques;
j) Les règlements pour l'obtention des certificats et du diplôme.

Chapitre XV. — Anniversaires patriotiques.

Art. 59. Les anniversaires de l'Escalade, de la Restauration, de l'arrivée des troupes suisses au Port-Noir et du premier Traité d'alliance des Confédérés seront commémorés par un récit ou une causerie, le 11 décembre et le 1er juin.

A. Section des métiers. (Règlement spécial.)

But.

Article premier. La section des Métiers comprend l'apprentissage des professions suivantes: charpente, menuiserie, ébénisterie, menuiserie en voitures (automobile), serrurerie, ferblanterie et plomberie, etc. Elle comprend aussi un cours spécial de construction et appareillage de la pierre à l'usage des dessinateurs-architectes, maçons et tailleurs de pierre.

Branches d'enseignement.

Art. 2. Les élèves réguliers suivent les branches d'enseignement qui correspondent à leur métier et qui sont déterminés par le programme, savoir:

Arithmétique, géométrie, dessin, dessin technique, projections, français et correspondance, construction et mouluration, appareillage de la pierre, dessin des règles de menuiserie, ébénisterie et serrurerie, métrés, stéréotomie appliquée à chaque métier, cours d'installation d'eau et d'éclairage, technologie, comptabilité, dessin de croquis, etc.

Ce programme comprend en outre des travaux d'atelier, des visites de chantiers ou d'usines, ou un stage chez des industriels.

La durée de l'apprentissage est de trois ans pour toutes les professions.

Art. 3. Pendant la période d'apprentissage, la direction peut, si elle le juge nécessaire, placer l'apprenti dans un atelier particulier pour compléter son instruction manuelle; toutefois, l'élève reste sous la surveillance de l'Ecole, et il est astreint à suivre les cours théoriques qui correspondent à son année d'apprentissage.

Conditions d'admission et de promotion.

Art. 4. Pour être admis comme élève régulier de la section des métiers, il faut être âgé de 14 ans révolus, et justifier par un examen des connaissances suivantes:

Arithmétique. — Calculs sur les surfaces et les volumes. Densité. Système métrique. Nombres complexes. Subdivision du temps et de la circonférence. Problèmes.

Géométrie. — Aire des polygones irréguliers. Développement et surface de la pyramide et du cône. Volume des corps. Applications simples et pratiques.

Dessin. — Dessin d'objets simples de formes géométriques. Croquis cotés. Perspective d'observation.

Français. — Grammaire, orthographe, rédaction.

La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission; en outre, sur aucune d'elles, l'élève ne devra avoir de chiffre inférieur à 3.

Si l'élève a un ou plusieurs chiffres inférieurs à 3, il devra suivre les cours complémentaires portant sur les branches faibles.

Les élèves sortant promus de la 6me année primaire sont admis sans examen en 1re année, s'ils n'ont pas un chiffre (moyenne) inférieur à 3 sur 6, sur l'arithmetique, la géométrie, le dessin et le français.

Ceux qui ont un chiffre inférieur à 3 sur l'une ou l'autre de ces branches, ont un examen à refaire sur cette branche.

Tout élève obtenant à l'examen d'admission ou à refaire deux chiffres 2 ou un seul chiffre 1 n'est pas admis.

Art. 5. La section admet des élèves externes. Ceux-ci doivent posséder les connaissances suffisantes pour profiter de l'enseignement de la branche choisie.

Ils pourront être astreints à un examen pour justifier de leurs capacités.

Art. 6. En s'inscrivant, les externes déclarent se conformer à l'horaire des leçons.

Art. 7. Les élèves qui désirent suivre le cours spécial de construction et appareillage de la pierre sont considérés comme externes.

Ce cours reçoit des élèves de deux catégories:

1re année. Cours élémentaire destiné aux maçons et tailleurs de pierre.

Conditions d'admission de l'article 4.

2me année. Cours moyen, destiné aux dessinateurs architectes et employés d'entrepreneurs.

Conditions d'admission: Examen d'admission portant sur le programme de la 7me primaire ou de la 1re année de l'Ecole professionnelle.

Les élèves sortant promus de ces classes sont admis sans examen, s'ils n'ont pas de chiffre (moyenne) inférieur à 3 sur 6 sur l'arithmétique, la géometrie, le dessin et le français.

Ceux qui ont un chiffre inférieur à 3 sur l'une ou l'autre de ces branches, ont un examen à refaire sur cette branche.

Art. 8. Dans la règle, les admissions ne peuvent avoir lieu qu'au commencement de l'année scolaire.

Exception peut être faite pour les candidats qui se présentent un ou deux mois avant la fin de l'année scolaire. Dans ce cas, ils sont admis à l'atelier seulement, et le temps restant à écouler jusqu'à la fin de l'année ne compte pas pour l'apprentissage.

Art. 9. La promotion d'une classe dans la suivante se détermine comme suit:

La moyenne générale pratique est doublée (max. 12) et l'on y ajoute la moyenne générale des notes théoriques (max. 6).

Pour être promu, l'élève doit obtenir une moyenne de 10 points sur le max. 18, et ne pas avoir la moyenne générale pratique inférieure à 3,5 ou deux notes théoriques inférieures à 3. Toutefois, tout élève dont la note pratique n'est pas inférieure à 3,5 a le droit de faire à la rentrée des examens complémentaires sur les branches théoriques pour lesquelles le minimum n'a pas été atteint.

Les mêmes conditions que celles qui sont requises pour l'admission sont applicables à ces examens.

Tout élève ayant été absent à un examen est tenu de le faire.

Art. 10. A la fin de l'année scolaire, il est attribué à chaque élève une note générale pour le travail pratique et une note générale pour chacune des branches théoriques. Dans la détermination de cette dernière note, le travail de l'année intervient pour trois quarts et le chiffre obtenu aux examens pour un quart.

Finances.

Art. 11. Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 20 francs par an.

Les élèves externes paient 2 francs par an pour une heure d'enseignement par semaine.

Les élèves suisses réguliers ou externes sont dispensés de ces finances.

Travaux des élèves.

Art. 12. La section met à la disposition des élèves l'outillage et la matière première nécessaires aux travaux d'atelier.

En principe, tous les travaux appartiennent à l'Ecole; toutefois, la direction verra, dans certains cas, dans quelles conditions les travaux des élèves pourront leur être remis.

Les élèves de 2me et 3me année qui exécuteront un travail commandé à l'Ecole ou qui serait vendu, recevront une gratification, dont la direction se réserve de fixer le montant.

En cas d'indiscipline, la remise de certains travaux ou les gratifications pourront être supprimées.

Art. 13. Les élèves de 2me et 3me année fabriquent eux-mêmes leur outillage personnel. Ils ont le droit de consacrer à ce travail une demi-journée par semaine.

Toutefois cette demi-journée n'est accordée qu'aux élèves fréquentant assidûment l'Ecole.

L'Ecole fournit gratuitement aux élèves la matière première, ainsi que certaines pièces spéciales.

L'outillage n'est remis aux élèves qu'à la fin de leur apprentissage et si leur conduite a été satisfaisante.

Organisation intérieure.

Art. 14. Dans les ateliers, chaque élève reçoit un carnet de travail dans lequel il doit inscrire, jour par jour, l'emploi de son temps.

Il doit prendre soin de son outillage personnel, dont il est responsable. Les outils servant à la collectivité doivent être nettoyés et remis en place de suite après leur emploi.

Les outils spéciaux enfermés dans les armoires doivent être demandés au chef d'atelier. L'élève, en en prenant possession, devra signaler ceux qui pourraient être détériorés, de façon à dégager sa responsabilité.

Art. 15. Dans chaque atelier, le chef d'atelier nomme un élève semainier, dont la tâche est fixée par un ordre de service.

Art. 16. L'enseignement, et, en particulier, les travaux pratiques sont contrôlés périodiquement par la sous-commission; tous les mois, il est attribué à chaque élève une note de bienfacture et une note de diligence pour ses travaux. Chacune des branches théoriques reçoit, dans la règle, une note mensuelle.

Art. 17. Chaque élève reçoit une „feuille de travail" où il inscrit jour par jour l'emploi de son temps. Cette feuille est contrôlée chaque semaine par le chef d'atelier et soumise aux commissaires chargés de la visite des travaux.

Elle sert à établir, à la fin de chaque mois, le compte exact, en heures, du temps consacré à chacun des travaux présentés.

Art. 18. Les carnets de notes mensuelles sont établis par le doyen qui, dans la règle, les remet dans les premiers jours de chaque mois.

L'élève doit rapporter son carnet signé dans les deux jours qui suivent sa remise.

Bibliothèque.

Art. 19. Les élèves de 2me et 3me année sont autorisés à consulter les volumes de la bibliothèque.

Ces volumes ne peuvent être emportés à domicile qu'avec l'autorisation du doyen, qui inscrira leur sortie sur un registre spécial.

Aucun livre ne pourra rester dehors plus d'une semaine, et tous les volumes prêtés doivent êtres rendus le 25 juin, au plus tard.

Mention, Certificat, Diplôme.

Art. 20. Les élèves de 1re et 2me année qui obtiennent une moyenne générale de 4,5 sur 6 (soit 13,50 sur 18) et qui n'ont pas de note théorique inférieure à 3 reçoivent une mention.

Art. 21. Les élèves réguliers qui ont achevé leur apprentissage dans des conditions normales et qui obtiennent dans l'année supérieure une moyenne de 3,5 sur 6 (10,5 sur 18), reçoivent un certificat. Ils doivent avoir une moyenne de 3,5 sur 6 pour le travail pratique et pas plus d'une note théorique inférieure à 3.

Ar. 22. Les élèves réguliers qui, dans l'année supérieure, obtiennent une moyenne générale de 4,8 sur 6, sans aucun chiffre inférieur à 3,5, ont droit au diplôme.

B. Section des Arts industriels. (Règlement spécial.)

But et Organisation.

Article premier. La Section des Arts industriels a pour but l'enseignement de l'art décoratif et son application à l'industrie.

Elle forme des artisans pour les professions suivantes:

Peinture décorative; Peinture sur émail et émaillerie; Gravure, ciselure, bijouterie, orfèvrerie, joaillerie.	5 années d'études.
Sculpture sur pierre; Sculpture sur bois; Ebénisterie d'art; Ferronnerie (ou fer forgé); Broderie d'art.	4 années d'études.
Moulage en plâtre;	3 années d'études

Art. 2. L'enseignement se donne dans des ateliers d'application et dans les cours généraux suivants: composition décorative, dessin de figure et académie, dessin d'ornement et d'éléments naturels, éléments d'architecture, modelage (figure et ornement), histoire de l'art, héraldique, conférences pédagogiques par les professeurs ou par des artistes et artisans sur les différents métiers d'art enseignés.

Art. 3. Les élèves forment deux catégories: les élèves réguliers et les élèves externes.

Art. 4. Les élèves réguliers sont ceux qui suivent le cycle complet des études.

Les élèves externes sont: A. Les élèves sortis de la section et qui continuent à y suivre des cours; B. Les personnes fournissant la preuve qu'elles possèdent les connaissances suffisantes pour suivre l'enseignement avec fruit et qui s'engagent à suivre régulièrement les cours qu'elles auront choisis.

Art. 5. Les élèves brodeuses inscrites dans la Section des Arts industriels doivent, pour être considérées comme élèves régulières, suivre l'atelier de l'Ecole professionnelle et ménagère, ou l'avoir suivie pendant 3 années. Elles peuvent aussi être considérées comme élèves régulières si elles sont employées comme brodeuses dans un atelier particulier.

Conditions d'admission.

Art. 6. Pour être admis sans examen comme élève régulier, il faut être âgé de 14 ans révolus, sortir promu de la classe complémentaire, soit 7me primaire, ou de 1re année de l'Ecole professionnelle des jeunes gens ou des jeunes filles sans avoir un chiffre inférieur à 3 sur 6 pour la géométrie et le français, et à 4 sur 6 pour le dessin.

Les candidats qui ne possèdent pas un certificat d'études équivalent au moins à la 7me primaire ou à la 1re année de l'Ecole professionnelle, doivent subir un examen d'admission de dessin, de géométrie et de français.

Cet examen porte sur les connaissances suivantes:

Dessin. — Dessin d'après nature d'objets simples de forme géométrique ou d'ornementation simple d'après le plâtre. Croquis à main levée. Perspective d'observation.

Géométrie. — Constructions élémentaires avec la règle et le compas. Construction de triangles. Etude des angles et construction des polygones réguliers et irréguliers. Lieux géométriques. Théorème de Pythagore. Aire des figures planes. Développement et aire des solides développables usuels; prisme, pyramide, cylindre, cône.

Français. — Grammaire, orthographe, rédaction.

La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission; en outre, l'élève ne devra pas avoir de chiffre inférieur à 3 pour la géométrie et le français et à 4 pour le dessin.

Si, dans les deux cas indiqués ci-dessus, l'élève n'obtient pas le chiffre minimum prévu, il devra suivre des cours complémentaires sur les branches faibles.

Tout élève ayant un chiffre inférieur à 2 n'est pas admis.

Art. 7. En s'inscrivant, les élèves externes devront indiquer, conformément à l'horaire des leçons, les heures qu'ils désirent con-

sacrer aux études ou aux travaux d'application. Ils seront tenus ensuite de suivre régulièrement l'enseignement pour lequel ils seront inscrits et suivant l'horaire établi lors de leur entrée.

Finances.

Art. 8. Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 20 francs par an.

Les élèves externes paient 2 francs par an pour une heure d'enseignement par semaine.

Les élèves suisses réguliers ou externes sont dispensés de ces finances.

Art. 9. Tous les élèves paient en outre une finance spéciale de 10 francs par an pour l'usage du matérial et des outils, substances et matières.

Le Département peut, dans certains cas, dispenser de tout ou partie de cette finance spéciale les élèves suisses, ainsi que les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton.

Art. 10. A son entrée, chaque élève est tenu de faire un dépôt de garantie de 10 francs, qui lui est restitué à son départ régulier lorsqu'il a terminé ses études complètes, et qu'il rend en bon état le matériel qui lui a été remis lors de son admission. A la fin de chaque semestre, l'élève doit compléter la caution déposée par le versement d'une somme égale à celle qui a pu être prélevée pour réparation des dégâts commis, soit par lui, soit par la classe entière.

Organisation intérieure.

Art. 11. L'ordre le plus complet doit régner pendant les leçons; il est interdit aux élèves de sortir de leur classe sans autorisation.

Art. 12. Dans chaque atelier, le professeur nomme un élève semainier, dont la tâche est fixée par un ordre de service.

Art. 13. Les carnets mensuels de notes sont établis par le doyen qui les remet dans les premiers jours de chaque mois. Dans la règle, les élèves doivent les rapporter signés dans les deux jours.

Art. 14. A la fin de l'année scolaire, les élèves doivent retirer des classes tous les objets leur appartenant, l'administration déclinant toute responsabilité concernant le matériel des élèves laissé dans les locaux pendant les vacances.

Art. 15. Le contrôle et l'appréciation des travaux des élèves se font à la fin de chaque mois, d'un commun accord entre les professeurs intéressés et le doyen.

Bibliothèque.

Art. 16. L'accès de la bibliothèque et la consultation des ouvrages ne seront accordés pendant les heures de leçons qu'aux élèves munis d'une autorisation délivrée par le professeur. Les élèves doi-

vent se conformer aux avis du bibliothécaire et observer dans le local de la bibliothèque la même discipline que dans les classes.

Art. 17. Les élèves, à partir de la 3me année, sont autorisés à emporter chez eux certains ouvrages ou planches détachées, spécialement désignés à cet effet, après les avoir fait inscrire par le bibliothécaire. Ces ouvrages ne pourront, dans la règle, être gardés plus de 8 jours. Néanmoins, une réinscription pour une nouvelle période de 8 jours sera autorisée, à moins que les ouvrages prêtés ne soient réclamés d'autre part.

Tous les ouvrages doivent être rendus avant le 25 juin au plus tard, chaque année.

Art. 18. Il est déposé à la bibliothèque un registre où les professeurs et les élèves peuvent inscrire les livres qu'ils désirent voir acquérir.

Mention, Certificat de capacité et Diplôme.

Art. 19. A la fin de l'année scolaire, des concours ont lieu pour tous les enseignements. La promotion des élèves d'une classe dans une autre est arrêtée dans une conférence formée du directeur, du doyen, des professeurs intéressés et du jury, qui prennent connaissance des chiffres que les élèves ont obtenus dans l'année.

Tout élève ayant été absent à un examen ou à un concours peut être tenu de le faire.

Les élèves obtenant un minimum de 4,5 comme moyenne, obtiennent une mention.

Art. 20. Un certificat de capacité est délivré aux élèves réguliers qui ont achevé leur apprentissage dans des conditions normales.

Pour mériter le certificat de capacité, l'élève doit remplir les conditions indiquées au règlement spécial qui concerne ce certificat.

Art. 21. Pour être admissible à concourir au diplôme de la section, il faut avoir obtenu le certificat de capacité.

Règlement pour l'obtention du Certificat de capacité et du Diplôme.

Certificat de capacité.

Article premier. A la fin de l'année supérieure, le certificat de capacité est délivré aux élèves réguliers qui répondent aux conditions suivantes :

a) Être classé en 4me ou 5me année d'études, suivant l'atelier auquel l'élève appartient ;
b) Avoir suivi le cycle complet des études, cours généraux et atelier ;
c) Avoir obtenu du directeur l'autorisation de présenter au jury son bagage artistique, comprenant les études et les travaux exécutés à l'école pendant toute la durée de l'apprentissage ;

d) Présenter en même temps ses travaux de concours annuels, y compris celui de l'année supérieure, qui, exceptionellement, aura lieu avant la fin de l'année scolaire;

e) En ce qui concerne les élèves brodeuses, avoir obtenu et présenté leur certificat de fin d'apprentissage de l'Ecole professionnelle et ménagère des jeunes fillles, ou celui du Département du Commerce et de l'Industrie.

Pour les brodeuses travaillant dans l'industrie, elles devront présenter une attestation justifiant un stage de trois années au moins dans un atelier particulier.

Art. 2. Les travaux de l'élève sont soumis à un jury composé du directeur, du doyen, des membres de la commission de surveillance, auxquels pourront être adjointes d'autres personnes désignées par le Département.

Les professeurs des enseignements suivis par l'élève, participent aux travaux du jury.

Art. 3. Le jury décide par un double vote au bulletin secret.

Au premier vote, il décide par oui ou par non si l'élève mérite le certificat de capacité.

Le second vote n'a lieu que si le premier est favorable au candidat. Il détermine le chiffre (moyenne) obtenu par l'élève.

Ce chiffre ne peut être inférieur à 5.

Art. 4. Le candidat dont la demande n'aurà pas été agréée, ou qui n'aura pas obtenu le certificat de capacité, pourra se présenter à nouveau l'année suivante.

S'il échoue une deuxième fois, il ne peut se représenter.

Diplôme.

Art. 5. Pour obtenir le diplôme de la section, l'élève doit:

a) Avoir obtenu le certificat de capacité;

b) Avoir obtenu du directeur l'autorisation d'exécuter le travail dit de fin d'études, solon le programme de chaque classe.

Ce travail s'étend sur une période maximum de 3 mois pour toutes les professions, à l'exception de la classe de moulage pour laquelle le délai est de 2 mois et celle de dessin de broderie dont le travail doit se faire en 30 jours.

Art. 6. Le travail de fin d'études comprend:

a) La composition;

b) L'exécution.

Pour les élèves mouleurs, la composition n'est pas exigée.

Art. 7. Ce travail devra constituer, autant que possible, un résumé des connaissances acquises par le candidat dans les différentes branches de l'enseignement qu'il aura suivi.

D'autre part, le candidat est libre de donner plus d'importance à celle des branches d'études qui lui conviendra le mieux.

Art. 8. Le travail sera exécuté en loge.

Les heures fixées pour le travail en loge sont de 6 heures du matin à 7 heures du soir, tous les jours, sauf le dimanche.

Art. 9. Il est interdit au candidat:

a) De séjourner dans la loge en dehors des heures fixées;
b) D'y laisser pénétrer qui que ce soit;
c) De sortir de sa loge sans autorisation.

Art. 10. Une surveillance spéciale du concours sera organisée.

Art. 11. Toute infraction aux conditions du concours entraînera l'annulation de celui-ci.

Art. 12. La section couvre les frais de matières premières et autres, nécessaires à l'exécution du travail de fin d'études. Un devis de ces frais sera préalablement établi et soumis à l'approbation de la direction.

Art. 13. Une exposition publique des travaux des candidats a lieu pendant huit jours, dont un dimanche, aussitôt après la décision du jury.

Art. 14. Les travaux diplômés restent la propriété de la section.

Art. 15. Les candidats diplômés reçoivent une reproduction photographique ou autre de leur œuvre. Dans certains cas spéciaux, cette dernière peut leur être prêtée, contre reçu, pour un temps déterminé.

Art. 16. Les travaux non diplômés peuvent, après l'exposition, être acquis par leur auteur, moyennant le remboursement à la section des frais d'exécution.

Art. 17. Le jury est composé de la même façon que pour le jugement du certificat de capacité, et le mode de jugement est semblable.

Art. 18. Le diplôme ne peut être délivré que dans les deux années qui suivent l'achèvement des études du candidat.

En cas de force majeure empêchant l'élève de faire son travail de diplôme dans les délais prescrits, celui-ci peut être mis au bénéfice d'une mesure d'exception accordée par le Département de l'Instruction publique.

Programme spécial du travail de fin d'études pour les différentes classes.

Classe de peinture décorative.

Composition.

Esquisse dessinée.

Projet de peinture décorative comprenant de la figure et de l'ornement.

Le projet pourra contenir aussi des parties modelées.

Exécution.

Projet de peinture décorative avec dessin géométral et perspective.

Exécution grandeur nature avec rendu en couleur d'une partie du projet ci-dessus, si celui-ci n'a pas été établi grandeur d'exécution.

Classe de peinture sur émail et émaillerie.

Composition.

Composition d'un objet décoré en émaillerie selon les divers procédés techniques; émaux incrustés ou émaux peints.

La figure devra, autant que possible, prendre une part importante dans la composition.

Exécution.

1. Exécution de la pièce composée.
2. Peinture en couleurs sur blanc, sur pâte ou sous-fondant d'une tête ou d'un sujet en petites dimensions.

Classe de ciselure, gravure, bijouterie, joaillerie, orfèvrerie.

Composition.

Esquisse modelée ou dessinée, soit:

Au choix du candidat, l'esquisse d'un objet comportant une décoration de figure et ornements combinés, appliqués à l'industrie.

Ou deux esquisses, l'une d'ornement, l'autre de figure décorative appliquée à l'industrie.

Exécution.

Si le candidat choisit un objet décoré de figures et ornements combinés, il devra fournir:

1. L'étude modelée en 18 séances, d'une ou des figures de sa composition.
2. L'exécution en métal d'une partie ou de la totalité de sa composition.

Si le candidat choisit la seconde partie du programme, il devra fournir:

Une étude modelée des deux projets et l'exécution de l'un des projets.

Classe de sculpture.

Composition.

Esquisse dessinée ou modelée, soit de figure décorative, soit de décoration ornementale d'intérieur ou d'extérieur, ou de mobilier.

Exécution.

Si la composition a pour base la figure décorative, le candidat devra fournir:

a) Une étude modelée d'après nature, demi-grandeur, environ, en 18 séances, de la ou des figures de sa composition;

b) Une exécution en marbre, pierre ou bois, d'une des études de figure prise dans son bagage artistique ou d'après une œuvre de maître.

Si la composition est à base ornementale, le candidat devra fournir:

a) Une étude modelée d'un des principaux motifs de sa composition à demi-grandeur d'exécution pour un projet de décoration extérieure; à grandeur d'exécution pour un projet de décoration intérieure;

b) Une exécution en marbre, pierre ou bois, d'une des études prises dans son bagage artistique.

Classe de ferronnerie.

Composition.

Esquisse dessinée ou modelée d'un motif applicable à la décoration du bâtiment ou du mobilier.

Exécution.

a) Modelage d'un fragment du motif composé;

b) Exécution en fer de la composition comprenant les travaux de la forge, de l'ajustage, du repoussé.

Classe de moulage.

Exécution.

a) Moulage à creux perdu et épreuve d'un buste ou d'une statue;

b) Chape pour la gélatine d'un buste, d'une statue ou d'un morceau d'ornement;

c) Moule à pièce et épreuve d'un buste ou d'uue statuette;

d) Exécution en plâtre, d'après dessin et plan, à l'échelle de 10 centimètres par mètre, ou de 5 centimètres, selon l'importance du travail, d'un morceau d'architecture, tel que: socle, fragment de monument, meuble, le tout composé de moulures sans ornement.

Dessin de broderie.

Composition.

Dessin et rendu en couleur de deux projets de broderie s'appliquant soit au costume, soit à l'ameublement, et pouvant s'exécuter l'un à la main, l'autre à la machine, ou par les deux procédés à la fois.

Temps accordé: 30 jours.

C. Section de Construction et Génie civil (pour techniciens).
(Règlement spécial.)

But et durée de l'enseignement.

Article premier. L'enseignement de la Section de Construction et de Génie civil prépare pour les industries du bâtiment et des travaux publics, des techniciens possédant les connaissances théoriques et techniques indispensables à l'exercice de leur profession et pouvant devenir des chefs de chantiers, conducteurs et inspecteurs de travaux, constructeurs ou chefs de service.

La durée de l'apprentissage est de 3 années.

Branches d'enseignement.

Art. 2. Les branches d'enseignement sont:

Cours généraux: Algèbre, mécanique générale, géométrie et trigonométrie, géométrie analytique, géométrie descriptive, statique graphique, résistance des matériaux, physique générale, chimie, géologie et technologie, rédaction et correspondance, métré, législation du bâtiment.

Cours d'application: Génie civil: levé de plans, nivellement, terrassements, construction de routes, hydraulique, projets et devis.

Construction: dessin de construction, d'architecture et d'ornement, perspective, construction en maçonnerie, en ciment armé, en bois, constructions métalliques, hygiène de la construction, projets et devis, travaux d'atelier.

Conditions d'admission et de promotion.

Art. 3. Pour être admis en première année, comme régulier ou externe, l'élève doit être âgé de 15 ans révolus.

Art. 4. Les élèves qui se présentent pour être admis comme élèves réguliers ou externes ont à subir l'examen d'admission prévu à l'art. 21 du règlement général.

Les externes ont à subir l'examen sur les branches dont la connaissance est nécessaire pour suivre l'enseignement.

Art. 5. Les examens d'admission portent:

a) Pour la première année, sur les branches suivantes:

Arithmétique et algèbre: Système métrique, mesures décimales et complexes, opérations avec fractions, notions de rapport, racine carrée, opérations algébriques, équations du premier degré à une ou deux inconnues.

Géometrie: Constructions élémentaires avec règle et compas, constructions des triangles, des polygones réguliers.

Lieux géométriques les plus simples.

Aire et volume des corps simples, prisme droit, cylindre et cône de révolution.

Dessin technique: Notions élémentaires, usage des instruments, mise au net d'un croquis.

Français: Exercices de rédaction en application des règles essentielles de la grammaire, orthographe, composition.

b) Pour les 2me et 3me années, sur le programme complet des années précédentes.

Art. 6. La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission; en outre, sur aucune d'elles, l'élève ne devra avoir un chiffre inférieur à 3, à l'exception des mathématiques, pour lesquelles le chiffre minimum est 3,5.

Art. 7. Les élèves sortant promus de l'Ecole professionnelle (2me année), du Collège inférieur (5me classe), sont admis en 1re année, sans examen, s'ils n'ont pas de chiffre inférieur à 3 pour l'arithmétique et algèbre, la géométrie, le dessin technique et le français.

Les élèves sortant de 5me classe du Collège seront astreints, au début de l'année scolaire, à suivre des leçons supplémentaires de dessin technique.

Art. 8. Il ne peut être admis d'élèves externes suivant tous les cours.

Art. 9. Pour passer de 1re en 2me année, il faut que l'élève obtienne une moyenne, pour les chiffres de l'année et d'examens, d'au moins 3,5 sur 6, le chiffre de l'année comptant pour trois quarts et celui de l'examen pour un quart. En outre, la moyenne de chaque branche ne peut être inférieure à 3 sur plus de deux branches, les notes de géométrie et d'algèbre devant en tout cas atteindre 3,5.

Pour le passage de 2me en 3me, les conditions sont les mêmes, mais la note 3,5 doit être atteinte pour la construction, le génie civil, la géométrie et la résistance des matériaux.

Les élèves ayant une moyenne inférieure à 2 sur une seule branche ne sont pas promus.

Art. 10. Un élève non promu peut, sur sa demande, être autorisé à subir, au commencement de l'année suivante, un examen complémentaire sur les branches dont la moyenne est inférieure à 3,5 sur 6 pour les mathématiques, et 3 pour les autres branches.

Si la moyenne des résultats de cet examen supplémentaire est d'au moins 3,5, l'élève est promu, à la condition qu'il n'ait pas de chiffre inférieur à 3,5 pour la géométrie, l'algèbre, la construction et le génie civil.

Tout élève ayant été absent à un examen est tenu de le faire dans le plus bref délai.

Matériel scolaire.

Art. 11. Chaque élève est tenu de se procurer le matériel nécessaire à son travail, suivant liste remise au commencement de chaque année, et de maintenir ce matériel en bon état.

Art. 12. Dans le cas où des autographies fournissant des résumés d'un cours, des reproductions de dessins, etc., seraient remises

aux élèves pour les aider dans leur travail scolaire, ceux-ci sont tenus d'en acquitter le prix fixé par le directeur.

Toutefois, si un élève n'achève pas ses études à l'Ecole, il peut être tenu de rendre ces documents, contre remboursement partiel de leur valeur.

Travaux des élèves.

Art. 13. Le doyen décide si les travaux consistant en dessins sont rendus aux élèves, et fixe l'époque de cette remise. Les travaux exécutés dans les ateliers restent, dans la règle, la propriété de l'Ecole; s'ils sont rendus aux élèves, ceux-ci ont à rembourser à l'Ecole la valeur de leur matière brute.

Finances.

Art. 14. Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 150 francs par an.

Les élèves externes paient une finance d'inscription de 10 francs par an pour une heure de cours par semaine.

Les élèves de nationalité suisse, réguliers ou externes, sont dispensés de ces finances.

Art. 15. Tous les élèves paient en outre une finance spéciale pour l'usage des appareils et outils, substances et matières, livres ou modèles, mis à leur disposition pour les leçons ou les exercices pratiques.

Cette contribution est de 80 francs par an pour les élèves réguliers.

Les externes paient 5 francs par an pour une heure de leçon par semaine, mais cette finance n'est exigée que pour la construction, le génie civil, le métré et les travaux pratiques (règles, cartonnage, modelage).

Art. 16. Les élèves réguliers ou externes déposent, à leur entrée dans la section, une caution de 10 francs comme garantie de la restitution en bon état du matériel qui leur a été confié: mobilier scolaire, outils, instruments, planches, livres, manuels spéciaux fournis par l'établissement, etc. A la fin de chaque semestre, l'élève doit compléter la caution déposée par le versement d'une somme égale à celle qui a pu être prélevée pour réparer les dégâts commis, soit par lui, soit par la classe entière.

Visites d'usines ou de chantiers. Courses techniques.

Art. 17. Les professeurs peuvent, avec l'autorisation du directeur et éventuellement du Département de l'Instruction publique, organiser des visites d'usines ou de chantiers ou des courses techniques se rapportant aux sujets traités dans leur cours et destinées à compléter leur enseignement.

Art. 18. Les visites d'usines ou de chantiers et les petites courses techniques se font autant que possible dans l'horaire ordinaire du professeur; elles ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation du di-

recteur, sur le préavis favorable du doyen. Si le temps réservé au professeur, d'après l'horaire, ne suffit pas pour la visite projetée, le professeur doit informer le doyen assez tôt pour que celui-ci puisse prendre toutes les mesures utiles, notamment prévenir le directeur et éventuellement aviser le ou les professeurs dont les élèves devraient manquer les cours.

Art. 19. Outre les visites d'usines ou les petites courses dans le rayon immédiat de la Ville, il peut être organisé, par volée, chaque année, et avec l'autorisation du Département de l'Instruction publique, une grande course technique. Le programme de cette course sera soumis à la conférence des professeurs. La conférence sera appelée à préaviser sur le programme général de la course, et le professeur chargé de la direction de la course pourra demander à être accompagné d'un ou plusieurs de ses collègues.

Art. 20. Un devis sera présenté au Département au sujet des frais et débours qu'auront à faire les professeurs qui organisent une course technique. Sur la base de ce devis, et une fois celui-ci accepté par le Département, ces frais leur seront remboursés.

Art. 21. Le doyen peut interdire à un élève la participation à une course technique, lorsque la conduite de l'élève aura donné lieu à des plaintes sérieuses pendant l'année scolaire. Aucune personne étrangère à l'Ecole ne peut participer soit à une visite d'usine ou de chantier, soit à une course technique, sans l'autorisation expresse du directeur.

Art. 22. Les leçons supprimées par le fait d'une visite d'usine ou de chantier ou d'une course technique ne sont pas remplacées. Les élèves qui ne participent pas à la course sont tenus de venir à l'Ecole et d'y faire les travaux qui leur seront imposés par le doyen.

Tout élève qui, ayant le droit de participer à la course, ne pourrait s'y rendre pour des raisons particulières, est cependant tenu de les indiquer au doyen.

Art. 23. Les élèves qui participent à une course technique sont tenus d'en faire un compte rendu ou au moins un résumé; certains frais communs peuvent être mis à la charge des participants (pourboires, gratifications, etc.). Cependant, les clichés pris par les élèves et pouvant servir éventuellement pour une conférence, peuvent leur être remboursés. Les élèves sont tenus d'observer rigoureusement les instructions qui leur sont données, soit par les professeurs qui participent à la course, soit par toute autre personne qui pourrait être chargée par le directeur d'assister les professeurs pendant la durée de celle-ci.

Art. 24. Les courses scolaires étant considérées comme un moyen d'enseignement, les élèves qui y participent restent, pendant toute la durée de celles-ci, sous l'autorité du corps enseignant.

Bibliothèque.

Art. 25. La bibliothèque de la section est ouverte, à tous les élèves, de 2 à 4 heures de l'après-midi, le samedi.

Seuls les élèves réguliers de 2me et 3me année sont autorisés à emporter des ouvrages, après les avoir fait inscrire personnellement par le bibliothécaire. Ces ouvrages ne peuvent être gardés plus de huit jours.

Si, au bout de ce temps, les élèves désirent les garder pour une nouvelle période de huit jours, ils doivent les faire réinscrire.

Ils ne peuvent prendre plus de deux ouvrages à la fois, soit un de génie civil et un de construction.

La direction établit la liste des ouvrages qui ne peuvent être prêtés à domicile. Tout ouvrage détérioré devra être remplacé ou réparé, suivant les cas, par l'auteur des dégâts.

Tous les volumes prêtés devront être rendus le 25 juin, au plus tard.

Art. 26. Il est déposé à la bibliothèque un registre où les professeurs et les élèves peuvent inscrire les livres qu'ils désirent voir acquérir.

Mention. Certificat de fin d'études. Diplôme.

Art. 27. Les élèves de 1re et 2me année qui obtiennent une moyenne générale de 4,5 sur 6 et qui n'ont pas de chiffre (moyenne) inférieur à 3, reçoivent une mention.

Art. 28. A la fin de leur apprentissage, les élèves réguliers qui ont obtenu dans l'année supérieure une moyenne générale de 4 sur 6 et qui n'ont aucun chiffre inférieur à 3 sur 6, reçoivent un certificat de fin d'études qui leur donne le droit de se présenter à l'examen pour l'obtention du diplôme.

Art. 29. L'élève qui n'obtient pas le certificat de fin d'études doit, s'il désire l'obtenir l'année suivante, refaire sa 3me année et y obtenir la moyenne prévue par l'art. 28.

S'il échoue une seconde fois, il ne peut se représenter.

Art. 30. Le diplôme est accordé aux élèves qui, ayant terminé leur apprentissage, ont obtenu le certificat de fin d'études et subi avec succès un examen oral permettant de constater qu'ils possèdent bien les connaissances théoriques et pratiques nécessaires à l'exercice de leur profession.

Art. 31. L'examen du diplôme porte sur un projet de fin d'études et comprend:

1. L'étude de plans et dessins d'exécution, avec mémoire à l'appui, portant sur les branches enseignées.

2. Un exposé oral en présence du jury, exposé dans lequel l'élève doit expliquer et justifier son travail et répondre aux questions qui lui sont posées.

L'examen est apprécié par un jury nommé par le Département de l'Instruction publique.

Le rang d'appel des élèves est déterminé par le sort.

Art. 32. Le programme du travail de fin d'études est remis aux candidats, avec les instructions nécessaires, dans le courant du mois d'avril.

Ces instructions sont également communiquées au jury.

La direction fixe, chaque année, les dates auxquelles doivent être remis les mémoires et les dessins, ainsi que celle des examens oraux.

Art. 33. Les travaux prévus à l'art. 31 portent sur la construction du bâtiment et le génie civil.

Ces travaux, qui s'étendent sur une période d'environ deux mois, se font dans les locaux de l'école.

Art. 34. Toute fraude ou tentative de fraude entraîne l'annulation de tous les examens.

Art. 35. Les chiffres obtenus par l'élève à l'examen de fin d'année prévu à l'art. 47 du Règlement général, sont communiqués au jury.

Le jury tient compte, dans son jugement, de l'exécution des travaux écrits ou dessinés et de l'exposé oral.

Art. 36. Le maximum des notes est 6.

Le diplôme est accordé aux élèves qui ont obtenu une moyenne de 5 au moins.

Le jury peut accorder des félicitations avec mention spéciale aux élèves qui se distinguent particulièrement.

Art. 37. Le diplôme confère le titre de Technicien de la Section de Construction et de Génie civil de l'Ecole des Arts et Métiers de Genève et mentionne les branches d'application pour lesquelles il a été accordé.

Art. 38. Le droit d'inscription pour le diplôme est de 50 francs pour les Suisses et pour les étrangers dont les parents sont établis dans le canton. Le Département peut, exceptionellement, accorder la remise partielle ou totale de ce droit.

Pour les autres élèves, le droit d'inscription est de 100 francs.

En cas d'insuccès, il est remboursé aux élèves suisses la somme de 40 francs sur 50, et aux étrangers la somme de 50 francs sur 100.

D. Section de mécanique (pour apprentis mécaniciens).

(Règlement spécial.)

But.

Article premier. La Section de Mécanique est destinée à former, pour les différents domaines de l'industrie mécanique, des ouvriers possédant les connaissances théoriques et pratiques nécessaires pour exercer leur profession dans les meilleures conditions.

Branches d'enseignement.

Art. 2. L'enseignement est théorique et pratique.

L'enseignement théorique comprend les branches suivantes:

Calcul numérique et éléments d'algèbre, géométrie, mécanique, dessin technique, résistance des matériaux, physique et chimie, électricité. Ces leçons se répartissent sur les trois années, à raison de 12 à 14 heures par semaine.

Art. 3. L'enseignement pratique donné dans les ateliers comprend:

Exercices de lime sur fer et sur bois, exercices de tour, exercices de forge, exécution d'outils de mécanicien et d'outils à mesurer, construction, ajustage, montage et réglage de machines-outils, de petits moteurs électriques et mécaniques, d'appareils de démonstration, etc.

Art. 4. La durée normale de l'apprentissage est de trois ans.

Conditions d'admission et de promotion.

Art. 5. Conditions d'admission. — Pour être admis comme élève régulier de la Section de Mécanique, il faut avoir au moins 14 ans révolus et justifier par un examen des connaissances suivantes:

Arithmétique et algèbre. — Les 4 opérations sur les nombres entiers, fractionnaires et décimaux, rapports, racine carrée, équation et problèmes simples du 1er degré à une inconnue.

Géométrie. — Constructions basées sur les lieux géométriques, calculs d'angles, raccordements simples, théorème de Pythagore, surface des polygones, du cercle, du cylindre et du cône, volumes usuels.

Français. — Application des règles essentielles de la grammaire, orthographe, composition.

Dessin technique. — Notions élémentaires, usage des instruments, mise au net d'un croquis coté.

La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission. En outre, les notes de français et de dessin ne devront pas être inférieures à 3 et la moyenne des mathématiques à 3,5.

Les élèves sortant promus de la 2me année de l'Ecole professionnelle ou de la 5me classe du Collège sont admis sans examen en 1re année s'ils n'ont pas un chiffre (moyenne) inférieur à 3 sur 6 pour l'arithmétique, l'algèbre, la géométrie, le dessin technique et le français.

Les élèves sortant de 5me classe du Collège seront astreints, au début de l'année scolaire, à suivre des leçons supplémentaires de dessin technique.

Exceptionnellement, un candidat qui a déjà fait un certain temps de pratique peut être autorisé à entrer dans une des années supérieures s'il justifie, par un examen théorique et pratique, qu'il possède les connaissances voulues.

Les externes ne sont admis que pour les cours théoriques.

Art. 6. A la fin de l'année scolaire ont lieu les examens sur les branches théoriques; les résultats en sont contrôlés par un jury formé par la Commission de surveillance de la section et par des jurés désignés par le Département.

Art. 7. A la fin de l'année scolaire, il est attribué à chaque élève une note générale pour le travail pratique et une note générale pour chacune des branches théoriques. Dans la détermination de cette dernière note, le travail de l'année intervient pour trois quarts et le chiffre obtenu aux examens pour un quart.

Art. 8. La promotion d'une classe dans la suivante est déterminée comme suit:

La moyenne générale des travaux pratiques est doublée (maximum 12) et l'on y ajoute la moyenne générale des notes théoriques (maximum 6).

Pour être promu, l'élève doit obtenir une moyenne de 10 points sur un maximum de 18, et ne pas avoir la moyenne générale pratique inférieure à 3,5 ou deux notes générales théoriques inférieures à 3.

Toutefois, tout élève dont la note pratique n'est pas inférieure à 3,5 a le droit de faire, à la rentrée, des examens complémentaires sur les branches théoriques dans lesquelles il n'a pas obtenu le minimum.

Pour être promu, la note minimum à obtenir pour chaque examen à refaire est de 3,5 au moins.

Tout élève qui, a la fin de la première année, n'obtient pas une note pratique suffisante (3,5), doit quitter l'Ecole.

Finances.

Art. 9. Les élèves paient un droit d'inscription de 150 francs par an.

Les externes admis aux cours théoriques paient un droit d'inscription de 4 francs par an pour une heure de cours par semaine.

Les élèves de nationalité suisse sont dispensés de ces finances.

Art. 10. Tous les élèves paient, en outre, une finance spéciale de 20 francs par an pour l'usage des appareils et outils, substances et matières. Le Département peut, dans certains cas, dispenser de tout ou partie de cette finance les élèves suisses, ainsi que les élèves étrangers dont les parents sont établis dans le canton.

Art. 11. Un dépôt de 10 francs est exigé de chaque élève comme garantie pour les dégâts causés par désobéissance, négligence ou mauvaise volonté.

A la fin de chaque année, l'élève doit compléter cette caution par le versement d'une somme égale à celle qui aura été éventuellement employée à réparer les dégâts commis. Le solde de ce dépôt est restitué à la sortie de l'Ecole.

Organisation intérieure.

Art. 12. L'Ecole met à la disposition des élèves les outils et la matière première nécessaires aux travaux d'atelier.

Dans la règle, les travaux des élèves restent la propriété de l'Ecole qui en dispose pour l'amélioration constante de l'outillage et du matériel d'enseignement.

L'outillage personnel construit par l'élève dans les diverses classes lui est donné à sa sortie de 3me année si sa conduite a été satisfaisante.

Art. 13. Les élèves doivent, à la fin d'une leçon, remettre le matériel et les instruments en place. Si l'élève, en rentrant à sa place, constate des dégâts ou prend possession d'un instrument détérioré, il doit immédiatement signaler le fait au maître, sinon il pourra être rendu responsable.

Art. 14. L'élève doit entretenir en bon ordre son outillage personnel. Il en est responsable.

Art. 15. Dans chaque atelier, le chef d'atelier nomme un élève semainier dont la tâche est déterminée par un ordre de service.

Art. 16. L'enseignement et, en particulier, les travaux pratiques sont contrôlés périodiquement par la sous-commission; tous les mois, il est attribué à chaque élève une note de bienfacture et une note de diligence pour ses travaux. Chacune des branches théoriques reçoit, dans la règle, une note mensuelle.

Art. 17. Chaque élève reçoit une „feuille de travail" où il inscrit jour par jour l'emploi de son temps. Cette feuille est contrôlée chaque semaine par le chef d'atelier et soumise aux commissaires chargés de la visite des travaux.

Elle sert à établir, à la fin de chaque mois, le compte exact, en heures, du temps consacré à chacun des travaux présentés.

Art. 18. Les carnets de notes mensuelles sont établis par le doyen qui, dans la règle, les remet dans les premiers jours de chaque mois.

L'élève doit rapporter son carnet signé dans les deux jours qui suivent.

Bibliothèque.

Art. 19. Les élèves de 2me et 3me année sont autorisés à emporter à domicile les volumes de la bibliothèque.

Aucun livre ne pourra rester dehors plus de deux semaines.

Un contrôle de sortie et de rentrée de ces volumes est tenu par le doyen.

Tous les volumes prêtés doivent être rendus avant le 25 juin, au plus tard.

Mention, Certificat, Diplôme.

Art. 20. Les élèves de 1re et 2me années qui obtiennent une moyenne générale de 4,5 sur 6 (soit 13,50 sur 18) et qui n'ont pas de note théorique inférieure à 3, reçoivent une mention.

Art. 21. Les élèves réguliers qui ont achevé leur apprentissage dans des conditions normales et qui obtiennent dans l'année supérieure une moyenne de 3,5 sur 6 (10,5 sur 18), reçoivent un certificat. Ils doivent avoir une moyenne d'au moins 3,5 sur 6 pour le travail pratique et pas plus d'une note théorique inférieure à 3.

Art. 22. Les élèves réguliers qui, dans l'année supérieure, obtiennent une moyenne générale de 4,8 sur 6, sans aucun chiffre inférieur à 3,5, ont droit au diplôme.

E. Section de Mécanique appliquée et électrotechnique (pour techniciens).
(Réglement spécial.)

But et durée de l'enseignement.

Article premier. L'enseignement de la Section de Mécanique appliquée et d'Electrotechnique prépare pour les industries de la mécanique et de l'électrotechnique des techniciens possédant les connaissances théoriques et techniques indispensables à l'exercice de leur profession, et pouvant devenir des dessinateurs-constructeurs, des chefs monteurs, des chefs de service ou d'exploitation.

La durée de l'apprentissage est de trois années.

Branches d'enseignement.

Art. 2. Les branches d'enseignement sont:

Cours généraux: Arithmétique, algèbre, mécanique générale, géométrie, trigonométrie, géométrie analytique, géométrie descriptive, statique graphique, physique, chimie et métallurgie, résistance des matériaux, rédaction et correspondance, législation industrielle.

Cours d'application: Mécanique appliquée, dessin de construction, connaissance des matériaux, élément des machines, théorie générale, fonctionnement et construction des machines hydrauliques et thermiques (turbines, pompes, machines à vapeur rotatives et alternatives, machines frigorifiques, moteurs à combustion, compresseurs). Etude générale des appareils de levage et des chaudières.

Electrotechnique, théorie générale, dessin, construction et fonctionnement des machines électriques. Electricité industrielle (dynamos, moteurs à courant combiné et alternatif, transformateurs de tractions).

Exercices de laboratoire. Travaux d'atelier de mécanique et d'électricité.

Conditions d'admission et de promotion.

Art. 3. Pour être admis en 1re année, comme régulier ou externe, l'élève doit être âgé de 15 ans révolus.

Art. 4. Les élèves qui se présentent pour être admis comme élèves réguliers ou externes. ont à subir l'examen d'admission prévu à l'art. 21 du règlement général.

Les externes ont à subir l'examen sur les branches dont la connaissance est nécessaire pour suivre l'enseignement.

Art. 5. Les examens d'admission portent:

a) Pour la 1re année, sur les branches suivantes:

Arithmétique et algèbre: Système métrique, mesures décimales et complexes, opérations avec fractions, notions de rapport, racine carrée, opérations algébriques, équations du premier degré à une et deux inconnues.

Géométrie: Constructions élémentaires avec règle et compas, construction des triangles, des polygones réguliers.

Lieux géométriques les plus simples.

Aire et volume des corps simples, prisme droit, cylindre et cône de révolution.

Dessin technique: Notions élémentaires, usage des instruments, mise au net d'un croquis.

Français: Exercices de rédaction en application des règles essentielles de la grammaire, orthographe, composition.

b) Pour les 2me et 3me années, sur le programme complet des années précédentes.

Art. 6. La moyenne générale de 3,5 sur 6 devra être obtenue par l'élève pour l'ensemble des branches sur lesquelles porte l'examen d'admission; en outre, sur aucune d'elles, l'élève ne devra avoir de chiffre inférieur à 3, à l'exception des mathématiques pour lesquelles le chiffre minimum est de 3,5.

Art. 7. Les élèves sortant promus de l'Ecole professionnelle (2me année), du Collège inférieur (5me classe), sont admis en 1re année sans examen s'ils n'ont pas de chiffre inférieur à 3 pour l'arithmétique et algèbre, la géométrie, le dessin technique et le français.

Les élèves sortant de 5me classe du Collège seront astreints, au début de l'année scolaire, à suivre des leçons supplémentaires de dessin technique.

Art. 8. Il ne peut être admis d'élèves externes suivant tous les cours.

Art. 9. Pour passer de 1re en 2me année, il faut que l'élève obtienne une moyenne, pour les chiffres de l'année et d'examen, d'au moins 3,5 sur 6, le chiffre de l'année comptant pour trois quarts et celui de l'examen pour un quart. En outre la moyenne de chaque branche ne peut être inférieure à 3 sur plus de deux branches, les notes de géométrie et d'algèbre devant en tout cas atteindre 3,5.

Pour le passage de 2me en 3me, les conditions sont les mêmes, mais la note de 3,5 doit être atteinte pour la mécanique appliquée, l'électrotechnique, la physique et les mathématiques.

Les élèves ayant une moyenne inférieure à 2 sur une seule branche ne sont pas promus.

Art. 10. Un élève non promu peut, sur sa demande, être autorisé à subir, au commencement de l'année suivante, un examen complémentaire sur les branches dont la moyenne de l'année est inférieure à 3,5 sur 6 pour les mathématiques, et 3 pour les autres branches.

Si la moyenne des résultats de cet examen complémentaire est d'au monins 3,5, l'élève est promu à la condition qu'il n'ait pas de chiffre inférieur à 3,5 pour la géométrie, l'algèbre, la mécanique appliquée, l'électrotechnique, la physique et les mathématiques.

Tout élève ayant été absent à un examen est tenu de le faire dans le plus bref délai.

Matériel scolaire.

Art. 11. Chaque élève est tenu de se procurer le matériel nécessaire à son travail, suivant liste remise au commencement de chaque année, et de maintenir ce matériel en bon état.

Art. 12. Dans le cas où des autographies fournissant des résumés d'un cours, des reproductions de dessins, etc., seraient remises aux élèves pour les aider dans leur travail scolaire, ceux-ci sont tenus d'en acquitter le prix fixé par le directeur.

Toutefois, si un élève n'achève pas ses études à l'école, il peut être tenu de rendre ces documents contre remboursement partiel de leur valeur.

Travaux des élèves.

Art. 13. Le doyen décide si les travaux consistant en dessins sont rendus aux élèves et fixe l'époque de cette remise. Les travaux exécutés dans les ateliers restent, dans la règle, la propriété de l'Ecole; s'ils sont rendus aux élèves, ceux-ci ont à rembourser à l'Ecole la valeur de leur matière brute.

Finances.

Art. 14. Les élèves réguliers paient un droit d'inscription de 150 francs par an.

Les élèves externes paient une finance d'inscription de 10 francs par an pour une heure de cours par semaine.

Les élèves de nationalité suisse, réguliers ou externes, sont dispensés de ces finances.

Art. 15. Tous les élèves paient une finance spéciale pour l'usage des appareils et outils, substances et matières, livres ou modèles, mis à leur disposition pour les leçons ou les exercices pratiques.

Cette contribution est de 100 francs par an pour les élèves réguliers.

Cette finance spéciale est à payer également par les élèves externes suivant les cours de mécanique appliquée, d'électrotechnique, de physique, de chimie et l'atelier.

Elle est calculée à raison de:

2 francs par an pour une heure de leçon par semaine pour les élèves suisses, et de

5 francs par an pour une heure de leçon par semaine pour les élèves étrangers.

Art. 16. Les élèves réguliers et externes déposent, à leur entrée dans la section, une caution de 10 francs comme garantie de la restitution en bon état du matériel qui leur a été confié: mobilier scolaire, outils, instruments, planches, livres, manuels spéciaux fournis par l'établissement, etc.

A la fin de chaque semestre, l'élève doit compléter la caution déposée par le versement d'une somme égale à celle qui a pu être prélevée pour réparer les dégâts commis soit par lui, soit par la classe entière.

Visites d'usines ou de chantiers. — Courses techniques.

Art. 17. Les professeurs peuvent, avec l'autorisation du directeur et éventuellement du Département de l'Instruction publique, organiser des visites d'usines ou de chantiers ou des courses techniques se rapportant aux sujets traités dans leur cours et destinés à compléter leur enseignement.

Art. 18. Les visites d'usines ou de chantiers et les petites courses techniques se font, autant que possible, dans l'horaire ordinaire du professeur; elles ne peuvent avoir lieu qu'avec l'autorisation du directeur, sur le préavis favorable du doyen. Si le temps réservé au professeur d'après l'horaire ne suffit pas pour la visite projetée, le professeur doit informer le doyen assez tôt pour que celui-ci puisse prendre toutes les mesures utiles, notamment prévenir le directeur et éventuellement aviser le ou les professeurs dont les élèves devraient manquer les cours.

Art. 19. Outre les visites d'usines ou les petites courses dans, le rayon immédiat de la Ville, il peut être organisé par volée chaque année, et avec l'autorisation du Département de l'Instruction publique, une grande course technique. Le programme de cette course sera soumis à la conférence des professeurs. La conférence sera appelée à préaviser sur le programme général de la course, et le professeur chargé de la direction de la course pourra demander à être accompagné d'un ou de plusieurs de ses collègues.

Art. 20. Un devis sera présenté au Département au sujet des frais et débours qu'auront à faire les professeurs qui organisent des courses techniques. Sur la base de ce devis, et une fois celui-ci accepté par le Département, ces frais leur seront remboursés.

Art. 21. Le doyen peut interdire à un élève la participation à une course technique, lorsque la conduite de cet élève aura donné lieu à des plaintes sérieuses pendant l'année scolaire. Aucune personne étrangère à l'Ecole ne peut participer, soit à une visite d'usine

ou de chantier, soit à une course technique, sans l'autorisation expresse du directeur.

Art. 22. Les leçons supprimées par le fait d'une visite d'usine ou de chantier, ou d'une course technique, ne sont pas remplacées. Les élèves qui ne participent pas à la course sont tenus de venir à l'Ecole et d'y faire les travaux qui leur seront imposés par le doyen.

Tout élève qui, ayant le droit de participer à la course, ne pourrait s'y rendre pour des raisons particulières, est cependant tenu de les indiquer au doyen.

Art. 23. Les élèves qui participent à une course technique sont tenus d'en faire un compte rendu ou au moins un résumé; certains frais communs peuvent être mis à la charge des participants (pourboires, gratifications, etc.). Cependant, les clichés pris par les élèves et pouvant servir éventuellement pour une conférence peuvent leur être remboursés. Les élèves sont tenus d'observer rigoureusement les instructions qui leur sont données, soit par les professeurs qui participent à la course, soit par toute autre personne qui pourrait être chargée par le directeur d'assister les professeurs pendant la durée de celle-ci.

Art. 24. Les courses scolaires étant considérées comme un moyen d'enseignement, les élèves qui y participent restent, pendant toute la durée de celle-ci, sous l'autorité du corps enseignant.

Bibliothèque.

Art. 25. La bibliothèque de la section est ouverte à tous les élèves, de 2 à 4 heures, le samedi après-midi.

Seuls les élèves réguliers de 2me et 3me année sont autorisés à emporter des ouvrages, après les avoir fait inscrire personnellement par le bibliothécaire. Ces ouvrages ne peuvent être gardés plus de huit jours.

Si, au bout de ce temps, les élèves désirent les garder pour une nouvelle période de huit jours, ils doivent les faire réinscrire.

Ils ne peuvent prendre plus de deux ouvrages à la fois, soit un de mécanique et un d'électricité.

La direction établit la liste des ouvrages qui ne peuvent être prêtés à domicile.

Tout ouvrage détérioré devra être remplacé ou réparé, suivant les cas, par l'auteur des dégâts.

Tous les volumes prêtés devront être rendus le 25 juin, au plus tard.

Art. 26. Il est déposé à la bibliothèque un registre où les professeurs et les élèves peuvent inscrire les livres qu'ils désirent voir acquérir.

Mention. Certificat de fin d'études. Diplôme.

Art. 27. Les élèves de 1re et 2me année qui obtiennent une moyenne générale de 4,5 sur 6 et qui n'ont pas de chiffre (moyenne) inférieur à 3, reçoivent une mention.

Art. 28. A la fin de leur apprentissage, les élèves réguliers qui ont obtenu dans l'année supérieure une moyenne générale de 4 sur 6 et qui n'ont aucun chiffre inférieur à 3 sur 6, reçoivent un certificat de fin d'études qui leur donne le droit de se présenter à l'examen pour l'obtention du diplôme.

Art. 29. L'élève qui n'obtient pas le certificat d'études doit, s'il désire l'obtenir l'année suivante, refaire sa 3me année et y obtenir la moyenne prévue par l'art. 28.

S'il échoue une seconde fois, il ne peut plus se représenter.

Art. 30. Le diplôme est accordé aux élèves qui, ayant terminé leur apprentissage, ont obtenu le certificat de fin d'études et subi avec succès un examen oral permettant de constater qu'ils possèdent bien les connaissances théoriques et pratiques nécessaires à l'exercice de leur profession.

Art. 31. L'examen du diplôme porte sur un projet de fin d'études et comprend:

1. L'étude d'un projet (plans, dessins) avec mémoire à l'appui.

2. Un exposé oral en présence du jury, exposé dans lequel l'élève doit expliquer et justifier son travail et répondre aux questions qui lui sont posées.

L'examen est apprécié par un jury nommé par le Département de l'Instruction publique.

Le rang d'appel des élèves est déterminé par le sort.

Art. 32. Le programme du travail de fin d'études est remis aux candidats, avec les instructions nécessaires, dans le courant du mois d'avril.

Ces instructions sont également communiquées au jury.

La direction fixe, chaque année, les dates auxquelles doivent être remis les mémoires et les dessins, ainsi que celle des examens oraux.

Art. 33. Les travaux prévus à l'art. 31 portent sur la mécanique appliquée et l'électrotechnique.

Ces travaux, qui s'étendent sur une période d'environ deux mois, se font dans les locaux de l'Ecole.

Art. 34. Toute fraude ou tentative de fraude entraîne l'annulation de tous les examens.

Art. 35. Les chiffres obtenus par l'élève à l'examen de fin d'année prévu à l'art. 47 du Règlement général sont communiqués au jury.

Le jury tient compte dans son jugement de l'exécution des travaux écrits ou dessinés et de l'exposé oral.

Art. 36. Le maximum des notes est 6.

Le diplôme est accordé aux élèves qui ont obtenu une moyenne de 5 au moins.

Le jury peut accorder des félicitations avec mention spécicle aux élèves qui se distinguent particulièrement.

Art. 37. Le diplôme confère le titre de Technicien de la Section de Mécanique appliquée et d'Electrotechnique de l'Ecole des Arts et Métiers de Genève et mentionne les branches d'application pour lesquelles il a été accordé.

Art. 38. Le droit d'inscription pour le diplôme est de 50 francs pour les Suisses et pour les étrangers dont les parents sont établis dans le canton. Le Département peut, exceptionnellement, accorder la remise partielle ou totale de ce droit.

Pour les autres élèves, le droit d'inscription est de 100 francs.

En cas d'insuccès, il est remboursé aux élèves suisses la somme de 40 francs sur 50 et aux étrangers la somme de 50 francs sur 100.

Approuvé par le Conseil d'Etat le 14 avril 1916.

---

4. Universität.

4. Adjonctions au Règlement de l'Université. [1]) (Arrêté du 13 juin 1916.)

Chapitre VI. — Grades et diplômes conférés par la Faculté des Lettres.

C. Licence ès sciences morales.

Art. 42[2]. Pour obtenir le grade de licencié ès sciences morales, on doit subir deux examens successifs, dans deux sessions différentes. Chacun de ces examens consiste en épreuves écrites et en épreuves orales. Il n'est pas permis de se présenter aux épreuves orales sans avoir subi avec succès les épreuves écrites dans la même session.

Les candidats paient avant chaque examen une somme de fr. 50 qui est réduite de moitié pour les bacheliers et les licenciés ès lettres de la Faculté. En cas d'insuccès, la moitié de la somme versée leur est rendue.

Les candidats dispensés du premier examen, s'ils ne sont pas gradés de l'Université de Genève, paient fr. 100 en s'inscrivant pour le deuxième.

Art. 42[3]. Les candidats à la licence ès sciences morales doivent être immatriculés dans la Faculté des Lettres.

Sont admis à se présenter au premier examen:

1. Ceux qui justifient de quatre semestres au moins d'études régulières dans cette Faculté.

Les candidats doivent fournir la preuve qu'ils ont pris une part active, durant au moins deux semestres, à une Conférence d'histoire

---

[1]) Arrêté du 7 octobre 1910.

(explication de textes historiques) et à une conférence de philosophie (explication de textes philosophiques).

2. Les porteurs du diplôme de bachelier de théologie de l'Université, de licencié ou de docteur d'une des Facultés de l'Université, ou de titres jugés équivalents par le Bureau, sur le préavis de la Faculté, à la condition qu'ils justifient de deux semestres d'études régulières dans la Faculté ou d'études équivalentes. La Faculté, sur le vu de leurs diplômes, peut les dispenser d'une partie de l'examen.

3. Ceux qui, par des diplômes ou des certificats, justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur cette équivalence.

Sont admis à se présenter au second examen:

1. Les candidats qui ont subi avec succès le premier examen et qui ont fait ensuite deux semestres d'études régulières dans la Faculté ou qui justifient d'études équivalentes.

Les candidats doivent fournir la preuve qu'ils ont pris une part active, pendant au moins un semestre, à trois conférences portant sur les matières du programme et dirigées par des professeurs de la Faculté. Ceux qui ne satisferont pas à cette condition, sont tenus de présenter, trois mois avant l'examen, un travail de leur composition portant sur l'une des branches du programme.

2. Ceux qui, par des diplômes ou des certificats, justifient d'études équivalentes. Le Bureau, sur le préavis de la Faculté, statue sur cette équivalence.

Art. 42[4]. Les épreuves du premier examen sont les suivantes:

Epreuves écrites.

1. Une composition sur un sujet d'histoire générale.
2. Une composition sur un sujet d'histoire de la littérature française.
3. Une composition sur un sujet d'histoire de la philosophie.

Epreuves orales.

1. Explication d'auteurs français (XVIe-XXe siècle).
2. Explication de textes historiques.
3. Explication de textes philosophiques.
4. Linguistique générale.
5. Pédagogie générale.
6. Eléments de droit.
7. Economie politique ou Histoire économique (au choix du candidat).
8. Traduction à livre ouvert d'une page de critique littéraire ou d'histoire écrite en allemand, en anglais ou en italien (la langue choisie par le candidat ne doit pas être sa langue maternelle).

Les épreuves du second examen sont les suivantes:

Epreuves écrites.

1. Une composition sur un sujet d'histoire emprunté à une période désignée par le candidat.

2. Une composition sur un sujet d'histoire littéraire emprunté à une littérature et à une période de cette littérature désignées par le candidat.

3. Une composition sur un sujet d'histoire et philosophie des sciences de psychologie.

Epreuves orales.

1. Explication d'un texte littéraire écrit dans l'une des langues anciennes ou modernes enseignées à l'Université, excepté le français.

2. Histoire des religions.

3. Une discipline philosophique: métaphysique, morale esthétique, logique (au choix du candidat).

4. Histoire des institutions politiques et sociales.

5. Histoire de l'éducation.

6. Archéologie.

D. Certificat pédagogique complémentaire à la licence ès lettres et Certificat pédagogique complémentaire à la licence ès sciences morales.

Art. 42[5]. Les licenciés de la Faculté des lettres qui désirent obtenir le certificat pédagogique sont tenus d'avoir pris une part active, pendant un semestre au moins, à une conférence de pédagogie. — Ils doivent subir les épreuves suivantes:

1. Une composition sur un sujet de pédagogie générale.

2. Une interrogation sur un sujet de didactique.

3. Une épreuve pratique: deux leçons à donner à des élèves de l'enseignement secondaire, l'une de français (grammaire, composition, lecture de textes), l'autre au choix du candidat.

La présente adjonction sera introduite au Règlement de l'Université, lors de sa prochaine réimpression.

---

5. Modifications aux articles 51 et 52 du Réglement de l'Université. (Arrêté du 31 mars 1916.)

Doctorat en Sociologie.

Art. 51. Sont admis à se présenter aux épreuves du doctorat en Sociologie:

1. Les licenciés en sociologie.
   „ „ ès sciences sociales.
   „ „ ès sciences économiques.
   „ „ ès sciences politiques.
   „ „ ès sciences commerciales de l'Université de Genève.

2. Les personnes en possession de titres ou de diplômes jugés équivalents par la Fakulté et ayant été immatriculées à la Faculté des Sciences économiques et sociales.

Art. 52[13]. Les épreuves du doctorat sont les suivantes:

1. Une interrogation orale et approfondie sur un ensemble de questions sociologiques choisies par le candidat avec l'agrément de la Faculté.

Cette épreuve est éliminatoire et l'autorisation d'imprimer la thèse ne peut être accordée qu'aux candidats qui l'ont subie avec succès.

2. La publication, conformément à l'article 28 du règlement de l'Université, et la soutenance d'une thèse écrite dans une des langues nationales de la Suisse, sur un sujet choisi par le candidat dans le champ des études sociologiques.

Cette thèse est remise au doyen en manuscrit copié à la machine à écrire en trois exemplaires. Elle ne pourra être imprimée qu'avec l'autorisation de la Faculté.

Les candidats ayant obtenu à l'Université de Genève une des licences mentionnées à l'article 55 avec la note moyenne 5 au second examen, sont dispensés de l'épreuve orale.

Si la licence comporte trois séries d'examens, les deux derniers sont pris en considération.

---

6. Modification à l'article 97 du Règlement de l'Université. (Arrêté du 31 mars 1916.)

Art. 97. Premier examen.

a) .....

b) D'avoir suivi les cours théoriques suivants:

1. Pathologie et anatomie pathologique générale 1 semestre.
2. Anatomie pathologique spéciale . . . . 2 semestres.
3. Chirurgie générale . . . . . 2 semestres.
4. Hygiène . . . . . 2 semestres.
5. Médecine légale . . . . . 2 semestres.
6. Bactériologie . . . . . 1 semestre.

c) D'avoir suivi pendant un semestre au moins les cours pratiques suivants:

1. Médecine opératoire.
2. Opération obstétricale.
3. Autopsies.
4. Histologie pathologique.
5. Bactériologie.

Deuxième examen.

a) .....

b) D'avoir suivi:

1. La clinique médicale pendant au moins 4 semestres dont deux comme pratiquant.
2. La clinique chirurgicale pendant au moins 4 semestres dont deux comme pratiquant.
3. La clinique obstétricale gynécologique pendant 3 semestres dont deux comme pratiquant.
4. La clinique infantile . . . . . 1 semestre.
5. La clinique dermatologique et vénéréologique 1 semestre.
6. La clinique ophtalmologique . . . . . 1 semestre.
7. La clinique psychiatrique . . . . . 1 semestre.
8. Les policliniques médicale, chirurgicale, obstétricale et gynécologique et oto-rhinolaryngologique . . . . . 1 semestre.

c) D'avoir suivi les cours suivants:

1. Thérapeutique et pharmacologie . . . . 2 semestres.
2. Médecine des accidents (cours théorique et pratique) . . . . . 1 semestre.
3. Prescription et dispensation des médicaments 1 semestre.

---

5. Lehrerschaft aller Stufen.

7. Loi modifiant l'article 146 de la loi sur l'Instruction publique codifiée le 20 décembre 1913. (Ecole des Arts et Métiers.) (Du 12 juillet 1916.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

Le Grand Conseil,

Sur la proposition du Conseil d'Etat,

Décrète ce qui suit:

Article unique. Le deuxième et le troisième alinéa de l'article 146 de la loi sur l'Instruction publique, codifiée le 20 décembre 1913, sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

„Le traitement des chefs d'atelier est fixé comme suit:

Classe A de 3,000 à 3,500 fr.
Classe B de 3,500 à 4,000 fr.
Classe C de 4,000 à 4,500 fr.

Les chefs d'atelier sont nommés par le Conseil d'Etat dans la classe correspondant à leurs aptitudes professionnelles. Ils débutent par le traitement inférieur de la classe où ils sont inscrits et ils bénéficient, à partir de l'année de leur nomination, de cinq augmentations annuelles de 100 fr.

La nomination d'un chef d'atelier, ainsi que sa promotion dans une classe supérieure, ne peut avoir lieu que sur le préavis d'une commission d'enquête désignée par le Département de l'Instruction publique et dont font partie de droit le Directeur de l'Ecole et le Doyen de la Section dans laquelle le chef d'atelier doit enseigner.

Les chefs d'atelier doivent tout leur temps à l'Ecole.

Dans leur traitement sont comprises toutes les heures d'enseignement théorique ou de dessin concernant leur profession, qui pourraient leur être imposées par le Département de l'Instruction publique dans la section où ils enseignent."

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le douze juillet mil neuf cent seize, sous le sceau de la République et les signatures du Président et du Secrétaire du Grand Conseil.

Nachträge.
1915.

Kanton Bern.

1. Vorschriften betreffend die schulärztliche Aufsicht im Kanton Bern. (Aufgestellt von der Schulsynode an ihrer Sitzung vom 4. Dezember 1915.)

Art. 1. Für jede Schule des Kantons — Mittel- und Primarschulen — wird ein Schularzt bezeichnet, dem die hygienische Überwachung der Schule und der Kinder übertragen wird.

Der Schularzt wird nach einem aufzustellenden Tarif entschädigt.

Er kann den Sitzungen der Schulkommission, sofern er nicht Mitglied derselben ist, mit beratender Stimme beiwohnen.

Art. 2. Die Aufgaben des Schularztes sind:

a) Er hat die hygienischen Einrichtungen der Schulen und Lehreramtswohnungen zu überwachen und namentlich sein Augenmerk zu richten auf Beleuchtung, Ventilation, Heizung, Reinigung, Baderäume, Aborte, Turnhallen usw. Er erstattet der Schulkommission Bericht über die von ihm beobachteten Mißstände und stellt Anträge zu deren Beseitigung. Bei Neu- oder Umbauten von Schulhäusern soll er als Berater zugezogen werden.

b) Er hat nicht nur die gesetzlichen Maßnahmen beim Auftreten von Epidemien nach Weisung der Gesundheitsbehörden zu

überwachen, sondern auch die erforderlichen Anordnungen zu treffen, um der Übertragung chronischer Infektionskrankheiten, namentlich der Tuberkulose, vorzubeugen.

c) Er überwacht den Gesundheitszustand der Schüler während der ganzen Schulzeit. Vorhandene Anomalien und Erkrankungen hat er den Eltern und Lehrern zur Anzeige zu bringen.

d) Er ist befugt, im Einverständnis mit der Schulkommission, für kranke, trotz Mahnung nicht ärztlich behandelte Kinder, deren Anwesenheit in der Schule eine Gefahr für die Mitschüler bringt, bis zu erfolgter Heilung die Dispensation vom Schulbesuche zu veranlassen.

e) Er trifft in Verbindung mit der Schulkommission und der Lehrerschaft die Auswahl der Kinder für die Schülerspeisung, die Ferienheime und Ferienkolonien.

f) Er bespricht mit der Lehrerschaft die schulhygienischen Fragen und Maßnahmen.

g) Er erstattet am Ende eines jeden Schuljahres der Schulkommission zuhanden des Schulinspektors einen Bericht über seine Tätigkeit.

Art. 3. Für die Behandlung der Kinder wird den Elteru die freie Wahl des Arztes vorbehalten.

Art. 4. Der Schularzt unterzieht gleich nach Beginn des Schuljahres sämtliche neu eingetretenen Kinder des ersten Schuljahres einer eingehenden Untersuchung. Dieselbe erstreckt sich

a) auf allgemeine körperliche und geistige Beschaffenheit. Von besonderer Wichtigkeit ist die Feststellung von Unterernährung, von Verkrümmungen des Skeletts, von Rachitis, Skrofulose, Tuberkulose, Herzfehlern, Kropf, Zahncaries, übertragbaren Krankheiten usw.;

b) auf die Sinnesorgane (Gesicht, Gehör).

Art. 5. Ergibt die Untersuchung, daß ein für das erste Schuljahr angemeldetes Kind geistig oder körperlich ungenügend entwickelt ist, so stellt der Schularzt bei der Schulkommission gemäß § 57 des Primarschulgesesetzes den Antrag, das Kind sei um ein Jahr zurückzustellen.

Art. 6. Über Kinder, die wegen Schwachsinn oder körperlichen Gebrechen dem Schulunterricht nicht folgen können, erstattet der Schularzt in Verbindung mit dem Lehrer der Schulkommission Bericht. Nötigenfalls ist die Versorgung in Spezialklassen oder Anstalten anzuordnen (§ 55 Pr.-Schul-Ges.).

Art. 7. Die Untersuchungen sind später zu wiederholen, namentlich vor dem Übertritt in die Mittelschulen, sowie vor dem Schulaustritt. Der Schularzt richtet bei dieser Schlußuntersuchung sein Angenmerk auch auf die Berufswahl des Kindes und erteilt den Eltern entsprechende Ratschläge.

Art. 8. Das Ergebnis der Untersuchungen wird in den für jedes Kind anzufertigenden Gesundheitsschein eingetragen, der dem Kinde mit dem Zeugnis bis zum Schulaustritt folgt. Er wird beim Übertritt in die Mittelschule dem betreffenden Schularzt übermittelt. Dieser Gesundheitsschein ist stets mit möglichster Diskretion zu behandeln.

Art. 9. Schulkinder, die durch irgendwelche geistige und körperliche Anomalien auffallen, sind durch die Lehrerschaft dem Schularzt zu melden.

Art. 10. Kinder, die eine ungenügende Seh- oder Hörschärfe aufweisen, sollen einer Nachuntersuchung durch einen Augen- oder Ohrenarzt unterworfen werden. Der Befund ist in den Gesundheitsschein einzutragen. Die Schüler, deren Gesundheitsschein auf ein Gebrechen hinweist, werden der besondern Aufsicht des Schularztes unterstellt. Er nimmt die nötigen Kontrolluntersuchungen vor und trägt das Ergebnis in den Gesundheitsschein ein.

Art. 11. Den Gemeinden bleibt vorbehalten, dem Schularzt noch weitere Aufgaben zuzuweisen.

---

2. Reglement für die Verwaltungskommission für den Theodor Kocher-Fonds des Forschungsinstitutes für Biologie. (Genehmigt vom Regierungsrat am 1. Juni 1915.)

§ 1. Die Verwaltungskommission für den Theodor Kocher-Fonds des Forschungsinstitutes für Biologie besteht aus sieben Mitgliedern; drei derselben werden durch den akademischen Senat der Universität Bern gewählt. Außerdem ernennen: die evangelisch-theologische Fakultät, die juristische Fakultät, die medizinische Fakultät und die philosophische Fakultät je ein Mitglied.

Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt sechs Jahre; die erste Amtsdauer erstreckt sich bis zum 1. Dezember 1919.

§ 2. Die Verwaltungskommission konstituiert sich selbst; sie wählt aus ihrer Mitte auf sechs Jahre einen Präsidenten und einen Sekretär.

Der Sekretär vertritt im Verhinderungsfalle den Präsidenten.

§ 3. Die Verwaltungskommission wählt ferner aus ihrer Mitte auf zwei Jahre eine Delegation von zwei Mitgliedern, welche jährlich die Rechnung über den Fonds zu prüfen, den Kapitalbestand (Werttitel etc.) zu revidieren und darüber der Kommission zu berichten hat.

Die Beschlußfassung über die Kapitalisation der Zinsüberschüsse steht der Kommission zu (Ziffer 7 des Beschlusses des Regierungsrates vom 18. Februar 1913).

§ 4. Die Verwaltungskommission erstattet jährlich dem Senat der Universität einen schriftlichen Bericht über ihre Verhandlungen, sowie über den Bestand des Fonds (Ziffer 7 des Beschlusses des Regierungsrates vom 18. Februar 1913).

Nach der Genehmigung durch den Senat ist dieser Bericht auch dem Regierungsrat vorzulegen.

§ 5. Die Verwaltungskommission stellt alle drei Jahre, erstmals 1915, dem Senat die Summe von 3000 Franken zur Verfügung behufs Verwendung im Sinne der Ziffern 2 und 3 des Beschlusses des Regierungsrates vom 18. Februar 1913.

§ 6. Die motivierten Vorschläge für die Verwendung dieser Summe sind jeweilen seitens der Fakultäten der Verwaltungskommission zuhanden des Senates an folgenden Zeitpunkten und in folgender Reihenfolge einzureichen:

Auf den 22. Juni 1915 seitens der evang.-theologischen Fakultät; auf den 22. Juni 1918 seitens der juristischen Fakultät; auf den 22. Juni 1921 seitens der medizinischen Fakultät; auf den 22. Juni 1924 seitens der philosophischen Fakultät; auf den 22. Juni 1927 seitens der evang.-theologischen Fakultät usw.

Die Erteilung eines Preises beziehungsweise die Verwendung der Summe wird vom Rektor am Dies Academicus verkündigt.

Angenommen in der Sitzung der Verwaltungskommission für den Th. Kocher-Fonds des Forschungsinstitutes für Biologie vom 23. April 1915.

Kanton Uri.

Verordnung betreffend die Maturitätsprüfungen an der kantonalen Lehranstalt Kollegium Karl Borromäus von Uri in Altdorf. (Vom 17. Dezember 1915.)

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Am Schlusse des Unterrichtes der obersten Klasse des Gymnasiums und Lyzeums finden Maturitätsprüfungen statt. Diese haben den Zweck, zu ermitteln, ob der Maturand denjenigen Grad wissenschaftlicher Bildung und geistiger Reife besitze, welche ihn zum Berufsstudium an einer Universität oder auch an einer technischen Hochschule befähigen.

§ 2. Die Maturitätsprüfungen werden geleitet von der kantonalen Maturitätskommission. Diese besteht aus fünf Mitgliedern, welche vom h. Erziehungsrat ernannt werden. Der Präsident des Erziehungsrates ist gleichzeitig Präsident der Maturitätskommission.

§ 3. Als Examinator waltet für jedes einzelne Fach ausschließlich derjenige Lehrer, welcher den einschlägigen Fachunterricht in der obersten Klasse erteilt hat.

§ 4. Bei der Zensurierung des Prüfungsergebnisses ist neben den Mitgliedern der Maturitätskommission auch der Examinator stimmberechtigt, jedoch nur für jenes Fach, in dem er selber geprüft hat. In den übrigen Fächern hat er nur beratende Stimme.

§ 5. Zu den Maturitätsprüfungen werden nur regelmäßige Schüler der obersten Klasse zugelassen, welche die Anstalt wenigstens während eines ganzen Schuljahres besucht und das 18. Altersjahr vollendet haben.

§ 6. Der Termin der Maturitätsprüfungen und der Zeitpunkt für die Anmeldungen zu denselben wird jeweilen vom Erziehungsrat festgesetzt und durch Publikation im Amtsblatt und durch Anschlag im Kollegiumsgebäude bekannt gemacht.

§ 7. Die Anmeldungen zu den Maturitätsprüfungen sind dem Rektorate innert der festgesetzten Zeit einzureichen. Diese haben zu enthalten:

a) Angabe von Heimat- und Wohnort, Alter, bisherigen Studiengang und den gewählten Beruf;
b) Schul- und Sittenzeugnis der drei letzten Studienjahre;
c) die in § 16 erwähnten Schulzeugnisse mit den Durchschnittsnoten.

Nach Ablauf der Anmeldefrist werden die Anmeldungen vom Rektorate der Maturitätskommission überwiesen.

§ 8. Die Maturitätskommission entscheidet über die Zulassung der Kandidaten. Diese wird vom Präsidenten dem Kandidaten schriftlich zugestellt, worauf dieser eine Gebühr von 20 Fr. zu entrichten hat. Die gleiche Gebühr wird auch für eine eventuelle Nachprüfung erhoben. Der Maturitätskommission steht es frei, weniger bemittelten Kandidaten diese Gebühr ganz oder teilweise zu erlassen.

§ 9. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und in eine mündliche. Die schriftliche Prüfung hat der mündlichen vorauszugehen.

§ 10. Für jede schriftliche Arbeit wird vom Fachlehrer die zwei- oder dreifache Anzahl Vorschläge (für die Muttersprache sechsfache) versiegelt dem Rektorate zuhanden des Präsidenten der Maturitätskommission eingereicht. Dieser wählt die zu lösenden Aufgaben aus und teilt dieselben unmittelbar vor Beginn der Prüfungen dem Rektorate zuhanden des betreffenden Fachlehrers mit.

Die Examinanden haben jede Arbeit, ohne sie zu verlassen, in der hierfür festgesetzten Zeit und unter beständiger, vom Rektorate zu bestellender Aufsicht auszuführen. Jeder Aufseher wird in einem besonderen Verzeichnis bemerken, in welcher Zeit und bei welchem Gegenstand er die Aufsicht geführt hat und wann jeder Schüler die Arbeit beendigt hat. Wer nach der vorgeschriebenen Zeit mit der Arbeit nicht fertig ist, muß sie unvollendet abliefern.

Die Aufseher sind für gewissenhafte Aufsicht der Prüfungskommission verantwortlich.

§ 11. Bei der schriftlichen Prüfung ist einzig die Benützung der Logarithmentafeln und Zeichnungsutensilien gestattet. Die Mitnahme und Benützung unerlaubter Hilfsmittel, sowie jede andere Unredlichkeit wird mit Zurückweisung von der weiteren Prüfung bestraft. Das Rektorat hat vor der Prüfung die Kandidaten auf diese Bestimmungen aufmerksam zu machen.

§ 12. Die schriftlichen Arbeiten werden von dem betreffenden Fachlehrer korrigiert und zensuriert. Nach der Korrektur werden die Arbeiten zusammen mit dem von den Aufsehern geführten Verzeichnisse dem Rektorate übergeben zuhanden des Präsidenten des Erziehungsrates.

§ 13. Die mündlichen Prüfungen werden unter Leitung eines Mitgliedes der Maturitätskommission von dem betreffenden Fachlehrer abgenommen. Der Vorsitzende bestimmt den Stoff, über welchen geprüft werden soll. Für jeden Kandidaten sollen für jedes Fach 10 bis 15 Minuten Zeit eingeräumt werden.

§ 14. Bei der Prüfung ist wesentlich nur das Unterrichtspensum der obersten Klasse zu berücksichtigen und mehr Gewicht auf die Erforschung der geistigen Reife als des Umfangs der Kenntnisse zu legen.

Besondere Bestimmungen.

§ 15. Die Prüfungsfächer für die Maturanden sind:

1. Muttersprache; 2. zweite Landessprache; 3. Latein; 4. Griechisch; 5. Geschichte; 6. Mathematik; 7. Physik.

§ 16. Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf die Muttersprache, die zweite Landessprache, Latein, Griechisch und Mathematik; die mündliche auf alle in § 15 angeführten Fächer. In den Fächern Philosophie, Geographie, Chemie, Naturgeschichte und Zeichnen wird, gestützt auf die eidgenössische Verordnung (Art. 10, Abschnitt 3), die Durchschnittsnote der Schulzeugnisse desjenigen Jahres, in welchem der Fachunterricht abgeschlossen wurde, als Maturitätsnote anerkannt und in das Maturitätszeugnis eingesetzt.

§ 17. Bei der schriftlichen Prüfung werden folgende Arbeiten verlangt:

1. In der Muttersprache: Ein Aufsatz über ein aus dem Bereiche des oberen Gymnasialunterrichtes gewähltes Thema in grammatikalisch, stilistisch und logisch korrekter Form;
2. in den modernen Fremdsprachen: Behandlung eines leichtern Aufsatzthemas oder Anfertigung einer Übersetzung in die Fremdsprache mit angemessener Korrektheit und einiger Sicherheit;
3. im Lateinischen: Übersetzung eines vorgelegten Textes aus der Muttersprache ins Lateinische;
4. im Griechischen: Übersetzung eines vorgelegten Textes in die Muttersprache;

5. in der Mathematik: Lösung einiger Aufgaben entsprechend dem Lehrstoffe.

§ 18. Für die mündliche Prüfung werden folgende Forderungen gestellt:

1. Befähigung, die Muttersprache grammatikalisch, stilistisch und logisch korrekt zu handhaben. Kenntnis der wichtigern Perioden der Literatur und der Hauptwerke ihrer bedeutendsten Vertreter.
2. Zweite Landessprache: Kenntnis der Grammatik. Angemessene Korrektheit und Sicherheit im mündlichen Ausdruck. Übersicht der wichtigsten Perioden der modernen Literatur. Kenntnis einiger Hauptwerke und ihrer literarhistorischen Bedeutung.
3. Latein: Kenntnis der Formenlehre und Syntax. Sprachliches und sachliches Verständnis der in den obern Klassen behandelten Schriftsteller (Cæsar, Livius, Sallust, Tacitus, Cicero, Vergil, Horaz).
4. Griechisch: Kenntnis der Formenlehre und Syntax. Sprachliches und sachliches Verständnis der in den obern Klassen behandelten Schriftsteller (Herodot, Thukydides, Xenophon, Homer, Sophokles, Euripides, Plato).
5. Geschichte: Geschichte des griechischen und römischen Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit mit Berücksichtigung der Kulturgeschichte. Schweizer Geschichte, Grundzüge der schweizerischen Verfassung.
6. Mathematik: a) Algebra: Die algebraischen Operationen, Gleichungen des I. und II. Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Diophantische Gleichungen. Logarithmen. Arithmetische und geometrische Progressionen, Zinseszinsen- und Rentenrechnungen. Binomischer Lehrsatz. Theorie der komplexen Zahlen. Kombinatorik und Elemente der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Grundbegriffe der Differential- und Integralrechnung und leichte Anwendungen.

   b) Geometrie: Planimetrie, Stereometrie, ebene Trigonometrie und Grundlagen der sphärischen Trigonometrie. Fertigkeit in der Ausführung geometrischer Konstruktionen. Analytische Geometrie der Ebene, Punkt, Gerade, Kreis, Kegelschnitte in den einfachsten Gleichungsformen. Anwendung des Koordinatenbegriffs auf die graphische Darstellung von einfachen analytischen Funktionen und von elementaren Abhängigkeitsverhältnissen mechanischer und physikalischer Größen, Grundzüge der darstellenden Geometrie.
7. Physik: Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper. Die Hauptgesetze vom Schall, Licht, Wärme, Magnetismus und Elektrizität. Elemente der physikalischen Geographie.

§ 19. Das Unterrichtspensum derjenigen Fächer, für welche die Durchschnittsnote des letzten betreffenden Schuljahres berechnet wird, ist folgendes:

1. Philosophie: Logik, Metaphysik, Ethik.
2. Geographie: Geographie der Schweiz. Die wichtigsten europäischen und außereuropäischen Länder.
3. Chemie: Elemente der unorganischen Chemie: einfache und zusammengesetzte Körper. Chemische Proportionen, chemische Formeln und Nomenklatur. Die wichtigsten Grundstoffe und Verbindungen.
4. Naturgeschichte: a) Botanik: Kenntnis der wichtigsten Tatsachen der Morphologie und Biologie der Pflanzen, wie der Grundzüge des natürlichen Systems.

   b) Zoologie: Kenntnis der Organisation und Lebensverhältnisse der verschiedenen Tierstämme und der wichtigsten Tierklassen. Grundzüge der Systematik des Tierreiches.

   c) Anthropologie: Bau und Verrichtungen des menschlichen Körpers. Grundzüge der Gesundheitslehre.

   d) Mineralogie und Geologie: Allgemeine Mineralogie und Geologie. Übersicht der Perioden der Erdschichte.
5. Zeichnen: Einige Übung im Freihandzeichnen und Skizzieren nach der Natur.

§ 20. Bei der Zensurierung gilt folgende Notenskala:

6 = sehr gut; 5 = gut; 4 = genügend; 3 = kaum genügend; 2 = schlecht; 1 = sehr schlecht.

Die Noten dürfen nur in ganzen Zahlen ausgedrückt werden. Das Zeugnis der Reife darf nur dann erteilt werden, wenn der Durchschnitt der Zensuren in sämtlichen Fächern mehr als 3,5 beträgt. Ebenso schließen in allen angeführten Fächern, mit Ausnahme des Zeichnens, eine Fachzensur mit der Note 1 oder zwei Fachzensuren mit der Note 2 oder vier Fachzensuren unter der Note 4 die Erteilung des Reifezeugnisses aus. Der Maturand, welcher das Reifezeugnis nicht erhalten hat, kann sich für die nächstfolgende regelmäßige Prüfung wieder melden. Ein drittes Mal wird kein Kandidat zur Prüfung zugelassen.

§ 21. Das Zeugnis der Reife muß außer dem Prüfungsergebnis enthalten: den Namen, Vornamen, Heimatort, das Geburtsdatum des Geprüften, ferner das Datum des Eintritts in die Schule, die Unterschriften der zuständigen kantonalen Erziehungsbehörde und des Rektors der Schule.

Vorstehende Verordnung betreffend die Maturitätsprüfungen an der kantonalen Lehranstalt Kollegium Karl Borromäus von Uri in Altdorf wird vom Erziehungsrat Uri genehmigt.

Kanton Freiburg.

Reglement des pädagogischen Museums in Freiburg. (Vom 25. Mai 1915.)

Der Staatsrat des Kantons Freiburg,

im Hinblick:

auf den Art. 202 des allgemeinen Reglements der Primarschulen vom 8. August 1899;

auf den Antrag der Erziehungsdirektion,

beschließt:

Art. 1. Das unter dem Namen „schweizerische permanente Schulausstellung" gegründete pädagogische Museum bezweckt die Mitwirkung zur Förderung der Volksschule, die Erleichterung für die Behörden, Lehrerschaft und das Publikum des Studiums der empfehlenswertesten Methoden, Lehrbücher und Lehrmaterialien.

Es sammelt namentlich alle Dokumente, die sich auf den freien und öffentlichen Unterricht in der Schweiz und im Auslande beziehen.

Art. 2. Zur Erreichung dieses Zweckes verfügt das pädagogische Museum über folgende Sammlungen, die durch Anschaffungen und Schenkungen vermehrt werden:

a) Allgemeines und individuelles Schulmobiliar und Lehrmaterial;

b) permanente Ausstellung neuer in der Schweiz und im Ausland gebräuchlicher Unterrichtsmethoden und Unterrichtsmittel, die in den schweizerischen Schulen eingeführt werden könnten;

c) historische Abteilung, die sich namentlich mit P. Girard und andern freiburgischen oder katholischen Pädagogen befaßt;

d) Archive für gesetzgeberische und statistische Dokumente der öffentlichen Schule und des freien Unterrichtes in der Schweiz und im Ausland;

e) pädagogische Bibliothek mit Lesesaal.

Art. 3. Das Museum liefert den Behörden und Privaten die gewünschte, in sein Arbeitsfeld einschlägige Auskunft; es kann öffentliche Vorträge und besondere Wanderausstellungen veranstalten und pädagogische Publikationen veröffentlichen.

Art. 4. Das pädagogische Museum macht sich die Mitwirkung eines unter dem Namen „Verein des pädagogischen Museums" konstituierten Verbandes zunutzen.

Art. 5. Das pädagogische Museum ist der Aufsicht der Erziehungsdirektion unterstellt.

Art. 6. Die Verwaltung des Museums wird einer Kommission von sieben Mitgliedern anvertraut; hievon werden vier auf vier Jahre von der Erziehungsdirektion ernannt. Die drei Mitglieder des

Vorstandes des Vereins des pädagogischen Museums sind von Rechts wegen Mitglieder dieser Kommission.

Art. 7. Die Kommission ernennt ihren Präsidenten, den Sekretär-Kassier und den Direktor des Museums. Sie bezeichnet nebstdem die Person, welche die Bibliothek und die Sammlungen zu besorgen hat; sie setzt ihr Gehalt und ihr Pflichtenheft fest.

Der Präsident beruft die Kommission im Jahr mindestens ein Mal, auf Verlangen eines ihrer Mitglieder oder wenn er selbst die Einberufung für gut findet, ein.

Der Direktor besorgt die ständige Beaufsichtigung des Museums und erteilt dem Personal die nötigen Instruktionen.

Art. 8. Behufs Wahl der auszustellenden Gegenstände kann die Kommission Fachleute beiziehen.

Zur Entgegennahme von der Kommission zu unterbreitenden Wünschen wird den Mitgliedern des Vereins des Museums ein Register zur Verfügung gestellt.

Art. 9. Die Mitglieder der Kommission und die Fachleute besorgen ihr Amt unentgeltlich; ihre Ausgaben werden ihnen vergütet. Dagegen kann dem Direktor eine Entschädigung bewilligt werden.

Art. 10. Die Ausgaben des Museums werden gedeckt durch die Beiträge des Bundes, des Kantons und der Gemeinden, durch Schenkungen und Beiträge des Vereins des Museums.

Art. 11. Die Jahresrechnung wird zwei Verifikatoren unterbreitet, wovon der eine von der Erziehungsdirektion und der andere vom Verein des Museums bezeichnet wird. Nach der Prüfung wird die Rechnung der Erziehungsdirektion übermittelt und dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet.

Art. 12. Das „Bulletin pédagogique“ ist das offizielle Organ des Museums.

Art. 13. Zu den von der Kommission bezeichneten Stunden ist der Besuch des Museums frei und unentgeltlich. Die Kommission bestimmt auch durch ein besonderes Reglement die Bedingungen des Ausleihdienstes für Bücher, Material und Dokumente.

Art. 14. Das Vermögen des pädagogischen Museums ist ausschließliches Eigentum des Staates Freiburg. Die von dieser Anstalt erworbenen Schenkungen, Subventionen und Beiträge fallen ihm definitiv zu.

Art. 15. Die Auflösung des pädagogischen Museums kann nur mit Einwilligung des Vereins und der beteiligten Behörden erfolgen.

Art. 16. Das vorliegende Reglement tritt unverzüglich in Kraft. Es wird im Amtsblatt veröffentlicht, der Gesetzsammlung einverleibt und in Heften gedruckt.

Also beschlossen vom Staatsrat, zu Freiburg, den 25. Mai 1915.